

PROTOKOLL

*über die 32., ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr, am Donnerstag,
dem 15. Dezember 1977, im Rathaus, I. Stock hinten, Gemeinderatsitzungsaal.*

Beginn der Sitzung: 13.00 Uhr

Öffentliche Sitzung

A n w e s e n d :

VORSITZENDER:

Bürgermeister Franz Weiss

BÜRGERMEISTER-STELLVERTR.:

Heinrich Schwarz

Karl Fritsch

STADTRÄTE:

Rudolf Fürst

Anna Kaltenbrunner

Konrad Kinzelhofer

Manfred Wallner

Leopold Wippersberger

Johann Zöchling

GEMEINDERÄTE:

Alfred Baumann

Johann Brunmair

Maria Derflinger

Vinzenz Dresl

Franz Enöckl

Karl Feuerhuber

Ernst Fuchs

Karl Holub

Walter Kienesberger

Walter Köhler

Otilie Liebl

Rudolf Luksch

Johann Manetsgruber

Franz Mayr

Erich Mayrhofer

Therese Molterer

Josef Radler

Friedrich Reisner

Erich Sablik

Hubert Saiber

Dr. Konrad Schneider

Johann Schodermayr

Herbert Schwarz

Ernst Seidl

Dr. Alois Stellnberger

Otto Tremel

Alfred Watzenböck

VOM AMT:

Magistratsdirektor Obersenatsrat

Dr. Johann Eder

Magistratsdirektor-Stellvertreter

Senatsrat Dr. Helmut Schreibmüller

Senatsrat Dr. Kurt Wabitsch

Kontrollamtsdirektor Oberamtsrat

Alfred Eckl

Präsidialdirektor Oberamtsrat

Roland Postler

Direktor der Städt. Unternehmungen

Oberamtsrat Robert Schlederer

Rechnungsdirektor Oberamtsrat

Ludwig Stary

TOK. Ing. Wolfgang Grassnigg

VB Ing. Wolfgang Wein

PROTOKOLLFÜHRER:

OAR. Walter Radnoser

VB Gerda Gugenberger

TAGESORDNUNG

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

- 1) Präs-812/77 Beantwortung der Anfrage des Bürgermeister-Stellvertreters Karl Fritsch vom 1. 12. 1977.
- 2) Präs-813/77 Beantwortung der Anfrage des Gemeinderates Karl Holub vom 1. 12. 1977.
- 3) Präs-811/77 Beantwortung der Anfrage des Gemeinderates Dr. Alois Stöllinger vom 1. 12. 1977.
- 4) Bau2-5469/76 Jahresbericht 1977 zum Entwicklungskonzept.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:

- 5) Bau2-6436/72 Flächenwidmungsplan der Stadt Steyr.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER KARL FRITSCH:

- 6) ÖAG-963/77 Grundverkauf an die Firma Franz Mitterhuemer, Steyr, Damborgasse 2/Bahnhofstraße 9.

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF FÜRST:

- 7) Ha-3900/77 Voranschlag 1978.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ANNA KALTENBRUNNER:

- 8) ÖAG-3571/77 Rückerwerb der Grundparzelle 365/2, KG. Steyr, von der Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr.

BERICHTERSTATTER STADTRAT MANFRED WALLNER:

- 9) Bau5-5499/77 Behebung eines Baugebrechens an der Wehrgrabenschule.
- 10) Bau5-5697/77 Behebung eines Baugebrechens an der Promenadenschule.

BERICHTERSTATTER STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

- 11) Bau6-3084/76 Kanalisation Nebensammler C1, 2. Bauabschnitt; Erd- und Baumeisterarbeiten.

BERICHTERSTATTER STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:

- 12) GemXIII-6416/77 Neufestsetzung der Wasserbezugsgebühr und Abnahmegebühr für Druckwarmwasser-Bereitungsanlagen.

13) ÖAG-2117/76
Stadtwerke

Neufestsetzung der Fahrpreise der städtischen Verkehrsbetriebe.

BERICHTERSTATTER STADTRAT LEOPOLD WIPPERSBERGER:

14) GemVIII-5753/77

Neufestsetzung der Müllabfuhrgebühren.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, anwesende Presse und Gäste!

Ich darf Sie zur heutigen letzten Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr im Jahre 1977 wie immer herzlich begrüßen. Ich stelle fest, daß die Beschlußfähigkeit gegeben ist. Die Zustellung der Tagesordnung ist zeitgerecht vor sich gegangen. Für den heutigen Tag, für die heutige Sitzung haben sich bisher entschuldigt Herr Dr. Stellnberger, der etwas später kommen wird. Frau Bundesrat Liebl ist bereits im Anmarsch begriffen und Herr Hofrat Dr. Schneider ist anwesend, wird sich aber auf Grund einer Erklältung sehr bald von uns verabschieden. Wir nehmen das zur Kenntnis und wünschen ihm jetzt schon baldige Genesung. Die Protokollprüfung für die heutige Sitzung wäre den Herren Gemeinderäten Dresl und Fuchs übertragen. Ich frage Sie, ob Sie diese Funktion annehmen? Ich danke für die Zustimmung. Damit ist auch dieser Formalakt positiv erledigt.

Wir kommen zur Behandlung unserer Tagesordnung. Zunächst muß ich gleich erklären, daß mir ein Dringlichkeitsantrag der Sozialistischen Gemeinderatsfraktion, eingebracht von Herrn Stadtrat Kinzelhofer, vorliegt, der gemäß Geschäftsordnung zur sofortigen Behandlung einer Zweidrittelmehrheit bedarf. Es ist dies ein Antrag, den Kollege Kinzelhofer eingebracht hat, und der, unterfertigt von mehr als 6 Unterschriften von Gemeinderatsvertretern, somit Gültigkeit besitzt. Es wird im Zuge der Diskussion dazu noch Stellung genommen werden. Er ist unterfertigt unter anderem auch von den Vertretern der Sozialistischen Fraktion, der Freiheitlichen Partei und der Kommunistischen Partei. Ich muß daher zuerst die Frage an Sie richten, ob Sie gemäß den Bestimmungen der Geschäftsordnung, und zwar betrifft es § 19 Abs. 3, dem Antrag die Dringlichkeit zuerkennen. Es handelt sich dabei um folgendes. Ich darf ihn kurz zur Kenntnis bringen. Daß es sich um eine außerordentliche Zuwendung im Grunde genommen – der Berichtsteller und Antragsteller wird dazu noch kurz berichten – zur Freigabe einer Starthilfe von S 50.000,- für den Lions-Club zur Einrichtung des Behindertenkindergartens im Quenghof handelt. Damit Sie unter diesem Titel wissen, worum es dann gehen wird. Bevor wir jedoch die Möglichkeit haben, den Bericht zu hören, den Antrag erläutern zu bekommen, muß ich Sie fragen, ob Sie dieser Dringlichkeit, die notwendig ist zur sofortigen Behandlung, die Zustimmung geben. Eine 2/3-Mehrheit ist dazu erforderlich. Eine Debatte ist darüber nicht zulässig. Ich darf Sie bitten, wer für die Dringlichkeit ist, ein Zeichen mit der Hand zu geben? Danke. Gegenprobe? Enthaltung? Ich sehe, daß damit der Antrag auf jeden Fall die Zweidrittelmehrheit besitzt. Wir können ihn damit ordnungsgemäß in die Tagesordnung aufnehmen.

Zuerkennung der Dringlichkeit:

Dafür: 24 SPÖ, 2 FPÖ, 1 KPÖ

Enthaltungen: 8 ÖVP

Ich bitte den Antragsteller, seinen Antrag zur Kenntnis zu bringen.

STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Damen und Herren des Gemeinderates!

Zum Antrag selbst glaube ich festzustellen, daß eine Hilfe der Stadt nur dann gewährt werden kann, wenn sie auch wirksam ist. Der in der letzten Sitzung des Gemeinderates gemachte Vorschlag ist dazu wirklich nicht tauglich. Die Kosten des nach einer stundenlang dauernden Budgetsitzung im vergangenen Jahr am 16. 12. 1976 überreichten Prä-sentes haben pro Gemeinderat S 170,- betragen. Bei 36 GR-Mitgliedern macht dies einschließlich der Mehrwertsteuer S 4.970,- aus. Von einem Geschenk zu sprechen ist überhaupt falsch. Handelte es sich doch nur um eine Füllfeder, die jeder Gemeinderat bei seiner Pflicht bzw. Funktionstätigkeit gebrauchen kann. Auch die Kosten der Bewirtung für die 36 Gemeinderäte können offen ausgesprochen werden. Die Bezeichnung Weihnachts-empfang ist auch hier nicht richtig am Platz und ist irreführend. In Wirklichkeit handelte es sich nur um ein gemeinsames Abendessen zum Abschluß der Jahresarbeit, wie es in allen Organisationen üblich ist. Gerade der persönliche Kontakt zwischen den Gemeinderäten fördert die kommunalpolitische Arbeit in den verschiedenen Ausschüssen im Stadtsenat und im Plenum des Gemeinderates. Diese Bewirtungskosten beliefen sich für die

36 Gemeinderäte damals im vergangenen Jahr auf S 5.547,-.

Die unterfertigten Gemeinderäte haben sich daher entschlossen, in dieser Frage auf parteipolitische Publizistik zu verzichten, sondern gleich einen Akt wirksamer Starthilfe für ein nach den Grundsätzen der Humanität bedeutungsvolles Vorhaben zu setzen. Ich stelle daher im Namen der unterzeichneten Gemeinderäte nachstehenden Antrag:

Die unterfertigten Gemeinderäte stellen gemäß § 19 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat den Antrag, dem Lions-Club Steyr Innerberg für das Jahr 1977 in Anerkennung seiner Bemühung zur Erhaltung der historischen Bausubstanz des Quenghofes und seiner Bestrebungen, im Zuge der Revitalisierung dort einen Behindertenkindergarten einzurichten, einen Subventionsbetrag von S 50.000,- als Starthilfe zur Verfügung zu stellen. Dieser Betrag wird bei der VP 43-50 als überplanmäßige Ausgabe bewilligt. Die Deckung hat durch Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen.

Ich ersuche, über den Antrag abstimmen zu lassen. Ich glaube, es ist wirklich eine Hilfe für die Behinderten und man soll, das möchte ich zum Schluß sagen, mit Behindertenproblemen keine Politik machen. Es soll wirklich, wenn man hilft, so geholfen werden, daß es wirklich Sinn und Nutzen hat.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke dem Antragsteller und Berichterstatter Stadtrat Kinzelhofer. Um hier keinen Formfehler gemäß der Geschäftsordnung zu begehen, muß ich Sie noch einmal bitten, zu erklären, ob Sie mit der sofortigen Behandlung des Dringlichkeitsantrages, wie ich schon vorher erwähnt habe, einverstanden sind? Dann muß ich Sie noch einmal strapazieren, daß Sie die Hand für diesen Vorgang erheben? Darf ich Sie bitten? Danke. Das Übliche wie vorher.

Ich darf die Gegenprobe vermeiden und kann damit feststellen, daß auch die Diskussion zu diesem Tagesordnungspunkt mit der sofortigen Behandlung möglich ist. Als Nächster ist Kollege Schwarz gemeldet, anschließend Herr Gemeinderat Watzenböck und dann Gemeinderat Holub.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Zu Ihrer Information und zur Aufklärung der Öffentlichkeit darf ich zum Dringlichkeitsantrag des Kollegen Kinzelhofer und der unterfertigten Gemeinderäte noch einige Ergänzungen hinzufügen und folgendes mitteilen.

Bereits vor längerer Zeit fand zwischen Bürgermeister Weiss und dem Herrn Magistratsdirektor ein Gespräch sowohl über die Förderung der Errichtung eines Behindertenkindergartens durch den Lions-Club im Quenghof, als auch über das Problem eines kleinen Präsensts für die Gemeinderäte, so wie jedes Jahr zum Abschluß der Budgetsitzung, statt. Ich habe persönlich in einem Informationsgespräch mit Herrn Bürgermeister-Stellvertreter Fritsch diesbezüglich verhandelt bzw. die Möglichkeiten einer Unterstützung angedeutet und für eine endgültige Klärung des Problems war die Fraktionsobmännerbesprechung am 2. 12. vorgesehen. Dort sollte in kollegialer Weise, so wie bisher immer in solchen Fragen, eine Einigung erzielt werden. Es war dafür auch in dieser Sitzung ein eigener Tagesordnungspunkt festgelegt und vorgesehen. Anscheinend konnte sich Herr Gemeinderat Holub dieser sachlichen Vorgangsweise nicht anschließen, sondern wollte durch ein vorzeitiges in die Öffentlichkeittragen parteipolitisches Kapital für die ÖVP aus dieser Aktion schlagen. Es ist sehr billig, Probleme, die durch Verhandlungen einer gemeinsamen Lösung, das heißt einer Erledigung im Sinne aller im Gemeinderat vertretenen Parteien herantreten, zu persönlicher und parteipolitischer Effekthascherei auszunutzen. Es scheint mir daher hier vor aller Öffentlichkeit wichtig, die Angelegenheit richtig darzustellen und klarzulegen. Glauben Sie wirklich, Herr Gemeinderat, daß mit dieser unsauberen - ich möchte ein anderes Wort gar nicht gebrauchen - Art dem Lions-Club und seinem Vorhaben, einen Behinderten-Kindergarten zu errichten, ein guter Dienst und eine wirksame Hilfe erwiesen wird. Sicher ist das nicht der Fall. Das Einzige, was Ihnen gelungen ist, ist die seit 1945 bestehende Zusammenarbeit in diesem Gemeinderat wieder ein Stück mehr in Frage zu stellen. Sie werten dadurch nicht nur Ihre Partei ab, die seit 1945 bei ähnlichen Aktionen immer eine gemeinsame Vorgangsweise unterstützt hat.

Sie zeihen doch durch Ihre Anregung indirekt den gesamten Gemeinderat in aller Öffentlichkeit als Verschwender öffentlicher Gelder. Wenn ich allein an die Beträge denke, die die Stadt zur Förderung der Betriebsgemeinschaft aufwendet, wenn ich darauf verweise, wieviele Mittel andere Einrichtungen und sicher gehören auch Bankinstitute dazu, einsetzen, um die mitmenschlichen Beziehungen unter ihren Mitarbeitern zu pflegen, dann kann Ihr Beitrag zum gemeinsamen Abendessen nach einer anstrengenden Budgetsitzung nur als Demagogie empfunden werden. Für die meisten Mitglieder des Gemeinderates war das traditionelle Beisammensein nach den Budgetsitzungen der Ausklang eines arbeitsreichen und schweren Arbeitsjahres. Diese Zusammenkünfte dienten nicht zuletzt aber auch dazu, die menschlichen Kontakte über alle Parteigrenzen hinweg zu verbessern und zu fördern. Sie, Herr Gemeinderat, haben es durch Ihre ausschließlich aus publizistischen und parteipolitischen Gründen vorgebrachte Äußerung zuwege gebracht, daß viele Mitglieder des Gemeinderates gebeten haben, von diesem gemeinsamen Abendessen Abstand zu nehmen, weil man nicht einsieht, daß das Ergebnis kollegialer Besprechungen und Zusammenkünfte für billigste Propaganda verwendet wird. Ich bin sehr froh darüber, daß die überlegteren Kräfte des Gemeinderates durch diesen Dringlichkeitsantrag den Weg gewählt haben, eine wirksame Hilfe durch die Stadt zu gewähren. Aus dem Antrag ist ersichtlich und zu entnehmen, daß die durch Ihren Vorschlag eingesparten Beträge so gering sind für ein Projekt, wie das vorliegende, daß sich der Gemeinderat damit der Lächerlichkeit ausgesetzt hätte und eine echte Hilfestellung sicher nicht eingetreten wäre.

Ich bitte daher den gesamten Gemeinderat, diesem Antrag auf Gewährung einer Starthilfe in der Höhe von S 50.000,- im Jahre 1977 an den Lions-Club Steyr Innerberg die Zustimmung zu geben. Über ein gemeinsames Abendessen, glaube ich, brauchen wir nicht mehr zu diskutieren, dazu ist uns der Appetit vergangen.

Applaus

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke. Als nächster Sprecher Gemeinderat Watzenböck.

GEMEINDERAT ALFRED WATZENBÖCK:

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Wenn unsere Fraktion, meine Fraktion, den Antrag der soeben bekanntgegeben wurde, unterstützt, so aus einigen Gründen. Zunächst ist es an sich förderungswert, wenn Kindergärten errichtet werden. Ich darf daran erinnern, daß meine Fraktion vor vielen Jahren schon immer wieder angeregt hat, doch verschiedene andere Kreise, nicht nur die Gemeinde Steyr, anzuregen, Kindergärten zu errichten. Unter anderem waren wir bestrebt, die Steyr-Werke dazu zu bringen, hier mitzutun. Wenn hier ein privater Verein so etwas unternimmt, so ist das sicher unterstützenswert und verdient die Förderung des gesamten Gemeinderates. Wenn das noch dazu in einem Gebäude geschieht, das von einer derartigen Atmosphäre umgeben ist, dann ist das umso mehr zu fördern. Ich bin gefühlsmäßig auch etwas befaßt mit dieser Angelegenheit. Ich habe die ersten 5 Jahre meines Lebens in diesem Haus verbracht, im Quenghof. Wenn auch nur 5 Jahre, so kann ich mich noch gut erinnern, die Eindrücke sind bleibend, an die schöne Fassade, das weinumrankte Schloß, an den herrlichen Muschelbrunnen im Hof – die meisten werden ihn kennen. Also ein Ort, der für so ein Vorhaben gegeben ist. Was den zweiten Punkt betrifft, die gesellige Veranstaltung im Anschluß an ein oft spannungsreiches Jahr, so ist zu sagen, natürlich kann sich jeder von uns einen Kugelschreiber leisten oder einige Viertel Wein. Das ist kein Zweifel, aber das gesellige Beisammensein, es wurde bereits in diesem Sinn angezogen, ist nach einem Jahr von Sitzungen, die wirklich oft spannungsgeladen sind, sicher von Wert. Der Betrag – wir hätten an sich zuerst einen anderen Vorschlag gehabt, die Freiheitliche Fraktion, um diesen geselligen Abend doch durchführen zu können. Der Gemeinderat möge beschließen – nur ein Vorschlag – daß pro monatlicher Aufwandspauschale oder Mandatsgebühr der Betrag von S 8,66 in Abzug gebracht wird. Wir würden dann ungefähr auf diesen Betrag hinkommen, wenn alle Gemeinderäte mitmachen. Dann würde sich das ausgehen, zumindest für das Geschenk. Wenn wir dann diesen Betrag von S 8,66

....

STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:
Unverständlicher Zwischenruf!

GEMEINDERAT ALFRED WATZENBÖCK:

.. noch aufstocken auf S 9,-, so hätten wir gleich eine riesige Budgetreserve und wären aller Sorgen enthoben. Wir würden S 700,- mindestens wieder gewinnen. Das wären die Beträge. Es ist schade, daß heute angeklungen ist, daß man verzichtet auf diesen Abend. Ich stehe nicht irrsinnig darauf, wie man das so sagt, aber ich hätte das schon begrüßt, daß nach einem solchen Jahr doch dies stattfinden würde.
Danke.

Dr. Schneider verläßt um 13.20 Uhr die Sitzung.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke schön. Nächster Sprecher Herr Gemeinderat Holub. Kann ich noch eine weitere Wortmeldung registrieren zu diesem Punkt? Das ist nicht der Fall.

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Geschätztes Präsidium, meine Damen und Herren!

Zu Ihnen spricht offensichtlich ein Prügelknabe. Man darf, so schaut es aus, hier in diesem Saal keine Denkanstöße bringen, man darf nicht ehrliche Gedanken bringen, ohne daß einem hinten nach der Vorwurf gemacht wird, Du bist ein böser Bube, verhalte Dich richtig usw.

Ich verstehe nicht ganz den Ton, in dem mein Beitrag, es war kein Antrag sondern ein Beitrag, so ist das jetzt auch richtig gesagt worden, kommentiert wurde. Offensichtlich war es doch nicht ganz vergeblich, davon zu sprechen, denn sonst wären Sie, meine Damen und Herren der drei Gemeinderatsfraktionen, die den Antrag eingebracht haben, nicht bereit gewesen, S 50.000,- zur Verfügung zu stellen.

GEMEINDERAT ERICH SABLIK:

Das ist eine Verdrehung. Ein Zwischenruf ist gestattet!

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Ich habe auch kein Wort dagegen gesagt gehabt, Kollege Sablik. Ich bin überzeugt, Sie werden noch Gelegenheit nehmen, mir die Verdrehung nachzuweisen.

GEMEINDERAT ERICH SABLIK:

Gerne.

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Ich glaube, es ist nicht im Sinne des Ablaufes, daß wir jetzt eine Diskussion führen. Sie werden mir sicherlich nachher auch noch den Kopf waschen. Ich bin überzeugt davon. Zur Verdrehung selbst kann ich gleich vorneweg sagen, das kann keine Verdrehung sein, denn der Antrag von Ihnen liegt ja vor, dem Antrag werden wir selbstverständlich beitreten. Denn auch wir sind überzeugt – und das habe ich bei der letzten Sitzung schon gesagt – daß den Lions bei dem wirklich wunderbaren Vorhaben im Quenghof jede Unterstützung zuteil werden soll. Als Anregung dazu war mein Vorschlag in der letzten Sitzung. Kein Mensch kann mir nachweisen, z. B. wenn man von hinten mit den Vorwürfen anfangen darf, die mir zuteil geworden sind, daß ich gesagt hätte, wir wollen nicht gemeinsam Abendessen, kein Mensch kann mir nachsagen, daß ich bei diesen gemeinsamen Abendessen jemals fern geblieben wäre. Im Gegenteil, ich finde diese Sachen persönlich durchaus begrüßenswert und durchführenswert. Aber es ist nicht im mindesten einzusehen, warum die Stadt damit belastet werden soll. Wenn dieses Essen stattfinden soll, ist jeder von uns, glaube ich, in der Lage, das aus eigenen Mitteln zu bezahlen. Sollten Fraktionen der Meinung sein, daß das ihren Mitgliedern nicht zumutbar ist, so könnten die Fraktionen von sich aus Mittel zur Verfügung stellen. Aber das ist keine Erörterung, die hier ansteht. Ich sage nur, das wäre denkbar gewesen. Aber da jetzt zu sagen, ich hätte Klima vergiftet mit diesem Vorschlag, Herr Bürgermeister-Stellvertreter Schwarz, indem

ich Ihnen den Appetit vertan hätte auf dieses Essen, das tut mir aufrichtig leid. Appetitschädigung haben Sie offensichtlich erlitten, sonst hätten Sie nicht so giftig reagiert. Mir Effekthascherei vorzuwerfen finde ich – was Sie gemacht haben, Herr Bürgermeister, war gar nichts anderes.

GEMEINDERAT JOHANN MANETSGRUBER:
Warum sind Sie dann damit in die Zeitung gegangen?

GEMEINDERAT KARL HOLUB:
Es ist unbenommenes Recht der Journalisten, über den Verlauf einer Sitzung im Gemeinderat zu berichten. Ich stehe nicht an zu erklären, daß ich kein Gespräch mit der Presse über meine Stellungnahme gehabt habe. Nehmen Sie das bitte zur Kenntnis!

GEMEINDERAT JOHANN MANETSGRUBER:
Schauen Sie sich den Artikel in der Steyrer-Zeitung an.

GEMEINDERAT KARL HOLUB:
Ich habe ihn gelesen, danke. Und?
Daß die Zusammenarbeit in Frage gestellt wurde, die Zusammenarbeit im Gemeinderat, durch die Anregung, man soll den Lions-Club fördern, ist mir nicht ersichtlich. Ich kann es nicht verstehen, auf welche Art und Weise man versucht, Anregungen zu bringen, das ist wirklich unbenommen. Das hat mit Effekthascherei ...

GEMEINDERAT VINZENZ DRESL:
Aber mit wem wir uns zusammensetzen, ist auch unbenommen!

GEMEINDERAT KARL HOLUB:
Lieber Kollege Dresl, wenn Sie sich mit mir nicht zusammensetzen wollen, dann trifft mich das zwar in der Seele tief, aber ich kann es nicht ändern.
Sollte der Herr Bürgermeister-Stellvertreter jetzt den von Herrn Bürgermeister aufgezeigten Weg weitergehen, mir meine berufliche Tätigkeit ab und zu klarzumachen, dann bitte schön, ich arbeite in einer Bank. Allerdings hängt das durchaus nicht damit zusammen, wenn nach längeren Arbeitsleistungen in der Bank der Arbeitgeber bereit ist, ein Aberdossen zu bezahlen, und ist nicht vergleichbar mit dem Essen, das die Gemeinderäte von der Stadt bezahlt bekommen. Das ist durchaus nicht vergleichlich. Der Vergleich, den Sie da anstellen, wäre dasselbe, als würde man einen allfälligen Empfang für die Beamten des Rathauses in Frage stellen. Das tut, walte Gott, niemand. Den Füllfederhalter, Herr Stadtrat, wäre besser gewesen, wir hätten uns Ihre Erklärung geschenkt. Ich glaube, Sie geben mir recht. Ich habe den Füllfederhalter nicht erwähnt, ich habe erklärt, daß ich es nicht für richtig finde, wenn wir angesichts der Finanzlage der Stadt uns selbst Geschenke machen. Wenn Sie sagen, dann ist das Zurverfügungstellen von notwendigem Arbeitszeug, dann ist das

STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:
Notwendig habe ich gesagt.

GEMEINDERAT KARL HOLUB:
Das haben Sie vorhin etwa erklärt. Ich glaube, jeder der hier im Gemeinderat vertreten ist, wird in der Lage sein, sich einen Kugelschreiber zu kaufen oder, wenn er einen braucht, sich einen von woanders zu organisieren. Also, ich glaube, man sollte doch ein bißerl sachlich bleiben.

GEMEINDERAT ALFRED BAUMANN:
Unverständlicher Zwischenruf.

GEMEINDERAT KARL HOLUB:
Danke, Herr Kollege Baumann. Mir macht so ein Zwiegespräch richtig Spaß. Das ist etwas Lustiges. Sollten Sie glauben, daß Sie mich auf diese Art und Weise zertrümmern

können, so nicht. Aber Sie werden es wahrscheinlich anders herum schaffen. Vielleicht auch nicht. Jedenfalls das gemeinsame Essen sollte das Geringfügigste sein, was wir heute hier zu diskutieren haben. Daß es die Stadt bezahlen muß, ich glaube, das werden Sie sagen, das ist nicht unumgänglich notwendig. Man kann trotzdem beisammen sitzen und essen. Zur Not selbst bezahlen.

GEMEINDERAT ALFRED BAUMANN:
Essen wir einmal Demagogie statt ein Essen!

Gelächter

GEMEINDERAT KARL HOLUB:
Herr Kollege Baumann, ich bin überzeugt, daß Sie zu diesem Menü die richtigen Zutaten haben. Weil schließlich und endlich sind wir ja wer. Ich darf für meine Fraktion nur eine Zusatzklärung abgeben. Wir sind selbstverständlich für diese Zuwendung durch die Stadt. Wir wollen aber auch unseren Beitrag leisten in einer Größenordnung, wie er uns verhältnismäßig zukommt. Die ÖVP-Gemeinderatsfraktion wird S 5.000,- den Lions extra als Spende zur Verfügung stellen für diesen Zweck. Wenn Sie jetzt wieder sagen, das ist Demagogie, daß ich Ihnen das herinnen erkläre, dann verstehe ich Sie überhaupt nicht mehr.

GEMEINDERAT JOHANN MANETSGRUBER:
Der Not gehorchend und nicht dem eigenen Trieb!

GEMEINDERAT KARL HOLUB:
Ich wußte nicht, daß Sie Not leiden. Die S 8,66, die uns Kollege Watzenböck vorge-rechnet hat, bravo, gut gerechnet, das dürfte ungefähr stimmen. Aber das kommt zur Sache überhaupt nicht hin. Es war aber ein sehr wertvoller Beitrag für den heutigen Tag, denke ich. Wenn ich Sie richtig verstanden habe, Herr Vizebürgermeister, legen Sie also auf dieses gemeinsame Abendessen heute Abend keinen Wert. Das ist Ihre Ansicht?

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:
Ich werde mich dann noch zu Wort melden.

GEMEINDERAT KARL HOLUB:
Ich bin überzeugt. Im übrigen tut es mir aufrichtig leid, wenn ehrliche Meinungen ständig falsch verstanden werden. Das habe ich in der letzten Zeit mehrmals zur Kenntnis nehmen müssen, daß Sie nicht bereit sind, ehrliche Ansichten zu akzeptieren – warum weiß ich nicht – und allen und jedem Demagogie unterstellen. Das ist das Eigentliche, was das Klima hier im Raum nicht fördern kann und nicht Vorschläge, die von Gemeinderäten gemacht werden.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Danke. Nächster Debattenredner ist Kollege Tremli.

GEMEINDERAT OTTO TREML:
Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Kollege Holub braucht sich in seinem Diskussionsbeitrag nicht beschweren, daß er der Prügelknabe ist, zu dem hat ihn ja seine Fraktion gemacht. Aber es hat auch mir wiederum gezeigt, ich wollte mich ursprünglich nicht dazu melden, mit welchem Unernst diese sehr ernste Frage von Seiten der ÖVP in Form des Sprechers, Koll. Holub, zum Ausdruck gekommen ist. Mir ist das zu ernst, wenn man darüber spricht, einen Kindergarten zu schaffen für behinderte Kinder. Es wäre doch in erster Linie die Aufgabe gewesen, gerade der Fraktion der ÖVP, daß sie bei ihren Kollegen der Landesregierung vielleicht intervenieren, daß die Landesregierung so einen Behindertenkindergarten unterstützt. Nicht nur fördert, sondern auch errichtet. Nicht ein Effekthaschen dadurch, daß man irgend eine Meldung bei einer Sitzung hinausträgt, die in der Öffentlichkeit einen Niederschlag gefunden hat. Ich glaube, es ist wirklich ein lächerlicher Betrag, der für diesen Zweck zur Verfügung steht. Ich möchte in diesem Zusammenhang vielleicht erinnern, wenn man auch jetzt sehr großzügig ist und sagt, na ja, die Initiative seitens Kinzelhofer und anderer

Gemeinderäte, also der Freiheitlichen und der Kommunisten, man soll S 50.000,- geben, na gibt auch die ÖVP S 5.000,- dazu. Meine Damen und Herren und Kollegen der ÖVP, warum hat man denn nicht schon vor Jahren zumindest ein bisserl die Anregungen der kommunistischen Fraktion unterstützt, daß man vielleicht die ehrenamtlichen Funktionsbezüge ein bisserl reduziert oder halbiert, wie ich vor einigen Jahren vorgeschlagen habe? Bitte schön, die ehrenamtlichen Gebühren für die ehrenamtliche Funktion betragen immerhin für die Kollegen der ÖVP jährlich, nach den neuen Beschlüssen, die bekannt sind, bis zu S 300.000,-. Da finde ich auch die S 5.000,- ein bisserl lächerlich in diesem Zusammenhang. Ich habe auch Grundsätze, die wir haben, erklärt. Daß es in erster Linie Sache des Gesetzgebers wäre, nämlich der OÖ. Landesregierung, die ohnedies gerade die Förderung der Kindergärten sehr vernachlässigt, zumindestens den Ärmsten, nämlich den Behinderten, unter die Arme zu greifen.

Bezüglich eines gemeinsamen Abendessens, bitte das steht in erster Linie bei der ÖVP im Vordergrund, daß sie diesmal das meiden. Aber in Erinnerung möchte man schon rufen, ich bin noch nicht so lange im Gemeinderat, aber seit 1945 haben diese Zusammenkünfte immer stattgefunden und ungefähr den gleichen lächerlichen Betrag ausgemacht. Ich kann es ebenfalls nur so sehen, daß man versucht, irgend aus dieser sehr ernsten Situation politisches Kapital zu schlagen, das ich entschieden ablehne, schon im Hinblick auf den Ernst eben für diese Kinder und bin selbstverständlich, das sage ich gleich noch einmal, für diese Starthilfe. Aber wir werden ja heute im Laufe des Abends noch zu sprechen kommen, welche Möglichkeiten in dieser Richtung es noch geben wird.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke. Nächster Sprecher Kollege Schwarz. Anschließend Gemeinderat Seidl und dann Kollege Fritsch.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:

Herr Kollege Holub, ich unterstelle Ihnen nicht, daß Sie naiv sind.

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Danke.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:

Deswegen glaube ich auch, daß Sie genau wissen, wovon wir reden. Und zwar die Effekt-hascherei ist darauf bezogen, daß wir ein gemeinsames Vorgehen in solchen Dingen immer durchgeführt haben. Daß dieses gemeinsame Vorgehen durch das Vorpreschen einer Fraktion verletzt wurde. Das ist eine sehr ernste Angelegenheit. Nur aus dem Grund verletzt wurde, weil es keinen anderen gibt. Das wissen Sie selbst, auch wenn Sie den Kopf schützen. Es gibt nur den einen Grund, daß Sie eben einen publizistischen Erfolg erreichen wollen. Ich darf Sie berichtigen, die Aussage und Ihr Vorschlag zum Schluß der letzten Sitzung hat gelautet: Ich darf Ihnen den Vorschlag machen, daß wir heuer auf den Weihnachtsempfang verzichten sollten und daß wir heuer auch als Mandatare darauf verzichten sollten, die Weihnachtsgeschenke in Empfang zu nehmen. Wörtliches Zitat! Das heißt, ein Verzicht auf dieses gemeinsame Beisammensein. Wir glauben halt, daß dieses gemeinsame Beisammensein im Interesse aller gelegen ist und dadurch auch viel menschlicher und persönlicher Kontakt möglich ist. Ich glaube, daß diese Vorgangsweise von uns verurteilt werden muß, weil sie nicht dazu beiträgt, daß solche Aktionen, die letztlich dem Wohle aller dienen, wirklich im Sinne aller durchgeführt werden. Diese kurze Darstellung, glaube ich, dürfte genügen, um hier die Richtigkeit dieses Antrages noch zu unterstreichen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke. Als nächster Sprecher Gemeinderat Seidl. Als weitere Vormerkung habe ich Kollegen Fritsch und ich frage noch einmal, ob noch jemand zu sprechen wünscht? Es ist keine Wortmeldung mehr, doch, Kollege Fuchs als Letzter.

GEMEINDERAT ERNST SEIDL:

Geschätztes Präsidium, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Es ist das erste Mal, daß ich vor diesem Forum sprechen kann. Ich habe mir deshalb auch einen Zettel mitgenommen und ich bitte Sie zu verstehen, daß ich nicht über diese Redeübung verfüge, über die Sie auf Grund Ihrer langjährigen Tätigkeit verfügen. Ich habe mir kurze Notizen gemacht und hier aufgeschrieben Verschwendung öffentlicher Gelder, parteipolitisches Kapital. Darf ich Ihnen, geschätzte Damen und Herren, eigentlich sagen, wie wir so ungefähr zu dieser Überzeugung gekommen sind. Ich war selbst einmal Anwarter beim Lions-Club und bin – ich sage aus finanziellen und beruflichen Gründen, denn es ist irgendwie auch eine finanzielle Frage, so einem Service-Club anzugehören – dem nicht beigetreten. Ich bin aber trotzdem eng verbunden damit und weiß, wie die die Schillinge zusammenlegen. Wie die draußen stehen bei Kälte, Maroni verkaufen um S 10,- das Sackerl und viele kleine Dinge und doch ganz schöne Ergebnisse bringen. Jetzt haben wir uns gedacht, so als rein persönliches Einzelgeschenk zu sagen, bitte wir könnten eigentlich wirklich auf das verzichten. Ich empfinde es nicht einmal sosehr als ein Vorpreschen von unserer Partei. Irgendwoher muß einmal der Vorschlag kommen. Genauso gut wie uns jetzt vorgehen alten wurde, wir hätten das Vorpreschen verursacht, genauso hätten wir jetzt schreien können, falls es meinetwegen von der Mehrheitsfraktion oder von den Freiheitlichen oder der Kommunistischen Partei gekommen wäre, hätten wir genau denen sagen können Vorpreschen. Es war ein Denkanstoß und der Denkanstoß ist ja fruchtbar aufgenommen worden. Es waren alle damit einverstanden und wenn Kollege Holub gesagt hat, wir sollten auf einen Empfang verzichten, ich glaube wiederum ist es so unbekannt, ich weiß nicht, ich habe auch schon öfter größere Veranstaltungen organisiert und mich um irgendwelche Empfänge bemüht. Wenn ich von einem Empfang spreche, dann höre ich doch immer wieder durch, Einladung kostenlos. Wir wollten sonst nichts anderes und das hat sogar – ich glaube in der Fraktionssitzung – einmal der Herr Bürgermeister-Stellvertreter Fritsch gesagt, Aber bitte, wenn es zu diesem Essen kommt, wir bezahlen uns das selbst. Wir wollten damit nur sagen, wir verzichten auf das Geld und die Effekthascherei auf Presseweg. Ich muß sagen, ich habe zwar klarerweise die Steyrer-Zeitung abonniert, ich bin aber noch nicht einmal dazugekommen, diesen Artikel zu lesen. Sie sehen

Verschiedene Zwischenrufe

GEMEINDERAT ERNST SEIDL:

... so uninteressant ist es sicher nicht. Ich glaube, damit täte man einem Lokalblatt sicher unrecht, wenn man sagt, so uninteressant ist es. Aber ich will damit nur sagen, so wenig ist es mir auf die wörtliche Ausführung dieser von Ihnen gemeinten Effekthascherei angekommen.

Dann verstehe ich eines nicht, wenn ich ganz kurz auf die Ausführungen des Herrn Kollegen Treml kommen kann. Er ist sofort immer da, immer einen Ausflug auf die Landesebene zu machen. Wir, glaube ich, hätten uns wirklich jetzt mit einem so kleinen bescheidenen Geschenk bemüht, dem Lions-Club etwas zu geben. Sie weichen aus auf die Landesregierung. Wir haben einen wunderbaren Vorschlag heute gehört, S 50.000,- als Starthilfe. Sie weichen wieder auf die Landesregierung aus. Ich glaube, in diesem Kreis, so scheint es mir – ich gebe zu als Neuling – nicht unbedingt erforderlich

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Was werden Sie machen in Zukunft bezüglich Kindergärten?

GEMEINDERAT ERNST SEIDL:

Ich darf darauf nur sagen, daß dieses Problem, dieses Finanzierungsproblem jetzt nicht zur Debatte steht und ich eigentlich gar nicht einsehe, jetzt konkret darauf einzugehen, wie ich es zu tun gedenke in meiner späteren Laufbahn. Ich möchte nur bitte versöhnliche Worte an Sie richten um nicht zu glauben, diese Bösen haben irgend etwas im Schilde geführt. Ganz im Gegenteil, ich habe für meine Person erklärt, ich wäre ganz gerne bei einem Empfang dabei. Ich sage Ihnen auch warum. Ich kenne viele von Ihnen, aber

ich möchte den Einzelnen irgendwie näher kennenlernen und das ist, wie Sie alle wissen, weniger in der Gemeindestube als irgendwo bei einem geselligen Zusammensein möglich.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Als nächster Debattenredner Kollege Fritsch.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER KARL FRITSCH:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates!

Mich wundert es an und für sich, daß eine Anregung, die aus unserer Fraktion gebracht wurde und die letztlich einem sozialen Zweck dienen sollte, jetzt auf einmal parteipolitische Wellen im großen Ausmaß zu schlagen beginnt. Warum es mich wundert, möge ich bitte ganz kurz dargelegt haben. Gerade in der Institution der Lions im Quenghof sehen wir eine Möglichkeit der Versorgung der Behinderten unseres Landes oder besonders ausgedrückt unserer Stadt, wieder eine zusätzliche Bleibe zu verschaffen. Es wäre unter Umständen notwendig gewesen, in erster Linie jener Institution, die sich dafür gesorgt hat, es hätte unter Umständen auch die Stadt Steyr selbst sein können, hilfreich, finanziell hilfreich – andere Möglichkeiten bieten sich derzeit nicht an – unter die Arme zu greifen. Jeder Beitrag, auch jeder kleinste Beitrag, meine sehr geehrten Damen und Herren, der einer solchen Institution zukommt, wird von ihr angenommen und summiert sich letztlich auf eine erkleckliche Summe, die dann ihren wohltätigen Zwecken zugeordnet und zugewendet werden kann. Das waren unsere Überlegungen, daß der Gemeinderat aus sich und in seiner Gesamtheit einmal sagen könnte, es ist ein Verzicht auf die finanzielle Leistung der Stadt für das gemeinsame Beisammensein nach einer Budgetsitzung einschließlich des Präsents zum Ausdruck zu bringen. Es ist aber dabei von uns nicht zum Ausdruck gebracht worden, das haben Sie in die Debatte geworfen, meine Damen und Herren, die jetzt einer anderen Ansicht sich befleißigen, daß damit auch der Verzicht auf die menschlichen Kontakte, die letztlich auch eine Rolle in unserer gesamten Arbeit spielen, verbunden werden soll. Das haben Sie gemacht.

Nur noch eines. Ich möchte festhalten, daß kollegiale Zusammenkünfte, bezahlbar aus der eigenen Tasche, unter Umständen auch möglich gewesen wären. Ich kann mir nicht denken, daß die Sozialistische Fraktion und deren Mitglieder darüber nicht über die entsprechenden Geldmittel verfügt, um die Zusammenkünfte unser aller doch noch in die Wege zu leiten. Wenn Sie aber glauben, daß man mit diesem Antrag, den wir als Denkanstoß gebracht haben, den Sie jetzt nachher umzufunktionieren begonnen haben in parteipolitische Arbeiten, dadurch auch die menschlichen Beziehungen zu anderen Fraktionen oder zu einer besonderen Fraktion abzuwürgen beginnen, dann muß ich mich dagegen verwehren. Ich möchte aber bitte eines festhalten, meine sehr geehrten Damen und Herren. Wir haben, glaube ich, durch diesen Anstoß erreicht, daß einmal in einer Fraktionsobmännerbesprechung, und zwar hat die stattgefunden am 2. 12., darüber gesprochen wurde. Aber, und jetzt sind wir auch ganz ehrlich, nachdem Kollege Schwarz darüber zitieren durfte. Was ist dort gesagt worden? Auf meine dezidierte Frage, was ist jetzt mit dem Weihnachtsgeschenk, nein das wird gestrichen. Und wie machen wir es jetzt weiter, verzichten wir jetzt auf die finanziellen Mittel, hat es geheißen, wir werden sehen. Dieser Ausdruck ist vom Fraktionsführer der Sozialistischen Partei gekommen. Aber dieses wir werden sehen, haben Sie dann umfunktioniert in einen Antrag, der von sich aus und von der Materie und dem Endzweck letztlich dienend, zu begrüßen ist, dann so ausgelegt wurde, als ob Sie parteipolitisches Kapital schlagen wollen, denn ich stehe nicht an zu erklären, wenn man Fraktionsobmännerbesprechungen abführt, dann hätte auch darüber letztlich ausdebattiert und ausdiskutiert werden können und hätte unter Umständen ein Dringlichkeitsantrag aller Fraktionen in dieser Angelegenheit Platz greifen können. Wenn man aber eine Fraktion bewußt – und in dem Fall ist es ja so geschehen – ausschließt, hat man damit und nicht durch den Verzicht auf ein sogenanntes gemeinsames Essen bekundet, daß Sie die Zusammenarbeit, zu der Sie sich immer wieder erklärt haben, wo Sie immer wieder sagten, in einem gemeinsamen Ringen um die Zusammenarbeit ist unser Bestreben, dann haben Sie diese Zusammenarbeit und dann haben Sie dieses Zusammensein zerstört. Ich betone ausdrücklich, ich bin froh darüber, daß man den Lions jetzt eine entsprechend hohe Summe dotiert, ich bin aber weniger froh darüber über die Art und Weise, wie Sie es machen, wie

Sie jetzt versuchen, daraus parteipolitisches Kapital zu schlagen.

GEMEINDERAT ALFRED BAUMANN:
Soll Dir das Essen schmecken.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Als Nächster ist Herr Gemeinderat Fuchs am Wort.

GEMEINDERAT ERNST FUCHS:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Wir waren über die Anfrage des Herrn Gemeinderates Holub bei der letzten Gemeinderatsitzung weniger anfänglich betroffen, aber vielmehr erstaunt. Erstaunt vor allem über die entweder Naivität oder über die bewußte Absicht, das wurde schon betont, auf irgendwelche Effekte, nämlich auf das Weihnachtsgeschenk oder wie das auch immer benannt werden kann, zugunsten des Lions-Club zu verzichten. Es hätte sicherlich, das wurde heute schon aufgezeigt, andere Wege gegeben, um zu diesem jetzt doch besonderen Geschenk an den Lions-Club zu kommen. So wie dies nämlich unser ansonsten sehr nette Kollege Gemeinderat Holub vorgebracht hat, konnte der Eindruck entstehen und der ist schließlich entstanden, die Stadt erspare sich zehntausende, wenn nicht hunderttausende Schilling. Es wurde schließlich auch von der Presse kein Betrag genannt, sondern es wurde so kommentiert und das war es, was viele Leser, aber auch viele freiheitliche Gesinnungsfreunde auf die Palme gebracht hat und die in etwa gesagt haben, schaut, Ihr macht auch alljährlich und ständig mit. Es handelt sich doch nur – und auch auf dieses Geschenk hätte man verzichten können – um ein Symbolgeschenk. So haben wir das jährlich aufgefaßt. Nicht um ein Geschenk für unsere Arbeit an und für sich, das war vielleicht falsch formuliert, Herr Stadtrat, sondern um ein Symbolgeschenk. Wir haben dabei nichts besonders Schwerwiegendes empfunden, wenn wir bisher alle dieses Symbolgeschenk angenommen haben. In Wirklichkeit wäre mit dem, entschuldigen Sie den Ausdruck, lächerlichen Betrag, die diese Weihnachtsgabe gekostet hätte, nämlich wir haben gehört S 4.900,- dem Lions-Club wahrlich kaum oder nur wenig geholfen bzw. gedient gewesen. Wir sind im übrigen auch bereit, für einen gemeinsamen Abschluß dieses Jahres einzutreten und sind bereit, das Weihnachtssessen oder wie man es immer bezeichnen mag, selbst zu bezahlen. Jedenfalls diese Gründe haben uns gemeinsam mit anderen Mandataren einiger Fraktionen ad personam bewogen, einen Antrag auf S 50.000,- Subvention an den Lions-Club zu stellen, um auch diese Frage klarzustellen. Ich glaube, alle Beiträge haben es bisher hier bewiesen, damit ist wirklich etwas Gutes geschehen. Somit hat der Denkanstoß doch Erfolg gehabt. Es wäre, wie gesagt, mit anderen Möglichkeiten oder Mitteln möglich gewesen.

Nun zum gemeinsamen Abendessen, weil es derartige Wellen schlägt. Meine Damen und Herren, jeder Betrieb macht zum Abschluß des Jahres eine gemeinsame Weihnachtsfeier. Das war ja nicht einmal eine Weihnachtsfeier, was wir bisher durchgeführt haben. Das war eine Zusammenkunft, um womöglich manche Emotionen, die sich aufgestaut haben, innerhalb eines Jahres, wieder abzulassen. Meinetwegen spreche ich von zwischenmenschlichen Beziehungen, die hier vielleicht besser gestaltet werden können als in diesem Forum. Ich gehe sogar so weit zu behaupten, daß diese Zusammenkünfte vielleicht sogar beigetragen haben, daß manches Bild, das über uns geschmiedet wurde, fallen gelassen worden ist. Ich schaue z. B. Herrn Gemeinderat Treml an, der hier manche Bezeichnungen vorgehabt hat vielleicht auszusprechen. Jetzt kennen wir uns ein bisschen näher und er kennt auch meinen Jahrgang ...

GEMEINDERAT OTTO TREML:
Die bleiben aufrecht trotz des Essens!

GEMEINDERAT ERNST FUCHS:

Er hat sicherlich in keiner Weise mehr vor, uns z. B. als "Nazi" oder sonst ähnliches zu bezeichnen. Allein mein Jahrgang kann das gar nicht mehr bewältigen. Bzw. es wäre sicherlich möglich, daß man diese gemeinsamen Aktionen, für die ich jetzt plädiere,

gemeinsamer Abschluß mit Essen, beibehält, sich aber jeder Gemeinderat dieses Essen selbst bezahlt. Aber jetzt vielleicht noch etwas anderes. Diese Anregung, die bei der letzten Gemeinderatsitzung kam, wird vielleicht Beispielfolgen haben, oder auch nicht. Der Gemeinderat Linz hat vor kurzem seine langatmige Budgetsitzung beendet. Alljährlich setzen sich die Fraktionen darnach auch noch einmal zusammen. Diesmal habe ich in Erfahrung gebracht bis 7.00 Uhr früh und auch die ÖVP-Mandatare waren zugegen und haben sich darnach mit den Dienstwagen und Chauffeur heimfahren lassen, wie ich gehört habe.

Auch hier gibt es sicherlich keine Parallele. Ich glaube sagen zu können, wenn die Beträge stimmen, die bekanntgegeben wurden bezüglich der Weihnachtsgeschenke, bezüglich des Essens, so hat die Stadt in dieser Beziehung mehr gespart als mancher Betrieb, der für Betriebs - Weihnachtsfeiern mehr auszugeben in der Lage ist.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke. Wir sind damit am Ende der Debatte zu diesem Dringlichkeitsantrag. Vielleicht darf ich abschließend vor der Abstimmung einige Bemerkungen machen. Mit mir sind sicherlich die Großzahl der hier Anwesenden etwas betroffen, vielleicht sogar erschüttert, daß nämlich der Hauptteil der Diskussion nicht die S 50.000,- als wertvolle Hilfe für die Behinderten im Vordergrund gestanden haben, sondern der Tintenkuli und ein Abendessen. Ich glaube, das soll ein Hinweis sein, daß man sich hüten muß, im Gemeinderat unüberlegt aus einfach emotionellen Gründen, solche Fragen in den Raum zu stellen, weil man dann gewärtigen muß, daß solche Debatten entstehen. Ich glaube, man sollte doch bei allem zusammen gesehen betrachten, hier geht es um einen Betrag von S 50.000,-, der eine echte wertvolle und vor allem spürbare Hilfe für jene ist, die zu den Ärmsten im Land und in der ganzen Bevölkerung gehören. In diesem Sinne bitte ich Sie, dem Antrag, so wie er vom Antragsteller angezogen wurde, die Zustimmung zu geben.

Ich darf bitten, wer mit dem Dringlichkeitsantrag einverstanden ist, den Stadtrat Einzelhofer im Namen der Unterfertigten eingebracht hat, der möge ein Zeichen mit der Hand geben? Danke. Gegenprobe? Enthaltung? Ich stelle überraschenderweise die Einstimmigkeit fest. Wir kommen damit zum nächsten Punkt. Frau Stadtrat Kaltenbrunner bitte!

STADTRAT ANNA KALTENBRUNNER:

Gemäß § 15 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Steyr richte ich an den Herrn Bürgermeister folgende Anfrage, die ich ihm auch schriftlich vorlege:

Seit Montag, dem 5. Dezember 1977, ist die längst erwartete und längst fällige Verampelung des Ennser Knotens in Betrieb genommen worden. Sie stellt für den Kraftfahrzeugverkehr sicherlich eine wesentliche Verbesserung dar, erleichtert sie doch das Einbiegen aus den verschiedenen Nebenstraßen und das Ausfächern des Verkehrs am Ennser Knoten selbst. Die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs ist damit zweifellos gehoben worden. Für die Fußgänger ist allerdings eine Erschwerung eingetreten. Der bisherige direkte Übergang zum neuen Postamt auf dem Tabor aus dem Wohngebiet auf der östlichen Straßenseite der Ennser Straße wurde aufgelassen. Die Passanten sind daher gezwungen, einen relativ weiten Umweg zu den beiden nun für sie vorgesehenen neuen Fußgängerübergängen zu machen. Dies stellt zweifellos eine Erschwernis dar, vor allem für Frauen mit Einkaufstaschen und Kleinkindern.

Herr Bürgermeister! Diese Feststellung veranlaßt mich, an Sie die konkrete Frage zu richten, ob die Stadtgemeinde Steyr außer dieser Verampelung durch die Bundesstraßenverwaltung selbst noch Maßnahmen zur Erleichterung des Fußgängerverkehrs im Bereich des Ennser Knotens, aber auch bei der verlängerten Azwangerstraße, ergreifen wird.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Normalerweise werden Anfragen dieser Art erst in der nächsten Sitzung beantwortet. Ich bin heute auf Grund der Aktualität und der Sachkenntnis in der Lage, sofort darauf insofern zu antworten, als im Bereich des Ennser Knotens zunächst eine Großplanung im Gange ist, die wir hoffen, in Kürze soweit abgeschlossen zu haben, daß im Jahre 1978 mit dem Bau einer Unterführung des gesamten Ennser Knotens begonnen werden kann. Das 2. ist auch, daß für den Schülerverkehr von der Azwangerstraße über diesen Teil der Sei-

fentruhe zur Schule hinüber eine Leichtkonstruktion eines Überganges in Planung steht und das Bauamt von mir beauftragt wurde, hier so rasch als möglich die nötigen Vorlagen vorzubereiten. Ich darf Sie, Frau Stadtrat, aber um eines bitten, daß Sie diese Mitteilungen zu Ihrer Anfrage auch der Bevölkerung und den Bewohnern dieses Stadtteiles Tabor, die die Kreuzungsbereiche benützen und zweifelsohne von diesen Erschwernissen betroffen sind, weiterzugeben. Wir dürfen dabei nicht übersehen, daß im Vordergrund der ganzen Verampelung die Frage der größeren Sicherheit sowohl der Fahrzeugbenützer als auch der Fußgeher seinerzeit gestanden hat und ich nehme an und würde mich sehr freuen, wenn sich dies bestätigen würde, wenn im Endeffekt diese Verampelung auch diesen Erfolg zeitigen würde. Zu Ihrer konkreten Anfrage noch einmal, die Dinge sind im Fluß. Dipl. Ing. Brunner ist bereits mit der Planung einer Unterführung weiträumig über den gesamten Enns-Knoten beauftragt. Ich hoffe, bis Ende Februar die nötigen Planungsunterlagen zu bekommen. Wir werden uns hier in diesem Gemeinderat dann sowohl mit der Entscheidung über die Planung als auch mit den Vergaben und den Baumaßnahmen zu beschäftigen haben.

STADTRAT ANNA KALTENBRUNNER:

Danke Herr Bürgermeister.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Meine Damen und Herren!

Wir sind damit in die ordentliche Tagesordnung eingegangen und hiezu bitte ich Kollegen Schwarz um die Vorsitzführung, da ich doch eine ganze Reihe von Punkten der Reihe nach vorzubringen habe.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:

Ich übernehme den Vorsitz und erteile Herrn Bürgermeister zunächst zur Beantwortung der Anfrage des Herrn Bürgermeister-Stellvertreters Fritsch vom 1. 12. das Wort.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich darf wohl vorausschicken, daß ich mir die Verlesung des seinerzeit gestellten Antrages ersparen kann, da seinerzeit ...

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER KARL FRITSCH:

Anfrage!

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ja, Anfrage. Da seinerzeit der Text hier verlesen wurde und in das Protokoll einverleibt ist. Es handelt sich bei der Anfrage des Kollegen Fritsch im besonderen um die Märzenkellerumfahrung. Ich kann dabei in der Beantwortung folgendes sagen:

1) Präs-812/77

Beantwortung der Anfrage des Bürgermeister-Stellvertreters Karl Fritsch vom 1. 12. 1977.

Die Feststellung, daß alle Pläne für die Umfahrung fertig sind und diese auch von der OÖ. Landesregierung zeitgerecht für 1977 eingereicht wurden, wie sie von Herrn Bürgermeister-Stellvertreter Fritsch in seiner Anfrage getätigt wurden, entspricht nicht der Aktenlage. Mit Erlaß des Amtes der OÖ. Landesregierung, Landesbaudirektion, wurde mir im Auftrag des Landeshauptmannes vom 15. November 1977 unter Zahl Bau4-3151-12/77 mitgeteilt, daß der Vergabeantrag für die Märzenkellerbrücke bereits an das Bau-tenministerium gerichtet wurde. Das Amt der OÖ. Landesregierung ersucht dabei für 1978, die entsprechenden Mittel vorzusehen. Damit ist aber klargelegt, daß die OÖ. Landesbaudirektion den Antrag für 1978 gestellt hat. Der Bundesminister für Bauten und Technik wiederum kann in der mittelbaren Bundesverwaltung nur auf Grund der Vorlage der einzelnen Landeshauptleute tätig werden. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß Bau-tenminister Moser der Antragstellung des Amtes der OÖ. Landesregierung, Landesbaudirektion, entsprechen wird, was jedoch einen Baubeginn für uns erst im Jahre 1978 be-

deuten kann.

2. Als Bürgermeister der Stadt Steyr habe ich eine Reihe von Schritten unternommen, damit der ehestmögliche Baubeginn für die Märzenkellerumfahrung erreicht wird. Sowohl bei der Vorsprache bei der Österr. Bundesregierung am 26. April 1977 als auch in mehreren Schreiben wurden Schritte auf Bundesebene unternommen. Sofort nach Erhalt des eben zitierten Erlasses des Amtes der OÖ. Landesregierung habe ich am 23. November 1977 wiederum den Bundesminister für Bauten und Technik Moser ersucht, möglichst rasch über die Vorlage der Landesbaudirektion eine positive Entscheidung herbeizuführen. Ich hoffe, auch hier sehr bald eine solche Antwort zu erhalten.

Zusammenfassend möchte ich jedoch zu dieser Anfragebeantwortung, die zweifellos einen parteipolitischen Effekt erreichen will, festhalten: Der Ausbau des übergeordneten Straßennetzes in und nach Steyr inklusive der Märzenkellerumfahrung ist gerade hier bei uns nicht unbekannt. Es wäre daher für jede Fraktion im Gemeinderat zweckmäßig, dort mitzuhelfen, wo sie glaubt, der Gesamtsache am besten dienen zu können. Als Bürgermeister der Stadt Steyr habe ich dazu an die Landesregierung, die Bundesregierung und den Bau-
tenminister entsprechende Aktivitäten herangezogen. Die Zusammenarbeit zwischen Magistrat und Landesbaudirektion erreicht gerade bei der Märzenkellerbrücke ein sehr erfreuliches Ausmaß, weil es gelang, den von der Stadt geplanten Fußgeherübergang von der Ennsleite in das Altstadtgebiet gleichzeitig mit der Brücke mitzuprojektieren. Nahezu S 25 Mill. werden zu diesem Zweck aufzuwenden sein, wozu die Stadt nur für die Fußgeherüberführung, die Gesamtkosten von etwa S 700.000,- zu tragen haben wird. Sie sehen, das sind echte Aktivitäten zugunsten der Stadt. Dagegen vermisse ich gleichartige der ÖVP-Fraktion. Es sind mir auch keine Schritte in dieser Richtung bekannt. Meiner Ansicht nach ist eine parteipolitisch gefärbte Anfrage im Gemeinderat noch lange keine Aktivität.

Es wäre also für Sie, werter Kollege Fritsch, leicht gewesen, beim zuständigen Referenten des Landes Oberösterreich, der Ihrer Partei angehört, entsprechende Informationen einzuholen. Sie haben den Weg dieser öffentlichen Anfrage bevorzugt und müssen natürlich auch in Kauf nehmen, daß der durchsichtige Zweck dieser Anfrage von mir entsprechend interpretiert und Ihr offensichtliches Unwissen in dieser Angelegenheit auch demgemäß beleuchtet wird.

Ich habe eine weitere Anfrage zu beantworten, die von Herrn Gemeinderat Holub ebenfalls in der letzten Sitzung eingebracht wurde. Sie zielt darauf ab, erstens die Größenordnungen der Förderungsmittel und Subventionen des Landes Oberösterreich bekanntzugeben und zweitens aus welchen Referaten die einzelnen Widmungen stammen.

Hiezu darf ich folgende Stellungnahme abgeben und die Anfragebeantwortung wie folgt formulieren:

2) PräS-813/77

Beantwortung der Anfrage des Gemeinderates Karl Holub vom 1. 12. 1977.

Zunächst einmal die Fakten. Der Stadtgemeinde Steyr und der ihr gehörenden Organgesellschaft GWG der Stadt Steyr wurden in der Zeit vom 1. 1. 1975 bis 1. 12. 1977, also in 3 Jahren, insgesamt S 151,041.979,- an Förderungsmittel und Subventionen durch das Land Oberösterreich gewährt. Die Beträge auf die einzelnen Regierungsreferate verteilen sich wie folgt: Landesrat Neuhauser, Wohnbauförderung, der schon genannte Betrag von S 106,572.480,-; Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Hartl, Gemeindereferat, S 35,000.000,-; Landesrat Trauner, Wirtschaft, S 2,515.000,-; Landesrat Ing. Reichl, Soziales, S 2,359.870,-; Alt-Landeshauptmann Dr. Wenzl, Bauwesen und Schule, S 497.162,-; Landeshauptmann Dr. Ratzenböck, Kultur und Finanzen, S 523.000,-; Landeshauptmann-Stellvertreter Possart, Sport und Personal, S 230.000,-; Landesrat Diwold, Landwirtschaft, S 100.000,-. Darüberhinaus erhielten wir aus den Nahverkehrsmitteln 2,8 Millionen und vom Landesfeuerwehrkommando S 444.467,- als Beitrag für Anschaffungen der Freiwilligen Feuerwehr Steyr.

Eine Liste der Zweckwidmungen dieser aus den einzelnen Summen bestehenden Beträge würde den Umfang einer mündlichen Anfrage weit sprengen. Ich bitte daher um Nachsicht. Aus den Einnahmen der Stadt Steyr mußten jedoch im gleichen Zeitraum ...

GEMEINDERAT KARL HOLUB:
Unverständlicher Zwischenruf.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Ich danke für diesen geistreichen Beitrag, Herr Gemeinderat Holub

GEMEINDERAT KARL HOLUB:
Bitte, gerne geschehen!

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Es mußten jedoch im gleichen Zeitraum S 39,3 Mill. als Landesumlage an das Land Oberösterreich abgeliefert werden. Das ist mehr als alle Bedarfszuweisungen zusammen. Die von meinen engsten Mitarbeitern, das bestätige ich jederzeit, die ich als erfahrene Kommunalpolitiker schätze, geäußerten Meinungen zu dieser Anfrage veranlassen mich noch, einige Erklärungen hinzuzufügen. Förderungsmittel und Subventionen sind für die Stabilität unseres Budgets von ganz entscheidender Bedeutung. Dies sind aber keineswegs gesetzlich zustehende Mittel, sondern Beträge, die von den Gebietskörperschaften an die Stadt Steyr im freien Ermessen gewährt werden.

Die Zuteilung wurde bisher nie nach parteipolitischen Gesichtspunkten erörtert. Schließlich hängen die Größenordnungen der Förderungsbeiträge oder Bedarfszuweisungen von den Ressortmaßstäben der Landesregierung ab. Im Sinne der Gesamtaufgabe der Gemeindeverwaltung habe ich es auch stets als persönlichen Auftrag angesehen, in Verhandlungen mit den Referenten das Beste für Steyr zu erreichen. Die letzten Jahre bestätigen dies zweifellos. Es scheint mir also falsch, Herr Gemeinderat Holub, diesen komplizierten Sektor unserer Arbeit in die parteipolitische Diskussion zu ziehen und dabei Porzellan zu zerschlagen. Denn anders kann ich mir den Sinn Ihrer Anfrage nicht erklären, da Sie die gewünschten Zahlen, sowohl aus dem Rechnungsabschluß als auch bei direkter Kontaktnahme mit der Magistratsdirektion oder mit mir, erhalten hätten können. Sie spielen hier ein Problem hoch, das vom Inhalt nur sachlich betrachtet und nicht in den politischen Farbtopf geworfen werden soll.

Wenn Sie aber bisher nicht geholfen haben durch Ihre Möglichkeit, die Situation der Stadt zu verbessern, dann sollten Sie wenigstens nicht hinderlich sein, wenn es andere tun.

Ich will mit diesen Hinweisen keineswegs eine Polemik ins Leben rufen, das wäre doch für die sozialistischen Gemeinderäte eine Verlockung, Ihre Anfrage auszunutzen, denn aus dem schon vorher erkennbaren Ergebnis hätte es eher eine sozialistische Anfrage sein müssen. Bei Finanzierungsfragen der Stadt geht es schließlich um das Gesamtwohl der Bürger und nicht um scheinbare oder echte Verdienste von Landes- oder Parteipolitikern, egal, aus welchem Lager sie stammen mögen. Ich glaube auch nicht, daß Sie mit der Art der Anfrage Freude bei Ihren Parteifreunden ausgelöst haben. In Ihrer Anfrage hoffe ich aber dennoch, sowohl den Zahlen nach als auch in ihrer Bedeutung und kommunalpolitischen Wirkung geklärt und beantwortet zu haben.

Mir liegt noch eine Anfrage des Herrn Gemeinderates Stellnberger vor, der sich auf Veröffentlichungen im Amtsblatt bezogen hat. Ich darf hinzu folgende Stellungnahme abgeben.

3) Präs-811/77

Beantwortung der Anfrage des Gemeinderates Dr. Alois Stellnberger vom 1. 12. 1977.

Die Anfrage des Herrn Gemeinderates Dr. Stellnberger vom 1. 12. 1977, betreffend die Verlautbarung von Beschlüssen in der Gemeinderatsitzung vom 10. 11. 1977 im Amtsblatt der Stadt Steyr wird folgend beantwortet:

Der GR-Beschluß auf Anhebung der Ausspeisungsbeiträge in den städtischen Tagesheimstätten und Horten wurde im Amtsblatt nicht veröffentlicht, da nur ein relativ kleiner Personenkreis davon berührt wird und auch bisher diese Vorgangsweise so eingehalten wurde. Es bestand daher für den verantwortlichen Redakteur weder eine Weisung noch eine Notwendigkeit, von der bisherigen Übung abzugehen. Im übrigen soll festgehalten sein, daß der zitierte Gemeinderatsbeschluß in der Tages- und Wochenpresse eine ausreichende Veröffentlichung gefunden hat.

Ich bitte Sie um Kenntnisnahme dieser Beantwortung.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke dem Herrn Bürgermeister und darf Sie bitten, die Beantwortung zur Kenntnis zu nehmen. Wir kommen zum nächsten Punkt, Jahresbericht 1977 zum Entwicklungskonzept. Berichterstatter ist auch hier der Bürgermeister.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Meine Damen und Herren!

4) Bau2-5469/76

Jahresbericht 1977 zum Entwicklungskonzept.

Im Februar haben Sie einstimmig das Entwicklungskonzept der Stadt Steyr und der Umlandregion beschlossen und Sie haben gemäß dem einstimmigen Gemeinderatsbeschuß auch Anspruch auf eine am Jahresende zu erfolgende Darstellung der bisherigen Aktivitäten. Nach dem Beschluß des Gemeinderates wurde die Öffentlichkeit in entsprechender Form von dem Entwicklungskonzept informiert. Gleichzeitig erfolgte die Vorlage an das Land Oberösterreich und an die Österreichische Bundesregierung. Die Bürgermeister der Umlandgemeinden wurden ebenso von dem Beschluß in Kenntnis gesetzt wie die zuständigen Kammerorganisationen als Interessensvertretungen.

Nach einer Aussprache beim Gemeindereferenten des Landes Oberösterreich, Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Hartl sicherte dieser seine volle Unterstützung für die Ziele des Entwicklungskonzeptes zu. Darüberhinaus berief Bundeskanzler Dr. Kreisky Vertreter der Stadt und der Region zu einer Aussprache mit der Bundesregierung in der selben Sache am 16. April 1977 ein. Der Gemeinderat wurde vom Ergebnis bereits in Kenntnis gesetzt und Auswirkungen dieser dreistündigen Konferenz sind inzwischen ersichtlich geworden. Festgefahrene Gespräche kamen wieder in Gang, ein umfangreicher Schriftverkehr mit den Abteilungen des Landes Oberösterreich und den Ministerien war die Folge. Die Schnellstraße S 37 kam dabei immer wieder ins Gespräch, wie auch die Verwendung leerstehender Bundesgebäude, die Renovierung des Schlosses Lamberg, die Zuteilung namhafter Subventionsbeträge an überregionale Verbände, die gegründet oder in Gründung befindlich sind. Das Entwicklungskonzept wurde als Entscheidungshilfe oder auch als Entscheidungsbegründung vielfach herangezogen.

Der Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung mit den Gründungsgemeinden Behamberg, Dietach, Garsten, Sierning, St. Ulrich und Steyr wurde über eigenes Ersuchen am 14. April 1977 durch die Gemeinde Aschach erweitert. S 60 Mill. sind für die Bautätigkeit zugesichert, die Arbeit selbst hat inzwischen voll eingesetzt. S 11,5 Mill. wurden 1977 verwendet. S 23 Mill. sind bis 1978 vorgesehen.

An wichtigsten Kanalbaustellen sind zu erwähnen Baulos Steinfeld, Stadtbad, Waldrand-siedlung, Dornach und Rennbahnweg. Für die zentrale Kläranlage kaufte die Stadt den Grund um S 5,2 Mill. in Vorfinanzierung. Allein dieser Sektor ist ein wichtiger Beitrag zur Erhaltung der Beschäftigung auf dem Sektor der Bauwirtschaft, wozu die Klarstellung gegeben werden muß, daß die Mobilisierung öffentlicher Bundes- und Landesmittel nur durch die Gründung des Reinhaltverbandes und dessen Aktivitäten erfolgen konnte. Hinsichtlich der Müllbeseitigung sind eine Reihe von Verhandlungen abgelaufen, die den gesamten Bezirk erfaßt haben. Die Bedeutung einer überregionalen Verbandsgründung wird durch den Antrag des Bezirkes Kirchdorf noch unterstrichen, der sich auch einer Steyrer Anlage anschließen will. Offen ist dabei noch die wasserrechtliche Frage und die technische Lösung. Auf alle Fälle wird nach Einlangen des Gutachtens der technischen Hochschule Leoben in nächster Zeit zu rechnen sein, wonach alle weiteren Schritte in Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis für Abfallbeseitigung beim Amt der OÖ. Landesregierung getragen werden müssen.

Größte Bedeutung genießt das Projekt einer erweiterten Trinkwasserversorgung, da die ständig steigenden Ziffern des Pro-Kopf-Verbrauches eine zusätzliche Wasserschöpfung zu den bestehenden Brunnen verlangen. Auch hier handelt es sich um ein Problem nicht nur der Stadt Steyr allein, sondern der Versorgung weiterer Gemeinden im Wege eines Wasserversorgungsverbandes. Die nächsten Gespräche diesbezüglich werden unter Teilnahme von Vertretern der Landesregierung mit den Gemeinden Garsten und St. Ulrich noch vor Weihnachten im Rathaus stattfinden. Im Untersuchungsgebiet der Gemeinde Wol-

fern unter Beteiligung der Wasserrechtsabteilung und des Hydrographischen Dienstes der Landesregierung ist eine ausreichende Wasserschüttung gefunden worden. Dem Verständnis der Gemeinde Wolfers und auch der betroffenen Grundbesitzer, die die Untersuchungen gestattet haben, gebührt eine lobende Erwähnung. Zweifelsohne sind aber private Wasserrechte öffentlicher überregionaler Versorgungseinrichtungen nachrangig zu sehen, wobei eine Regelung sicher im Wege von Ablösung oder Beschränkung gefunden werden könnte. Dabei geht es lediglich um eine Interessenabwägung der Wasserrechtsbehörde. An den Wasserwirtschaftsfonds sind auch bereits im Einvernehmen mit den Nachbargemeinden entsprechende Förderungsanträge eingereicht. Auch dieses Projekt wird einen gewaltigen Investitionsaufwand erfordern, der jedoch in Anbetracht der weiträumigen und auch für die Zukunft ausreichenden Wasserbedarfsdeckung gerechtfertigt erscheint. Im Fremdenverkehr wird derzeit der Tagesbesucher bevorzugt in die Werbung eingebunden, wobei die räumliche Grenze von Wien bis München reicht. Die Zunahme der Besucherziffern, eine Ausweitung der Einrichtung des Christkindlpostamtes sind positive Zeichen unserer Bemühungen. Die Verbändegemeinschaft Steyr und Ennstal tritt in gemeinsamen Werbeaktionen hervor. Dabei wäre noch einiges verbesserungswürdig. Das Hotelprojekt fand bisher sowohl bei der Bundesregierung als auch beim Wirtschaftsreferenten des Landes Oberösterreich, Landesrat Trauner, wie auch bei der Steyr-Daimler-Puch AG und ebenso im Magistrat eine gute Aufnahme und entsprechende Förderungszusicherungen. Die baupolizeiliche Verhandlung hat bereits stattgefunden. Am Zuge ist nun die INFRABAU - GesmbH. einerseits und der Betreiber das Österreichische Verkehrsbüro andererseits, um entsprechende Vertragsabschlüsse vorbereiten zu können. Die Einladung der Stadt an die Umlandgemeinden zur Bildung eines Regionalkomitees ist ergangen. Vorgespräche haben bereits stattgefunden. Eine Fortsetzung im Jahre 1978 wird im gemeinsamen Interesse vonnöten sein.

Verschiedene wichtige Entwicklungen für die Stadt wurden 1977 begonnen und zum Teil abgeschlossen. Neue Maßnahmen sind im Zusammenhang mit dem Flächenwidmungsplan und dem Voranschlag 1978 in Aussicht. Erst die raumordnerischen Grundsätze können jene Strukturmaßnahmen zur Folge haben, die vor allem auf dem Sektor der Wirtschaft und des Bauwesens notwendig sind. Eine ausgewogene Beschäftigung setzt die Neuansiedlung von Dienstleistungsbetrieben ebenso wie Betriebe der Produktion voraus. Der Wohnbau-sektor tritt dabei nicht unerheblich in Erscheinung. Einer besonderen Beachtung wird auch nach dem Flächenwidmungsplan der Ansiedlung von Industriebetrieben zu geben sein. Der Gemeinderat hat mit dem Beschluß über den Neubau von Zwischenbrücken einen Schwerpunkt im inneren Stadtbereich gesetzt, dem nun die Aufbereitung eines neuen Verkehrskonzeptes folgen wird. Dieses ist im Rohentwurf fertig, steht derzeit in Beratung zwischen der Polizeidirektion Steyr und dem Stadtbauamt. Eine weitgehende Übereinstimmung ist dabei schon gefunden worden. Sie, werter Gemeinderat, werden sich daher in absehbarer Zeit mit diesem Vorentwurf zu befassen haben und in den entsprechenden Beschlußgremien darüber befinden müssen.

Im Nahverkehr wurde eine wichtige Kontaktstelle zwischen Eisenbahn- und Autobusverbindung durch die Errichtung des Busbahnhofes geschaffen. In Verbindung mit den ebenfalls neuen Straßenzügen und Fußgängerwegen zum Stadtkern wurden die Verkehrsverhältnisse bedeutend verbessert. Nach der letzten Erhebung stehen wir kurz vor der Vergabe der Arbeiten zum Fußgeherübergang beim Krankenhaus und vor dem 1. Teil der Bahnunterführung des Fußweges von der Ennsleitenstiege über die Eisenbundesstraße zur Altstadt. Die Planung im N-Knoten der Ennsner Straße am Tabor wird bis Ende Februar, wie schon vorher bei der Anfrage erwähnt, fertiggestellt sein, worauf die Ausschreibung erfolgen und 1978 mit dem Baubeginn zu rechnen sein wird. Ebenso wird zu Beginn des neuen Jahres mit der Planungsvergabe für einen Übergang über die Blümelhuberstraße gerechnet. Der Denkmalschutz verdient in Anbetracht der Vorbereitungen zur Tausendjahrfeier besonders hervorgehoben zu werden, wozu im Sinne des Entwicklungskonzeptes entscheidende Fakten gesetzt wurden. So wird die Restaurierung des Schlosses Lamberg in Verbindung mit der internationalen Ausstellung "Die Hallstattzeit - ein europäisches Phänomen" zügig vorangetrieben. Auch hier war es die Initiative der Stadt, die letztlich eine Interessenabstimmung und Entscheidung zwischen Bund, Land und Gemeinde herbeigeführt hat. Ein Übereinkommen mit der Diözese zur Renovierung von kirchlichen Gebäuden der

Steyrer Pfarren bis zum Jahre 1980 ist ein wichtiger Bestandteil bereits 1977 getroffener Maßnahmen als auch jener, die noch bis zum Jahr 1980 durchzuführen sind. Die Gründung des Vereines 1000 Jahre Steyr hat gute Fortschritte gemacht und wird die Gewähr geben, daß auf breiter Ebene in ideeller, materieller und organisatorischer Hinsicht ein würdiges Jubiläumsjahr zu erwarten sein wird.

Der Wohnbau hat besondere Akzente zu setzen, zumal in der Nähe des historischen Stadtkernes am rechten Brückenkopf der Schönauberbrücke ein neues Bauvorhaben entsteht, das zur Belebung des Stadtkernes beitragen wird. Wohnhäuser im Wehrgraben und die Fortsetzung der Resthofbauten sind wichtige Beiträge zur Bedarfsdeckung. Die Zusage von Landesrat Neuhauser, aus der Wohnbauförderung im Jahr 1980 450 Wohneinheiten in Steyr zu fördern, scheint besonders markant, da es die höchste Zuteilungsquote ist, die jemals erreicht wurde. Die Förderungswerber sind alle in Steyr tätigen Wohnbauvereinigungen.

Für die Entwicklung der Stadt besonders wertvoll ist die Schaffung von Grundreserven, die derzeit rund 130.000 m² betragen, wovon erst vor kurzem 80.000 m² an der Ennsstraße zur Erweiterung des Resthofwohnbaugesbietes erworben wurden. Die Finanzlage der Stadt wurde dadurch allerdings sehr stark beansprucht. Der Ausbau des Landeskrankenhauses Steyr erforderte auch die Ausgestaltung der Verkehrsflächen und ausreichende Parkplätze, wozu es in Anbetracht der überregionalen Bedeutung zu sehr einvernehmlichen Regelungen zwischen Land und Magistrat kam. Ein Stiefkind bei unseren Bemühungen ist leider die Schnellstraße S 37, wo trotz ständiger Interventionen der Stadt keine sichtbaren Zeichen erkennbar sind. Hier sind zweifellos Versäumnisse der federführenden Stellen zu bemerken, die zu lange immer wieder neue Varianten ausgearbeitet haben und das letzte Projekt sehr verspätet dem Bundesministerium für Bauten und Technik eingereicht haben. Betreffs der Märzenkellerumfahrung liegt eine positive Mitteilung des Baudenkmalsministers vor, ehestens mit dem Bau der Straßenbrücke zu beginnen. Leider wurde hier auch von der Planungsstelle des Landes ein Baudatum 1978 angegeben. Die Stadt hat von sich aus jedoch die seit Jahrhunderten bestehende Straßenenge an der Eisenstraße durch den Abbruch des Althauses Berger und einiger anliegender Gebäude rasch beseitigt. Ähnliche Aktivitäten können für die Pachergasse nachgewiesen werden.

Eine erfreuliche Nachricht ist die Tatsache, daß trotz großer Sparmaßnahmen des Bundes über Intervention der Stadt Steyr es gelungen ist, den Umbau des Bundesrealgymnasiums am Michaelerplatz für 1978 sicherzustellen. Die Stadt Steyr wird das freiwerdende Gebäude der Handelsschule im Wehrgraben als vorübergehendes Domizil den Schülern des Gymnasiums zur Verfügung stellen. Erst durch diese Erklärung der Stadt war der Umbau möglich geworden. Die Verbundlichung der HAK und HASCH ist ebenfalls in ein neues Stadium dadurch gerückt, daß ich gestern einen Anruf von Dr. Auracher, dem Sekretär des Herrn Finanzministers Dr. Androsch erhalten habe, wonach bekanntgegeben wird, daß die Verbundlichung mit 1. 1., die Übernahme durch den Bund der neuen Schule voll auf in Ordnung gehen wird. Eine Nachricht, die mich überaus freut.

Die Kematmüllerschule in Münchenholz, seit Jahren dem Land gehörend und leerstehend, soll nach Mitteilung des Herrn Landeshauptmannes im Wege eines Grundtausches zwischen Bund und Land einer neuen sinnvollen Verwendung zugeführt werden. Diese Absicht ist sehr zu begrüßen und liegt im Sinne des Entwicklungskonzeptes zur Nutzung leerstehender Bundes- oder Landesgebäude. Die Auslastung der Trollmannkaserne durch Bildung eines Landwehrstammverbandes geht aus einer Mitteilung von Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Hartl im Wege von Bundesminister Rösch hervor.

Die Steyr-Werke als wichtigster Wirtschaftsträger der Stadt bekunden ihre Absicht, weitere Ausbauten ihrer Anlagen im Stadtgebiet vorzunehmen, wobei in erster Linie die Errichtung einer neuen Lehrwerkstätte zu nennen ist. Diese Mitteilung darf besonders begrüßt werden.

Werte Mitglieder des Gemeinderates!

Es wäre sicher nicht richtig, alles, was in unserer Stadt an Aktivitäten, Initiativen und Entwicklungen zu sehen ist, ausschließlich dem Entwicklungskonzept zuzuschreiben. Aber die Tatsache, daß für den Gemeinderat und die Stadtverwaltung insgesamt das Entwicklungskonzept ein auslösendes Moment ist, darf wohl nicht unerwähnt bleiben. Wer mit offenen Augen durch die Stadt geht, kann die sichtbaren positiven Veränderungen nicht übersehen. Wir machen vielleicht nur den Fehler, alle Neuerungen, Neubauten und

günstigen Lösungen zu wenig in ihrer Weiterentwicklung zu beachten, weil wir ständig mit neuen Fragen beschäftigt sind. Wir vermeiden es auch, bei jedem Anlaß große Feste zu feiern. Ich glaube jedoch, daß die Steyrer Bürger auch so erkennen, daß der Gemeinderat bemüht ist, seine Überlegungen und Entscheidungen im Sinne einer positiven Entwicklung für eine lebenswerte Gegenwart und gesicherte Zukunft zu treffen. Das Entwicklungskonzept kann nur Richtschnur und eine ständige Aufforderung sein, dem Leben und den Bedürfnissen in dieser Stadt und in der Umlandregion stets ein besonderes Augenmerk zuzuwenden und in konsequenter Vorgangsweise glaubwürdig zu bleiben. Dies nicht nur den Dienststellen des Bundes und des Landes gegenüber, sondern vor allem den Menschen in dieser Stadt, die uns ihr Vertrauen gegeben haben, was wir nach besten Kräften versuchen müssen, auch zu rechtfertigen.

Ich danke Ihnen.

Applaus

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Herrn Bürgermeister für seinen Jahresbericht zum Entwicklungskonzept. Ich glaube, dieser Bericht ist für uns alle ein sehr erfreulicher. Ich bitte um Kenntnisnahme und ersuche den Herrn Bürgermeister um Übernahme des Vorsitzes.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke für die Tätigkeit der Vorsitzführung während meiner Beiträge. Wir kommen nun zum nächsten Punkt der Tagesordnung. Hier referiert Kollege Schwarz.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Als erster größeren Stadt in Oberösterreich liegt heute dem Gemeinderat der Stadt Steyr der Antrag auf Beschlußfassung des Flächenwidmungsplanes vor. Dieser Flächenwidmungsplan wird zweifellos eine sehr wesentliche Grundlage für die bevölkerungsmäßige und vor allem aber für die wirtschaftliche Entwicklung unserer Stadt in den nächsten Jahrzehnten sein.

Nach umfangreichen Vorarbeiten wurde das Verfahren zur Erstellung des Flächenwidmungsplanes für die Stadt Steyr nach den Bestimmungen des OÖ. Raumordnungsgesetzes mit der Erstellung der Ziele der örtlichen Raumordnung gemäß § 15 Abs. 3 OÖ. Raumordnungsgesetz in der geltenden Fassung durch Beschluß des Gemeinderates der Stadt Steyr in seiner Sitzung vom 1. März 1977 in Angriff genommen und die Absicht der Erstellung des Planes den Planungsträgern und sonstigen Körperschaften öffentlichen Rechtes, von denen bekannt war, daß deren Interessen berührt werden, gemäß § 21 Abs. 1 und 2 OÖ. Raumordnungsgesetz i. d. g. F. zur Kenntnis gebracht.

Die in diesem Verfahren abgegebenen Stellungnahmen wurden vom Planverfasser, Ing. Wolfgang Grassnigg, vom Planungsreferat des Stadtbauamtes überarbeitet und wie aus der Aktenlage ersichtlich, soweit als möglich berücksichtigt, sodaß die Planungsgrundlage lediglich in kleineren und unwesentlichen Teilbereichen gegenüber dem ursprünglichen Planentwurf geändert, der öffentlichen Auflage zugeführt werden konnte. Ich darf in diesem Zusammenhang für die Erstellung des Entwurfes danken. Er wurde mit sehr großer Umsicht und besonderer Sorgfalt durchgeführt. Ich danke nicht nur Herrn Ing. Grassnigg, sondern auch allen Beamten, die mitgewirkt haben, darf ich den herzlichsten Dank zum Ausdruck bringen. Es hat sich gezeigt, daß durch diese besondere Sorgfalt und Umsichtigkeit weitgehend Einsprüche vermieden wurden. Ich komme in meinen Ausführungen noch darauf zurück. Die Planunterlage wurde sodann der öffentlichen Einsichtnahme in der Zeit vom 19. September 1977 bis einschließlich 2. November 1977 gemäß § 21 Abs. 4 OÖ. Raumordnungsgesetz unterzogen.

Im Verlauf dieser öffentlichen Auflage sind verschiedene schriftliche Anregungen und Einwendungen eingegangen – insgesamt 12 – die mit der Planunterlage dem Gemeinderat gemäß § 21 Abs. 4 OÖ. Raumordnungsgesetz vorgelegt werden. Seitens des Planverfassers werden zu den einzelnen Anregungen und Einwendungen, die im folgenden zitierten Entscheidungen vorgeschlagen, wobei festzustellen war, daß bei den vorgeschlagenen Erledigungen andere Personen als diejenigen, die Anregungen oder Einwendungen vorgebracht haben, nicht berührt erscheinen und keine Rückwirkungen entstehen, sodaß keine zusätzliche Anhörung der von Änderungen Betroffenen im Sinne des § 21 Abs. 4 OÖ. Raumordnungsgesetz zu erfolgen hätte.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Es würde sicher zu weit führen, jede einzelne Eingabe und Einwendung konkret anzuführen. Ich bin sicher, daß sich im Anschluß daran an den einen oder anderen Fall eine Diskussion ergibt. Dann kann man dazu konkret Stellung nehmen. Ich darf Ihnen daher nunmehr den Antrag des Finanz- und Rechtsausschusses in seinem Wortlaut zur Kenntnis bringen:

5) Bau2-6436/72

Flächenwidmungsplan der Stadt Steyr.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes der MA XI vom 30.11.1977 wird gem. § 21 Abs. 4 OÖ. Raumordnungsgesetz in der geltenden Fassung nach Durchführung des Verfahrens gem. § 21 OÖ. Raumordnungsgesetz der Flächenwidmungsplan für die Stadt Steyr in der Fassung der Planunterlage vom 9. 9. 1977, teilweise geändert nach dem Ergebnis der öffentl. Planaufgabe mit 24. November 1977 samt den im Amtsbericht vorgeschlagenen Entscheidungen über die im öffentlichen Auflageverfahren vorgebrachten Anregungen und Einwendungen genehmigt. Die Kundmachung des Flächenwidmungsplanes erfolgt nach Vorlage bei der OÖ. Landesregierung als Aufsichtsbehörde gem. § 21 Abs. 5 OÖ. Raumordnungsgesetz in der geltenden Fassung, nach § 62 des Statutes für die Stadt Steyr durch Kundmachung im Amtsblatt für die Stadt Steyr.

Ich bitte Sie, diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke dem Referenten. Ich habe bereits einige Wortmeldungen vorgemerkt. Erste Wortmeldung für Stadtrat Wallner, zweite für GR Fuchs, dritte GR Tremel. Inzwischen erlaube ich mir den Blick in die Runde zu richten, ob noch weitere Wortmeldungen angekündigt sind. Bis jetzt bemerke ich das nicht.

STADTRAT MANFRED WALLNER:

Sehr verehrtes Präsidium, verehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich darf Ihnen die offizielle Stellungnahme meiner Fraktion zum vorliegenden Flächenwidmungsplan wie folgt zur Kenntnis bringen.

Der heute zur Beschlußfassung anstehende Entwurf des Flächenwidmungsplanes ist im Großteil seines Inhaltes für die Entwicklung unserer Stadt sicher richtungsweisend und zukunftsorientiert gestaltet. Wir, das heißt die Fraktion der ÖVP, erklären uns mit fast allen in ihm enthaltenen Widmungen einverstanden und begrüßen diese im Sinne der kontinuierlichen Entwicklung unserer Stadt ausdrücklich. Umso bedauerlicher ist es allerdings, daß der vorliegende Entwurf gravierende Widmungen enthält, welche nicht die Zustimmung meiner Fraktion finden können.

Da jedoch der Flächenwidmungsplan als Ganzes und nicht in Abschnitten zu beschließen ist, veranlaßt uns, diese zwei Widmungen, das Gesamtwerk, welches sonst von uns gutgeheißen wird, schweren Herzens abzulehnen. Im Konkreten handelt es sich dabei um die sogenannten Stadlmayrgründe sowie um die Ausweitung des Geschäftsgebietes an der Ennser Straße, welche Widmungen in eklatantem Gegensatz zu den einschlägigen Bestimmungen des OÖ. Raumordnungsgesetzes in der derzeit geltenden Fassung stehen. Da jedoch bei der Erstellung des Flächenwidmungsplanes bestehende Gesetze heranzuziehen sind und selbstverständlich auch zu beachten sind, was allerdings in den zwei erwähnten Punkten unserer Auffassung nach nicht der Fall zu sein scheint, wird die Zustimmung des Landes Oberösterreich, dem dieser Entwurf als Aufsichtsbehörde zur Genehmigung vorzulegen ist, aller Voraussicht nach nicht so ohne weiteres zu erwarten sein. Im Entwurf aber, der in zwei entscheidenden Entwicklungen offensichtliche Rechtsunsicherheiten beinhaltet, kann meine Fraktion aus diesem Grunde nicht die Zustimmung geben. Soweit die Stellungnahme meiner Fraktion zum vorliegenden Entwurf des Flächenwidmungsplanes in sachlicher Hinsicht. Dem ist also von der Sache her nichts mehr hinzuzufügen.

Ich möchte jedoch noch einige aus der Sicht der Wirtschaft und für die Beurteilung der Haltung meiner Fraktion in der Öffentlichkeit maßgeblich erscheinende Kriterien Ihnen zur Kenntnis bringen. Zunächst sei noch einmal der Ordnung halber klargestellt, daß der Flächenwidmungsplan durch Ihre heutige Beschlußfassung noch nicht rechtskräftig ist. Es ist also durch unsere ablehnende Haltung nicht etwa ein für die Stadt maßgebliches Wohnbauvorhaben verhindert, noch ist mit einer Zustimmung zum vorliegenden Flächenwidmungsplan durch Sie etwa ein Großkaufhaus genehmigt worden.

Das nächste maßgebliche Wort, wie schon gesagt, wird die OÖ. Landesregierung sprechen. Wie die Landesregierung den Flächenwidmungsplan gerade im Hinblick auf die Bau-

vorhaben und ich nenne jetzt die Namen wörtlich, Weindl, Neudeck und Schneeweiß und zur Sicherheit nehme ich auch noch einen etwa geplanten Forum- oder Konsummarkt im neuen Resthofgelände hinzu, beurteilen wird, wissen wir nicht. Eines wissen wir jedoch, daß der OÖ. Landtag eine Novelle zum OÖ. Raumordnungsgesetz einstimmig, also auch mit den Stimmen der Sozialisten beschlossen hat, in der sinnvollerweise zur Erhaltung der Sicherheit der Nahversorgung und zum Schutz des Kleinhandels die Errichtung von Kaufhäusern mit einer Verkaufsfläche von mehr als 600 m² an die Erteilung einer Genehmigung durch das Land gebunden wurde. Dieses Instrument wurde den Gemeinden zur Hand gegeben, um eine Auswucherung beim Entstehen weiterer Großraumläden in den Griff zu bekommen. Sie, die Sozialistische Mehrheitsfraktion, will sich an sich dieses Instruments für Steyr nicht bedienen. Das ist nicht verboten und Ihr gutes Recht. Dann müssen Sie aber auch eine übergeordnete rechtliche Entscheidung, mag sie wie immer ausfallen, zur Kenntnis nehmen. Unsere heutige Entscheidung wurde sicherlich und das können Sie glauben, nicht leichtfertig getroffen. Sie war getragen von der Verantwortung für die Erhaltung der Existenz so vieler kleiner Gewerbetreibender, die es einfach nicht verstehen könnten, daß man in Steyr ein oder mehrere Kaufhäuser, die wegen der Größe ihrer Verkaufsflächen eindeutig den Bestimmungen des Raumordnungsgesetzes unterliegen, erbaut werden können, wo doch diese Kaufleute den Bestimmungen der gegenständlichen Raumordnungsnovelle vertraut haben und immer noch vertrauen. Diese Kaufleute kämen sich von meiner Partei verraten und verkauft vor.

Aber damit man uns nicht unterstellen kann, wir würden als Volkspartei in diesem Fall nur mehr die Interessen der Selbständigen vertreten, gleich hiezu eine klare Feststellung. Wir fühlen uns als Volkspartei auch mit verantwortlich dafür, daß den vielen alten und gehbehinderten Mitbürgern unserer Stadt, die über kein eigenes Auto für eine Einkaufsfahrt in den nächsten Supermarkt verfügen, der vertraute Laden um die Ecke erhalten bleibt. Wer würde denn für diese Leute später, wenn es nur mehr Großkaufhäuser und Supermarkets geben sollte, die Waren ihres täglichen Bedarfes einkaufen?

Und noch ein Aspekt. Es ist ein trauriges Phänomen, wir in Europa und damit auch wir in Österreich machen alles um ca. 10 Jahre versetzt den Amerikanern nach. Wir bauten und bauen auch heute noch Großkaufhäuser, wenn man in Amerika schon längst zur Erkenntnis gelangt ist, daß die Supermarkets nicht das allein Seligmachende sind und fördert dort in Amerika schon wieder staatlich die Entstehung von Kleinkaufläden.

Aus den uns zugänglichen Berichten ist zu ersehen, daß mit dieser Förderung dort der beste Erfolg erzielt worden ist. Die gleiche Tendenz ergibt sich auch in Schweden. Ich weiß nicht, ob ich Ihnen mit dem Folgenden nun etwas Neues sage.

Erstmals in Österreich hat über Anregung von Landesrat Trauner das Land Oberösterreich im Budget 1978 S 5 Mill. zusätzlich zu den übrigen Förderungsmitteln für die gewerbliche Wirtschaft zur Förderung, und zwar ausdrücklich ausgesprochen, nur zur Förderung und Sicherung der Nahversorgung in Oberösterreich vorgesehen. Mit diesen Mitteln können nun nicht nur Investitionen gefördert werden, sondern sie dienen auch zur Beschaffung von Betriebsmitteln. Ebenfalls etwas ganz Neues in Österreich.

Nun, meine sehr verehrten Damen und Herren, auch der sozialistische Handelsminister hat diesen Gedanken aufgegriffen. Er wird Ihnen das, wenn Sie ihn diesbezüglich fragen, gerne bestätigen. Er fördert nun von sich aus auch aus Mitteln des Bürges in zunehmendem Maß Betriebe, die der Nahversorgung dienen. Man sucht also überall nach Möglichkeiten, dem ungesunden Überhandnehmen der Supermärkte Einhalt zu gebieten. Wir in Steyr sind aber "so fortschrittlich" und fördern sogar diese Entwicklung.

Nun noch eine klare Feststellung. Ohne Hellseher zu sein, kann ich Ihnen heute schon eine Entwicklung prophezeien, die sicherlich nicht in unser aller Interesse gelegen sein wird. Bei der weiteren Konzentration Kaufhausgiganten, werden zum Schluß nur mehr einige ganz Große überbleiben und die, glauben Sie es mir, werden dann die Preise diktieren und die Qualität der Ware bestimmen. Diesem Diktat, deren Ursache im Einsatz gigantischer Finanzmittel liegt, werden wir uns alle, ob wir wollen oder nicht, leider beugen müssen. Aus all diesen Gründen, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist meine Fraktion nicht in der Lage, dem Flächenwidmungsplan, der ja in seiner Gesamtheit beschlossen werden muß, in der vorliegenden Form die Zustimmung zu geben.

Zum Schluß stehe ich aber bitte nicht an, ich spreche es nicht nur nach, weil es von keinem Vorgänger gesagt wurde, ich habe es in einem anderen Zusammenhang hier in

diesem Saal schon einmal gesagt, ich stehe also nicht an, persönlich und namens meiner Fraktion ebenfalls dem Herrn Ing. Grassnigg und seinen Mitarbeitern unseren herzlichsten Dank für diese phantastische Arbeit zum Ausdruck zu bringen. Ich nehme mit Sicherheit an, verehrter Herr Ing. Grassnigg. Sie sind nicht der Auffassung, daß die Ablehnung mit Ihrer Person zu tun hat. Sie haben das Beste gewollt, aber bitte die Gründe, welche uns zur Ablehnung bewogen haben, habe ich Ihnen vorhin dargelegt. Danke.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke für den Beitrag. Als nächster Sprecher Gemeinderat Fuchs.

GEMEINDERAT ERNST FUCHS:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich darf mich, bevor ich zu einer Stellungnahme über den Flächenwidmungsplan 1978 schreite, zuerst freuen über die vorhin geäußerten Worte des Herrn ÖVP-Stadtrates Wallner. Über die Haltung sind wir deshalb erfreut, handelt es sich doch seit dem 14. Juni 1977 um eine 180°-Wendung der Haltung der ÖVP einschließlich jener Mandatare, die – es waren drei, die am 14. Juni nicht anwesend waren, darunter der geschätzte Sprecher der ÖVP.

Ich erinnere jedoch, am 14. 6. fielen die Worte, Steyr braucht Großkaufhäuser, Steyr muß sich ähnlich gestalten wie Wels, so in etwa waren die Worte des damaligen ÖVP-Sprechers. Wir sind jedenfalls erfreut, daß wir seit dem 14. 6. 1977 die ÖVP dahingehend überzeugt haben, daß sie nun unseren konsequenten Standpunkt, den wir stets vertreten haben, den wir auch heute beabsichtigen zu vertreten, einnimmt. Auch wir dürfen bekanntgeben, daß wir uns nicht als Vertretung der Selbständigen fühlen, sondern wir wollen alle vertreten, das entspricht unseren programmatischen Grundsätzen. Auch wir haben nicht unbedingt nur dieses Motiv im Auge gehabt, sondern hier geht es vor allem um das habe ich auch am 14. 6. namens der Freiheitlichen Fraktion stets betont, um die Einhaltung eines bis dahin erst kürzlich verabschiedeten Raumordnungsgesetzes bzw. einer Novelle zum Raumordnungsgesetz, die seit dem 27. Mai 1977 in Kraft trat.

Es wurde das Beispiel Amerika angezogen und auch das Beispiel, weil es nicht so weit weg ist, darf ich anziehen, und zwar Schweden. Sie wissen es Herr Stadtrat, daß noch unter der Führung von Olaf Palme eine staatliche Förderung jenen Handelsbetrieben gewährt wird, die mit der Wiedereröffnung von kleinen Geschäften begonnen haben, weil in Schweden durch das Entstehen von Großkaufhäusern die Nahversorgung total zusammengebrochen ist. Wir haben Berichte, daß man bis zu 20 km Einkaufswegstrecken zurücklegen mußte, um nur für den täglichen Bedarf Sorge tragen zu können.

Doch nun, nach dieser Einleitung und dieser erfreulichen Feststellung, die ich eben gemacht habe, unsere Stellungnahme zum vorliegenden geänderten Flächenwidmungsplan. Der neue Flächenwidmungsplan der Stadt Steyr, der zuerst durch den Gemeinderat und darnach bekanntlich durch die Landesregierung genehmigt werden muß, weist in seinen Grundzügen eine den Planungsvorgaben vom 1. 3. entsprechend gute Konzeption auf. Die damals dargelegten und die jetzt ersichtlichen Ziele der örtlichen Raumplanung werden von uns ebenfalls mit zwei Ausnahmen gutgeheißen und diese Ziele nehmen sicherlich Rücksicht und sind abgestimmt auf die notwendige Entwicklung der Stadt Steyr. Vor allem profitiert die Stadt hinsichtlich der zwar nicht stark aber immerhin um fast einen halben km² angestiegenen nun neu ausgewiesenen Betriebsbaugebiete. Die zusätzliche Widmung der Betriebsbaugebiete macht in Steyr nun 72,6 % aus, wie uns von Ing. Grassnigg berichtet wurde. Diese Zunahme der Betriebsbaugebiete, vor allem in den Stadtteilen Resthof, Tabor, Gründberg, also in Steyr Nordwest, um 68 %, das sind zusätzlich 228.600 m² und in Münichholz-Hinterberg um sogar 147,9 %, das sind zusätzlich 132.500 m² sowie in Gleink-Dornach um 129 %, das sind zusätzlich 98.400 m² Betriebsbaufläche, zeigt auf, daß sich die Stadt Mühe macht, in erster Linie zusätzliche Betriebe und damit zusätzliche Arbeitsplätze in Zukunft zu sichern. Es wäre wünschenswert, wenn Steyr künftig mehr produzierende Gewerbebetriebe hätte. Nach einer groben Rechnung dürfte Steyr nun samt den Neuwidmungen – Herr Ing. Grassnigg, ich möchte Sie korrigieren, das haben Sie mir nicht insgesamt gesagt, das habe ich mir selbst errechnet – ca. 1,2 km² Betriebsbaugebiete besitzen. Dieser Teil der Umwidmungen von bisher vorwiegend landwirtschaftlich genutzten

Grundflächen in Betriebsbaugebiete ist von unserer Seite zu begrüßen. Ebenfalls ist zu begrüßen die 19,6 % Zunahme der Widmung für Wohnbaugebiete und die Zunahme von 9,9 % für Industriegebiete. Nicht begrüßen, das wurde in meinem Vorwort sicher schon deutlich und auch am 14. 6. deutlich, können wir Freiheitliche hingegen die Um- und Neuwidmung von Flächen für Geschäftsgebiete. Das heißt für die Situierung von Großkaufhäusern. Diese Flächen für Großkaufhäuser sind nämlich nach dem Raumordnungsgesetz 1972 und der Novelle zum Raumordnungsgesetz 1977, die am 27. 5. 1977 in Kraft trat, neu auszuweisen, wenn die Absicht besteht, Großkaufhäuser mit einer Gesamtbetriebsfläche von über 1.000 m² zu errichten. Es wurde schon betont, es handelte sich um einen einmütigen, im Landtag gefaßten, Beschluß. An der Ennser Straße betrifft dies den geplanten Bau eines Großbaumarktes, an dem nach unseren Informationen die Firma Quester aus Wien, eine Linzer Firma und die Firma Stadlbauer aus Wels als dritte Firma beteiligt sein sollen. Diese drei Firmen haben die Absicht, einen nach unserem Erachten nach die einheimischen Firmen konkurrenzierenden Baumarkt zu errichten. Wir wissen nicht, ob die einheimischen Baumarktbetriebe dies aushalten werden.

Unser hauptsächlicher Einspruch, den wir schriftlich in offener Frist hier abgegeben haben, betrifft jedoch den von Herrn Weindl geplanten Bau eines 6000 m² großen Supermarktes. Daher wenden wir uns auch gegen die Widmung der Stadlmayrgründe in ein Gebiet für Geschäftsbauten. Wie schon betont, haben wir am 14. 6. gegen diesen beabsichtigten Bau nicht nur Worte fallen gelassen, sondern unsere Haltung auch begründet. Es hat sich auch ein Erfolg insofern eingestellt, als auf eine Zustellung eines Baubescheides bisher von Seiten des Magistrates an Herrn Weindl zur Errichtung dieses Supermarktes verzichtet worden ist. Wir haben eindeutig zum Ausdruck gebracht, daß wir uns am 14. 6. nämlich nicht an den Flächenwidmungsplan 1964 anlehnen sollten. Es ist also ein glatter Verfahrensmangel begangen worden. Damals hat man uns nicht geglaubt. Nun ist jenes Verfahren eingeleitet worden, zu dem wir damals angeraten haben. Herr Weindl hätte also vor dem 27. 5. den Gemeinderat um Baugenehmigung ersuchen müssen. Da ab dem 27. 5. das novellierte Raumordnungsgesetz 1972 in der neuen Fassung 1977 in Kraft trat. Nun ist also jenes Verfahren im Gange, das an und für sich korrekt ist, aber unsere Bedenken hören damit nicht auf. Wir melden weiterhin Bedenken an und wollen, daß die Widmung, die bisherige vorgesehene Widmung für Geschäftsbauten für die Stadlmayrgründe zugunsten einer anderen Widmung fällt. Weil Steyr nach unserer Auffassung nach mit den bestehenden Großkaufhäusern das Auslangen findet, weil wir mit Wels nicht vergleichbar sind und weil die einheimische Wirtschaft, das wurde schon vom Vorredner betont, unter einem zusätzlichen Großkaufhaus nur weiter zu leiden hätte. Weil letztlich die Nahversorgung gefährdet wird, die ich eingangs schon mit einem anderen Beispiel angezogen habe. Wir wollen auch nicht, daß in Zukunft sich nur Großmonopole in Steyr bilden. Wir wollen auch nicht, daß die Arbeitsplatzauswahl der Handelsangestellten, der Steyrer Handelsangestellten gefährdet wird. Auch das ist ein wichtiger, unseres Erachtens nach beachtenswerter Punkt. Wir stellen daher in Anlehnung an § 38 Abs. 2 des Statutes der Stadt Steyr, in Verbindung mit § 18 der Geschäftsordnung, einen Abänderungsantrag und ersuchen, diesem beizutreten.

Der Gemeinderat möge den Flächenwidmungsplan Steyr mit Ausnahme der Widmung der Stadlmayrgründe in ein Gebiet für Geschäftsbauten beschließen. Die Stadlmayrgründe erhalten, abgeändert vom vorliegenden Antrag, die Widmung gemischtes Baugebiet. Wenn dieser Abänderungsantrag, meine sehr geschätzten Damen und Herren des Gemeinderates, eine Mehrheit findet, dann können wir dem Hauptantrag zustimmen. Ansonsten müssen wir uns bei der Beschlußfassung über den gesamten Flächenwidmungsplan wegen der Ausweisung der Stadlmayrgründe in ein Gebiet für Geschäftsbauten der Stimme enthalten. Enthalten deshalb, weil ja die anderen Planungsvorhaben wirklich glänzend sind, wie auch schon vorhin betont wurde.

Wir bitten somit um Annahme unseres Abänderungsantrages. Ich darf ihn schriftlich dem Herrn Bürgermeister überreichen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Wird zur Kenntnis genommen.

Ich habe als nächsten Diskussionsredner Kollegen Tremml vorgemerkt.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Sehr geehrtes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich habe ja bereits schon bei der Finanz- und Rechtsausschußsitzung dem Planverfasser Ing. Grassnigg die Anerkennung ausgesprochen für seine mühevollen, weitblickenden und zukunftsorientierten Planungsarbeiten. Es ist eine Tatsache, daß der von ihm erarbeitete Flächenwidmungsplan auch während der öffentlichen Einsichtnahme, in der Zeit vom 19. September bis 2. November 1977, die Feuerprobe bestens bestanden hat.

In diesen 6 Wochen der Einspruchsmöglichkeit wurden lediglich von 12 Personen oder Körperschaften Anregungen und Einwendungen erhoben. In Graz z. B. hatten bei der Neugestaltung des Flächenwidmungsplanes 2000 Bürger Einwendungen erhoben. Im Flächenwidmungsplan in unserer Stadt nimmt mit 64 % von 26,5 km² das Wohngebiet den größten Anteil ein und nur etwas mehr als ein Drittel der Gesamtfläche unserer Stadt ist als Bauland gewidmet. Aber auch für weitere Betriebsansiedlungen wurde vorgesorgt, deren Notwendigkeit für die Weiterentwicklung unserer Stadt auch im gemeinsam beschlossenen Entwicklungskonzept der Stadt Steyr enthalten sind. Die generelle Zielsetzung war, Grüngürtel zu erhalten und um gegenseitige Beeinträchtigungen von Gebieten mit verschiedener Widmung zu vermeiden, hat man auf trennende Grünstreifen besonders Wert gelegt.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ein kitzlicher Punkt im Flächenwidmungsplan ist, wie sich bereits herausstellte, die Ausweisung der sogenannten "Stadlmayrgründe" als Geschäftsgebiet. Ich glaube, in diesem Rahmen nicht besonders erwähnen zu müssen, wo dieses Gebiet liegt. Schon im Juni dieses Jahres haben die Gemeindepolitiker der SPÖ und ÖVP einer privaten Gesellschaft die Ausnahmegenehmigung zur Errichtung eines Selbstbedienungsgroßmarktes, des vierten Supermarktes in Steyr, gegeben. Ich erklärte in dieser Gemeinderatsitzung, daß die KPÖ-Fraktion keinerlei Anlaß sieht, diesem Projekt die Zustimmung zu geben. Uns war die Hektik, mit der die Ausnahmegenehmigung gemeinsam von ÖVP und SPÖ in kaum 3 Wochen durchgeboxt wurde, überaus verdächtig. Außerdem betonte ich, sei zu befürchten, daß durch den Bau immer größerer Supermärkte sich nicht nur unter den großen Haifischen der Konkurrenzkampf verschärfe, sondern die kleinen Händler und Gewerbetreibenden in unserer Stadt an den Rand des wirtschaftlichen Ruins gedrückt werden. Trotzdem es seitens der Steyrer Geschäftswelt keinen Kampf gegen die Ausnahmegenehmigung gab, bleiben nach wie vor unsere Bedenken und Befürchtungen bestehen.

Die Kommunistische Partei wird jedoch nicht aus diesem alleinigen Grunde dem vorliegenden Flächenwidmungsplan der Stadt Steyr die Zustimmung verweigern.

Nun erlauben Sie mir doch ein paar Bemerkungen, die in der Diskussion gefallen sind.

Kollege Wallner hat angezogen und auch seine Bedenken besonders unterstützt auf Grund der Erfahrungen, die man in anderen Ländern gemacht hat und hat unterstrichen, daß wir, dameinte er auch die österreichische Wirtschaft, alles im nachhinein von Amerika machen und daß man dort schon zu einer anderen Einsicht gekommen ist bezüglich der Erweiterung der Groß- und Supermärkte. Daß man sogar staatliche Förderungen gibt, um die Nahversorgung zu sichern. Ich glaube, daß das dort eintritt, wie er gesagt hat, aber auch mit nicht dem Erfolg, wie er wünschenswert wäre. Ich habe heute eine kleine Abhandlung gelesen in den OÖ. Nachrichten, die das bekanntgeben, daß dort die staatliche Förderung wohl existiert, aber dadurch diese Preise, wenn man glaubt, daß man gegen die erhöhten Preise oder wie Kollege Fuchs die Monopole ein bisserl zurückdrängen kann, so glaube ich, ist das ein Irrtum. Denn gerade dort durch die staatliche Förderung wird meiner Meinung nach nicht für die Nahversorgung so gesorgt, wie wir es im Auge haben, sondern dort entstehen dadurch eben erhöhte Preise und sie sagen das ganz offen. Diese Bequemlichkeit sollen halt die Leute bezahlen. Ich glaube, solche Entwicklungen wollen wir nicht. Aber wenn schon von Seiten der ÖVP hier große Befürchtungen angestellt werden, auch von der Freiheitlichen Partei, so muß ich sagen, dann ist das Wirtschaftssystem, daß Sie immer popularisieren und auch vertreten, vollkommen falsch. Es wird eben dort investiert und gefördert bzw. dort dementsprechende Maßnahmen gesetzt in unserer kapitalistischen Wirtschaft, wo der höchstmögliche Profit herauschaut. Diese ganze Konzentration des

Kapitals geht auch bei uns weiter vor sich. Ich glaube, diese Maßnahmen allein werden auch in Zukunft nicht genügen, um die Nahversorgung auch in unserer Stadt zu sichern.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke Kollegen Tremml. Ich habe keine weitere Wortmeldung mehr vorliegen. Bitte sehr Herr Kollege Mayrhofer.

GEMEINDERAT ERICH MAYRHOFER:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Zu den Ausführungen des Stadtrates Wallner gäbe es sehr vieles zu sagen. Mir fällt nur eine gewisse Zwiespältigkeit in den Reihen der ÖVP auf. Sicherlich tritt man auf der einen Seite vehement gegen Großkaufhäuser auf. Vor kurzer Zeit erst konnte man der Presse entnehmen, daß Bürgermeister-Stellvertreter Fritsch sehr dafür eingetreten ist, daß Gewerbehöfe auch im Raum Steyr gebildet werden. Da muß man zum Ersten einmal fragen, was sind Gewerbehöfe und wenn man gelesen hat, daß das in Steyr nach Muster Linz kommen sollte, sind das die Gemeindegewerbehöfe, wie man es in der Lentia 2000 in Urfahr hat, wo man mit Muß und Ach und Weh Leute suchte, die diese Gewerbehöfe belegen, die diese Lokale mieten, weil sie zu teuer sind, weil sie für Kleingewerbetreibende nicht erschwinglich sind und nicht existential sein können oder sind es jene Gewerbehöfe in Urfahr drüben, wo Großhandelsunternehmen, wie z. B. Haberkorn und Co. etabliert sind, die jedenfalls für uns als Kleingewerbetreibende, als Handelsbetriebe für Steyr ebenfalls nicht in Frage kämen.

Auf der zweiten Seite, wenn von diesem Preisdiktat gesprochen wurde, das kommt mir vor, als ob hier der große schwarze Vogel an die Wand gemalt wird und mit dem Zeigefinger gedroht wird, es könnte vorkommen. Mir ist nicht bekannt, daß es in Europa derartige Sachen gäbe, wo Großkaufhäuser derartige Preiskämpfe sicher haben, aber die Kleingewerbetreibenden damit herausfordern, diese Sache so zu machen.

GEMEINDERAT ERNST FUCHS:

Du bist noch nicht weit gekommen!

GEMEINDERAT ERICH MAYRHOFER:

Das ist momentan in der ÖVP anscheinend so, daß man überall droht und hier versucht man dasselbe, daß man schwarz malt und glaubt, auch das wird bei uns kommen. Ich glaube nicht, daß das bei uns eintreten wird.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke. Ich habe keine weitere Wortmeldung mehr vorliegen. Ich darf Kollegen Fritsch bitten, vorübergehend den Vorsitz zu führen, da ich auch einige Bemerkungen machen möchte.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER KARL FRITSCH:

Ich übernehme den Vorsitz und erteile Herrn Bürgermeister zu seinen Bemerkungen das Wort.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich glaube, den Flächenwidmungsplan und dessen Beschlußfassung für den Bereich unserer Stadt kann man nicht aus dem Gesichtswinkel New York oder Stockholm betrachten, auch nicht einmal möchte ich sagen der Landeshauptstadt Linz. Sondern wir haben mit unseren Maßstäben zurecht zu kommen und müssen versuchen, auf einem relativ kleinen Areal von rund 27 km² all jene Vorsorgen unterzubringen, die zu einer Lebensqualität in der Stadt führen können. Diese Lebensqualität wird nicht unerheblich beeinflußt von Möglichkeiten, die der Bürger dieser Stadt in allen seinen täglichen Versorgungsbedürfnissen besitzt. Ich gehe sogar noch weiter und sage, daß Steyr auf Grund unseres ganzen Strebens und auf Grund der geographischen Tatsachen keine Stadt mit abgeschlossenen Grenzen ist, sondern eine Bezirksstadt, die ein weit größeres Markchenpotential mit

seinen Arbeitsplätzen, mit seinen Versorgungseinrichtungen zu sehen hat. Mir liegt hier eine kleine Ziffer vor, die ich als besonders wertvoll in der heutigen Diskussion betrachte. Mir ist bekannt, daß in anderen Städten unserer Größenordnung, etwa Graz – das ist wesentlich größer – aber im Vergleich kann man das leicht bringen. In Graz wurden 3.000 Einwendungen rund zum dortigen Flächenwidmungsplan eingebracht. In Steyr, das wurde schon erwähnt, kamen 12 Einwendungen, aber 70 Vorsprachen beim Planungsreferenten Ing. Grassnigg. Sie ersehen daraus, daß sich eigentlich 68 nach den nötigen Aufklärungen, die sie erhalten konnten, mit dem Flächenwidmungsplan einverstanden erklärt haben, so wie er uns jetzt zur Entscheidung vorliegt. Ich stehe nicht an, mich als Dankaussprecher zu beteiligen an den bisherigen, die auch Ing. Grassnigg für seine Tätigkeit, die ihm von uns aufgetragen wurde, das höchste Lob auszusprechen, denn er hat sich wirklich bemüht, die Literatur dabei heranzuziehen, die für seine Arbeit sehr wesentlich und wertvoll ist. Ich denke dabei, daß hier zu beachten war bei der Erstellung des Konzeptes unter anderem auch eine Grundlage der OÖ. Handelskammer, deren Stichtag allerdings am 1. 8. 1976 liegt, aber man kann daraus doch auch gewisse Schlüsse ziehen. Aus dieser von der Kammer der Gewerblichen Wirtschaft ausgesendeten Broschüre geht hervor, daß beispielsweise Wels 450 Handelsbetriebe besitzt, in denen 4.907 Beschäftigte Dienst machen. Wenn ich Steyr dazu als Vergleich heranziehe, so sind es 259 Handelsbetriebe mit 2.099 Beschäftigten. Ob diese Ziffern heute noch zutreffen, kann ich jetzt nicht sagen.

Einen wesentlich tieferen Einblick in die Struktur der Stadt gibt nachstehende Ziffer, die uns auch zu denken geben soll. In Wels gibt es 11 Handelsbetriebe mit 1.641 Beschäftigten, in Steyr nur drei mit 327, die zwischen 100 und 499 Beschäftigte in ihrem Betrieb aufweisen. Sie erkennen daraus 11 zu 3, daß Steyr auf dem Gebiet des Handels noch beträchtlich hinten nachhinkt und wenn wir Chancen erblicken für unsere Tätigkeit, die im Entwicklungskonzept angezogen sind, dann wird es vermutlich nicht auf Grund des Fehlens von nicht von der Stadt Steyr verursachten Gründen, nämlich die S 37, nicht Schuld der Stadt Steyr sein, wenn sich Industriebetriebe hier nicht ansiedeln auf Grund fehlender Rasch- und Schnellverbindungen. So wird es hier nur möglich sein, in den Dienstleistungsbereichen bei solchen Situationen auszuweichen und neue Möglichkeiten zu suchen. Wir haben eine zweite Grundlage, die allerdings nicht kompetent sein muß, aber in einer ähnlichen Aussage endet, nämlich das sogenannte Offterdinger Konzept für Steyr und das Umland der unteren Enns. Die Beauftragung erfolgt durch die Landesregierung, wo hingewiesen wird, daß hier gerade der Schaffung von Arbeitsplätzen im Handel und damit auch der Schaffung von Frauenarbeitsplätzen besonderes Augenmerk zugewendet werden soll. Denn Steyr wird als ein zentraler Ort höherer Stufe in diesem gesamten Umland zu sehen sein. Verschiedene Wirtschaftszweige werden also bei uns zunehmend mehr Bedeutung gewinnen müssen auf Grund des Einzugsgebietes, einer optimalen Versorgungsqualität und letztlich haben wir auch gewisse Erscheinungen einer Cityentwicklung und Erweiterung der Stadt zu beachten. Das zeigt sich an allen Ecken und Enden.

Ich habe eine dritte Quelle hier anzuführen, das sind die Bekanntgaben der OÖ. Landesregierung zum Raumordnungsgesetz, worin davon die Rede ist, ich zitiere wortwörtlich: Zur Verwirklichung des überörtlichen Zieles des weiteren Ausbaues der Stadt Steyr als zentraler Ort ist es notwendig, eine optimale Versorgung der Stadt Steyr sowie ihrer Einzugsbereiche mit zentralörtlichen Einrichtungen sicherzustellen. Hiefür sind nahe dem Stadtzentrum von Steyr geeignete Cityerweiterungszonen (Geschäftskerngebiete) festzulegen.

Die 3., im Ziel der OÖ. Raumordnung wird ausgesagt: Durch das große Einzugsgebiet sind sowohl im Einzel- als auch im Großhandel noch Entwicklungsmöglichkeiten gegeben. Wenn wir das eigene Entwicklungskonzept heranziehen zur Beurteilung, heißt es auf Seite 25, das Image der Stadt als Einkaufs- und Bezirksstadt soll gehoben werden. Meine Damen und Herren, ich frage mich nun, worin liegen nun die Gründe Ihrer Einwände? Wenn ich sie summiere, liegen sie im Detail. Man kann über Detailfragen verschiedener Auffassung sein. Sicherlich haben manche Gewicht, manche in meinen Augen weniger oder gar keines. Aber im Vordergrund ist auf jeden Fall von uns als Gemeinderäte der Stadt Steyr mit dem Verantwortungsbewußtsein für diese Stadt mit mehr als 40.000 Einwohnern, nicht nur für jetzt und nicht für den Einzelnen etwas zu tun, sondern für die Gesamtheit die Auf-

gabe im Vordergrund, auch den Flächenwidmungsplan in seiner Gesamtwirkung zu sehen, in seiner langfristigen zukunftsorientierten Aussage. Schauen Sie, es geht doch nicht allein darum um den Greißler ums Eck. Der Greißler ums Eck lebt heute mehr oder weniger schlecht. Er hat auch früher mehr oder weniger schlecht gelebt. Es ist nicht immer nur die Schuld eines Flächenwidmungsplanes, die Schuld der Arbeitslöhne, die Schuld der Gemeinde, wenn Betriebe dieser Art nicht richtig florieren. Vielleicht wird es auch ein Umdenken erfordern in das eigene Familienleben hineinzuschauen und dort vielleicht eine Umkehr zu finden, um den Betrieb auf bessere Beine stellen zu können. Das ist kein Vorwurf an die Wirtschaft allgemein. Das mag in Einzelfällen aber auf jeden Fall zutreffen. Letztlich geht es beim Kleingewerbetreibenden nicht allein um diesen. Es gäbe bei der Beurteilung, ob wir in Steyr größere Versorgungseinrichtungen schaffen wollen, auch darum, ob es damit gleichzeitig gelingt, auch Arbeitsplätze zu sichern oder neue zu gewinnen. Die letzte Situation am Arbeitsmarkt müßte uns gerade in dieser Richtung besonderes Augenmerk beiwenden, denn wir sehen, daß die Industrie allein nicht mehr imstande ist, all das zu verkraften, was sie früher imstande war. Die Gründe möchte ich nicht anziehen. Auf jeden Fall wird es kaum zu Industriegründungen in der nächsten Zeit kommen, wenngleich wir Industriegründe im Flächenwidmungsplan ausweisen.

Ich glaube, daß selbst die letzte Entwicklung durch die Errichtung einiger sogenannter Großkaufhäuser auf unseren Maßstab zugeschnitten berechtigt war. Letztlich hat es sich gezeigt, daß die Massenbedürfnisse in den Einkaufszentren dieser sogenannten Großkaufhäuser berücksichtigt werden konnten. Die Bedürfnisse preislich und auch im Umfang gedeckt werden konnten und daß es daneben noch gelang und das scheint mir besonders wertvoll in der Aussage zu sein, auch für die Wirtschaft durch dieses von mir vorher zitierte Umdenken nicht nur in den Kaufgewohnheiten, auch in den Verkaufsumsätzen und in den Umsätzen des Warenangebotes eine beträchtliche Verbesserung der infrastrukturellen Verkaufsangebote zu erreichen.

Der Stadtplatz ist das typische Beispiel für diese Umkehr. Für eine ganz neue Entwicklung, die Steyr nicht mehr dazu stempelt wie früher, daß hier zur Zeit der Auszahlung der Weihnachtsgelder Millionen Schilling in die Umgebung getragen wurden, nach Linz, Wels und in andere Städte, sondern daß es heuer schon soweit ist, durch das Angebot in den Großkaufhäusern einerseits, durch die Spezialisierung der Familienbetriebe und kleineren Geschäfte andererseits, ja sogar zusätzliche Kundschaften aus den vorgenannten Städten nach Steyr zu ziehen.

Ich bestätige hier, daß die Preisqualität in Steyr auf Grund der Erfahrungen sich jederzeit messen kann mit den anderen Städten und vielleicht ist es auch neben der Warenqualität auch hier die günstige Preislage von Waren, die die anderen Käuferschichten nach Steyr bringt.

Hier muß man schon die Zusammenhänge insgesamt sehen. Ich bestreite nicht, daß gewisse Obrigkeitenvorschriften bestehen durch die Regelung des Raumordnungsgesetzes einerseits, durch die mit 1. 1. in Kraft getretene Bauverordnung und daß dadurch neue Erschwernisse in der Administration und in der Erledigung von Bauansuchen eingetreten sind. Ich muß Sie aber alle fragen, ist es letztlich einer überregionalen übergeordneten Dienststelle überhaupt bewußt, was sie mit derart strengen Vorschriften der Entwicklung einer Stadt wie unserer auferlegt. Wird sich die Landesregierung und der Gesetzgeber auf Landesebene dessen bewußt sein, daß er dann, wenn er gewissen Wünschen und Vorstellungen, die wir in unsere Entwicklung setzen, widerspricht, damit auch gleichzeitig diese Stadt in ihrer Entwicklung schwer hemmt und diese Frage muß deutlich ausgesprochen werden.

Das, glaube ich, sollte man doch in den Raum stellen. Die Lebensfrage für die Stadt hängt weitgehend damit zusammen, wie weit es uns gelingt, die nötigen Grundreserven bereitzuhalten. Das haben wir hier durch unsere getroffenen gemeinsamen Entscheidungen durch die Reservierung entsprechend großer Grundstücke sowohl für den Wohnbau wie für die Geschäftszweige, wie für Industrie und für Straßenbauten etc. mehr getan. Was wir nunmehr brauchen ist eine Weiterführung nicht nur im Flächenwidmungsplan, sondern später die Nutzung dieser im Plan ausgewiesenen Flächen für die Erweiterung, für die Verbesserung der städtischen Struktur. Ich glaube, das sollte man bei der heutigen Diskussion nicht vergessen. Ich würde mich sehr freuen, wenn es dazu kommt, daß sich die negativen Beiträge umkehren. Was ich zwar nicht annehmen kann auf Grund der geäußerten Mei-

nungen, aber dennoch hoffe ich im Interesse dieser Stadt und im Interesse dieses Gemeinderates, der sich verantwortlich fühlen muß, nicht nur für heute sondern auch für später, wo der Einzelne nicht mehr in seiner Funktion stehen wird. Weil die Entscheidungen von heute die Wirkungen von morgen und in 10 Jahren sein werden. Aus diesem Grund kann ich nur beipflichten jenen, die heute diesem Flächenwidmungsplan die Zustimmung geben werden.

Applaus

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER KARL FRITSCH:

Ich danke Herrn Bürgermeister für seinen Beitrag und darf den Vorsitz wieder an ihn zurückgeben.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke. Ich habe keine weitere Wortmeldung mehr registriert. Dann darf ich zur Abstimmung kommen. Entschuldigung, der Referent möchte ein Schlußwort halten.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Die Diskussion wurde durchaus in sachlicher und vernünftiger Form abgeführt. Ich glaube und könnte mir vorstellen, daß man sich doch überlegt, um welche geringe Unterschiede, Meinungsunterschiede es hier geht. Das Stadtgebiet, Gemeindegebiet von Steyr umfaßt etwas mehr als 26 km² und die Streitpunkte, die zur Diskussion stehen, umfassen knapp 200.000 m² oder 250.000. Also nicht einmal 1/4 km². Das heißt, es ist im wesentlichen – sicher ist eine Gewichtung vorzunehmen – es ist nicht jede Grundfläche gleichwertig, das gebe ich vollkommen zu, aber durchaus glaube ich sind die Streitpunkte in einem Rahmen und in einer Größenordnung, wo man sich überlegen könnte, ob es nicht doch wert wäre, hier die Zustimmung zu finden. Geht es doch schließlich um die künftige Entwicklung unserer Stadt.

Zu dem Abänderungsantrag des Kollegen Fuchs möchte ich einwenden, daß hier im Falle einer Abänderung ein neues Verfahren anhängig werden müßte, das heißt, daß die Auflage erfolgen müßte, weil dadurch wieder andere Interessen oder sich die Interessen verändern würden und eine Beschlußfassung in dieser Richtung rein aus technischen Gründen nicht möglich wäre. Ich verstehe nicht ganz die Haltung der ÖVP, das wurde heute bereits mehrmals angezogen. Es wurde indirekt von der ÖVP bereits die Zustimmung durch verschiedene Beschlüsse zum Flächenwidmungsplan gegeben. Die ÖVP hat zugestimmt der Ausnahmegenehmigung für die Errichtung des Großmarktes Weindl. Hier war eine einheitliche Auffassung.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER KARL FRITSCH:

Auf Grund der dazumals bestehenden Gesetzeslage.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:

Gerne, aber es war nicht der einzige Fall. Es wurde kein Einspruch gegen die Errichtung des Impex-Kaufhauses erhoben. Hier war auch Einvernehmlichkeit feststellbar.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER KARL FRITSCH:

Fällt nicht unter die örtliche Nahversorgung.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:

Verkauf an Neudeck, Schneeweiß usw. zur Errichtung eines Hartwarenmarktes. Auch hier war Einvernehmlichkeit gegeben. Ich sehe in der heutigen Haltung gegenüber der seinerzeitigen Haltung eine Inkonsistenz der ÖVP und kann es nicht ganz verstehen. Man kann es vielleicht dann verstehen, wenn man die Konstruktion der Partei kennt, in der eben verschiedene interessenswiderstrebende Interessensgruppen vertreten sind und man gezwungen ist, einmal nach dieser Richtung und einmal nach dieser Richtung etwas auszuteilen. Das ist sehr schwer und man kommt selbst oft in die größten Verlegenheiten. Das kann ich

mir schon vorstellen, daß hier die Schwierigkeiten auftreten. Dadurch dann diese Widersprüche, vor einem halben Jahr noch dafür, nach einem halben Jahr dagegen, sich eben entwickeln, die in der Öffentlichkeit nicht sehr günstig sind. Ich glaube, es wäre zweckmäßig, wenn wir gerade diesen Flächenwidmungsplan, der für unsere Stadt für die nächste Zeit so entscheidend ist, gemeinsam beschließen könnten. In der Schweiz sagt man "Kantönligeist", bei uns könnte man diesen Geist bezeichnen als "Fuhrwerksunternehmergeist" aus dem 19. Jahrhundert. Seinerzeit war es schon einmal so, daß kurzsichtige und engstirnige Kommunalpolitiker die Entwicklung der Stadt in sehr maßgeblicher Weise verhindert haben. Sie haben aber damals die Mehrheit gehabt und heute haben sie sie nicht und deshalb werden wir diesen fortschrittlichen Flächenwidmungsplan beschließen.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER KARL FRITSCH:

Den Ausdruck "Fuhrwerksunternehmer" Kollege Schwarz würde ich bitten, zurückzunehmen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Wir kommen zur Abstimmung. Ordnungsgemäß und geschäftsordnungsgemäß ist zuerst über den Abänderungsantrag der Freiheitlichen Partei zu entscheiden. Ich muß Sie auffordern, etwas zuzuhören, damit nicht jemand falsch abstimmt entgegen seiner eigenen Meinung. Es steht der Antrag in Anlehnung an § 38 Abs. 2 des Statutes und § 18 der Geschäftsordnung, der Gemeinderat möge den Flächenwidmungsplan der Stadt Steyr mit Ausnahme der Widmung der Stadlmayrgründe in ein Gebiet für Geschäftsbauten beschließen. Die Stadlmayrgründe erhalten die Widmung gemischtes Baugebiet und nicht Gebiet für Geschäftsbauten. Bitte, Sie haben den Antrag des Referenten gehört. Ich muß den Gegenantrag zur Abänderung des Kollegen Fuchs zuerst zur Abstimmung bringen. Wer ist für den Abänderungsantrag der Freiheitlichen Partei? Gegenprobe? Stimmenthaltung? Ich stelle fest, daß der Antrag mit Mehrheit abgewiesen ist.

Abänderungsantrag:

Dafür: 2 FPÖ, 7 ÖVP

dagegen: 23 SPÖ, 1 KPÖ

Wir kommen damit zur Erledigung des Hauptantrages, so wie ihn der Referent gestellt hat. Verlesen brauche ich ihn nicht mehr. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wer für den Antrag ist? Danke. Gegenprobe? Enthaltungen? Mit Mehrheit beschlossen.

Hauptantrag:

Dafür: 23 SPÖ, 1 KPÖ

dagegen: 7 ÖVP

Enthaltungen: 2 FPÖ

(GR Holub war bei den Abstimmungen nicht anwesend)

Ich danke für die Erledigung dieses wichtigen Antrages. Wir kommen nun zum nächsten Berichterstatte, das ist Kollege Fritsch. Im Anschluß an die Erledigung dieses Antrages werden wir eine kurze Pause einschalten.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER KARL FRITSCH:

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich habe Ihnen einen einzigen Antrag zur Beschlußfassung vorzulegen. Er befaßt sich mit

6) ÖAG-963/77

Grundverkauf an die Firma Franz Mitter-

huemer, Steyr, Damberggasse 2/ Bahnhofstraße 9.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Dem Ankauf der neu geschaffenen Grundparzelle 1711/5 im Ausmaß von 4.000 m² zum Preise von S 400,-/m² an die Firma Franz Mitterhuemer, Elektro-, Kühl- und Wärmetechnik, 4400 Steyr, Damberggasse 2/Bahnhofstraße 9, wird zugestimmt. Für die an das öffentliche Gut abzutretende Grundfläche im Ausmaß von 678 m² ist der gleiche Betrag pro

Quadratmeter an die Stadtgemeinde Steyr zu entrichten.

Der Verkauf erfolgt mit der Auflage, auf dem Kaufobjekt innerhalb von drei Jahren eine gewerbliche Betriebsstätte für einen Gewerbebetrieb, der im Amtsbericht bezeichneten Art, zu errichten, wobei sich die Stadtgemeinde Steyr zur Sicherung dieser Verpflichtung ein Vor- und Wiederkaufsrecht im Sinne der Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches vorbehält.

Weiters wird der Entrichtung des Kaufpreises in drei aufeinanderfolgenden Jahresraten, beginnend bei Vertragsabschluß, ohne zwischenzeitliche Verzinsung, jedoch bei Vereinbarung einer Wertsicherung nach dem Verbraucherpreisindex zugestimmt, wobei der Restkaufpreis pfandrechtlich sicherzustellen wäre. Sämtliche mit dem Erwerb verbundenen Kosten gehen zu Lasten des Käufers.

Das ist der Antrag an Sie, geschätzte Damen und Herren und ich bitte um Ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke. Sie haben den Antrag gehört. Wünscht dazu jemand eine Debatte abzuwickeln? Das ist nicht der Fall. Gibt es zum Antrag eine Gegenstimme? Eine Enthaltung? Beides nicht der Fall, somit ist der Antrag einstimmig beschlossen.

Ich danke dem Berichterstatter.

Meine Damen und Herren, die vorhin angekündigte Pause darf ich nunmehr mit Klingelzeichen einläuten. Ich werde Sie wieder rufen, wenn die Klingel ertönt.

Pause von 15.30 – 16.00 Uhr

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Meine Damen und Herren!

Ich bitte Sie, die Plätze wieder einzunehmen. Nach dieser Unterbrechung setzen wir unsere Verhandlungen der heutigen Sitzung fort. Ich bitte als nächsten Sprecher Stadtrat Fürst, der den Voranschlag 1978 zur Kenntnis bringen wird und die nötige Antragstellung vornehmen wird.

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF FÜRST:

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Einer der Gründe für die Einberufung zu dieser Gemeinderatsitzung ist im § 49 des Statutes für die Stadt Steyr zu sehen, der den Gemeinderat verpflichtet, alljährlich fristgerecht einen Haushaltsvoranschlag vor Ablauf des laufenden Jahres für das kommende Jahr zu erstellen.

Dem Voranschlag für das Jahr 1978 sind laut Absatz 2 dieses Paragraphen der Wirtschaftsplan der Städtischen Unternehmungen, die Fonds der Stadt, denen keine Rechtspersönlichkeit zukommt, der Dienstpostenplan, der Wirtschaftsplan des Städtischen Wirtschaftshofes, der Voranschlag der Krankenfürsorgeanstalt der Stadt Steyr sowie der Wirtschaftsplan der Gemeinn. Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr und heuer zum ersten Mal der Voranschlag 1978 für den Reinhaltverband für Steyr und Umgebung angeschlossen bzw. nachrichtlich ausgewiesen. Um diesem Voranschlag für das Jahr 1978 die Zustimmung aller im Gemeinderat vertretenen Parteien zu ermöglichen, wurden nach einer entsprechenden Kontaktnahme deren Wünsche im Entwurf bereits weitestgehend berücksichtigt. Der Budgetentwurf wurde den Fraktionen zeitgerecht zur Beratung übermittelt und am 17. 11. 1977 dem Stadtsenat eingebracht und von diesem festgestellt und dem Gemeinderat zur Beschlußfassung weitergeleitet. Formalrechtlich ist somit die Voraussetzung für die Beschlußfassung des Haushaltsvoranschlages für das Jahr 1978 gegeben.

Die öffentliche Auflage des Voranschlages erbrachte weder Einwände noch Erinnerungen. Soweit die notwendige Aussage über die rechtliche Begründung und die Bereiche, die der Voranschlag umfaßt.

Der Voranschlag 1978 umfaßt für den gesamten Haushalt Einnahmen in der Höhe von S 413,031.800,- und Ausgaben in der Höhe von

S 429,443.300,- und weist somit einen Abgang von

S 16,411.500,- auf, für den erst eine Bedeckung gefunden werden muß.

Im Vergleich mit dem Vorjahr zeigt sich folgende Entwicklung:

Gesamter Haushalt

Einnahmen verglichen mit	Voranschlag 1978	Voranschlag 1977 mit Nachtrag
Ordentlicher Haushalt	322,723.300	316,704.100
Außerordentlicher Haushalt	<u>90,308.500</u>	<u>135,169.000</u>
Summe	413,031.800	451,873.100

Ausgaben:

Ordentlicher Haushalt	322,723.300	316,704.100
Außerordentlicher Haushalt	<u>106,720.000</u>	<u>135,169.000</u>
Summe	429,443.300	451,873.100

Abgang im außerordentlichen Haushalt S 16,411.500.

Während die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben des ordentlichen Haushaltes als kontinuierlich bezeichnet werden kann, ist der Rückgang der Ausgaben im außerordentlichen Haushalt 1978 nur darin zu sehen, daß gegenüber dem Voranschlag 1977 im Nachtrag eine nicht vorhersehbare Erhöhung der Grundkäufe um rund 36 Mill. eingetreten ist. Durch Ausscheiden der im ordentlichen Haushalt enthaltenen Vergütungen zwischen den Verwaltungszweigen ergeben sich Reineinnahmen bzw. Reinausgaben des Gesamthaushaltes

	Einnahmen	Ausgaben
Gesamteinnahmen/Ausgaben	413,031.800	429,443.300
ab Vergütung zwischen den Verwaltungszweigen	<u>19,400.000</u>	<u>19.400.000</u>
Reineinnahmen/Ausgaben	393,631.800	410,043.300

In den zitierten Summen sind noch die im ordentlichen Haushalt vorgesehenen Mittel zur Teildeckung des außerordentlichen Haushaltes und die Rücklagegebarung enthalten. Nach Aussonderung dieser verbleibt bei den Einnahmen der tatsächliche Finanzertrag der laufenden Gebarung und bei den Ausgaben der wirksame echte Aufwand.

Von den Reineinnahmen in der Höhe von rund S 393,000.000,- gestatten Sie mir das - erfolgt eine Zuführung an den außerordentlichen Haushalt von S 37,000.000,- sowie eine Entnahme aus Rücklagen in der Höhe von S 3,443.000,-, sodaß sich der Finanzertrag der Gebarung auf S 352,808.300,- stellt.

Die Reinausgaben in der Höhe von S 410,043.300,- erfahren nach der bereits zitierten Zuführung zum außerordentlichen Haushalt noch eine Zuführung an die Rücklagen in der Höhe von S 6,950.000,-, sodaß sich ein echt wirksamer Aufwand von S 365,784.800,- ergibt. Der Vergleich mit dem Vorjahr zeigt folgende Entwicklung:

	Voranschlag 1978	Voranschlag 1977 mit Nachtrag
Finanzertrag der Gebarung	352,808.300	385,490.900
Wirksamer Aufwand	365,784.800	396,957.900
Rücklagenbeanspruchung	-	11,467.000
Rücklagenzuführung	3,507.000	-

Der Finanzertrag und der wirksame Aufwand weisen gegenüber dem Nachtragsvoranschlag 1977 niedrigere Beträge aus, dies ist, wie bereits hingewiesen, durch die erhöhte Darlehensaufnahme und die zusätzlichen bedeutenden Grundankäufe bedingt. Gegenüber dem Voranschlag 1977 ergibt sich eine Erhöhung des Finanzertrages von S 28,3 Mill. und eine Steigerung des wirksamen Aufwandes von 13,3 Mill.

Bevor noch auf die Unterabschnitte des Haushaltes 1978 und dessen Einzelpositionen eingegangen wird, ein paar Worte zu dessen ziffernmäßiger Erstellung.

Die Erstellung des Voranschlages 1978 erfolgte erstmalig auf Grund der Voranschlags- und Rechnungsabschlußverordnung, der Kürze halber VRV genannt, durch die dadurch bedingte Umstellung der Konten war bei vielen Voranschlagsposten eine vergleichsweise Errechnung der Ausgaben und Einnahmen, wie Sie es bisher gewohnt waren, nicht möglich und mußten vielfach geschätzt erfolgen, was aber mit größtmöglicher Sorgfalt er-

folgte. Mögliche Verschiebungen bei verschiedenen Voranschlagsposten während des kommenden Jahres werden darin ihre Ursache zu suchen haben. Vergleichsziffern der Vorjahre können nur für den gesamten Haushalt herangezogen werden, da sich sowohl in den Haushaltsgruppen als auch bei den Unterabteilungen bedeutende Umstellungen ergeben haben. Aussagen in dieser Hinsicht können nur an Hand der einzelnen Kontoblätter, welche selbst da noch meist unterteilt werden müßten, getroffen werden.

Zum ordentlichen Haushalt.

Der ordentliche Haushalt, soweit er betragsmäßig durch Beschlüsse beeinflussbar ist und nicht reine Pflichtausgaben darstellt, wurde mit der gebotenen vernünftigen Sparsamkeit erstellt. Ein prognostizierter Einnahmenüberschuß von S 37,3 Mill. wird dem außerordentlichen Haushalt zu dessen Deckung zugeführt, sodaß der mit Einnahmen und Ausgaben von S 322,723.300 angenommene ordentliche Haushalt ausgeglichen erscheint.

Nun zu den einzelnen Ansätzen im ordentlichen Haushalt selbst.

Sehr geehrte Mitglieder des Gemeinderates!

Da Sie alle im Besitze des Voranschlagswerkes sind, dieses bestimmt bereits einem Studium unterzogen haben, erspare ich mir bei meinen Ausführungen kleinste Details und darf mich, Ihr Einverständnis voraussetzend, auf die wesentlichen Fakten beschränken und die dadurch eingesparte Zeit der sicher ins Detail gehenden Diskussion widmen. Die Voraussetzung zu einer womöglich realen Darstellung der Einnahmen ist auch in diesem Jahr nicht besser geworden. Die Beobachtung der eigenen Einnahme-Entwicklung vermittelt auch nicht das Bild eines einheitlichen Trends. Der letzte Rechnungsabschluß 1976 ist durch den 2 Jahre zurückliegenden Aufkommenszeitraum im Lichte der momentanen Wirtschaftsprognosen, eine nur schwache Orientierungshilfe. Die Maßnahmen der Bundesregierung, das Abgabenänderungsgesetz und dergleichen mehr, Sie sind ja hier im Bild, lassen zwar auf eine positive Entwicklung im Hinblick auf die Bundesertragsanteile hoffen, sich aber zum gegenwärtigen Zeitpunkt ziffernmäßig nur vermuten. In summa summarum bezeichne ich die Darstellung der Einnahmenseite als vorsichtig bis leicht optimistisch erstellt.

Zur folgenden Aufschlüsselung der Einnahmen nach Verwaltungszweigen eine kurze Übersicht über die Herkunft der wichtigsten Einnahmen:

Eigene Steuern und Abgaben, Ertragsanteile S 240,106.000,-, Einnahmen aus Leistungen S 57,738.600,-, das sind lauter neue Bezeichnungen und ich werde mich bemühen, sie zu verdeutschen, das sind Fleischbeschaugebühren, Gastschulbeiträge, Kindergartenbeiträge, Eintrittsgebühren, Leihgebühren, Kostenersatz, Altersheimgebühren und Leistungen des Wirtschaftshofes, Transfereinnahmen S 6,429.200,-, Zuschüsse, Zuwendungen, Beiträge, Beihilfen und dergleichen. Sonstige Einnahmen S 13,098.000,-, Veräußerungen S 13.500,-, Entnahme aus Rücklagen S 643.000,-, Rückzahlung von nicht investitionsfördernden Darlehen S 315.000,- und Kapitaltransfers S 480.000,-. Das ergibt zusammen die Einnahmesumme von S 322,723.300,-.

Das Steueraufkommen für 1978 wird als leicht steigend angenommen, wenn der Vergleich mit dem Voranschlag 1977 mit Nachtrag, also S 117,600.000,- zu S 114,270.000,- erfolgt. Dieselbe Entwicklung wird auch bei den Abgabenertragsanteilen ausgewiesen, und zwar S 116 Mill. zu S 113 Mill. Die einzelnen Steuern zeigen folgende Entwicklung: Die Grundsteuer B ist gegen den Nachtragsvoranschlag 1977 leicht sinkend, im allgemeinen aber konstant angenommen, da Nachzahlungen wie 1977 im Jahre 1978 nicht zu erwarten sind. Die Lohnsummensteuer ist gegen den Nachtragsvoranschlag 1977 mit S 43 Mill. konstant angenommen, ebenfalls die Gewerbesteuer mit 30 Mill., welche nach den Meßbetragsübersichten angenommen wurde. Mit geringen Steigerungen gegen den Nachtragsvoranschlag wurden die Anzeigenabgabe mit S 700.000,-, die Getränkesteuer mit S 13 Mill., die Lustbarkeitsabgabe mit S 600.000,-, die Gebrauchsabgabe und die Verwaltungsabgabe mit je S 900.000,- angenommen. Die Kanalbenützungsgebühr weist durch eine Ausweitung des Netzes gegen den Voranschlag 1977 eine präliminierte Erhöhung von S 2,9 Mill. auf S 14 Mill. auf. Die Müllabfuhr wurde zu diesem Zeitpunkt mit einer leichten Steigerung mit S 3,5 Mill. angenommen.

Soviel zu den Einnahmen, ihrer Herkunft und ihrer Entwicklung.

Nun zu den Ausgaben des ordentlichen Haushaltes.

Von den S 322,723.300 sind S 22,430.000,- mit einer besonderen Anordnungsbefugnis

versehen und S 7,380.000,- sind einmalige Ausgaben, sodaß zusammen 29,810.000 Schilling noch ihrer Beschlußfassung unterliegen, während der restliche Teil, nämlich S 292,913.000,- Pflichtausgaben sind und sich ihrer Beschlußfassung entziehen.

Die größte Post des ordentlichen Haushaltes ist im Sammelnachweis für das Personal zu ersehen und beträgt für das Jahr 1978 S 112,889.000,-, der Aufwand für die Pensionisten S 14,900.000,-, zusammen beträgt der Personalaufwand also S 127,789.000,- oder 39,6 % des ordentlichen Haushaltes. Ein ziffernmäßiger Vergleich des präliminierten Aufwandes der Personalkosten ist aber nicht ohne weiteres abzulesen, da 1978 der Personalaufwand, wie in Zukunft, immer ohne den Aufwand für die Bezüge der Mandatäre dargestellt ist, was 1977 noch nicht der Fall war. Der Wert von 39,6 % Anteil der Personalkosten im oH stellt im Vergleich mit Städten ähnlicher Größenordnung, wo auch Werte um 50 % und darüber anzutreffen sind, der Leistungsfähigkeit der Bediensteten ein gutes Zeugnis aus, wie auch den Personalverantwortlichen. Die Anerkennung der Leistung des Personals soll hier besonders unterstrichen werden, versuchen doch manche Massenmedien, der Bevölkerung das gegenteilige Bild davon zu vermitteln. Die Stadtgemeinde beschäftigt derzeit außer den nebenberuflich Tätigen und Teilzeitbeschäftigten 80 Beamte, 558 Vertragsbedienstete und 13 Kollektivvertragsbedienstete. Das sind zusammen 651 Vollbeschäftigte mit Stand 1. 10. 1977.

Die Aufwandsentschädigungen an Funktionäre – das erste Mal separat ausgewiesen – ist mit 4,600.000 präliminiert oder 1,42 % des ordentlichen Haushaltes und geht seit 1976 anteilmäßig zurück. Er bezifferte sich noch 1976 mit 1,98 %, fiel 1977 auf 1,75 % und erreichte 1978 besagte 1,42 % des oH oder unter 1 % des Gesamthaushaltes, nämlich 0,93 %. Nimmt man hier die 1,42 mit den 39,6 % zusammen, dann haben Sie die vorjährig ausgewiesenen Anteile des Personals am ordentlichen Haushalt von 41 und wenige Zehntel Prozent.

Nachdem ich hier die Summe für die Aufwandsentschädigungen dieses Gremiums genannt habe, kann ich auch nach einem gründlichen Vergleich mit vergleichbaren Städten feststellen, daß sie keineswegs erhöht sind und in der unteren Grenze vergleichbar sind.

Die weiter aufgeführten Ausgabenpositionen sind auch nach der VRV – ich verwende diesen Ausdruck erstmals – erstellt e Ansätze, welche in dem Voranschlag 1977 keine Vergleichsziffern haben und hier gilt auch die Aussage, welche grundsätzlich zur Erstellung des Voranschlages 1978 gesagt wurde. Die wesentlichsten Positionen der Summe nach sind:

Verwaltungs- und Betriebsaufwand	64,305.500,--
Transferzahlungen	40,331.500,--
Saldo vortrag der laufenden Gebarung	37,308.500,--
an die Vermögensgebarung oder Zuführung zum aoH	
Verbrauchsgüter und Betriebsstoffe	17,960.000,--
Erwerb von unbeweglichem Vermögen	10,050.000,--
Zuführung an die Rücklagen	6,950.000,--
verschiedene Ausgabengruppen	13,428.800,--.

Mit den vorher zitierten personellen Aufwänden ergeben diese Positionen zusammen den Gesamtaufwand des ordentlichen Haushaltes.

Bevor man den ordentlichen Haushalt abschließt, ist es unbedingt notwendig, auch den Zuschußbedarf der einzelnen Gruppen zu beleuchten. Der Zuschußbedarf der einzelnen Gruppen kurz dargestellt sieht folgend aus:

Gruppe 0 Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung S 46,8 Mill. Hier wurden die Hauptansätze bereits besprochen, Personal, Verwaltungskostenaufwand, Funktionäre etc. Gruppe 1 Öffentliche Sicherheit und Ordnung, ein Zuschußbedarf von 4,27 Mill. Größter Posten davon ist der laufende Aufwand der Feuerwehr mit S 1,835.000,-.

Gruppe 2 Unterricht, Erziehung und Sport, erfordert einen Zuschuß von S 33,390.000,-. Hier muß hervorgehoben werden, daß der Zuschußbedarf bei den Kindergärten alleine S 7,610.000,- beträgt bei einem Gesamterfordernis von S 13,495.000,-. Die Beiträge der Eltern ergeben eine Summe von S 2,5 Millionen und 3 Millionen kommen als Beitrag vom Land. Der Zuschuß der Stadt liegt also um 4,6 Millionen höher als der des Landes. Vor allen Aktivitäten und Vorhaben des Landes auf diesem Gebiet, ich denke an eine ge-

plante Verringerung der Kindergruppenzahlen und dergleichen, welche von der Sache her erforderlich waren und das Kindergartenwesen weiter verteuern, soll in erster Linie der Landeszuschuß auf jenes Maß erhöht werden, welcher den mehr als doppelt so hohen Zuschuß der Gemeinde auf jene Höhe abbaut, der den Zuschüssen des Landes entspricht. Diese Forderung erfolgt nicht nur im Interesse der Finanzsituation in der Stadt, sondern auch tariflich im Interesse der Eltern.

Die Schülerhorte benötigen 1,277.500 an Zuschuß, die Sportplatzerhaltung steht mit 949.300 zu Buche und die Sporthalle mit einem Bedarf von 515.000. Die Subvention an die Sport- und Touristenvereine in Form direkter laufender oder investitionsfördernder einmaliger Zuwendungen betragen 1,240.000,-. Die Volksbücherei mit einem Zuschußbedarf von 1,318.000 gehört auch noch zu diesem Kapitel.

Die Gruppe 3 Kunst, Kultur und Kultus erfordert einen Zuschußbedarf von S 5,627.500,-, wobei die Musikausbildung alleine S 1,888.500,- erfordert. Das Theater S 1,114.000,- sowie das Heimatmuseum S 636.000,- Zuschuß.

Die Gruppe 4 Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung erfordern einen Zuschuß von S 33,390.500,-, wobei auf die allgemeine Wohnbauförderung im ordentlichen Haushalt S 250.000,- entfällt. Die Dominante des Zuschußbedarfes im Sozialbereich ist der Abgang des Altersheimes mit S 12,289.000,-. Ein Bedarf, der über den Kostenfaktor der Teuerung hinaus in dem Maß wächst, als das Altenwohnheim immer mehr zum Pflegeheim oder Langzeitspital umfunktioniert wird, denken Sie an die kürzlich erfolgte Umwandlung von Personalzimmern zu Pflegezimmern und an die sich daraus ergebenden Personal- und Finanzauswirkungen. Die Stadt erspart hier dem Land beträchtliche Mittel, weil sich das Land als Krankenhauserhalter eine geriatrische Abteilung bzw. ein Longterm-Hospital, welches zwar im Ausbauprogramm des Landesspitalplanes, erstellt unter dem damaligen Referenten Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Hartl, enthalten ist, erspart bzw. bis dato nicht realisiert wurde. Wir führen in der Altenpflege Aufgaben zwangsweise durch, die einem Krankenhaus, also dem Land, zugeordnet wären.

Die restlichen Zuschußmittel in der Höhe von S 20,821.500,- erfordert das heute zeitgemäße Instrumentarium sozialer Wohlfahrt, wie allgemeine Sozialhilfe, Behindertenhilfe, Essen auf Rädern, Heimhilfe sowie Aktionen zugunsten Bedürftiger, wie Brennstoffaktion und dergleichen mehr.

Dem Kapitel 5 Gesundheit sind auch S 10,5 Mill. Zuschuß zugeordnet.

Der Rettungsdienst erfordert S 600.000,-, die Tierkörperbeseitigung S 350.000,-, der Schulgesundheitsdienst S 237.000,- und die Familienberatung S 119.000,-. Der weitaus überwiegende Teil dieser Summe S 7,5 Mill. beträgt der Sprengelbeitrag der Stadt zum Krankenhaus.

Sehr verehrte Damen und Herren!

Wenn auch das 1929 dem Land Oberösterreich verkaufte Krankenhaus sich weit über den Status eines Ortskrankenhauses hinaus zu einem regionalen Großkrankenhaus entwickelt hat, so ist das sicher für die Bevölkerung des Steyrer Raumes erfreulich. Die Führung eines Krankenhauses dieser Größe und der Ausbau wäre unserer Stadt finanziell sicher nicht möglich gewesen. Es muß aber im Interesse der Bevölkerung doch der Ruf an das Land Oberösterreich als Krankenhauserhalter ergehen, auch zu einer medizinischen Vollversorgung zu kommen.

In der Gruppe 6 Straßen, Wasserbau und Verkehr liegt der Schwerpunkt bei der Straßen- und Wasserbautenerhaltung und dementsprechend ist auch der Zuschußbedarf mit S 248.000,- ausgewiesen. Das Neubauprogramm ist hier im aoH enthalten.

In Gruppe 7 Wirtschaftsförderung wird hauptsächlich von der Zuwendung zur Deckung des Abganges im Fremdenverkehrsverband die Rede sein, die unter Post 570-0113 mit 400.000,- ausgewiesen ist. Bedarf S 470.000,-.

Die Gruppe 8 Dienstleistungen beinhaltet interessante Details, die wesentlichsten sind die Straßenreinigung mit S 5,3 Mill., die Erhaltung der Park-, Gartenanlagen und Spielplätze mit S 4,6 Mill. sowie die Straßenbeleuchtung mit S 4,4 Mill. Zuschußbedarf.

Die Stadtwerke erfordern S 3,090.000,- an Zuschüssen. In dieser Summe ist auch der Abgang für das Stadtbad mit S 2,3 Mill. und die Kunsteisbahn mit S 570.000,- enthalten.

In der Gruppe 9 Finanzwirtschaft sind zwei Posten einer kritischen Betrachtung wert. Die Landesumlage, einst als Notopfer vorübergehender Natur, durch einen Finanzausgleich

gleichsam den reichen Städten an das arme Land zugemutet, jetzt im Finanzausgleich immer noch verankert als Dauerleistung der heute verschuldeten Städte an das vergleichsweise reiche Land. Sie steht mit S 17 Mill. zu Buche. Die Bestrebungen zur Eliminierung der Landesumlage zugunsten der Städte seitens des öö. Städtebundes im Rahmen der nächsten Finanzausgleichsverhandlungen kann von Seiten der Stadt nur begrüßt und unterstützt werden.

Als eine heute im ordentlichen Haushalt nicht mehr aus den Augen zu lassende Post ist der Schuldendienst in der Höhe von S 16,1 Mill., ein Betrag, der in der Zukunft durch von Ihnen noch aufzunehmende Kredite 1978 an Größe und Bedeutung für den gesamten Haushalt stark zunehmen wird. Auf die Kreditaufnahme werde ich noch später zu sprechen kommen.

Soviel zum ordentlichen Haushalt.

Nun zum außerordentlichen Haushalt 1978. Die Bedeckung des außerordentlichen Haushaltes ergibt sich aus einer Zuführung aus dem ordentlichen Haushalt in der Höhe von S 37,2 Mill., kleineren Deckungssummen aus Entnahmen von Rücklagen und Verkäufen und dergleichen, zusammen in der Höhe von S 13 Mill. und einer Kreditbeanspruchung von S 40 Mill., zusammen S 90,308.500,-.

Zur Darlehensaufnahme für die Finanzierung von Vorhaben im außerordentlichen Haushalt mußte bereits Ende dieses Jahres in verstärktem Maße geschritten werden, wie der Nachtragsvoranschlag aufweist. Die für 1978 neuerlich vorgesehenen S 40 Mill., nehmen bereits eine beachtliche Größe an, die aber im Lichte der in der nächsten Zeit unbedingt durchzuführenden Vorhaben, wie Brückenbau, Kanalisation und dergleichen sowie der verhältnismäßig im Vergleich mit anderen Städten noch nicht zu großen Verschuldung der Stadt, nicht allzu bedenklich erscheint. Eine Dauerlösung kann aber eine ständige, jedes Jahr überdurchschnittlich hohe Darlehensaufnahme auf keinen Fall darstellen.

Die Bemühungen von Seiten der hier im Hause Verantwortlichen, sprich des Herrn Bürgermeister und verschiedener Beamter um finanzielle Hilfestellung seitens des Landes, welche in den letzten Jahren, das wurde schon heute hier aufgezählt, zu durchaus beachtenswerten Ergebnissen führten, müssen in verstärktem Maß fortgeführt werden. Auf Bundesebene bzw. durch Maßnahmen von Seiten des Städtebundes zum Abschluß eines neuen Finanzausgleiches muß erreicht werden, daß wir aus diesem Titel jene Mittel erhalten, welche uns auch in der Zukunft in die Lage versetzen, jene Aufgaben zu erfüllen, deren Verwirklichung die Bevölkerung von uns erwartet. Der Schuldenstand der Stadt beträgt mit Ende des Jahres 1977 S 157,980.000,-, was einer Durchschnittverschuldung von S 3.900,- pro Kopf der Bevölkerung entspricht.

Ich unterstreiche angesichts dieser Ziffern, diese Werte stellen noch keine dramatische Entwicklung dar, aber das unbedingte Ziel muß es sein zu trachten, daß die Verschuldung nicht jenes Maß erreicht, wo die Pflichtausgaben keinen Spielraum mehr lassen für die Finanzierung für vom Gemeinderat als notwendig erachtete neue Vorhaben. Dem Zwang, Schulden um der Schulden Willen machen zu müssen, wie das in manchen Städten bereits der Fall ist, soll, wenn es nur irgendwie möglich ist, diesem Gemeinderat erspart bleiben. Daher ergeht der nochmalige Appell an Land und Bund nach einer besseren finanziellen Ausstattung der Städte durch einen neuen Finanzausgleich. Gemessen am Anteil der Erarbeitung des Brutto-Nationalproduktes, welche zu mehr als der Hälfte in den Städten erfolgt und an deren immer größer werdenden Verschuldung ist diese Forderung mehr als gerecht und dringendst. In Wels, um nur ein Beispiel zu nennen, ist für 1978 bereits im ordentlichen Haushalt ein Abgang von S 17 Mill. präliminiert, was die Aktualität meiner in dieser Hinsicht getanen Ausführungen unterstreicht.

Im eigenen Bereich gilt es aber noch in größerem Maß wie bisher, jede Maßnahme, die über das bis jetzt praktizierte Maß hinausgeht und jede Planung für neue Projekte nicht nur daraufhin zu beurteilen, ob diese wünschenswert sind, sondern auch ob sie eine weitere Darlehensaufnahme rechtfertigen. S 16,4 Mill. sind im aoH auf der Einnahmenseite ohne Bedeckung. Diese kann nur durch Einsparungen auf anderen Gebieten gefunden werden oder durch nicht vorhergesehene Einnahmen.

Nun zu den Vorhaben im außerordentlichen Haushalt selbst.

Für Amtsgebäude sollen S 4,5 Mill. ausgegeben werden, das heißt für den Umbau Ennskai 27 und Arbeiten am Rathaus selbst.

Für die Freiwillige Feuerwehr S 3,3 Mill., und zwar für das Bootshaus der Wasserwehr S 2 Mill. und für die Garage des Kranwagens S 300.000,- und eine Rate für den Ankauf eines Rüstwagens S 1 Mill.

Dem Zivilschutz sind S 300.000,- gewidmet.

Den Schulen, S 740.000,- den Pflichtschulen und S 15 Mill. Rate für die HAK und HASCH. Den Kindergärten sind als Baumaßnahme S 3,2 Mill. zugedacht, wobei S 3 Mill. für die Errichtung des Lehrkindergartens entfallen.

Dem Veranstaltungszentrum Münichholz sind S 2 Mill. als Rate zugedacht sowie der Planung des Sportzentrums Rennbahn als Planungspost S 200.000,-. S 5 Mill. wird 1978 die Restaurierung des Stadttheaters, sprich Volkskino, als Umbaurate erfordern. Der Altstadterhaltung und Ortsbildpflege fallen S 6,5 Mill. an Mitteln zu. In dieser Summe ist das alte Stadttheater mit seiner Restaurierung, der Festsaal Rathaus, die Fassadenrestaurierungen von städtischen Objekten und die Beiträge zur Denkmalpflege enthalten. Die Maßnahmen zur Tausendjahrfeier der Stadt sind für das Jahr 1978 mit S 500.000,- präliminiert. Der Wohnbauförderung stehen hier Mittel in der Höhe von S 6 Mill. zur Verfügung, und zwar S 2 Mill. Darlehen und S 4 Mill. für die Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaues. Die Aufschließung von Siedlungsgebieten, wie Schlüßlmayrsiedlung, Leeber- und Mosergründe erfordern S 1,2 Mill.

Nun zum Straßenbau. Die Beiträge vertraglicher Leistungen zum Straßenbau des Bundes betragen S 3 Mill.; zu der des Landes S 1,4 Mill. Den Projekten des gemeindeeigenen Straßenbaues sind S 29,130.000,- gewidmet. Mit S 10 Mill. dominiert hier die Rate für den Neubau Zwischenbrücken, gefolgt vom Straßenbau Waldrandsiedlung mit S 6 Mill., gefolgt vom Ausbau der Kreuzung St. Ulrich – Hubergutstraße mit S 1,5 Mill. S 3,6 Mill. sind hier den Fußgängerüber- oder -unterführungen, ebenso S 530.000,- den Fußgängerwegen gewidmet.

Die Zuschüsse für die Gewerbeförderung sind mit S 0,5 Mill. ausgewiesen. Die Abwasserbeseitigung oder der Kanalbau benötigt in diesem Haushalt S 14,95 Mill. und ist mit einer Summe von S 2,3 Mill. an den Vorhaben des Reinhaltungsverbandes Steyr und Umgebung beteiligt. Die Stadt gibt also zu diesem Zweck S 17,25 Mill. aus. Es sind Vorhaben, deren Verwirklichung meist dringendst gefordert werden, bei der Verwirklichung von den nicht daran Profitierenden als Belästigung empfunden und die nach Vollendung als Selbstverständlichkeit umso gründlicher vergessen werden.

Eine Maßnahme, die von einem Teil der Bevölkerung heiß ersehnt wird, das ist der Abschluß der Arbeiten zur Sanierung des Stadtbades bzw. Freibades mit S 1 Mill. dotiert und die Erweiterung des Hallenbades und der Sauna, hier mit S 4 Mill. ausgewiesen.

Für den Erwerb von Liegenschaften und Grundstücken ist ein Betrag von S 4,3 Mill. vorgesehen. Dies ist eine Aufzählung der wichtigsten Vorhaben im außerordentlichen Haushalt, wobei sich 3 Schwerpunkte ergeben:

1. der Hochbau mit S 44,2 Mill.,
2. der Straßenbau und Brückenbau mit S 33,1 Mill. und
3. der Kanalbau mit S 14,95 Mill.

S 92,25 Mill. entfallen im oH auf die Bauwirtschaft und das Baunebengewerbe und S 14,47 Mill. kommen anderweitigen Wirtschaftssparten zugute. Mit der Besprechung des außerordentlichen Haushaltes bin ich mit der Besprechung des Voranschlages 1978 am Ende meiner Ausführungen angelangt, ich darf nur noch auf den Dienstpostenplan für das Jahr 1978 hinweisen, welcher schon bei der Besprechung des Kapitels Personal im oH besprochen wurde.

Hinzufügend muß ich noch vermerken, daß sich gegenüber 1977 der Sollstand um 16, der Iststand um 14 erhöhte. Die Erhöhung ist bedingt durch die Aufnahme von 6 Bediensteten für die Erweiterung der Krankenabteilung im Zentralaltersheim, von 2 Bediensteten für die Promenadeschule (Erweiterung), 2 Bediensteten für den neuen Altenclub, 1 Bediensteter für die Freiwillige Feuerwehr und 3 Bedienstete für die Stadtwerke.

Das Vermögen der Dr. Wilhelm-Groß-Stiftung in der Höhe von S 249.000,- ergibt einen Zinsenertrag von S 10.000,-, welcher widmungsgemäß an Stipendiaten zur Verteilung kommt.

Der Wirtschaftsplan der Stadtwerke für das Jahr 1978 weist im Erfolgsplan Aufwendungen in der Höhe von S 52,510.000,- aus. Die Verluste Stadtbad und Kunsteisbahn wur-

den bereits besprochen, der Verkehrsbetrieb wird mit einem Abgang von S 1,500.000,- ausgewiesen.

Im Finanzplan sind Investitionen in der Höhe von rund S 7,8 Mill. vorgesehen, wovon S 2,9 Mill. für den Ausbau des Wasserleitungs- und 2,5 Mill. für den Ausbau und die Erneuerung des Gasrohrnetzes bestimmt sind.

Die Finanzierung der Investitionen ist mit Eigenleistungen und aus Abschreibungen und Entnahme aus Rücklagen buchmäßig ausgewiesen.

Im Rahmen des Reinhaltungsverbandes sind Kanalbauten in der Höhe von S 23 Mill. vorgesehen, welche von der Stadt vorschußweise übernommen werden. Der Beitrag zu dieser Summe beträgt, wie schon im aoH ausgeführt, S 2,3 Mill.

Als letzter Wirtschaftsplan, der dem Voranschlag nachrichtlich ausgewiesen wird, ist der der GWG der Stadt Steyr und zeigt eine mit S 62,3 Mill. ausgeglichene Gebarung, wobei der Finanzplan dieser gemeindeeigenen Organgesellschaft Wohnungsneubauten in der Höhe von S 72 Mill. vorsieht.

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Mit dem Hinweis auf den Wirtschaftsplan der GWG der Stadt Steyr habe ich Ihnen den letzten Teil der finanziellen und wirtschaftlichen Planung unserer Stadt für das Jahr 1978 vermittelt. Der Voranschlag und die Wirtschaftspläne zusammen ergeben aber erst das richtige Bild der kommunalen Aktivitäten, die Sie heute mit Ihrem Beschluß zur Realisierung bestimmen.

Der Voranschlag 1978 und die Wirtschaftspläne zusammen umfassen einen Finanzrahmen von S 556,253.000,-. Eine Summe von S 223 Mill. geht davon direkt in Form von Aufträgen an die Wirtschaft. Diese Aufträge stellen einen wertvollen Beitrag zur Sicherung des Bestandes von Firmen und damit von Arbeitsplätzen dar. Es bleibt nur zu hoffen, daß die in Steyr ansässigen Firmen auch in der Lage sind, sich durch konkurrenzfähige Angebote diese Aufträge auch zu sichern.

Der Voranschlag 1978 ist ein Werk in dem kommunales Wunschdenken und zwingende Notwendigkeiten mit der finanziellen Realität in ein tragbares und hoffentlich für alle vertretbares Verhältnis gebracht wurde. Für die Präsentation des Ziffernwerkes in seiner neuen und noch nicht geläufigen Form bitte ich, aus heute schon genannten Gründen, um Verständnis.

Ich darf nun den Antrag an Sie, geschätzte Damen und Herren, zur Verlesung bringen. Er lautet:

7) Ha-3900/77

Voranschlag 1978. (BEILAGE A)

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Voranschlag für das Rechnungsjahr 1978 wird im ordentlichen Haushalt in den Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen mit je	S 322,723.300
der außerordentliche Haushalt bei den Ausgaben mit	S 106,720.000
und bei den Einnahmen mit	<u>S 90,308.500</u>

daher mit einem Abgang von	S 16,411.500
----------------------------	--------------

festgestellt, in einzelnen mit den Beträgen, die in den vorliegenden Einzelvoranschlägen ausgewiesen sind.

Der außerordentliche Haushalt ist nur in dem Maße durchzuführen, als eine Bedeckung gegeben ist bzw. durch Darlehensaufnahme, Einsparungen oder Mehreinnahmen gefunden wird.

Als gegenseitig deckungsfähig werden die im Sammelnachweis zu verrechnenden Ausgaben erklärt, ferner die Ausgaben des Städtischen Wirtschaftshofes in dessen unbeschränkter Anordnungsbefugnis, in gleicher Weise die Ausgaben des Altersheimes und schließlich die Ausgaben für Berufsschulen.

Für die Ausführung des Voranschlages gelten die Bestimmungen der Dienstvorschrift Zl. 5209/1948 in der anliegenden Fassung.

Weiters werden genehmigt:

Der Wirtschaftsplan der Stadtwerke, im Erfolgsplan in den Aufwendungen mit Erträgen ausgeglichen mit je S 52,510.000,- und im Finanzplan in den Erfordernissen und der

Bedeckung ausgeglichen mit je S 7,770.000,- sowie der Voranschlag der Stiftung und der Dienstpostenplan.

Die ausschließlichen Gemeindeabgaben werden wie folgt erhoben. Die Hebesätze betragen:

Grundsteuer A für land- und forstwirtschaftliche Betriebe	500 v. H.
Grundsteuer B für andere Grundstücke	420 v. H.
Gewerbsteuer nach dem Gewerbeertrag und Gewerkekapi tal	150 v. H.
Lohnsummensteuer	1000 v. H.

Herrn Bürgermeister Weiss bitte ich, die Debatte über den Voranschlag 1978 einzuleiten und die Abstimmung darüber durchzuführen. Ich danke Ihnen für die meinen Ausführungen erwiesene Aufmerksamkeit.

Applaus

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke Stadtrat Fürst in seiner Funktion als Finanzreferent, daß er uns sehr ausführlich den Voranschlag in seiner Gesamtwirkung, in vielen Teilen auch detailliert, dargelegt hat und wir kommen nunmehr zur Diskussion darüber. Ich habe bereits einige Wortmeldungen hier liegen. Ich darf der Üblichkeit entsprechend die Fraktionssprecher der Reihe nach aufrufen. Es sind dies als erster Debattenredner Stadtrat Kinzelhofer, als 2. Vizebürgermeister Fritsch, ihm schließt sich an Gemeinderat Fuchs und dann Gemeinderat Treml. Die weitere Reihenfolge werde ich dann auf Grund der Vormerkungen bekanntgeben.

Ich bitte um das Wort.

STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Kollege Fürst hat uns das Budget 1978 vorgetragen in allen Punkten. Aus den Erklärungen im Finanz- und Rechtsausschuß ist bekannt, daß sich trotz größter Auffassungsunterschiede in einzelnen Budgetfragen, im Interesse der Gesamtentwicklung der Stadt Steyr, die FPÖ- und KPÖ-Fraktion bereiterklärt haben, dem Budgetentwurf 1978 als Leitlinie für die Arbeit des Gemeinderates im kommenden Jahr zuzustimmen.

Die Entscheidung der Freiheitlichen und Kommunistischen Fraktionen stellt diesen ein Zeugnis hohen Verantwortungsbewußtseins gegenüber unserer Stadt und unseren Mitbürgern aus.

Sie haben damit das Gesamtwohl vor parteipolitische Taktiken gestellt. Das will ich als Fraktionsvorsitzender der sozialistischen Gemeinderäte hier ganz öffentlich anerkennen. Letztlich bilden wir doch eine Schicksalsgemeinschaft, die sich noch immer autonom die Richtlinien für ihr kommunales Zusammenleben bestimmen kann. Für 1978 haben wir diese gemeinsam erarbeitet und sie liegen zur Beschlußfassung vor. Es ist ein Rekordbudget, aber doch auf realer Basis erstellt. Ausgeglichen im ordentlichen Haushalt, bei den Einnahmen und Ausgaben, mit einem Überschuß von S 37 Mill. für außerordentliche Budgetansätze.

Der Steyrer Gemeinderat kann mit Stolz auf seine geordneten finanziellen Verhältnisse hinweisen. Wir müssen aber auch alles daransetzen, sie für die Zukunft zu erhalten. Dies darf nicht allein eine Forderung der sozialistischen Mehrheit sein. Das soll den gesamten Gemeinderat verpflichten. Dieses Verantwortungsbewußtsein muß getragen sein von allen verantwortlich hier tätigen Gemeinderäten. Nur so sind wir in der Lage, der heimischen Wirtschaft die entsprechenden Impulse durch Investitionen im außerordentlichen Haushalt zu geben, wie wir durch die Ausführungen gehört haben. Um dies aber auch in Zukunft unseren Mitbürgern garantieren zu können, ist es notwendig: Beibehaltung der großen Sparsamkeit in der Verwaltung, eine wohlüberlegte Tarifpolitik (Defizite haben leider die Eigenschaft, sich zu addieren und ergeben in ihrer Gesamtheit meist Abgänge, die dann nicht mehr im ordentlichen Haushalt gedeckt werden können), Inanspruchnahme

aller möglichen Bundes- und Landesmittel, entweder im Subventionsweg oder durch Annuitätzuschüsse, Verbesserung und Stärkung der heimischen Wirtschaftsstruktur. Der Flächenwidmungsplan ist ein echtes Instrument dafür und wird Arbeitsplätze sichern. Der Beschluß darüber ist zukunftsweisend und kann uns als Leitlinie für die nächsten Jahre dienen. Es ist schade, daß er nicht einstimmig erfolgte. Diese Überlegungen, die ich nur schlagwortartig angeführt habe, finden ihren Niederschlag in dem Budgetentwurf 1978, den uns Kollege Fürst eben vorgetragen hat. Aber auch die weiteren Beschlüsse, die dieser Gemeinderat zu fassen hat, sollten sich diesem Gedankengang einfügen. Die vor allem im außerordentlichen Budget enthaltenen Ansätze bilden eine sehr wertvolle Orientierung für die Wirtschaft und die Gewerbetreibenden. Sie können im nächsten Jahr mit einer Rekordhöhe von Aufträgen der öffentlichen Gemeindehand rechnen. Die Stadtgemeinde leistet damit für die Vollbeschäftigung und die Sicherung der Arbeitsplätze in Steyr einen überaus wichtigen Beitrag, der uns allen mitsammen am Herzen liegt. Es ist mir daher als langjährigem Mitglied des Gemeinderates unerklärlich, daß die ÖVP-Fraktion ihre Zustimmung verweigert. Ein Großteil ihrer Wünsche wurde im Entwurf des Voranschlages 1978 berücksichtigt. Über das, was von ihren Forderungen noch übrig geblieben ist – sie sind gar nicht so groß, wie mancher annehmen wird – wurden aber auch keine energischen Verhandlungen begonnen, um die offenen Punkte zu erreichen. Man hat einfach resigniert. Jedenfalls, das möchte ich festhalten, hat sich der Fraktionsobmann der ÖVP, Kollege Fritsch, niemals zu diesem Zwecke mit mir als Fraktionsobmann der SPÖ in Verbindung gesetzt. Ich bin aber schon der Meinung, daß derjenige, der bestimmte Budgetansätze verlangt, sich ein wenig bemühen muß, diese zu verwirklichen. Ein Brief mit ein paar Ansätzen, ohne diese auch weiterhin über die Notwendigkeit zu erklären, genügt hier, glaube ich, nicht. Ich möchte daher eindeutig feststellen, daß es in der Demokratie zu wenig ist, den Beleidigten zu spielen und einfach in Opposition zu gehen, wenn die übrigen Fraktionen dieses Hauses nicht sofort alle Wünsche der ÖVP unterstützen und bereit sind, sie ins Budget aufzunehmen. Auch der Freiheitlichen Fraktion – nur beispielsweise angeführt, war es nicht möglich, alle ihre Forderungen unterzubringen, ebenso wie dem kommunistischen Vertreter, Kollegen Treml. Auch wir konnten nicht alle Wünsche erfüllen, denn der Rahmen wurde gestellt. Wir haben aber das Verbindende vor das Trennende, das Positive vor den sturen Satz "alles oder nichts" gesetzt. So aber muß man Gemeindegarbeit in einem demokratischen Staat betreiben. Es ist aber auch sehr gefährlich, zu einem Beschluß, der S 430 Mill. Jahresumsatz zum Inhalt hat, einfach Nein zu sagen. Aber das ist ja der ÖVP angeeignet und die ÖVP muß sich gewärtig sein, daß wir das kommende Jahr sie an dieses Nein erinnern werden. Denn wenn sie schon die Verantwortung ablehnt, kann sie nicht einfach die Früchte in Anspruch nehmen. Die Steyrer sollen dies in allen entscheidenden Fällen im kommenden Jahr wissen. Ich bin daher sehr froh, daß drei Fraktionen dieses Gemeinderates einen positiven Beschluß fassen werden. Ich nehme nicht an, daß die ÖVP ihren Beschluß noch ändert, obwohl es wünschenswert wäre. Neinsager haben nie Erfolg in der Politik gehabt, vor allem nicht auf Gemeindeebene. Und wenn auch die ÖVP ihre Zustimmung verweigert, es wird trotzdem ein gutes Budget werden und daher stimme ich im Namen der Sozialistischen Gemeinderatsfraktion zu. Es ist üblich, bei dieser Gelegenheit auch Dank auszusprechen.

Und dieser Dank gebührt in erster Linie unseren Steyrer Mitbürgern, gleichgültig ob Angestellte oder Arbeiter, ob selbständig Erwerbstätige und Betriebsinhaber. Alle tragen sie durch ihre Arbeit und durch ihre Steuerleistungen dazu bei, uns in die Lage zu versetzen, über diese Einnahmen zu verfügen und damit diese Ausgaben im kommenden Jahr zu tätigen. Es ist falsch, wenn man die Steuerleistungen nach Zahlen beurteilt. Jeder Staatsbürger, gleichgültig ob selbständig oder unselbständig, muß den ihm vom Gesetzgeber vorgeschriebenen Beitrag leisten. Es gebührt daher auch jedem der gleiche Dank. Würden wir unsere Bürger nach den Ziffern bewerten, die sie bei ihren Steuerbekenntnissen einsetzen, dann würde dies einen Rückschritt bedeuten in die Zeit der Jahrhundertwende, wo das Wahlrecht abhängig war von der Steuerklasse, der Zugehörigkeit zu einer Steuerklasse. Es darf auch vermerkt werden, daß in jenem Bereich der Steuern, die von der Stadtgemeinde selbst eingehoben werden bzw. kontrolliert werden, eine überaus hohe Steuermoral festzustellen ist. Die Rückstände sind äußerst bescheiden und entsprechen durchaus den normalen Verhältnissen. Es sei hier der Dank ausgesprochen, hier

herrscht im allgemeinen, das kann man feststellen, doch das Gefühl, daß jeder seine Verpflichtung gegenüber der Allgemeinheit zu erfüllen hat.

Ich möchte aber auch im Namen der Sozialistischen Fraktion dem städtischen Finanzreferenten, Stadtrat Fürst, dem Finanzdirektor OAR Stary und seinen Mitarbeitern herzlich danken für die Ausarbeitung des Budgets, welches dieses Mal zum ersten Mal nach den neuesten bundeseinheitlichen Richtlinien erstellt wurde. Es war damit sehr viel Verwaltungsarbeit verbunden. Daß aber der eigentliche Kern, nämlich finanzielle Leitlinie für 1978 dabei nicht vernachlässigt wurde, muß besonders hervorgehoben werden.

Ich danke auch den übrigen Fraktionen des Gemeinderates, die durch Beiträge und Anregungen zur endgültigen Fassung des Budgetentwurfes ihren Anteil geleistet haben. Schließlich möchte ich noch am Schluß meiner Ausführungen – es ist zwar noch nicht das Ende der Sitzung – offiziell allen Mitgliedern des Gemeinderates die herzlichsten Festtagswünsche der Sozialistischen Fraktion, viel Erfolg und Gesundheit im neuen Jahr übermitteln.

Gleichzeitig ersuche ich den Herrn Bürgermeister, auch den bediensteten Mitarbeitern des Magistrates diese Wünsche weiterzugeben.

Applaus

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke Stadtrat Kinzelhofer.

Nächster Sprecher ist Kollege Fritsch für die ÖVP.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER KARL FRITSCH:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich möchte meinen Ausführungen voranschicken, das ist kein Geheimnis mehr, daß meine Fraktion nach langer, reiflicher und gründlicher Überlegung und Beratung zum Entschluß und auch zum Beschluß gekommen ist, dem Voranschlag 1978 nicht die Zustimmung geben zu können. Obwohl der vorliegende Antrag auch viele Ansatzposten enthält, die wir gutheißen und begrüßen und auch bei entsprechender Antragstellung bejahen werden, sind doch verschiedene gravierende Probleme gegeben, die uns zu unserer negativen Haltung zwingen. Da jedoch die Situation vereinfachend getrennte Abstimmung zwischen ordentlichem Haushalt und außerordentlichem Haushalt nach den derzeitig geltenden Bestimmungen nicht möglich ist, muß von uns inlogischer Folge der gesamte Voranschlag, der – das betone ich noch einmal ausdrücklich – viele von uns selbstverständlich zu billigende Maßnahmen beinhaltet, wegen einzelner aber gravierender Auffassungsunterschiede abgelehnt werden. Dazu werden in weiterer Folge Sprecher meiner Fraktion Stellung beziehen. Meinen Ausführungen seien aber einige grundsätzliche Bemerkungen – Sie gestatten es mir – vorausgeschickt.

Das Wort Zusammenarbeit, zu der sich angeblich immer alle bekennen, ist hier in diesem Raum schon vielfach strapaziert worden. Auch ich und meine Fraktion sind, das wurde schon oftmals ausdrücklich erklärt und bewiesen, grundsätzlich dazu bereit. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf meine diesbezüglichen Ausführungen in der Budgetdebatte am 16. 12. des vergangenen Jahres, die ich, da sie hoffentlich noch in Erinnerung sind, zumindest im Sitzungsprotokoll nachzulesen sind, nicht wiederhole. Auch von Seiten der Mehrheitspartei wurde des öfteren der Wille zur Zusammenarbeit bekundet. Ich kann aber auf Grund der Realitäten nicht umhin, mit Bedauern festzustellen, daß dies nur Lippenbekenntnisse sind. So werden wir immer wieder mit fix und fertigen, in Ihrer Fraktion beschlossenen Anträgen, gravierenden Inhaltes, überrascht. Es erfolgt keine Vorausinformation dazu. Es besteht keine Möglichkeit mehr, Abänderungen durchzuführen. Es gibt kaum mehr Präsidialbesprechungen. Die stadrätlichen Referenten meiner Fraktion werden des öfteren übergangen. Anregungen und Wünsche meiner Fraktion finden kaum Gehör, geschweige denn Erfüllung oder sie werden, so wie heute, am Eingang der Debatte beurkundet, umfunktioniert in parteipolitisches Taktieren. Es ergibt sich der Anschein, als ob man meine Fraktion nur mehr zum Mitbeschließendürfen auffordert, man aber an einer echten Zusammenarbeit von Seiten der Mehrheitsfraktion kaum interessiert ist.

Als Beweis dafür sei erbracht die Vorgangsweise heute eingangs unserer Tagesordnung.

Als Beweis dafür sei aber auch erbracht und das möchte ich voranstellen und gleichzeitig

den Fraktionsführer Stadtrat Kinzelhofer diesbezüglich korrigieren, die Vorgangsweise zur Erstellung des Budgets. Er sagte, wir haben dieses Budget gemeinsam erarbeitet. Lieber Kollege Stadtrat Kinzelhofer, diese Gemeinsamkeit spreche ich an, diese gemeinsame Erarbeitung des Budgets hat nicht stattgefunden. Ich werde im Zuge meiner Ausführungen darauf zurückkommen. Aber ein Ruf nach Zusammenarbeit setzt den ehrlichen Willen zweier oder mehrerer Partner voraus. Wollen Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren der Mehrheitsfraktion, also in sich gehen und durch Ihr Verhalten auch jene Gegebenheiten wieder herstellen, die Ihnen in der Theorie diesbezüglich vorschweben. Nun zum Budget selber und wiederum zu diesem sogenannten gemeinsamen Erarbeiten. Es ist richtig, daß wir kurzfristig eingeladen wurden, unsere Vorstellungen dazu darzulegen. Wir sind dieser Aufforderung gerne nachgekommen und haben eine Fülle von Vorschlägen dazu unterbreitet. Ich muß allerdings mit Bedauern feststellen, daß viele unserer Vorschläge keinen Niederschlag gefunden haben, was mithin aber auch einen Grund darstellt, dem Budget unsere Zustimmung zu verweigern. Noch etwas, Kollege Stadtrat Kinzelhofer.

Als nach Erstellung des Budgetentwurfes eine Fraktionsobmännerbesprechung stattfand und ich betone ausdrücklich Erstellung des Budgetentwurfes und bei der Besprechung innerhalb der Fraktionsobmänner, im Beisein des Herrn Bürgermeisters und seines Kollegen Schwarz ich fragte, nachdem es sich ja nur um einen Entwurf handelte, ob es möglich ist, dort oder da noch Änderungen, Umwidmungen, vorzunehmen, ist von Dir als Fraktionsführer der Sozialistischen Fraktion erklärt worden, nein, das kann man nicht mehr, nein, das geht nicht mehr. So schaut, Herr Kollege Kinzelhofer, Ihr Ruf nach Zusammenarbeit aus und so gleichzeitig schaut es aus, wie ein Budget gemeinsam erarbeitet wurde. Es ist gemeinsam erarbeitet worden sicherlich von der Mehrheitsfraktion durch den Herrn Finanzreferenten in Verbindung mit seinen Beamten, denen man auch logischerweise von unserer Fraktion, die das Budget allerdings gezwungen ist abzulehnen, den Dank für ihre Arbeit zum Ausdruck bringt. Sie leisten nicht die Arbeit für eine politische Partei, sie leisten die Arbeit für die Bevölkerung unserer Stadt. Aber einem Budgetentwurf, der nur in unwesentlichen Punkten die Vorstellungen meiner Fraktion beinhaltet, kann man aus diesen, aber auch aus anderen Gründen nicht die Zustimmung geben.

Noch etwas sei dazu zum Ausdruck gebracht. Wenn man schon von einem gemeinsamen Erarbeiten spricht, dann wäre es unabdingbar notwendig, – da wiederhole ich mich bewußt zu meinen Ausführungen im Vorjahr – rechtzeitig mit den einzelnen Fraktionen Kontakt aufzunehmen, dann wäre es aber auch bewußt notwendig, mit den einzelnen stadträtlichen Referenten zu kontaktieren, um in langer zur Verfügung stehender Zeit der Beratungen und Behandlungen ein gemeinsames Budget, das von allen, wenn auch Kompromisse darstellend, anders geht es heutzutage nirgendwo, wo mehrere Menschen beisammen sind, trotzdem aus diesen Gründen beschlossen wird. Es ist nicht richtig, daß unsere Vorschläge überdacht, daß unsere Vorschläge zum Großteil eingearbeitet wurden. Ich komme darauf zurück. Ich gehe aber von einer weiteren Grundvoraussetzung aus, die uns zwingt, diesem Voranschlag nicht die Zustimmung geben zu können.

Der Voranschlag des Jahres 1978 beinhaltet unrichtige Zahlen, unrichtige Zahlen deswegen, weil Sie und das weiß ich auch schon, nur mit Ihren Stimmen aus der Sozialistischen Fraktion, Tarifierhöhungen beschließen werden, die im Jahre 1978 gestaffelt, der erste bereits mit 1. Jänner, an Erhöhungen in Wirksamkeit treten werden. Daß man aber auch gleichzeitig, Sie werden vielleicht sagen, das hat man dazumals noch nicht gewußt, daß man aber gleichzeitig dieser Argumentation nicht folgen können, denn den Referenten, den stadträtlichen Referenten, den dazu mit der Arbeit vertrauten leitenden Beamten ist es sicherlich nicht erst innerhalb weniger Tage eingefallen, Tarife zu regulieren, wie Sie die Vornehmheit haben auszudrücken, sondern schon seit längerer Sicht her. Das heißt aber auch zum Zeitpunkt der Erstellung des Budgets wären sicherlich bereits die Tarifregulierungsansätze und die Gesamtsumme, die die Erhöhungen betreffen, erkennbar gewesen. Ob das nun bewußt geschehen ist, daß man sie nicht in den Voranschlag 1978 eingebaut hat oder ob das übersehen wurde, mag und will ich nicht beurteilen. Die Tatsache steht auf jeden Fall fest, daß der Voranschlag auf der Einnahmenseite diesbezüglich mit nicht realen Zahlen aufwarten wird. Genauso möchte ich eines anführen. Es ist heute des öfteren bereits angeklungen, das Land hätte dies zu tun, das Land hätte jenes zu

geben. Wir bekommen vom Land nur unterdotierte Mittel auch auf dem Kindergartensektor. Alles recht und schön. Von Ihrer Warte aus gesehen mögen Sie es richtig betrachten, es dürfte unter Umständen in andere Blickpunkte gerichtet werden. Aber eines steht fest, meine sehr geehrten Damen und Herren. Auf einen Beitrag des Landes, der Ihnen angeboten wurde, verzichten Sie freiwillig, aus Gründen, die ich nicht mehr näher anführen will. Sie verzichten auf Beiträge des Landes in der Größenordnung von rund S 850.000,- auf dem Sektor der Musikschullehrer. Warum? Weil Sie aus Ihren parteitaktischen Überlegungen heraus – ich gebrauche in diesem Zusammenhang das Wort bewußt, es vorgezogen haben, das Land nur 55 % der Personalkosten auf dem Musikschulsektor tragen zu lassen. Sie geben gleichzeitig, meine sehr geehrten Damen und Herren, Geld aus für die Befolgung eines Beschlusses, dem wir nicht Rechnung tragen konnten, und zwar die Refundierung der Bezüge eines geschäftsführenden Bürgermeister-Stellvertreters im Bezug auf seine Freistellung. Wir haben dazumals dagegen schon unsere Stimme erhoben. Es ist gleichzeitig natürlich auf Grund Ihres Beschlusses der Betrag wiederum im Budget vorgesehen. Ich darf aber vielleicht auf eines hinweisen. Wenn wir schon bei dem Sektor Zuschüsse vom Land gewesen sind, daß sicherlich heute auf Grund der Anfragebeantwortung des Herrn Bürgermeisters Zahlen genannt wurden und das muß ich auch begreiflicherweise sagen, die nicht so, wie er es unterstellte, von unserer Seite parteipolitisch gefärbte Überlegungen zugrunde hatte, sondern in der Antwort waren einige parteipolitisch gefärbte Überlegungen. Und zwar warum? Wenn man Landeszuschüsse in irgend einer Form in Anspruch nimmt, dann möchte ich bitte doch zu definieren versuchen, was man darunter versteht. Unter Subvention und das ist nicht als solches ausgewiesen, verstehe ich von einer rechtlich öffentlichen Körperschaft gewährte Geldbeträge, die eine freiwillige Zuwendung darstellen, auf die der Empfänger keinerlei Anspruch hat und bezüglich der auch keine gesetzliche Regelung existiert. Förderungsbeiträge, wie Wohnbauförderungsdarlehen oder Beiträge nach dem Wasserbautenförderungsgesetz werden auf gesetzlicher Grundlage gewährt und es besteht seitens des Bewerbers bei Erfüllung der gesetzlichen Voraussetzungen nach Maßgabe der zur Verfügung stehenden Mittel ein Anspruch auf Gewährung. Wohnbauförderungsmittel werden nicht der Stadt, die Sie in diese Aufstellung mit hineinbezogen haben, sondern der GWG sicherlich auf einen Beschluß der Landesregierung hin gegeben. Dasselbe ist, wenn Sie schon Ihren Wohnbaureferenten Landesrat Neuhauser so herausstreichen, keinesfalls ein Entgegenkommen von ihm, sondern das ist sicherlich auf Grund der vorhandenen Bautätigkeit bedingt eine Verteilung seiner in seinem Referat auf Grund gesetzlicher Maßnahmen zur Verfügung stehender Mittel. Dieselbe Ausführung würde auch für die Abgabe

STADTRAT RUDOLF FÜRST:
Aber auch er schenkt nichts her!

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER KARL FRITSCH:

... der Ertragsanteile gelten. Ich möchte Sie aber mit der Definition diesbezüglich nicht länger vertraut machen. Es möge nur zur Erhärtung dessen dienen, daß die Zahlen sicherlich auch parteipolitisch gefärbt im Bezug auf die Anfragebeantwortung gegeben wurden.

Ich komme nun wieder, meine sehr geehrten Damen und Herren, darauf zurück, warum wir uns nicht in die Lage versetzt fühlen, dem Budget die Zustimmung zu geben. Der Voranschlag 1978 beinhaltet sicherlich auch Zahlen, die auf Grund der Einnahmenseite durch die Beschließung jener Tarife erfolgte, denen wir nicht die Zustimmung geben konnten. Ich verweise aber auch noch darauf, daß dies noch immerhin für unsere Fraktion kein Letztgrund gewesen sein würde, unsere Zustimmung zum Budget zu verweigern, sondern und hier darf ich im Einzelnen und nicht speziell darauf eingehen, das werden Sprecher meiner Fraktion zu den einzelnen Kapiteln tun, doch hinweisen, daß wesentliche Forderungen nicht realisiert wurden. Ich komme wiederum und Sie werden sagen, der ist berufsblind, auf die Forderung nach Lehr- und Lernmittelerhöhungsansatz für die Pflichtschulen zurück. Es ist dies nicht der Fall gewesen. Es hat zwar großzügigerweise schon vor ca. einem Jahr Kollege Schwarz als städtischer Schulreferent, nicht Kulturreferent, wie er im Amtsblatt bezeichnet und das dann widerrufen wurde, verlautbart, daß er in seinem Referat allen Schulen wird Overhead-Projektoren zur

Verfügung stellen. Wieviele das sind, das wissen Sie selbst genau, die Sie die entsprechenden Akten in einem Stadtsenatsbeschluß gehört haben. Von diesem Realisieren des Versprechens ist man sicher noch weit entfernt. Ich möchte auch keine Fachdiskussion über den Einsatz jener modernen Lehrmittel hier herbeiführen, aber wenn Herr Bezirksschulinspektor als Schulaufsichtsorgan und von seiner Warte als Pädagoge dazu Stellung nehmen würde, dann würde er meinen Ausführungen beipflichten. Aber wahrscheinlich ist er heute aber als sozialistischer Gemeinderat einer gegenteiligen Auffassung.

Genauso im Zusammenhang mit der Schule haben wir und seit Jahren ist das früher gewesen, die Forderung erhoben nach der Planungspost und Realisierung des Schulbauvorhabens Gleink oder Resthof. Heuer ist es gestrichen worden. Bedenken Sie, meine Damen und Herren, daß gerade in jenem Gebiet, das man heute als unsere größte Wohnbauhoffnung hinstellt, eine Vielzahl von Familien einzieht, eine Vielzahl von Familien mit schulpflichtigen oder ins schulpflichtige Alter kommenden Kindern. Daß die Tabor-schulen, ich betone das ausdrücklich für alle, entsprechend überquellen, ist auch eine Tatsache. Daß es sicherlich richtig ist, daß durch eine entsprechende Stagnation der Bevölkerungsentwicklung man dort oder da Schulen nicht mehr voll besetzen kann, das ist eine unbestreitbare Tatsache. Aber das enthebt uns normal gesehen nicht der Verpflichtung, in jenen Gebieten, die infrastrukturell die Notwendigkeit dafür ausweisen, rechtzeitig Vorsorge zu treffen für einen Schulbau. Die Planungspost wurde gestrichen. Herr Bürgermeister Weiss hat bei der Eröffnung der Promenadeschule offiziell erklärt, daß in Steyr ein Schulbaustop auf Grund verschiedener Fakten und Tatsachen eintritt. Ich muß festhalten und ist darüber kein Beschluß gefaßt worden, muß aber auch gleichzeitig festhalten, daß die Möglichkeit, Schüler in andere Schulen zu transportieren, wie es dort angeklungen ist, auf große Schwierigkeiten stoßen wird. Nicht nur auf Schwierigkeiten transportmäßiger Art, sondern auch auf Schwierigkeiten im Bezug auf die Einwilligung und das Verständnis der Eltern. Wenn Sie beginnen, so wie es angeklungen ist, vom Tabor z. B. Kinder nach Münichholz zu transferieren, dann kommen wir wieder in jene Zeiten zurück, wo man sagte, wären wir nur froh, wenn man die Fahrklassen weg hätte. Daher auch aus dieser Sicht, meine sehr geehrten Damen und Herren, die Forderung meiner Fraktion nach einer zumindestens Planungspost – und nicht einmal der sind Sie nachgekommen – für den Schulbau Resthof. Ich darf nur ein paar wesentliche Fakten noch herausstreichen.

Zur Errichtung von Fußgängerunter- oder -überführungen in verschiedenen Bereichen, das ist heute bereits mehrmals zum Ausdruck gebracht worden, waren wir der Auffassung, weil es dem Schutz der Fußgänger dient, weil es unabdingbar notwendig ist, den Fußgänger vom Moloch Verkehr soweit wie möglich freizuhalten, eine entsprechende Dotierung vorzusehen. Wir waren der Meinung, daß dafür 5 – 6 Millionen geplant werden. Heute ist die Anfrage spontan von Frau Stadtrat Kaltenbrunner erfolgt, genauso spontan wurde die Beantwortung erteilt über die Situation oben am Tabor. Ja, meine Damen und Herren, wir wünschen, wir fordern seit Jahren in diesem Bereich die Errichtung einer Fußgängerunter- oder -überführung.

GEMEINDERAT ALFRED BAUMANN:

Da warst Du nicht einmal noch im Gemeinderat, da hast Du Pech gehabt, daß Du die Steyr-Zeitung nicht liest und auch Dein Freund nicht!

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER KARL FRITSCH:

Da wir auch nachhinken, Kollege Baumann, es freut mich insofern, daß Sie sich zu uns bekannt haben. Lies bitte in den Sitzungsprotokollen seit dem Jahre 1968 nach. Du bist sonst ein sehr eifriger Leser, lies ausnahmsweise einmal in einem Protokoll und nicht in der Zeitung. Dort ist es nicht drinnen gestanden, sondern in den Sitzungsprotokollen. Ich weiß nicht, ob Du jetzt Muße, Mühe oder Gelegenheit findest, auch diese zu studieren. Wir tun es jedenfalls. Aber ich darf vielleicht wieder von dieser Privatfehde abgehen, solche Dinge können unter Umständen auch dazu beitragen, hier etwas aufzulockern. Ich bin niemandem böse. Aber es ist im Budget vorhanden, das ist richtig. Aber es hätte seit Jahren vorhanden sein müssen und es hätte gleichzeitig auch, meine sehr geehrten Damen und Herren, wesentlich höher aus unserer Sicht dotiert werden sollen. Ich komme aber noch

auf etwas Besonderes zurück.

Mit der Sicherheit der Wege über die Straßen für unsere Fußgänger erhebt sich aber immer wieder, weil es ja im ursächlichen Zusammenhang steht, die Frage, wie schaut es überhaupt mit dem Generalverkehrskonzept für unsere Stadt aus? Auch seit Jahren eine bestehende und sogar von der Sache her anerkannte Forderung. Wir haben immer wieder versucht, dafür zumindestens eine entsprechende Ansatzpost im Budget zu finden und unterzubringen. Es ist uns wieder nicht gelungen. Wir haben dafür vorgeschlagen, S 500.000,- einzusetzen. Bedenken Sie doch, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß der Bürger auch im Bezug auf die Information, die man ihm geben müßte, nach den Beschlüssen des Entwicklungskonzeptes ein Recht hat, vorher informiert zu werden, bevor Maßnahmen gesetzt werden. Ein Recht hat darauf, auch zu wissen, wie nach dem erfolgten Neubau bei der Brücken nun das Verkehrskonzept ausschaut. Ein Recht hat darauf informiert zu werden, wie diese Brücken der Brückenklasse 1 in den Verkehrsstrom eingebunden werden. Dazu ist die Erstellung eines Verkehrskonzeptes, das nicht von heute auf morgen, sondern auf lange Sicht erledigt werden kann, unabdingbar notwendig. Wenn ich schon sage, wie man heute erfahren hat aus dem Bericht des Herrn Bürgermeisters zum Entwicklungskonzept, werden Sie alle miteinander sicherlich, er ist ja zur Kenntnis zu nehmen gewesen dieser Bericht, davon das erste Mal informiert worden sein. Wenn man aber und es sei mir gestattet in diesem Zusammenhang, darauf hinweist, was in der Sitzung am 22. 2. diesbezüglich einstimmig beschlossen wurde, welche Realisierungsmöglichkeiten zum Aktionsprogramm sich anbieten, nachzulesen auf Seite 10, wo es unter anderem steht, Bildung eines Komitees für Entwicklungsprobleme der Stadt Steyr. Dazu soll das Magistratspräsidium um die Fraktionsvorsitzenden als beratende Mitglieder erweitert werden, wenn solche Probleme zur Behandlung kommen. Je nach Zweckmäßigkeit der Sitzungen, referatszuständige Stadträte, Fachleute, Beamte beizuziehen, auch bei Bedarf die Abgeordneten dieser Stadt und die aus der Stadt Steyr stammenden Regierungsmitglieder einzuladen usw. und so fort. Auf Grund dieses einstimmigen Beschlusses ist, wie in der Position b) zu verzeichnen ist, ein jährlicher Bericht an den Gemeinderat über die getroffenen Maßnahmen heute erfolgt. Aber ich kann nicht umhin festzustellen, daß man diesem gemeinsamen Beschluß in Position a), die ich mir gerade erlaubt habe zu zitieren, nicht stattgegeben hat. Es ist keine Sitzung dieses Komitees für Entwicklungsprobleme abgehalten worden. Es wurde in der Sitzung, in der Fraktionsobmännerbesprechung – entschuldigen Sie bitte, daß ich mich versprochen habe – am 2. 12. erklärt, wir müssen einen Bericht machen an den Gemeinderat. Der Herr Magistratsdirektor hatte ihn, sagte allerdings, er sei noch zu lange, er müßte unter Umständen gekürzt werden. Das war alles über diesen Bericht, über ein Komitee, das beschlossen wurde, aber nie getagt hat, was an uns an Mitteilung ergangen war. Auch ein Beispiel, meine sehr geehrten Damen und Herren, für die Zusammenarbeit, die sie immer wieder beschworen haben.

Ich darf aber nach diesem Ausflug auf etwas noch zurückgreifen. Daß sicherlich heute im Entwicklungsprogrammbericht auch aus anderen Stellungnahmen vorhin und in weiterer Folge wahrscheinlich im nachhinein noch anklingen wird. Der Bereich der Denkmalpflege der Altstadterhaltung, inkludierend die Maßnahmen für die Tausendjahrfeier, inkludierend die Revitalisierung des Wehrgrabens. Meine Fraktion hat sich vorgestellt – das Jahr 1980 nähert sich mit Riesenschritten – daß dafür von Seiten der Stadt zumindestens bis zu S 10 Mill. aufgewendet werden müssen. Meine Fraktion hat sich vorgestellt, daß jene Stadtteilbereiche Steyrdorf und zum Teil auch Ennsdorf durch ein noch ausständiges Verkehrskonzept, gleichzeitig sicherlich bedingt durch die Brückenbaumaßnahmen, in Mitleidenschaft gezogen wurden und abgeschnitten sind. Auch durch entsprechende Mittelvorschung für eine Revitalisierung dieses Gebietes zu dotieren wäre. Sie haben es unverständlicherweise abgelehnt und es ist kein Gespräch darüber mit uns geführt worden, das muß ich auch feststellen. Sie haben es abgelehnt, zumindestens als Planungspost für die Schaffung der Gewerbehöfe, Kollege Mayrhofer war so lieb, es vorher zu zitieren und gleichzeitig zu fragen, er kann sich nichts Genaueres darunter vorstellen. Es wird ihm dann vom weiteren Sprecher meiner Fraktion ...

GEMEINDERAT ERICH MAYRHOFER:

Ich kann mir schon etwas vorstellen, aber Sie wahrscheinlich nicht!

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER KARL FRITSCH:

... Aufklärung gegeben werden, wie das ganze eigentlich vor sich gehen könnte. Es ist dafür kein Schilling dortiert worden. Wir haben auch gleichzeitig gewünscht und gefordert für die Errichtung einer Ausstellungshalle, für den Steyrer Ausstellungsverein, den wir immer wiederum und seine Aktivitäten in allen Bereichen hervorheben, entsprechende Mittel bereitzustellen. Wir haben gefordert, für die Errichtung einer Müllrotteanlage Mittel bereitzustellen. Wir haben gefordert, für die Erschließung einer 2. Trinkwasserversorgungsanlage entsprechende Mittel bereitzustellen. Sie wissen alle um die Problematik. Es ist zwar die Menge des Trinkwassers ausreichend derzeit, noch ausreichend in unserem Brunnenschutzgebiet, aber bei einer einzigen gefährdeten Situation kann es eintreten und es war vor längerer Zeit schon beinahe so weit, daß wir kein Trinkwasser mehr haben. Wenn vor kurzem, ich erinnere mich nur ungenau, ich bitte mich in diesem Fall zu korrigieren, man eine entsprechende Planungspost im Stadtsenat von S 80.000,- beschlossen hat, dann muß ich sagen, in Fortführung dessen ist zur Erschließung eines 2. Trinkwasserversorgungsgebietes sicherlich eine entsprechende Ansatzpost im Budget bereitzustellen. Ich komme noch auf etwas zurück und hier bitte ich um Verständnis dafür, daß ich vielleicht auch mit einem gewissen Ernst an die Situation darangehe. Meine Fraktion war der Auffassung und berechtigten Feststellung, daß in unserem Wohnbaugebiet im Tabor, es möge hoffentlich nie eintreten, aber es könnte sein, man bei einem Großbrand sehr schwierig wird Rettungsmaßnahmen zeitgerecht setzen können. Daher die Vorstellung, zumindestens in diesem Gebiet einmal zu überlegen und nachdem wir soviel Grund dazugekauft haben, sprich auch die GWG, dann es möglich wäre, zumindestens eine Standortvorsorgung für die Errichtung einer Feuerwergzeugstätte dort einzuplanen.

Warum ich das sage, das kann ich jetzt mit ganz bestimmten Fakten erhärten. Ich glaube, es ist notwendig, einmal in der Öffentlichkeit im Gemeinderat darüber zu reden. Ich habe mich erkundigt bei den zuständigen leitenden Herren unserer Bezirksfeuerwehr. Wir haben einen Hubsteiger. Der Hubsteiger reicht, meine sehr geehrten Damen und Herren, nach der Auskunft und die betrachte ich als authentisch, bis zu einer maximalen Geschoßhöhe von 6 Stockwerken. Unter der Voraussetzung, daß die Zufahrtsmöglichkeiten überhaupt für den Einsatz des Hubsteigers gewährleistet sind. Ich verweise auf den Resthof. Wir haben dort einen Wohnbau, der 12 Geschosse aufweist. Es möge hoffentlich nie der Fall eintreten, daß dort ein Brand ausbricht. Aber nur die Augen davor verschließen und sagen, das kann nicht sein, das wird nicht sein, das darf nicht sein, dürfte in meinen Augen und in den Augen meiner Fraktion zu wenig sein.

Ich habe mich weiters erkundigt, welche Rettungsmöglichkeiten sind dann gegeben, wenn der Hubsteiger nur bis zum 6. Stockwerk reicht? Verlängerungsleitern können unter Umständen zielführend sein. Die Sackkrutschen sind nicht einsetzbar, Hubschrauberrettung wäre theoretisch möglich, aber in der Praxis kaum durchführbar. Es ist aber auch gleichzeitig zu verzeichnen und das ist sicherlich ein Fehler, nicht hier im Hause geschehen, sondern praktisch in den entsprechenden gesetzlichen Maßnahmen, daß bei allen Wohnbauten der Stadt Steyr, die von der GWG getragen werden, Hochhäuser oder mehrgeschossige, man derzeit nicht einplant entweder Feuerleitern oder zumindestens von Loggia zu Loggia eine Durchsteigemöglichkeit. Das heißt mit anderen Worten und ich beschwöre an und für sich in der Theorie nur einen Fall herauf, daß alle jene Bewohner, wenn der Brand im 7. oder 8. Stockwerk eines Hochhauses ausbricht, mit dem Hubsteiger nicht mehr gerettet werden können. Die Stiegengänge sind verraucht oder verfeuert. Die Lifтанlagen sind aus diesem Grund außer Betrieb. Dann nur mehr der Zufall einem Menschen helfen kann. Gerade aus dieser Sicht und gerade aus dieser Problematik heraus, meine sehr geehrten Damen und Herren, war unsere gezielte Vorstellung, zumindestens im Gebiet des Resthofes eine Feuerwergzeugstätte einzuplanen, um, wenn tatsächlich einmal der Katastrophenfall eintreten sollte, auch sofort Hilfe geschaffen werden kann. Selbstverständlich müßte man sagen, wir haben keine Berufsfeuerwehr in Steyr, die Feuerwergleute arbeiten in anderen Betrieben. Aber es sind garantiert einige Menschen da, die dort auch in der Nähe, in unmittelbarer Nähe arbeiten. In einem Wohngebiet, wo 1.740 Wohnungen etabliert sind, könnte doch sicherlich diesem unserem Wunsche Rechnung getragen werden.

GEMEINDERAT OTTO TREML:
Unverständlicher Zwischenruf.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER KARL FRITSCH:
Kollege Treml, Zweigstätte ist immer der Anfang, man kann nie mit ...

GEMEINDERAT OTTO TREML:
Ich meine, in den 12. Stock kann man sie nicht verlegen!

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER KARL FRITSCH:
Das nicht, aber man kann den Brand in seiner Entstehungsursache auf jeden Fall einmal früher bekämpfen, als dann, wenn die dazu geeigneten Hilfsmittel kommen.
Das sind nur ein paar wesentliche Fakten und Gründe, meine sehr geehrten Damen und Herren, die ich Ihnen darlegen wollte, die letztlich dazu geführt haben, daß meine Fraktion dem Budget nicht die Zustimmung geben wird.
Es werden noch nähere Erläuterungen von anderen Mitgliedern meiner Fraktion folgen. Es ist halt einmal so, daß in einem demokratischen Geschehen, in einem demokratischen Wirkungsbereich, einem demokratischen Gremium, der eine oder andere oder eine Fraktion einmal einer anderen Meinung sein kann und ich hoffe, auch darf. Und daß man nun beginnt, die Fraktion der ÖVP, so wie am Anfang der heutigen Sitzung, in weiß Gott welcher Manier zu verteufeln oder anzuprangern, sie im Fuhrwerksunternehmergeist bezeichnend agieren zu lassen, dann darf ich nur antworten, dann war dieser Artikel, dann war dieser Ausdruck, den ich bat zurückzunehmen, es ist dies nicht geschehen, nicht im Fuhrwerksunternehmergeist, sondern in "Bierkutschermanier" erfolgt.
Nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, sind Sie mir bitte nicht böse ...

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Berufssparten!

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER KARL FRITSCH:
... unter Umständen, wenn ich in jenem Geist, der heraufbeschworen wurde, auch eine entsprechende Formulierung gebraucht habe. Es ist sonst nicht meine Art und ich bin immer dafür eingetreten, soweit wie möglich Sachprobleme auch durch sachliche Argumentation auszudiskutieren. Wenn wir heute eben dem vorliegenden Voranschlag nicht die Zustimmung geben, dann ist noch lange damit nicht zum Ausdruck gebracht, daß wir mit keiner in ihm präliminierten Maßnahme einverstanden sind. Das können Sie uns nicht nachweisen, das können Sie uns auch nicht unterjubeln.
Mich berührt nur eines etwas schmerzlich und das muß ich fast sagen persönlich. Es hat bisher immer noch auch bei Meinungsvielfalt und Meinungsunterschiedlichkeit ein Verhältnis geherrscht, daß man mit dem anderen dann, wenn die Sache ausgetragen war, wieder reden konnte. Sie haben heute durch Ihre Erklärungen bei Ihrem Dringlichkeitsantrag und bei der Motivation dazu vielleicht aus irgend einer Erregungsphase heraus, die Tür zugeschlagen. Ich persönlich darf für meine Fraktion zum Ausdruck bringen, daß für uns immer noch der Mensch und das Beziehen des einen zum anderen und das Humane im Erkennen des anderen im Vordergrund steht. Wenn uns auch heute sachliche Differenzen trennen, wenn auch heute unter Umständen verschiedene Wogen der Erregung oder der Formulierung hochschlagen, möchte ich persönlich meinen Beitrag dazu leisten, daß ich auch sage, nach Ende dieser Sitzung ist es wieder möglich, mit den Fraktionskollegen der anderen Parteien zu reden. Dazu sei mir aber auch gestattet festzustellen, daß ich trotz der einleitenden Erklärungen am Beginn unserer heutigen Sitzung, die ich bis zu diesem Zeitpunkt vergessen habe, ich den Akten der Höflichkeit, ich den Akten der Menschlichkeit und ich den Akten der Beziehung zum anderen Rechnung trage und mir trotzdem und gerade deswegen gestatte, Ihnen persönlich für die bevorstehenden Weihnachtstage alles Gute, Befriedigung, Besinnung im Kreise Ihrer Familie und für das Jahr 1978 persönliche Gesundheit zu wünschen, auch gleichzeitig von Erfolg gekrönt. Und ich glaube, daß auch das Jahr 1978 für unser aller Arbeit wieder ein Beginn sein wird.
Ich danke für die Aufmerksamkeit.

Applaus

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke. Die Erklärung der ÖVP ist durch Kollegen Fritsch ausgesprochen.

Wir kommen zum nächsten Redner, es ist dies Gemeinderat Fuchs namens der Freiheitlichen Partei.

GEMEINDERAT ERNST FUCHS:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Das gesellschaftliche Geschehen, aber auch die Wirtschaftspolitik schlägt sich in einem Budget nieder. Es wäre aber zu einfach gesagt, das Budget spiegelt die wirtschaftliche Entwicklung wider. Moderne Budgetpolitik darf sich nicht bloß von den Gegebenheiten treiben lassen. Sie muß die wirtschaftliche Landschaft gestalten, sie muß eine stagnierende Wirtschaft beleben. Gerade das vorliegende Budget greift unseres Erachtens nach nicht besonders stark gestaltend in das Steyrer Wirtschaftsleben ein, weil der aoH gegenüber dem Voranschlag 1977 eingebremst wird. Gerade weil es nicht zu erwarten ist, daß die Einnahmen stark steigen, soll das Geld vermehrt ausgegeben werden. Damit sollte die Wirtschaft angekurbelt werden, damit sollten Arbeitsplätze gesichert und neue geschaffen werden. In diesem Licht ist das Defizit von insgesamt nur S 16,4 Mill. nicht groß. Es wird sich auch noch verringern, weil bei einer Position der Einnahmen, nämlich bei den Musikschulen, aus irgendwelchen Gründen die 55 % zu erwartenden Einnahmen für die Personalkosten der Musikschullehrer nur mit einem Tausender hier ausgewiesen ist und dieser Betrag wird sicherlich auf etwa eine halbe Million Landesbeiträge sich erhöhen auf Grund des bereits in Kraft getretenen Musikschulgesetzes.

Weil Steyr also in den vergangenen Jahren gespart und sich im Gegensatz zu anderen Städten wenig verschuldet hat, bliebe jetzt ein Spielraum, das Budget auszuweiten und über Ausgaben hinaus Impulse zu setzen. Unsere Wirtschaft, unsere Arbeitnehmer, unsere Stadt brauchen diese Impulse. In Oberösterreich ist zwar der Beschäftigungsstand sehr hoch. Mit 432.000 Beschäftigten gibt es um fast 74.000 Arbeitnehmer mehr als vor 8 Jahren. Doch bedroht die Stahlflaute gerade unsere engere Heimat. In Steyr selbst ist dieser Anstieg leider nicht so spürbar gewesen in den letzten 8 Jahren. 18.607 unselbstständig Beschäftigte arbeiten in Steyr in insgesamt 672 Betrieben. Davon 12.963 in Industriebetrieben. Gerade jener Betrieb, dessen Belegschaft soviel für unseren heutigen Wohlstand geleistet hat, wird eine sehr schwierige Strecke zu meistern haben. Noch immer nicht ist die Angst um den Arbeitsplatz im Steyr-Werk gewichen, wenn Steyr sich nicht mehr um produzierende Betriebsgründungen in Zukunft kümmert und wenn natürlich die Auftragslage im Steyr-Werk mindestens erhalten bleibt, wenn nicht verbessert wird. 1978 bräuchte unsere Steyrer Wirtschaft den Tritt auf das Gaspedal besonders dringend. Auch auf Bundesebene sieht die Lage nicht anders aus. Aber im Gegensatz zu Oberösterreich drückt jedoch dort der Finanzminister nicht auf das Gas, sondern er latscht mit seinem Maßnahmenpaket fest auf die Bremse. Statt die Wirtschaft zu ermuntern und den Arbeitsplatz zu sichern, belastet und verunsichert der Bundesfinanzminister Betriebe, Arbeitnehmer und Verbraucher. Warum? Weil der Bund für nächstes Jahr leider weniger investiert anstatt sich verstärkt anzustrengen. Steyr sollte diesem Bundesbeispiel nicht Folge leisten, sonst wäre tatsächlich zu befürchten, daß die Insgesamt-Arbeitslosenrate von 1,8 % derzeit auf 3 % anwachsen könnte, wie der Direktor des Institutes für höhere Studien prognostiziert hat. Wenn also die Wirtschaft lahmtrifft, braucht sie Anreize. Das sollten sich die Sozialisten Steyrs merken und dies auch dem Finanzminister anraten. Wir sehen zwar ein, daß der Finanzminister bis zum Hals in leeren Geldsäcken der Staatsfinanzen sich befindet und nur noch größere Löcher stopft, weil der Staatshaushalt mit überdimensional großen Defiziten ausgestattet ist. Im Gegensatz dazu der relativ geringe Schuldenstand Steyrs mit S 158 Mill., wie es hier zu lesen ist. Das ist eine Pro-Kopfverschuldung von S 3.850,- und rechtfertigt im Gegensatz dazu kein Einbremsen des Budgets. Die Finanzsituation dieser Stadt ist nicht so schlecht, daß Investitionsbremsen angesetzt werden müssen. Wir bezeichnen das vorliegende Budget als Bremsbudget. Vielleicht kann man aber im Verlaufe des kommenden Jahres diese Bremse doch mehr lockern und mehr investieren, als derzeit der aoH nachweist.

Wir haben dies schließlich auch in diesem Jahr gemacht, indem durch riesige Grundankäufe dieses Budget 1977 erheblich ausgeweitet worden ist. Besonders wichtig erscheint uns derzeit, daß für unsere Jugend in Steyr Arbeitsplätze gesichert werden. Die Schulabgänger sollen klaglos ins Berufsleben treten können. Bedeutsam ist dabei, daß die Maßnahmen darauf abzielen sind, daß nur vorübergehend Lehrstellen knapp sein werden. Gerade jetzt werden die geburtenstarken Jahrgänge mit der Schule fertig. In wenigen Jahren wird hoffentlich dieser Druck nachlassen. Die Suche nach Lehrplätzen und Arbeitsstellen auch in der Schulstadt Steyr, besonders der HAK- und HASCH-Abgänger und der Kindergärtnerinnen, ist enorm. Noch nie war es z. B. früher der Fall, daß derartige Abgänger zu Parteien gehen müssen, um zu versuchen, zu einem Arbeitsplatz zu gelangen. Es hat sich erst in den letzten Jahren leider eingeführt bzw. eingependelt. Wir brauchen daher und das habe ich auch schon vorhin zum Ausdruck gebracht namens der Freiheitlichen Fraktion, mehr produzierende Gewerbebetriebe. Großkaufhäuser bringen unseres Erachtens nach keine Abhilfe bei der Suche nach Lehrstellen und Arbeitsplätzen. Großkaufhäuser könnten zu einer Fehlentwicklung führen, die wir künftig nur schlecht korrigieren, wenn nicht gar nicht korrigieren könnten. Wir müssen uns auch weiterhin sorgen, um die Nahversorgung der Menschen in Steyr zu sichern. Die Supermärkte drücken immer mehr. Immer mehr Einzelhändler schließen ihre Geschäfte. Die durch viele Jahrzehnte aufgebaute Infrastruktur der Nahversorgung wird in wenigen Jahren bedenkenlos dem Macht- und Gewinnstreben weniger Betriebe und Interessensgruppen geopfert. Auf der Strecke bleiben Gewerbetreibende, die sich ihr Leben lang abgerackert haben und jene Verbraucher, und zwar die ärmeren unter uns, die nicht mehr die Möglichkeit haben, ihren Bedarf in den Supermärkten decken zu können. Wenn wir vorhin vom Herrn Bürgermeister gehört haben, daß er eine Statistik der Kammer zitiert hat, dann darf ich diese Statistik auch noch etwas ergänzen. Wenn man z. B. einen Vergleich zieht zwischen den unselbständig Beschäftigten Steyrs und den unselbständig Beschäftigten von Wels. Das ist das Büchlein, das uns einmal überreicht wurde, dann weist diese Statistik z. B. nach, daß in Steyr nur 2.821 unselbständig Beschäftigte, das sind 15,2 % im Gewerbe beschäftigt sind, in Wels sind es 26,9 %. Oder in Summe 5.622. In der Industrie sind in Steyr 69,7 % der Arbeitnehmer beschäftigt, in Wels 42,4 %. Beim Handel hinken wir sicherlich, da gebe ich Ihnen recht, Herr Bürgermeister, nach. Hier sind in Steyr 11,3 % der unselbständig Beschäftigten im Handel tätig, in Wels sind es 23,5 %. Aber es ist doch auch noch hinzuzufügen, die Betriebsziffern, die Sie auch angezogen haben, Herr Bürgermeister, als Vergleichsbasis, daß hier ein großes Loch zwischen Steyr und Wels bezüglich Gewerbe- und Handelsbetriebe zu sehen ist. Dies ist auch vorhanden, aber ich glaube nicht, Herr Bürgermeister, daß Sie uns weismachen können, daß die Zahl 450 Handelsbetriebe ...

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Das kann ich schon, allein durch meinen Namen!

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER KARL FRITSCH:

Aber weiß schreibt sich mit scharfem ß und Du mit ss!

GEMEINDERAT ERNST FUCHS:

Herr Bürgermeister, ich möchte jetzt durchaus nicht auf den Gag eingehen ...

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Das ist eine Frage der Urkundenprüfung!

GEMEINDERAT ERNST FUCHS:

... sondern diese Dinge sind uns sehr ernst. Ich glaube nicht, daß Sie uns diesbezüglich erklären können, daß die Zahl 450 Welsener Handelsbetriebe gegenüber nur 258 Steyrer Handelsbetrieben daher rührt, daß Wels um 192 Großkaufhäuser mehr besitzt als Steyr. Das ist nämlich die Differenz der Handelsbetriebe Steyr zu Wels. Ich glaube viel eher, daß die kleineren und mittleren Betriebe es sind, die einer Stadt eine ausgeglichene Wirtschaftsstruktur in Zukunft geben könnten. So ist auch dieser Beitrag und dieser Vergleich aus dieser Handelskammerstatistik aufzufassen. Wir geben aber zu, daß auf dem Steyrer Ar-

beitsmarkt zusätzliche Maßnahmen möglich sind, abseits allerdings der Großkaufhäuser. Sorgfältig überlegte flankierende Maßnahmen müssen das sein, damit ein dauerhafter Erfolg zu sichern ist.

Nun konkret zum Budget und zu den Budgetziffern. Trotz einer beabsichtigten Darlehensaufnahme von S 40 Mill. und einer Ausweitung der Ausgabenseite des gesamten Budgets auf nun, wie wir gehört haben, 29,4 Mill., ist das veranschlagte Defizit des Gesamthaushalts-Voranschlages mit S 16,4 Mill. sowohl in Summe als auch in Prozenten kleiner als das Haushaltsdefizit 1977, das im Vorjahr bekanntlich S 18,7 Mill. oder mit 18,7 Mill. beschlossen wurde, einstimmig beschlossen wurde. Der gesamte Voranschlag 1978 wird daher gegenüber dem Voranschlag 1977 um zwar 5,9 % ausgeweitet, aber diese Ausgabenerhöhung betrifft nur den oH, aus dem erkennbar wird, daß die Ausgaben für den laufenden Aufwand deutlich steigen. Das zu beschließende Defizit beträgt, bezogen auf den aoH, 18,1 % und bezogen auf das Gesamtbudget nur 3,9 %. Das beschlossene Defizit im Jahre 1977 war um 2 % höher. Das heißt, es wird für das kommende Haushaltsjahr nach diesem Voranschlag weniger riskiert als im Jahre 1977. Das drückt sich bedauerlicherweise auf die Ausgabenseite des aoH durch eine um S 2 Mill. niedrigere Ausgabenseite aus. Für außerordentliche Aufgaben und Ausgaben werden für 1978 nur S 106,7 Mill. präliminiert aufgewendet. Im Jahre 1977 waren es immerhin 108,5 Mill. Gesamtmäßig ist zu sagen, daß einerseits es zu begrüßen ist, wenn sich hinter einem Voranschlag nicht zuviel Optimismus und Utopisches versteckt, somit der Realität oder den Realitäten ins Auge gesehen wird. Andererseits ist zuviel Vorsicht und zuviel Pessimismus auch nicht gerade jenes Mittel, das die Wirtschaft belebt und die Arbeitsplätze sichern hilft. Wie wir bei den Endziffern des oH erkennen können, weitet sich dieser derart aus, daß wir befürchten müssen, am Ende des Jahres 1978 werden für Investitionen nicht einmal mehr 30 % übrig bleiben. Das ist bedenklich und bedauerlich und beweist, daß Risikobereitschaft seitens der Mehrheit nicht sehr groß geschrieben wird.

Diese Bereitschaft zu mehr Risiko und zu mehr Investitionen für außerordentliche Aufgaben wäre aber insofern gegeben, das hat auch der Herr Finanzstadtrat zum Ausdruck gebracht, weil die präliminierte Zuführung aus Mitteln des oH an den aoH erheblich gestiegen ist gegenüber dem Vorjahr, nämlich um 7,6 Mill. auf nun 37,3 Mill. Das spräche eigentlich dafür, daß man doch den aoH 1978 um eben jene Mehrsumme von Zuführungsmitteln des oH ausweiten hätte können. Vielleicht hätte man dann auch manche Vorschläge der größeren Oppositionspartei unterbringen können, sodaß es erstmals seit 1973 nicht zu einem gemeinsamen Beschluß kommt, was wir bedauern.

Ich weiß nicht, was die Ersteller bewogen hat, trotz dieser größeren Zuführung von Mitteln des oH an den aoH, das außerordentliche Etat für 1978 zu kürzen. Dadurch werden zweifellos einige in Aussicht gestellte Vorhaben, einige Wünsche der Fraktionen zurückgestellt werden müssen. Laut mittelfristigem Investitionskonzept, das 1974 einstimmig hier im Gemeinderat beschlossen worden ist, hätten wir für das kommende Jahr 30 Mill. für den Kanalbau einsetzen sollen. Nur ca. die Hälfte, nämlich knapp S 15 Mill. aus dem aoH, S 1 Mill. aus dem oH und etwa ein gleich hoher Betrag an den Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung, also insgesamt ca. S 17 Mill. statt S 30 Mill. werden für diese wichtige umweltschützerische Maßnahme im Jahre 1978 ausgegeben. Hier liegen wir eigentlich ziemlich im Verzug. Wir haben alljährlich darauf gedrängt und tun das auch jetzt, daß der Gemeinderat von Steyr es mit der Budgetwahrheit ernst nimmt und ernst hält. Daher drängten und drängen wir auch in Zukunft, daß jene Vorhaben in Angriff genommen werden, die durch Grundsatzbeschlüsse des Gemeinderates erledigt gehören. Dazu zählt vor allem das für uns Freiheitliche wichtig erscheinende mittelfristige Investitionskonzept aus dem Jahre 1974.

Bei meiner letzten Budget-Grundsatzerklärung habe ich trotz Schwierigkeiten, die es zwischen der Mehrheitspartei und uns gibt, eine kooperative und wie dies auch die Mehrheitspartei praktizierte, eine kompromißbereite und vor allem konstruktive Mitarbeit der Freiheitlichen Partei angekündigt. Sicherlich gibt es einige unverrückbare Gegensätze, so z. B. was unsere Haltung und unsere Auffassung zu Großkaufhäusern betrifft, die wir nicht korrigieren können, die Sie korrigieren sollten. Höchstens die SPÖ rückt von ihrer bisherigen starren Haltung ab, dann wären auch hier Kompromisse möglich. Aber ich darf auch erwähnen, daß es auf einigen sozialen und auch auf einigen wirtschaftlichen

Gebieten Beweise von gemeinsamer Auffassung gibt, z. B. was die Grundeinkäufe und die günstige Grundabgabe an Betriebs- oder Gewerbeinteressenten betrifft. Aber auch bei manchen Verkehrsproblemen, wenn man z. B. die Fußgängerzonen usw. hernimmt. Hier gibt es wenige Unterscheidungsmerkmale zwischen unserer Fraktion. Aber es gibt einige andere sehr deutliche Unterscheidungsmerkmale. Wir sind uns aber bewußt, daß eine nur Zweimann-Fraktion der großen SPÖ-Mehrheit nicht alle freiheitlichen Wünsche aufoktruieren kann. Deshalb haben wir auch nach der Budgetentwurf-Übermittlung auch keine überspitzten großen Forderungen an den Finanzstadtrat gestellt. Einige kleinere Wünsche von uns sind erfüllt worden, einige andere Wünsche sind bedauerlicherweise nicht erfüllt worden. Wir glauben jedoch, im Verlaufe des kommenden Jahres oder der nächsten Jahre, daß wir auch in dieser Beziehung zu gemeinsamen Auffassungen des gesamten Gemeinderates kommen könnten.

Was waren unsere Wünsche? Unsere Wünsche waren, wir forderten z. B. mehr Mittel für die Altstadtterhaltung. Für die Revitalisierung des neuen und alten Stadttheaters, für die Fassadenrestaurierung, für Fußgehersicherungen und Übergänge. Eigentlich Forderungen, die alle Fraktionen an und für sich vertreten. Wir forderten auch eine Wohnstarthilfe für jene Wohnungswerber, die nicht in den Genuß der Landes-Jungehenförderung des Landes kommen. Es sind einige, vor allem die etwas älteren Wohnungswerber. Wir forderten eine zielbewußte Gewerbeförderung z. B. durch günstigere Kreditzuschüsse auf unbürokratischer Art.

Die derzeit gültige Kleingewerbekreditaktion ist, das haben wir auf Grund einer Anfragebeantwortung bei der letzten Gemeinderatsitzung erfahren, alles eher als unbürokratisch, sonst gäbe es nicht nur 7 Bewerber um diese Kleingewerbekredite. Wir forderten auch eine günstige Zurverfügungstellung von Grundstücken für Gewerbe- und Betriebsinteressenten und der Sicherung der Nahversorgung. Eigentlich Wünsche, die sicherlich keinen utopischen Anstrich haben, die auch in etwa stets Gegenstand von Beratungen der Gemeinderatsitzungen sind. Weiters forderten wir – das ist auch an und für sich eine Kleinigkeit – die Rückkehr zum Abschnittshauswart, um vor allem den älteren Leuten die Haus- und Gehsteigreinigungstouren zu ersparen. Dieses Problem habe ich z. B. schon des öfteren im gemeinderätlichen Wohlfahrtsausschuß vorgebracht. Vor allem aber, meine Damen und Herren des Gemeinderates, forderten wir die Einhaltung des mittelfristigen Budgets bzw. Investitionskonzeptes aus dem Jahre 1974. Die Einhaltung einer bereits vom Gemeinderat beschlossenen Maßnahme, nämlich die Realisierung dieses mittelfristigen Investitionskonzeptes. In einem nur 3 Seiten umfassenden Schreiben am 10. Oktober 1977 an Herrn Finanzstadtrat haben wir diese vorhin geschilderten, keineswegs überspitzten Forderungen, im Hinblick auf die Budgeterstellung 1978 herangetragen.

Nochmals stelle ich dazu fest, wir wollen vor allem das realisiert sehen, was uns ein einstimmiger Gemeinderatsauftrag aus dem Jahre 1974 auferlegt.

Wie schaut nun die Realisierung dieses mittelfristigen Budgetkonzeptes aus und wie kommt man den vorhin aufgezählten freiheitlichen Wünschen nach? Grundlage für unser heutiges Ja zum Budget vor allem ist, daß in der Mehrheit diese Grundsatzbeschlüsse aus 1974 auch in diesem Budget-Voranschlag 1978 verpackt sind. Das einvernehmlich ausgearbeitete Investitionskonzept aus dem Jahre 1974 findet somit im Haushaltsvoranschlag 1978 Berücksichtigung und das war vornehmlich das Motiv zu unserem heutigen Ja für dieses Budget. Obwohl also unsere Zusatzwünsche für 1978 keine Millionenausgaben, die Wohnstarthilfe z. B. hätte nur einen Betrag von S 400.000,- gekostet, sind unsere bestimmt nicht viel Geld kostenden Zusatzwünsche bisher bedauerlicherweise nur zu einem geringen Teil erfüllt worden. Ich muß allerdings ein Gespräch mit Herrn Stadtrat Fürst zitieren, das ich am 18. 10. 1977 führte, indem er uns zusicherte, über die Frage der Wohnstarthilfe zu einem späteren Zeitpunkt Verhandlungen zu führen. Somit betrachten wir diesen Zusatzwunsch als noch nicht abgelehnt. Das war ein Telefonat anläßlich der Übermittlung unserer Zusatzwünsche, wo von Ihrer Seite bekannt wurde, daß man darüber noch reden kann. Das wurde von Ihrer Seite aus gesagt, aber ich möchte nochmals auf den Hauptwunsch von uns eingehen, nämlich die Einhaltung des Investitionskonzeptes und dazu einige Bemerkungen.

Wir hätten dafür im Jahre 1978 für dieses Investitionskonzept S 86 Mill. aufzuwenden für folgende Maßnahmen:

Für die Errichtung von Schulgebäuden sind wir bezüglich des Schulbaues in Gleink in Verzug. Dieser Bau hätte 1977 laut diesem Investitionskonzept 1974 abgeschlossen gehört oder abgeschlossen werden sollen. 1978 hätten wir laut diesem mittelfristigen Konzept keinen Schilling mehr aufwenden müssen für den Schulbau. Da wir auch bei der Errichtung der HAK zeitlich im Verzug sind, werden 1978 noch insgesamt immerhin S 15,7 Mill. für die Rate HAK und für die Pflichtschulen Tabor und Promenade aufgewendet.

Für Wohnbaumaßnahmen hätten wir laut dem mittelfristigen einstimmig beschlossenen Investitionskonzept S 2 Mill., nur S 2 Mill. im Jahre 1978 aufzuwenden. Wie Sie aber ersehen können und auch durch die Berichterstattung werden für 1978 für diesen Zweck der Wohnbaumaßnahmen nicht 2 sondern immerhin doch S 6 Mill. veranschlagt. Im Vorjahr waren es nur S 2 Mill. Es ist also eine Verbesserung der Förderung für den gemeinnützigen Wohnbau zu erkennen. Mit einjähriger Verspätung werden wir die Sanierung des Hauses Ennskai 27 vornehmen. S 4 Mill. werden dafür eingesetzt. Auch diese Sanierung hätte 1977 abgeschlossen werden sollen.

Für das Feuerwehrwesen hätten wir laut mittelfristigem Konzept S 2 Mill. für nächstes Jahr aufzuwenden. S 3,3 Mill. werden aber tatsächlich 1978 für die freiwillige Feuerwehr veranschlagt. S 4 Mill. hätten wir für die Kindergartenerrichtung aufzuwenden, tatsächlich werden es zwar etwas weniger, nämlich S 3,2 Mill. sein. Vom Kindergarten Resthof II ist jedoch noch nichts zu sehen. Mit dem Lehrkindergarten Schraderhof hätten wir laut diesem Konzept vor einem Jahr fertig werden müssen.

Für das Sportzentrum Rennbahnstadion werden diesmal S 200.000,- für die Planung ausgegeben. S 12 Mill. hätten wir bis Ende 1977 laut diesem mittelfristigen Budgetkonzept dafür aufwenden sollen. Ich muß allerdings einschränken, in dieser Beziehung ist doch zu bemerken, daß dieses Vorhaben tatsächlich derzeit einen kleinen utopischen Anstrich besitzt. Aber vielleicht werden wir doch bis 1980 soweit sein, daß Steyr eine repräsentative Mehrzwecksportstätte besitzt. Dies ist nämlich ein Wunsch vieler Steyrer.

Einen zeitlichen Verzögerungseffekt gibt es auch bei der veranschlagten Ausgabe Saunaerweiterung und für das Lehrschwimmbecken. Immerhin werden aber für diesen Zweck samt den Sonderanlagen im nächsten Jahr S 5 Mill. investiert.

Für die lebenswichtige Wasserversorgung sollten 1978 S 2 Mill. eingesetzt werden. Für die Abwasserbeseitigungsanlagen, mit denen habe ich bereits begonnen, hätten diesmal 30 statt etwa S 17 Mill. eingebaut bzw. eingesetzt werden sollen.

Für langfristige Straßenverkehrskonzepte sah das Investitionsprogramm unter anderem für den Brückenbau im Jahre 1978 S 8 Mill. vor, tatsächlich werden aber nun S 10 Mill. ausgegeben. Allerdings auch mit einem Verzögerungseffekt, weil bereits vor einem Jahr mit dem Bau begonnen hätte werden sollen.

S 3,6 Mill. sieht der Voranschlag 1978 für Fußgängerübergänge vor. Nur S 3 Mill. insgesamt in einem Zeitraum von 3 Jahren hätten wir laut diesem mittelfristigen Budgetkonzept aufzuwenden. Das heißt also, daß wir in dieser Beziehung für 1978 sogar weit über dem mittelfristigen Budgetkonzept liegen. Immerhin haben wir damals 1974 uns nicht über 4 Fußgängerübergänge unterhalten, sondern ich glaube es waren nur 2 oder 3.

Für Grundkäufe hätten wir 1978 S 10 Mill. aufzuwenden. In diesem Jahr werden bereits durch außergewöhnliche Ankäufe oder wurden bereits durch außergewöhnliche Ankäufe S 40 Mill. dafür aufgewendet, sodaß natürlich für Grundankäufe 1978 die Ausgabe eingebremst wurde.

Für das alte und neue Stadttheater, für die Erhaltung und Revitalisierung der Altstadt, für Maßnahmen der Tausendjahrfeier sollten 1978 laut einstimmig beschlossenen mittelfristigem Budgetprogramm insgesamt nur S 8 Mill. aufgewendet werden. Die Wirklichkeit sieht so aus, laut Voranschlag 1978, daß man hier eine Gesamtsumme von S 13,5 Mill. vorsieht.

Im einzelnen sind dies S 2 Mill. für den Mehrzwecksaal, S 5 Mill. für das Volkskino, S 4 Mill. für das alte Stadttheater, leider nur S 1 Mill. für die Fassadenrestaurierung. Das erscheint uns doch wenig im Hinblick auf die Tausendjahrfeier 1980. S 1 Mill. für die Denkmalpflege und S 500.000,- für Maßnahmen zur Tausendjahrfeier.

Damit wollte ich beweisen, in den wesentlichsten Ansätzen stimmt demnach dieser heute zu beschließende Voranschlag 1978 mit einigen Verzögerungseffekten mit dem mittelfristigen Vorhabenprogramm aus dem Jahre 1974, das bis 1980 durch einstimmigen Gemeinde-

ratsbeschluß erstellt wurde, überein. Das ist, wie bereits ausgeführt, der wesentlichste Grund, weshalb wir nicht zögern brauchen, dem Voranschlag 1978 unsere Zustimmung zu geben. Wir hätten jedoch noch eine Anregung, nämlich im Hinblick Herr Bürgermeister auf das Entwicklungskonzept, daß wir uns im nächsten Jahr auch bemühen sollten, ein zweites mittelfristiges Budgetkonzept, ausgehend von ersten, mit Beginn des Jahres 1980 bis 1985, zu erstellen. Ich glaube, das wäre eine sehr gute flankierende Maßnahme, um die künftigen Entwicklungsprobleme der Stadt Steyr in den Griff zu bekommen. Um hier Prioritäten zu setzen.

Zum Abschluß darf ich ebenso dem Präsidium, den Damen und Herren des Gemeinderates, den Beamten und Bediensteten dieses Hauses frohe Festtage und ein gutes, gesundes, neues Jahr wünschen und uns wünschen wir eine Verbesserung des in den Vorjahren nicht besonders – zwischen uns zumindestens – günstigen Gemeinderatsklimas. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke. Ich danke für die Erklärung des Herrn Gemeinderates Fuchs zum Budget. Wir kommen zum nächsten Debattenredner, das ist Kollege Treml. In Verfolgung der bisherigen Übung darf ich gleich die nächsten Sprecher ankündigen. Ich werde mir gestatten, im Anschluß daran einige Äußerungen abzugeben. Nach mir wird Kollege Wallner zum Pult gebeten, anschließend die Kollegen Dresl, Manetsgruber, Schwarz. Die weiteren Aufrufe erfolgen anschließend.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Werter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Den Voranschlag für das Jahr 1978 und die Lage unserer Stadt kann man nicht isoliert von der ökonomischen und politischen allgemeinen Situation betrachten.

Ich habe schon vor einigen Jahren darauf verwiesen, daß ein Kennzeichen der allgemeinen Situation in den kapitalistischen Ländern die Tatsache ist, daß weder konservative noch sozialdemokratische Regierungen imstande sind, die Inflation und Krisen zu verhindern, ein Wirtschaftswachstum und die Vollbeschäftigung auf die Dauer zu sichern.

Diese Auffassung fand ich vor kurzem in einem Artikel eines jungen Sozialisten, der in einer Zeitung stand, die im Bezirkssekretariat der SPÖ Steyr gedruckt wurde.

Sinngemäß heißt es darin: Unser kapitalistisches Wirtschaftssystem dient nur den Interessen einiger weniger. Womit er meiner Meinung nach vollkommen recht hat. Und ich zitiere wörtlich einen Satz aus diesem Artikel, wo es weiter heißt: "Wohl gelang es der sozialistischen Bundesregierung, die Folgen dieser Krise abzuschwächen und die Zahl der Arbeitslosen relativ niedrig zu halten, jedoch gelang es nicht, die Ursachen der Krise zu beseitigen".

Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Dieser junge Mensch hat in seiner Aussage vollkommen recht, man muß nur hinzufügen, daß der Einfluß der Krise des kapitalistischen Systems in unserem Land, auch in der Stadt Steyr und in unserem Umland, nur dadurch gemildert wird, weil wir seit Jahren gute wirtschaftliche Beziehungen und eine Ausweitung des Handels mit den krisenfesten sozialistischen Staaten unterhalten und die schon heute tausende Arbeitsplätze in Österreich sichern und viele hunderte in unserer Stadt. Ich glaube, es genügt in diesem fachkundigen Kreis von Gemeinderäten, wenn ich den langfristigen Kooperationsvertrag zwischen den Steyr-Werken und Polen in Erinnerung rufe und den zweitgrößten Steyrer Betrieb, die GFM, der mit Aufträgen von der Sowjetunion und DDR voll ausgelastet ist.

Beide Großbetriebe sind nach wie vor die Hauptwirtschaftsträger in der Stadt Steyr und ihren Umlandgemeinden. Und diese positive ökonomische Situation ermöglicht eigentlich eine realere Einschätzung bei der Budgeterstellung für das kommende Jahr.

Allerdings widerspiegelt sich dies nicht bei den Budgetansätzen. Man kann sagen, Steyr war und bleibt immer vorsichtig und zurückhaltend und diese Budgetpolitik war daher nicht immer zum Vorteil einer schnelleren Entwicklung unserer Stadt. Vergleicht man den Voranschlag 1978 mit dem Nachtragsvoranschlag 1977, so ergibt sich nur eine ganz geringe Erhöhung der Budgetansätze und die Steigerung bleibt damit unter der anzunehmenden Inflationsrate im Jahre 1978 und führt zu einer Stagnation im weiteren Ausbau unserer

Stadt.

Die Ursache dieser Entwicklung hängt auch damit zusammen, da die Gemeinden und unsere Stadt im allgemeinen rund 60 % aller Investitionen und Aufgaben zu tätigen hat und der über den Finanzausgleich nur rund 17 % der notwendigen Mitteln den Gemeinden zur Verfügung steht. Daher war die langjährige Forderung der KPÖ nach vorzeitiger Änderung des Finanzausgleichs berechtigt und wurde ja im allgemeinen von der Mehrheit des Gemeinderates anerkannt. Man hat halt nicht den Mut gehabt, gegen die eigene Regierung aufzutreten und hat daher nichts unternommen, um ein Finanzausgleichsgesetz zugunsten der Gemeinden vor dem Ablauf 1978 zu erzwingen. Damit die Gemeinden mehr Mittel zur Durchführung ihrer Aufgaben bekommen, genügt es keineswegs, die Bundesregierung nur zu kritisieren und den Mangel zu betonen. Die Städte müssen bei der Verteilung der gemeinschaftlichen Mittel nicht nur Beredsamkeit entwickeln, sondern auch Konsequenz zeigen. Daher müßte der gesamte Steyrer Gemeinderat die Vertreter des Städtebundes beauftragen, bei den Finanzausgleichsverhandlungen darauf zu bestehen, daß die Gemeinden einen höheren Anteil bei der Verteilung der Steuern und Abgaben bekommen. Als Begründung für die Berechtigung dieser Forderung muß angeführt werden, daß die Verschuldung des Bundes 50 %, der Länder 16 - 18 %, die der Gemeinden jedoch über 100 % des Jahresbudgets beträgt. Meine Damen und Herren!

Die Ursache für die heutige Finanzkrise liegt nicht im Schuldenmachen für die Sicherung der Arbeitsplätze - wie immer wieder von der Regierung behauptet wird - sondern in der Tatsache, daß die SP-Regierung das in- und ausländische Großkapital in einem bisher nie dagewesenen Ausmaß steuerlich entlastet hat.

So beträgt, laut Finanzminister Androsch, der Steuerausfall durch die Unternehmerbegünstigung jährlich bereits rund 60 Milliarden Schilling. Gleichzeitig werden die in- und ausländischen Großunternehmer auch direkt aus dem Budget enorm gefördert.

Wörtlich sagte Minister Staribacher nach einer Klausurtagung: "Durch diese Steuerergeschenke werden Riesenpakete für die Unternehmer finanziert". Nun ist der Bund in eine Notlage geraten, die er nun versucht auf die werktätige Bevölkerung und die Gemeinden zu übertragen. Dabei sind die Löcher im Bundesbudget gar nicht so geheimnisvoll, ihre Ursache liegt klar zutage.

Die Steuereinnahmen der ersten 9 Monate dieses Jahres ergeben folgendes Bild: Einkommensteuer erbrachte nur ein Plus von 2,5 %, die Gewerbesteuer plus 6,5 %, die Vermögenssteuer ebenfalls nur ein Plus von 6,5 %, die Körperschaftssteuer plus 18 %, die Umsatzsteuer um 1,6 % und Lohnsteuer aber plus 21,6 %. Um das Bild jedoch abzurunden, bei der Lohnsteuer handelt es sich um einen Betrag von rund 27 Milliarden und bei der Körperschaftssteuer nur um einen solchen von 4 Milliarden. Aus dem ganz geringen Zuwachs der Umsatzsteuer geht das Bestreben der Wirtschaft hervor, beim Steuerzahlen so zurückhaltend wie nur möglich zu sein. Es ist auch nicht uninteressant, daran zu erinnern, daß Bundeskanzler Kreisky nun auch entdeckte und dies auch zum Ausdruck gebracht hat, daß es Steuerhinterziehung gibt, die in die Milliarden gehen. Und nun stopft man die Löcher des Budgets 1978 dadurch, daß die Regierung ihre unsoziale Einnahmen- und Ausgabenpolitik verschärft fortsetzt, mit dem sogenannten Maßnahmenpaket - wir Kommunisten sagen dazu Belastungspaket - von S 14,5 Milliarden. Finanziert soll es fast ausschließlich auf Kosten der Arbeiter und Angestellten werden.

Diese unsoziale Massenbelastung durch das neue Bundesbudget, dazu die weiter anhaltende Inflation, die Entwertung der Spargelder und die geplanten Lohnabschlüsse unter der Teuerungsrate, dazu kommen eine Reihe Gebühren- und Tarifierhöhungen durch die Stadtgemeinde, die noch in der heutigen Sitzung beschlossen werden, die auch zu einer weiteren Drosselung der Massenkaufkraft führen.

Und dies in einer Situation, wo zur Hebung des Wirtschaftswachstums und zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen deren Erhöhung dringend notwendig wäre. Die KPÖ sieht daher im Kampf gegen die Massenbelastungspolitik, insbesondere durch eine radikale Senkung der Massensteuer auf Kosten einer weitaus höheren Besteuerung der Millionärseinkommen, des Luxuskonsums und der großen Vermögen, eine der wichtigsten Maßnahmen für ein Wirtschaftswachstum und für Arbeitsplatzsicherung.

Im Voranschlag 1978 unserer Stadt ist ein Rahmen von insgesamt S 429,4 Mill. vorgesehen, davon S 106,7 Mill. für den aOH. Der oH ist, wie schon festgestellt, nach Zuführung

eines Einnahmenüberschusses in der Höhe von 37,3 Mill. an den außerordentlichen Haushalt zur Teildeckung der Ausgaben desselben mit Einnahmen und Ausgaben in der Höhe von S 322,7 Mill. ausgeglichen und weist auch eine bestimmte Ausweitung auf.

Obwohl vom ordentlichen Haushalt über S 37 Mill. dem außerordentlichen Haushalt zugeführt werden, sind größere Darlehensaufnahmen im bedenklichen Ausmaß, wie wir meinen, von S 40 Mill. zur vollen Deckung notwendig. Die Verschuldung pro Kopf der Bevölkerung beträgt derzeit fast S 4.000,- und wird annähernd an die 5.000,- bis Ende 1978 ansteigen.

Die Kommunistische Partei ist keineswegs gegen eine Darlehensaufnahme an sich, weil eben manche Lasten auf mehrere Generationen verteilt werden müssen. Wogegen aber meine Partei ist, sind die drückenden Bedingungen, unter denen solche Kredite zur Erfüllung der notwendigsten kommunalen Aufgaben aufgenommen werden müssen. Bekanntlich beträgt die Zinsenlast in 10 Jahren rund 50 % der aufgenommenen Summe und in 20 Jahren bereits 100 %. Ich habe vor wenigen Stunden die letzten Stadtratsakten durchgesehen, da ist mir aufgefallen, daß ein kleiner Geschäftsmann am Stadtplatz einige Umbauten durchführen muß und 100.000,- für diese Umbauten benötigt, die er auch aufgenommen hat mit einer Laufzeit von 5 Jahren. Dieser kleine Geschäftsmann am Stadtplatz muß nach 5 Jahren über S 125.000,- bezahlen, also über S 25.000,- Zinsen und hier muß wiederum die Stadt eingreifen, daß sie 50 % der Zinsen als Art Förderung bezahlt. Ich glaube, ein besseres Geschäft kann es für die Banken gar nicht geben.

Daher erhebt die Kommunistische Partei immer wieder die Forderung, daß die verstaatlichten Banken den Gemeinden mit billigeren Krediten helfen müssen, nachdem heute die Gemeinden 60 % aller öffentlichen Investitionen leisten.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Das vorliegende Budget läßt auch deutlich den Trend erkennen, sich einen größeren Polster zu schaffen, nicht zuletzt wohl auch deshalb, daß der nächste Voranschlag, nämlich für 1979, für ein wichtiges Wahljahr sein wird. Innerhalb der vorsichtigen Erstellung gibt es Ansätze von ganz besonders auffallender Vorsicht. Die Ertragsanteile werden mit S 110 Mill. veranschlagt. Gegenüber dem Voranschlag 1977 bedeutet dies eine Abnahme von S 1 Mill. (gegenüber dem Nachtragsvoranschlag 1977 sogar um 3 Mill. weniger).

Eine solche Einschätzung wäre meiner Meinung nach nur dann real, wenn wir uns bereits mitten in einer Arbeitslosigkeit befänden.

Der Ertrag der Gewerbesteuer bleibt mit S 30 Mill. gegenüber dem Nachtragsvoranschlag 1977 gleich und ist daher infolge der Inflation niedriger als heuer.

Die Kommunistische Partei hat einige Alternativvorschläge zum Budget 1978 entwickelt. Ich möchte aber gleich vorausschicken, daß im allgemeinen Einigkeit darüber herrscht, daß für die Restaurierung des Volkskinos S 5 Mill. und für das alte Stadttheater S 4 Mill. vorgesehen sind, daß der Ausbau der Straßen, Fußgängerüberführungen S 19 Mill. und vor allem der Neubau der Enns- und Steyrbrücke S 10 Mill., zusammen S 29 Mill., vorangetrieben werden muß sowie das Kanalnetz mit einem Betrag von S 17 Mill. erweitert wird. Die Kommunistische Partei verlangte in ihren Vorschlägen die Erhöhung des Förderungsbetrages für den Wohnungsbau in der Höhe von S 20 Mill. zinsfrei. Dazu erlaube ich mir anschließend einige Bemerkungen zu machen. Der Ansatz wurde daraufhin von 4 - wie es im Entwurf geheißen hat - auf S 6 Mill. erhöht. Die Kommunistische Partei schlägt ferner vor, daß im Hinblick auf die Tausendjahrfeier im Jahre 1980 nicht nur besondere Bauten und alte Bürgerhäuser neue Fassaden erhalten, sondern daß man endlich den miserablen Tarnanstrich aus der Zeit des 2. Weltkrieges an allen Wohnbauten in Nümichholz, mit finanziellen Zuwendungen der Stadtgemeinde Steyr beseitigt.

Im Interesse vieler Eltern schlagen wir vor, auch in den stark besiedelten Wohngebieten auf der Ennsleite, am Tabor und in Nümichholz Vorschulklassen einzuführen. Derzeit gibt es für ganz Steyr nur zwei Vorschulklassen im Gebäude der Promenadeschule.

In der Sorge um unsere alten Mitmenschen konnte bereits heuer die freiwillige Weihnachtsaktion für rund 1200 Fürsorgeempfänger und Pensionisten mit Ausgleichszulage verbessert werden und findet auch im Voranschlag 1978 durch einen erhöhten Ansatz seinen Niederschlag. Die Wohnung gehört zu den grundlegendsten Einrichtungen des menschlichen Lebens. Je mehr Freizeit den werktätigen Menschen zur Verfügung steht, desto größer ist für ihn die Bedeutung des Wohnraumes. Meine Partei setzt sich daher besonders für einen

verstärkten, modernen Wohnbau mit sozial tragbaren Mietzinsen ein. In unserer Stadt sind offiziell 2.000 wohnungssuchende Familien beim Wohnungsamt registriert und wir weisen seit vielen Jahren den größten Wohnungsfehlbestand unseres Bundeslandes auf. Das ist keine Neuheit. Daher ist die Wohnungs- und Mietenfrage nach wie vor eines der wichtigsten ungelösten Probleme in unserer Stadt. Durchschnittlich wurden in den letzten 25 Jahren durch die GWG der Stadt Steyr jährlich 150 Wohnungen gebaut. Im Vorjahr wurden fast S 68 Mill. in den Wohnungsbau investiert und 178 Wohnungen vergeben. Allerdings muß man dazu sagen, daß allein an Zinsen S 11 Mill. bezahlt werden mußten, die der Bauwirtschaft und den Banken enorme Gewinne einbrachten und die derzeitige Mietzinserstellung liegt derartig hoch, daß sie für viele Wohnungssuchende einfach unerschwinglich sind. Die Bruttomiete einer GWG-Wohnung, die 1976 bezogen wurde, beträgt je Quadratmeter und Monat, zuzüglich S 6,30 Heizungskosten, von S 30,5 – S 34,70. Der Baukostenbeitrag erhöhte sich schon bis auf S 66.000,-. Aber auch die Neuvermietung gemeindeeigener Substandardwohnungen, um sie nicht als Löcher zu bezeichnen, wurde der Mietzins verdoppelt und beträgt schon rund S 400,- im Monat, davon kassiert der Finanzminister auch noch 8 % bei meist älteren finanzschwächeren Mitmenschen unserer Stadt.

Seit dem Gründungsjahr der GWG der Stadt Steyr im Jahre 1952 bis Ende 1976 wurden an Einraumwohnungen 544, an Zweiraumwohnungen 962, Dreiraumwohnungen 1.578, Vierraumwohnungen 473, Fünfraumwohnungen 11, insgesamt 3.568 Wohnungen, 21 Lokale und 2 Fernheizwerke und 378 Autoboxen und Einstellplätze errichtet. Für diese Bautätigkeit wurden in den 25 Jahren rund S 815 Mill. aufgebracht. Es ist nur dabei interessant, welchen Anteil an der Finanzierung des Wohnungsbaues die Stadt selbst hat? Er beträgt, ob sie es glauben oder nicht, ganze 0,9 % an Zuschüssen, in Zahlen ausgedrückt S 7,4 Mill. Der Darlehensanteil beträgt S 178 Mill. oder nicht einmal 22 % der Mittel in der 25jährigen Bautätigkeit.

Vergleicht man dazu: An Eigenmittel der GWG und Baukostenbeiträge der Mieter, dann sind das 99,5 Mill. Dies ist mit ein Grund, warum Steyr im Wohnbau gegenüber anderen vergleichbaren Städten zurückblieb.

Ich überlasse es Ihnen, meine Damen und Herren des Gemeinderates, einen Vergleich anzustellen, wie hoch der Betrag sei, der in diesen 25 Jahren allein von den Gemeindemandataren aus der Stadtkasse an Funktions- und Aufwandsentschädigung entnommen wurde. Seit 1972 in 5 Jahren hat sich dieser Betrag verdreifacht. Im letzten Jahr waren es bereits S 5 Mill., 1978 sind es nach meiner Rechnung S 5,6 Mill., die veranschlagt sind. Objektiverweise muß ich in diesem Zusammenhang daran erinnern, daß 1977 kein einziger Schilling von der Stadt für die Wohnbauförderung der GWG ausbezahlt wurde. Wohl aber im Voranschlagsentwurf 1978 S 4 Mill. eingesetzt waren und auf Vorschlag der Kommunistischen Partei dieser Betrag nun um S 2 Mill. auf S 6 Mill. aufgestockt wurde. Kollege Schwarz als Wohnungsreferent wird anschließend sicher von den großen Wohnbauvorhaben in den nächsten Jahren in unserer Stadt sprechen. 1978 werden 200 GWG-Wohnungen vom Land gefördert. Er wird aber sicher nichts darüber sprechen, wie wir und in wie vielen Jahren wir den quantitativen Wohnungsfehlbestand in unserer Stadt lösen werden, denn dazu müßte die seit Jahren verfehlte Wohnbaupolitik der SP-Regierung angegriffen werden, die ja bekanntlich vor 7 Jahren versprach, jährlich um 5.000 Wohnungen mehr zu bauen. In Wirklichkeit wurden, wie Sie ja auch selbst wissen, weniger gebaut. Bis zum Jahre 1985 sind in Oberösterreich rund 60.000 Wohnungen erforderlich, dies geht aus einer bevölkerungspolitischen Studie von Wohnungswissenschaftlern hervor, die kürzlich veröffentlicht wurde. Im kommenden 5-Jahresplan, im Zeitraum von 1978 bis 1982, können von der Wohnbauförderung des Amtes der OÖ. Landesregierung lediglich 20.000 Wohneinheiten errichtet werden. 1973 – 1977 standen den Wohnungsreferenten Oberösterreichs S 5,2 Milliarden zur Verfügung, in den nächsten 5 Jahren werden es rund 6,7 Milliarden sein. Zieht man die ständige Kostensteigerung auf dem Bausektor in Betracht, so können bis 1982 in Oberösterreich höchstens 4000 Wohneinheiten pro Jahr durch die Wohnbauförderung unterstützt werden. Wahrscheinlich werden es weniger sein. Daher verlangt die Kommunistische Partei immer wieder die Rückkehr zum wirklichen sozialen Wohnbau mit tragbaren Mieten, daher mehr Mittel vom Bund und einen erhöhten Zuschuß auch von unserer Stadt. Seit vielen Jahren tritt die Kommunistische Partei für eine Novellierung des OÖ. Kindergartengesetzes ein, für eine stärkere finanzielle Beteiligung des Landes Ober-

österreich an den Personalkosten beim städtischen Kindergarten sowie für den Nulltarif. Zugleich wurde von mir im Vorjahr die SP-Mehrheit aufgefordert, sie möge auf ihre Genossen in der Landesfraktion, insbesondere auf ihre Abgeordneten und Landesregierungsmitglieder Reichl und Heigl einwirken, daß die Landesregierung zusätzliche Mittel für die Personal- und Baukosten bei Kindergärten zur Verfügung stellt. Nun haben sich die SP-Abgeordneten im OÖ. Landtag im Juni 1977 als auch Ende November dieses Jahres mit der finanziellen Situation der Gemeindekindergärten befaßt und einen Initiativantrag auf Novellierung in diesem Sinne eingebracht. Wie notwendig eine Änderung ist, zeigt das Beispiel von unserer Stadt. Das Land leistet zwar einen gewissen Ersatz für die Personalkosten, aber bei weitem nicht einmal 75 %, wie es das derzeitige Gesetz vorsieht. Wir bekommen laut Voranschlag 1978 vom Land für diesen Zweck einen Kostenbeitrag von nur S 3 Mill. und müssen über S 11 Mill. an Personalkosten ausgeben. Daher setzt sich die Kommunistische Partei nach wie vor für eine rasche Novellierung des OÖ. Kindergarten-gesetzes ein, mit dem Ziel, daß jedem Kind im Alter von 3 - 6 Jahren ein unentgeltlicher Kindergartenplatz zur Verfügung steht.

Frau Landtagsabgeordnete Anna Praschl erklärte bei den Budgetverhandlungen des Landtages, daß in ganz Oberösterreich erst rund 24 % aller Kinder von 3 - 6 Jahren einen Kindergarten besuchen. Sie führte aus, in der Stadt Steyr beträgt dieser Anteil 39,6 %, in Linz 38,6 und in Wels 38,4 %. Diese Feststellung, meine Damen und Herren des Gemeinderates, zeigt, daß es auch in unserer Stadt noch viel zu wenig Kindergartenplätze gibt, wenn man von der Notwendigkeit der vorschulischen Erziehung ausgeht. Daher ist der Kampf um höhere Beiträge des Landes nach wie vor notwendig. Die ÖVP, das zeigte sich wieder im Landtag, ist jedoch bis jetzt gegen alle diese Forderungen der Sozialisten hart geblieben.

Als Vertreter der Steyrer Kommunisten werde ich so wie bisher auch im kommenden Jahr ausschließlich im Interesse der Steyrer Arbeiter, Angestellten, Pensionisten und Gewerbetreibenden im Gemeinderat wirken. Das heißt, gegen unsoziale Gebühren- und Tarifierhöhungen sowie gegen einseitige Belastungen entschieden auftreten.

Ich bin jedoch überzeugt davon, daß auch im Voranschlag 1978 soviel finanzieller Spielraum vorhanden ist, um auch weitere Alternativvorschläge der Kommunistischen Partei und Wünsche der werktätigen Bevölkerung von Steyr erfüllen zu können. Darunter fällt, weil es mir gerade einfällt, auch die Frage des Seniorenpasses, daß auch die Frau schon mit 60 Anspruch hätte. In diesem Sinne werde ich den Voranschlag für das Jahr 1978, allerdings einbezogen meiner kritischen Feststellungen dazu und der Ablehnung der überhöhten Politiker- und Pensionsbezüge, die Zustimmung geben.

Im Auftrag meiner Partei und natürlich auch persönlich möchte ich Ihnen, werter Herr Bürgermeister, allen Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, den Beamten und Bediensteten dieses Hauses sowie ihren Familienangehörigen, frohe Festtage und vor allem, was mir besonders am Herzen liegt, ein besseres und friedlicheres Jahr 1978 wünschen.

Gemeinderat Dr. Alois Stellnberger erscheint um 18.30 Uhr

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke Kollegen Tremel für seine Wünsche und auch für seine Zustimmungserklärung zum Budgetentwurf. Ich darf mir nun erlauben, den schon bereits angekündigten Beitrag meinerseits vorzubringen und bitte Kollegen Schwarz, die Vorsitzführung zu übernehmen.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:

Ich übernehme den Vorsitz und erteile Herrn Bürgermeister zur Diskussion das Wort.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Obwohl die Zeit schon sehr fortgeschritten ist.

Es war ja von Beginn an zu erwarten auf Grund der Kenntnis der Sachlage, daß wir heute eine längere Sitzung vor uns haben werden. Ich habe nicht die Absicht, hier Vorgriffe auf Ausführungen im Schlußbericht des Finanzreferenten vorzunehmen. Es sind aber einige Beiträge hier geleistet worden, die mich als Bürgermeister und in meiner Verantwortung

als Stadtoberhaupt veranlassen, auch einige Erklärungen, Bemerkungen und Ansichten meiner Person dazu zu äußern. Wenn Sie erlauben, werde ich von hinten nach vorne gehen und Kollegen Tremml zuerst zitieren, denn er spricht von der Schuldenlast, die die Stadt Steyr eingegangen ist. Er hat sicherlich recht. Aber eines dürfen wir dabei nicht übersehen. Wir haben hier Verpflichtungen als Stadtverwaltung, als Gemeinderat zu tragen, die zu Einrichtungen führen, Investitionen erfordern, die einfach nicht die derzeit im Beruf stehenden Generationen allein zu tragen imstande sind. Wir müssen daher mit langfristigen Kredit- und Darlehensaufnahmen versuchen, eine tragbare Last für alle jene zu schaffen, die Nutznießer dieser langfristig wirkenden Investitionen und Einrichtungen sein können. Ich zitiere dabei nur die Kosten für die zwei neuen Brücken, den Umbau beider Stadttheater, die verschiedenen Fußgängerlösungen oder die Beiträge zum Schloß Lamberg, wobei ich von anderen Straßenbauten oder sonstigen Einrichtungen gar nicht reden will. Es wurde in dem Zusammenhang auch vom Herrn Gemeinderat Fuchs von der Tausendjahrfeier gesprochen. Ich kann hier die Äußerung abgeben, daß der Verein, vertreten in dem Fall durch mich als Obmann, an die verschiedensten Unternehmungen in Steyr herangetreten ist durch Briefe, alle Geldinstitute angeschrieben wurden. Ich habe bereits erfreulicherweise in relativ kurzer Zeit sehr angenehme Nachrichten mit Zusicherungen für finanzielle Beiträge zum Verein 1000 Jahre Steyr erhalten, sodaß ich fest glaube, daß es gelingen wird, im gemeinsamen Bemühen der gesamten Steyrer Öffentlichkeit, hier wesentlich bekräftigt von der Stadt Steyr, das Jubiläumsjahr in würdevoller Form zu begehen. Nun zu den übrigen Beiträgen.

Kollege Fuchs hat hier einige Male das Investitionskonzept 1974 zitiert. Es dürfte ihm allerdings entgangen sein, daß 1974 das letzte Investitionskonzept dieser Art war, weil nämlich damals die Änderung eingetreten ist im Gemeindereferat des Landes Oberösterreich. Landeshauptmann-Stellvertreter Friedl hat dieses Investitionskonzept vertreten. Sein Nachfolger Landeshauptmann-Stellvertreter Hartl war für gezielte und nicht für gestreute Maßnahmen. Das hat dazu geführt, daß Steyr auf diesem Sektor, das darf ich hier offen aussprechen, wesentlich günstiger abgeschnitten hat und wesentlich besser dotiert werden konnte als das zuvor möglich gewesen ist.

Die Ansiedlung von Betrieben, da sind wir alle, ich glaube auch die Fraktion, die heute gegen das Budget stimmen wird, einer Meinung. Wir streben dieses Ziel einheitlich auf Grund unseres Konzeptes an. Aber es gelingt nicht, meines Erachtens, dann mit Erfolg, jedenfalls nicht mit dem Erfolg, den wir uns erhoffen, wenn wir in flächenwidmungsfeindliche Haltung verfallen. Schauen Sie, manche Interessenten kommen zu mir, logischerweise zum Bürgermeister, Sie können nicht zu einem anderen zuerst gehen und dann auf Umwegen beim Bürgermeister landen. Sie versuchen es nun einmal bei mir zuerst zu erfahren, wie die Möglichkeiten einer Betriebsansiedlung liegen und hier ist sehr abschreckend, glauben Sie mir, die heute noch geographisch ungünstige Situation durch das fehlende Straßennetz zur Autobahn und eine Ablehnung des Flächenwidmungsplanes würde diese schreckhafte Haltung vermutlich noch verstärken. Das dient uns in unserer Entwicklungsanschauung zweifelsohne nicht.

Betreffs der Kanalbauten dürfte auch hier eine Ziffernverwechslung eingetreten sein. Richtig ist, daß S 15 Mill. seitens der Stadt Steyr aufgewendet werden sollen, aber im Reinhaltungsverband der Budgetansatz gemäß der letzten Generalversammlung und der dort einheitlich gefaßten Beschlüsse S 23 Mill., also insgesamt S 38 Mill. ausmachen wird.

Ich möchte auch nicht von der Gewerbebeförderung viel reden. Es ist jedem bekannt, das ist eine Landessache, dem Gesetz nach und den Bestimmungen nach. Wir haben eine Kleingewerbeaktion eingeleitet. Ich habe schon letztes Mal angekündigt, wir arbeiten an einer Verbesserung der Bestimmungen. Wenn es gelingt, sind wir alle sehr froh darüber.

Ihre Hinweise auf den Haushaltsabschnittwart. Zweifelsohne ist hier vielleicht ein Weg, den wir jetzt noch nicht meines Erachtens aber künftig überlegen müssen. Aber ich glaube nicht, daß Sie dabei an den Blockwart seligen Angedenkens glauben oder denken.

GEMEINDERAT ERNST FUCHS:

Habe ich nicht gekannt!

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Das möchte ich nur zur Aufklärung sagen, damit keine Verwechslungen eintreten. Hinsichtlich Schulbau Gleink ein kleiner Hinweis, der gilt zugleich für Kollegen Fritsch. Ich habe hier eine Statistik, die vom Land Oberösterreich, vom Landesschulrat, herausgegeben wird auf Grund der Geburtenziffern, die zugewachsen sind und die schon ergeben, daß bis zum Jahre 1983, ja schon jetzt man ersichtlich hat, wieviele Kinder als Neulinge in die Schule eintreten werden. Das trifft auch den Bereich Resthof-Gleink. Der Gesamtabgang in diesen Jahren vermindert sich, also der Abgang an Schülerneulingen, wird von 495 für dieses angebrochene Schuljahr auf 362 im Jahre 1983 absinken. Das ist eine Zahl von 133 Schülern weniger. Wenn Sie schon das Gebiet Gleink – Tabor – Resthof anziehen, dann kann ich Ihnen sagen, daß in der Taborschule von jetzt 66 Neuzugängen wir im Jahre 1983 auf 44 absinken werden. Sicher kann mir entgegengehalten werden, die Wohnbauausweitung im Resthofgebiet wird diese Ziffer unter Umständen noch etwas verändern. Aber auf keinen Fall wird mit Zugängen zu rechnen sein. Ich habe auch nicht erklärt, wie Kollege Fritsch gesagt hat, bei der Eröffnung der Promenadeschule, daß der Stop nunmehr eingetreten ist. Ich habe dort nur erklärt auf Grund dieser jetzt zitierten Schülerneulingsziffer, daß es für uns zu überlegen gilt, ob wir jetzt, wann und wo wir neue Schulen errichten. Derzeit ist das bestehende Schulbauprogramm abgeschlossen. Das heißt noch lange nicht, daß ein Schulbaustop eingetreten ist. Denn wir wissen nicht, wie sich die Entwicklung etwa im Gebiet der Waldrandsiedlung ergibt. Ob wir nicht dort eines Tages gezwungen sein werden, eine Volksschule zu errichten, wenn der Bedarf dafür gegeben sein soll oder das ursprüngliche Projekt Gleink-Resthof wieder aufleben wird. Derzeit scheint es auf Grund dieser rein sachlich bekanntgegebenen Ziffern nicht von Vorteil, denn davor sollten wir uns hüten, was vielfach geschehen ist. Da muß ich leider ÖVP-Bürgermeister vornehmlich zitieren, daß in Landgemeinden aus Prestigegründen von einer Gemeinde zur anderen Schule an Schule gebaut wurde und heute muß der Landeshauptmann nun versuchen, diese Schulgebäude umzufunktionieren auf Kindergärten, obwohl diese Schulen dem Kindergartengesetz der ganzen Konzeption nach überhaupt nicht entsprechen. Das sind Entwicklungen, davor müssen wir uns hüten. Ich glaube, da sind wir doch alle einer Meinung. Ich möchte das nur herausgestellt haben, damit es keine Mißverständnisse gibt.

Zu den Beiträgen des Kollegen Fritsch. Er hat hier die Meinung der ÖVP konzentriert vorgetragen. Es klang doch einige Male der Vorwurf an mich durch, daß ich ihn zu wenig heranziehe, zu wenig informiere und zu wenig respektiere.

Werter Kollege Fritsch, meine Damen und Herren der ÖVP!

Glauben Sie mir eines. Ich habe eine sehr lange reiche Lebenserfahrung auf dem Gebiet der Befassung mit anderen Menschen aus meinen beruflichen Entwicklungen heraus. Ich habe nie in meinem Leben die Konfrontation gesucht, aber ich sage Ihnen auch, ich scheue sie nicht. In keiner Weise. Wenn sie mir herangetragen wird, bin ich gerne bereit, sie aufzugreifen, denn es gehört auch zum politischen Leben, sich dort und da seine Spannungen von der Seele zu reden und den Eindruck habe ich heute bei Kollegen Fritsch gehabt. Ich weiß, das halte ich ihm sehr zugute, daß er heute nicht besonders gesundheitlich disponiert ist und ich hätte auch keineswegs die Absicht gehabt, hier darüber zu sprechen. Aber doch die Humanität im Vordergrund, die er hier namens seiner Fraktion gestellt hat und der Hinweis, keine Gräben aufzureißen, den greife ich gerne auf, denn ich glaube, daß in der persönlichen Achtung des Funktionärs zueinander ein wesentlicher Beitrag der Zusammenarbeit liegt. Allerdings konnte ich diese persönliche Achtung, das möchte ich heute auch nicht verschweigen, vor Jahren noch, als Kollege Fritsch auf dem Platz des Kollegen Wallner saß, vermissen, als er damals durch eine sehr gezielte Anfrage den Versuch unternommen hat, mich in der Öffentlichkeit in eine Diffamierung zu bringen. Ich bin nur froh, daß das abgeklungen ist. Ich trage es nicht nach, Kollege Fritsch wird es mir bestätigen, daß er genau so ein lieb gesehener Gast bei mir in Hinterstoder war wie die anderen Gäste, die mit ihm gekommen sind.

Verschiedene Zwischenrufe!

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Der Voranschlag 1978 hat aber diesmal eine Grenze von mehr als S 500 Mill. erreicht. Das ist ein ganz bedeutender Schritt für die Zukunft unserer Stadt, denn das ist nicht ein Geld, das wir in den Sack stecken, sondern das sind Mittel, die wieder in die Öffentlichkeit fließen und für die Öffentlichkeit dienen.

Es wird ein Auftrag vor allem für jene Fraktionen sein, die heute dem Budgetentwurf die Zustimmung geben, weiterhin gemeinsam zu versuchen, diese im Voranschlag enthaltenen Budgetziele auch tatsächlich zu erreichen und anzustreben. Ich verspreche Ihnen als Bürgermeister, daß ich auch meine ganze Kraft zu diesem Zweck, gemeinsam mit der Beamtenschaft, einzusetzen bereit bin. Bedauerlicherweise und glauben Sie mir, das ist wirklich ein Bedauern, weil ich im persönlichen Verkehr mit den Kollegen der ÖVP absolut in vernünftigen Verhältnissen lebe, können Sie diesem Budgetentwurf aus verschiedenen Gründen, die ich zwar nicht alle verstehe, aber zur Kenntnis nehme, nicht beitreten.

Sie werden es aber dafür umso schwerer haben, während des gesamten Rechnungsjahres 1978 hier immer wieder den richtigen Weg zu finden, der es gestattet, gemeinsam das Beste zu erreichen. Ich glaube dennoch, daß die heute auftretenden Sprünge in dieser doch jahrelang bestehenden Gemeinschaft wieder zu kitten sind. So ein Optimist bin ich auf jeden Fall. Allerdings wird eines derzeit unverständlich sein und das bitte ich öffentlich sagen zu dürfen und zur Kenntnis nehmen zu wollen. Der erste Repräsentant der Stadt Steyr ist der Bürgermeister. Möge er heißen wie immer. Der zweite wird der geschäftsführende Bürgermeister-Stellvertreter sein und der dritte der von der ÖVP gestellte Bürgermeister-Stellvertreter. Wenn man sich diese Tatsachen – solche sind es – zur Kenntnis nimmt, dann wird auch, glaube ich, das Gefühl einer Unterdotierung in der öffentlichen Präsenz oder Repräsentanz nicht mehr bestehen und manchmal habe ich den Eindruck aus den heutigen Debatten gewonnen, aus dem heutigen Beitrag gewonnen, daß es mehr ein persönlicher Grund zwischen Kollegen Fritsch und mir sein könnte, der die Haltung der ÖVP zu diesem Budgetentwurf bestimmt hat. Wenn es nicht so ist, bin ich Ihnen sehr dankbar, wenn Sie mir das bestätigen.

Aber eines steht fest. Gerade in der Zeit, in der ich Bürgermeister bin, darf mir niemand den Vorwurf machen, daß Informationen nicht gegeben werden, daß es keine Gespräche gibt. Denn gerade in dieser Zeit ist es zu diesen Informationsgesprächen im Wege der Fraktionsvorsitzenden gekommen und ich bin Demokrat genug, um die Einstellung zu haben, es sollte auch nicht besondere Privilegien geben, sondern wir müssen nicht der Reihe nach, nach Größe der Fraktion, sondern doch generell, die Information gleichzeitig so gut es notwendig ist und geht, weiterreichen. Es wäre nur verlockend, noch einige Dinge hinzuzufügen. Ich kann einen Brief vorweisen, den mir Kollege Wallner am 21. 2. bzw. am 22. überreicht hat, wo die ÖVP Beschwerde führt, im Amtsblatt sei ihr Kollege Bürgermeister-Stellvertreter Fritsch und teilweise auch Stadtrat Wallner der Schere des Zensors mit Absicht zum Opfer gefallen. Das kann ich Ihnen versichern, stimmt sicher nicht, das waren andere Gründe. Ich mische mich nicht in die Zeitungsgestaltung, das kann jeder bestätigen, der Einsicht hat oder Einblick hat, überhaupt nicht ein. Ich betreibe nur die Informationstätigkeit, die auf Seite 2 im Amtsblatt, die ich als notwendig für die Information der Bürger halte.

Nun ins Schmollwinklerl zu stellen, hat, glaube ich, wenig Sinn und es führt uns auch nicht weiter.

Hinsichtlich der Bedenken, die Kollege Fritsch zum Feuerwehrwesen äußerte, kann ich mich deswegen nicht gezielt erklären, weil es eine Sache zunächst einmal der baupolizeilichen Vorschriften bei den Wohnbauten ist, wie vorgegangen werden muß und was vorgeschrieben wird. In dieser Richtung muß ich hier namens der Bediensteten der Baupolizei, die damit zu tun haben, erklären, es gibt keinerlei Unterlassungssünden in dieser Richtung, daß in etwa eine baupolizeiliche Bestimmung nicht beachtet worden wäre.

In weiterer Folge muß ich sagen, auch ich befasse mich sehr viel mit Fragen der freiwilligen Feuerwehr der Stadt Steyr. Noch niemals zuvor sind in kurzer Zeit so viele Mittel der freiwilligen Feuerwehr zugeflossen wie in den letzten Jahren. Wir haben auch die Absicht – im Budget ist das erkennbar – das weiterhin in der Notwendigkeit zu tun, daß die technische Ausrüstung der freiwilligen Feuerwehr immer, wenn möglich, auf dem höchsten Stand,

der uns möglich ist, steht. Wir haben einen neuen Kranwagen zu erwarten. Wir bauen dafür eine Garage, die immerhin S 300.000,- kostet. Deponiert oder garagiert wird dieser Kranwagen genau in jenem Gebiet, das hier angezogen wurde. In der Nähe jedenfalls. Der Hubsteiger, die Sonderfahrzeuge, das neue Bootshaus mit hohen Kosten, all das sind Gesprächsthemen gewesen zwischen den verantwortlichen fachlich zuständigen Feuerwehrkommandanten und uns in der Magistratsverwaltung und ich darf hier mit Freude konstatieren, daß es nie Schwierigkeiten gegeben hat, wenn wir zum Endziel kommen wollten. Im Gegenteil, ich habe mich persönlich bemüht und auch kann ich mit Freude sagen mit Erfolg bemüht, Spannungen, die zwischen dem Landesfeuerwehrkommando einerseits und dem Kommando der freiwilligen Stadtfeuerwehr andererseits bestanden haben, zu beseitigen. Heute ist wieder der Friede eingekehrt zum Nutzen der Steyrer und zum Nutzen einer erstklassigen Arbeit der freiwilligen Feuerwehr, die nicht nur eine gute Ausrüstung besitzt, sondern auch eine gute Ausbildung. Also, da glaube ich, in dieser Richtung kann man uns keinen Vorwurf machen. Niemand verlangt von Ihnen, daß Sie Jasager sein sollten. Ob die Rolle des Neinsagers auch immer die beste ist, darüber erlaube ich mir kein Urteil. Aber eines steht fest, das Profil der Politiker oder eines Politikers wird nicht geprägt, was oft in der Zeitung aufscheint, sondern vor allem welche Aktivitäten oder Initiativen er ergreift und wie die Verantwortung und sein Bewußtsein in der Öffentlichkeit zutage tritt.

Das wollte ich mir erlauben zu sagen. Ich habe es in einem ruhigen Ton gesagt, genauso wie mir zumute ist, weil ich manchmal den Eindruck habe, es muß doch auch Möglichkeiten geben, überspannte Eindrücke von Unterdrückung vermeiden zu können und vor allem vermeiden zu helfen.

Wenn ich einen Beitrag dazu geben kann, dann tue ich das sehr gerne.

Applaus

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke dem Herrn Bürgermeister für seinen Beitrag. Es hat sich als Nächster zu Wort gemeldet Kollege Wallner.

Ich darf interessehalber bekanntgeben, daß noch 12 Vormerkungen vorliegen.

STADTRAT MANFRED WALLNER:

Sehr geehrtes Präsidium, meine sehr verehrten Damen und Herren des Gemeinderates! Kollege Kinzelhofer sagte heute unter anderem, daß ein Großteil der Vorschläge der ÖVP zum Budget erfüllt worden seien. Daß dies nicht der Fall ist, ist heute schon zum Ausdruck gekommen vor mir, das möchte ich durch einige Beiträge beweisen.

Zur Bemerkung des Kollegen Kinzelhofer, nur ein Papier mit Forderungen der ÖVP zu überreichen, sei zu wenig, muß gesagt werden, daß es auch so nicht geht, das ist meine persönliche Auffassung. Daß man der ÖVP praktisch nach Fertigstellung des Budgets ein Schreiben schickt, sie in kurzer Frist auffordert, Vorschläge hiezu zu erstatten. Die ÖVP aber nicht schon während des Jahres zu Vorbesprechungen einlädt, das ist nichts Neues, was ich jetzt sage. Ich habe schon, glaube ich, ehrlichen Herzens mehrmals in meiner bisherigen Tätigkeit hier im Gemeinderat den Vorwurf an Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren der Mehrheitsfraktion erhoben, ich glaube sogar wörtlich die Worte so gefunden zu haben, es fällt Ihnen doch um Gottes Willen nichts aus der Krone, wenn Sie uns doch während des Jahres über verschiedene Vorhaben rechtzeitig informieren und einladen zu Vorbesprechungen etc. Wollen Sie also bitte mit dieser Einleitung und in diesem Sinne meine folgenden Ausführungen verstehen.

Gleich zu einem Kapitel, das heute schon im Wort zumindestens mehrmals angezogen worden ist und das mir persönlich aus beruflichen Gründen sehr am Herzen liegt, zur Klein- und gewerbeförderung der Stadt. Ich betone bitte vorweg ausdrücklich, daß ich nur von dieser Aktion jetzt spreche und nicht von der Förderung der gewerblichen Wirtschaft im allgemeinen. Also ein Wort zu dem von der Sozialistischen Fraktion in der Gemeinderatsitzung am 1. 3. eingebrachten Antrag auf Erlassung von Richtlinien zur Förderung des Klein- und Gewerbes. Sie wären, meine sehr geehrten Damen und Herren, sicher gut beraten gewesen, wenn Sie damals den Abänderungsantrag meiner Fraktion angenommen hätten und wenn Sie zumin-

destens um nicht gleich zugeben zu müssen, daß wir damals wie heute recht hatten, von März bis heute, wenn Sie wollen heimlich still und leise, unsere Vorschläge in Ihrer Fraktion und speziell in Ihrem sozialistischen freien Wirtschaftsverband zu beraten und heute als kleines Weihnachtsgeschenk, die Zeit wäre die richtige hierfür, für die gewerbliche Wirtschaft ...

GEMEINDERAT ERICH MAYRHOFER:

Ist schon geschehen!

STADTRAT MANFRED WALLNER:

Das wäre heute bitte die letzte Möglichkeit, eine Sitzung findet bekanntlich im Jahr 1977 des Gemeinderates nicht mehr statt. Heute als kleines Weihnachtsgeschenk, wie gesagt, als Antrag eingebracht hätten. Sie wären wie der Phönix aus der Asche gestiegen, hätten Beifall bekommen und vor allem Sie hätten der gewerblichen Wirtschaft gerade in der heutigen Zeit schwerster Belastungen einen Dienst erwiesen und Sie wären in Ihrer seinerzeitigen Aussage, durch diese Kleingewerbeaktion eine Hilfe in Richtung der Erhaltung der Nahversorgung und eventuell auch Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen zu gewähren, glaubhafter geworden. Dies haben Sie und Ihr freier Wirtschaftsverband versäumt und deshalb müssen Sie sich heute unsere Kritik gefallen lassen. Eine von uns gestellte Anfrage im Gemeinderat, ich glaube, es war im vorletzten, wieviel Gewerbebetriebe mit welcher Summe seit Bestehen der sogenannten Kleingewerbebeförderungsaktion gefördert worden sind, wurde in der Gemeinderatsitzung am 1. 12. 1977 von Herrn Bürgermeister Weiss in der Form beantwortet, daß bis zu diesem Stichtag, also 1. 12. 1977, ein Betrag von, hören Sie, nur S 5.000,- ausbezahlt worden ist. Da gestatten Sie mir bitte, daß ich diesen Betrag als lächerlich finde und dieser lächerliche Betrag rechtfertigt nicht im Entferntesten den Verwaltungsaufwand und für einen solchen lächerlichen Betrag wollen Sie nach Ihren Richtlinien den Gewerbebetrieb laufend, wie Sie in Ihren Richtlinien festgehalten haben, überprüfen. Bleiben Sie bei Ihrer Formulierung, daß der geförderte Betrieb wegen solch eines Betrages alljährlich und unaufgefordert Bilanzen und Vermögensaufstellungen vorzulegen hätte? Das stelle ich als Frage. Haben Sie denn bis heute nicht überlegt, daß Ihre Richtlinien völlig unbrauchbar, wirkungslos und damit nicht praktikabel sind? Die geringe Anzahl von Anträgen ...

GEMEINDERAT ERICH MAYRHOFER:

Landesrat Trauner hat praktikablere gemacht!

STADTRAT MANFRED WALLNER:

... aus der gewerblichen Wirtschaft dieser Stadt dürfte Ihnen die Antwort geben. Herr Bürgermeister hat in der Gemeinderatsitzung am 1. 3. dieses Jahres in diesem Zusammenhang unter anderem gesagt, ich zitiere es nicht wörtlich, um Sie nicht allzulange aufzuhalten, daß er bittet die Vertreter der Wirtschaft und auch meiner Partei, soweit er bittet, dafür Sorge zu tragen, daß die Wirtschaft von diesen Möglichkeiten weitestgehend Gebrauch macht. Ich darf hier sagen, das ist kein Geheimnis, daß der Österr. Wirtschaftsbund als einzige Organisation bitte sofort nach Beschlußfassung im Gemeinderat Ihre Richtlinien auf eigene Kosten hat drucken lassen, an alle 1.118 Wirtschaftstreibenden damals ...

GEMEINDERAT ERICH MAYRHOFER:

Stimmt nicht!

STADTRAT MANFRED WALLNER:

Damals mit dem Begleitschreiben, in dem es wörtlich heißt: "Sollten die Richtlinien für Sie zutreffen, so machen Sie bitte von den dort gebotenen Möglichkeiten Gebrauch", zum Versand gebracht. Wir und nicht Sie haben also alles getan, damit diese Richtlinien publik werden. Obwohl wir die Auffassung hier vertreten haben, es können doch keine dieser Richtlinien zielführend sein. Warum wird diese Aktion nicht angenommen, weil man mit dem derzeitigen Förderungsbetrag, ich habe vorhin die Summe genannt, von damals S 5.000,- – es sind inzwischen etwas mehr geworden, das weiß ich – weder die Nahver-

sorgung noch die Erhaltung von Arbeitsplätzen sichern hilft, noch Arbeitsplätze schafft. Lassen Sie sich bitte bestätigen, daß heute ein Arbeitsplatz S 400.000,- – S 600.000,- kostet.

Nun setzen Sie dazu Ihre Förderung bitte vielmals in Relation.

Unverständlicher Zwischenruf

STADTRAT MANFRED WALLNER:

Abschließend die Bitte an Sie. Es ist heute schon angekungen, aber trotzdem, es ist keine Schande für Sie, einmal einen Fehler begangen zu haben und es ist verständlich, daß Sie seinerzeit Ihrem freien Wirtschaftsverband auch einmal die Chance geben wollten, eine Aktivität für die gewerbliche Wirtschaft zu setzen. Aber bitte lernen Sie aus solchen Fehlern. Vielleicht haben Sie es inzwischen schon getan. Der Zwischenruf führt daraufhin. Modifizieren Sie bitte Ihre Richtlinien möglichst nach unseren Vorschlägen, denn die sind sehr wohl überdacht. Wir haben Sie schon vor einem 3/4 Jahr ausgearbeitet und Sie haben sie damals nicht zur Kenntnis genommen, damit die Kleingewerbeförderung wenigstens im kommenden Jahr wirklich echt zum Tragen kommt, diese der gewerblichen Wirtschaft eine echte Hilfe sind und nicht nur wie bis heute, man kann dieses Wort sagen, eine Farce bleiben.

Ein Wort, die Frage wurde heute von einem Kollegen hier schon gestellt, es war wieder Kollege Mayrhofer, Gewerbehöfe. Kollege Mayrhofer hat heute bereits eine Kritik an unserem Vorschlag zur Errichtung von Gewerbehöfen in Steyr vorgebracht und Sie werden es nicht glauben, ich getraue mich trotzdem, Ihnen unsere Ansicht hiezu zur Kenntnis zu bringen und brauchbare Vorschläge zu erstatten, denn uns fällt nämlich auch noch etwas ein. Einer der Punkte in den Budgetvorschlägen meiner Fraktion war die Ansatzpost für die Planung von Gewerbehöfen, wie sie in anderen Städten mit sehr gutem Erfolg, es gibt nicht nur Linz in Österreich, verwirklicht worden sind. Der Zweck und der Sinn der Schaffung solcher Gewerbehöfe und da darf ich Ihnen bitte, wenn Sie wollen, diese Belehrung oder Aufklärung geben, damit Sie das nicht zu persönlich auffassen, solcher Gewerbehöfe und die Förderung durch eine Stadt liegt darin, daß mit solchen Gewerbehöfen gerade in Steyr für junge Gewerbetreibende, die über kein ausreichendes Anfangskapital etwa für die Errichtung einer neuen Werkstätte verfügen, der Anreiz gegeben wäre, ihr Gewerbe in Werkstätten beginnen zu können, die ihnen von der Stadt zunächst gegen eine angemessene Miete zur Verfügung gestellt werden. Hier gleich die Kritik für Linz angebracht. Linz ist sicherlich den falschen Weg gegangen, die Bestätigung ist durch Dich, Kollege Mayrhofer, erfolgt, daß Du hier festgestellt hast, in Linz sei das viel zu teuer ...

GEMEINDERAT ERICH MAYRHOFER:

Unverständlicher Zwischenruf!

STADTRAT MANFRED WALLNER:

Diese Werkstätten bräuchten dann nur mehr von den Gewerbeinhabern installationsmäßig entsprechend der Eigenart des Betriebes fertiggestellt werden. Diesen Gewerbetreibenden sollte die Möglichkeit geboten werden und das ist, glaube ich, eine neue Idee und bitte greifen Sie sie auf. Später können diese Werkstätten gegen einen entsprechenden Kaufpreis unter Anrechnung der bisherigen Miete käuflich erworben werden, also ins Eigentum übertragen werden. Drei wesentliche Dinge könnten dadurch erreicht werden. Erstens eine solche Aktion wäre eine echte Starthilfe gerade für junge Gewerbetreibende in Steyr, zweitens durch solche Gewerbehöfe und der Möglichkeit der Unterbringung von verschiedenen Branchen des erzeugenden und verarbeitenden Gewerbes, es ist heute schon angekungen von diesem Pult aus, daß die Schaffung solcher neuer Gewerbesparten dringendst notwendig sei, würde sich die derzeit leider noch immer vorherrschende zu einseitige Orientierung unseres heimischen Gewerbes – ich rede hier bitte nicht von Handelsbetrieben – ändern. Es sollen keine Gewerbehöfe errichtet werden, wie hier angenommen oder in Linz zumindestens bewerkstelligt wurde, daß die Gewerbehöfe für Großkaufhäuser errichtet wurden. Ich denke bitte an Kleinbetriebe!

In einen Kleinbetrieb wird kaum ein Konsummarkt oder sonst irgend ein Markt einziehen wollen. Es würde die zu einseitige Orientierung unseres heimischen Gewerbes auf die Steyrer Metallindustrie ändern können und damit gerade in Zeiten des Konjunkturrückganges und der Abschwächung eine sichere und von konjunkturellen Einflüssen der Großindustrie unabhängige Basis des Gewerbes und damit die Erhaltung der Arbeitsplätze geschaffen werden. Drittens, die Stadt würde nach einem Zeitraum von einigen Jahren die Bau- und Aufschließungskosten durch die Eigentumsübertragung an die Gewerbeinhaber wieder zurückbekommen und die Stadt wäre dann durch keine Verwaltungstätigkeit mehr belastet.

Nicht außer acht lassen dürfen Sie bitte die Seite der äußerst kostengünstigen Errichtung solcher Gewerbehöfe durch die gemeinsame Aufschließung und die Reihensbauweise. Wie gesagt, wir haben der sozialistischen Mehrheitsfraktion zeitgerecht den Vorschlag der Aufnahme einer solchen Planungspost in den Voranschlag 1978 gemacht. Sie haben diesen Vorschlag nicht einmal ignoriert, obwohl kein Mensch sagen könnte, daß unseren Vorschlägen etwa parteipolitische Überlegungen zugrunde liegen würden. Ich hoffe, Ihnen mit unseren Vorschlägen bewiesen zu haben, daß wir nicht etwa ein falsches und nicht praktisches Modell von Linz übernehmen wollen, sondern daß wir Ihnen ein völlig neues Modell präsentieren, welches doch sicherlich wert ist, es zumindest zu prüfen und zur Diskussion zu stellen.

Ein Kapitel, dessen Besprechung sicherlich der Mehrheitsfraktion keine Freude bereiten wird, das weiß ich, aber letzten Endes sind wir gewählten Mandatäre nicht dazu da, uns gegenseitig nur lauter Freude zu bereiten. Ich möchte auch heuer wieder unsere langjährige Forderung betreffend die Erlassung einer Vergabeordnung für die Erteilung öffentlicher Aufträge zur Sprache bringen. Ich bringe Sie bitte nicht deshalb zur Sprache, um in der Budgetsitzung etwa eine Pflichtübung zu machen, sondern es mehrt sich das Unbehagen in der gewerblichen Wirtschaft in unserer Stadt über Methoden, die öffentliche Ausschreibungen begleiten. Ich möchte das ausdrücklich nochmals richtig darstellen, daß ich hier vom Begleiten gesprochen habe. Näheres etwas später.

Zunächst aber eine kurze Erinnerung. In der Gemeinderatsitzung vom 8. 11. 1976 hat die Sozialistische Mehrheitsfraktion den ÖVP-Antrag auf Erlassung von Vergaberichtlinien mit der Begründung, so etwas brauche man in Steyr nicht, abgelehnt. In dieser Sitzung haben wir der Öffentlichkeit bewiesen, wie notwendig eine Vergabeordnung im konkreten Fall der Auftragsvergabe, z. B. für die Errichtung eines Mehrzwecksaales in Münichholz, wäre. Bekanntlich wurde dieser Auftrag über diesen Bau, den meine Fraktion als wichtiges Kommunikationsmittel für diesen Stadtteil begrüßt hat, gegen die Bestimmungen der für die Vergabe von öffentlichen Aufträgen maßgeblichen Ö-Norm vergeben. Ich habe Ihnen damals in aller Öffentlichkeit einen bewußten Verstoß dieser Bestimmungen unterstellt.

Unverständlicher Zwischenruf

STADTRAT MANFRED WALLNER:

Ja, Kollege Heinrich Schwarz hat sogar in der Gemeinderatsitzung vom 8. 11. vorigen Jahres wörtlich zitiert: "Ich möchte noch darauf hinweisen, daß Du, Wallner, uns unterstellst, daß wir bewußt die Ö-Norm verletzt haben. Das weise ich gar nicht zurück, sondern das ist richtig". Begründet hat Kollege Schwarz diese Aussage, daß dieser Saalbau dort wichtig sei. Ich wiederhole nochmals, gegen die Wichtigkeit des Saalbaues hat sich meine Fraktion bekanntlich nicht ausgesprochen, sondern nur gegen die zu Unrecht erfolgte Vergabe. Nun, warum bringe ich diese Dinge heute nochmals zur Sprache? Weil sich inzwischen nichts geändert hat, wir daher unsere Forderung auf Erstellung einer Vergabeordnung unbedingt aufrecht erhalten müssen. So mehren sich z. B. die Fälle, daß Firmen nach Anbieteröffnung Preisnachlässe gewähren, um als Zweitbieter den Bestbieter ausstechen zu können. Eine Entwicklung, die, sollte sie weiter Schule machen, künftig jede weitere öffentliche Ausschreibung zur Farce machen würde. Der – etwas überspitzt möchte ich das ausdrücken – wilde Westen würde bei Ausschreibungsverfahren Einzug halten. Nun bitte aber ja nicht in den Fehler zu verfallen und zu sagen, die gewerbliche Wirtschaft trage ja die Schuld daran und würde sich solcher Preislizitationen bedienen. Meine Damen und Herren, wenn keine Vergabeordnung, die unter anderem solche Möglichkeiten ausdrücklich ausschließt, existiert, dann ist es in der heutigen Zeit der Angst um

die Erhaltung der Arbeitsplätze durchaus verständlich, daß Firmen eben alles versuchen, um zu einem Auftrag zu kommen. Wir bitten Sie daher nochmals, Überlegungen anzustellen, ob Sie nicht doch wieder mit uns in Verhandlungen über die Erstellung einer Vergabeordnung eintreten sollten, um auf diesem Wege zu einem brauchbaren Instrument bei öffentlichen Ausschreibungen und Vergaben zu kommen.

Es ist das Wort Verkehrskonzept heute schon mehrmals gefallen. Ich will Sie nicht über Gebühr strapazieren, aber trotzdem sei mir ein Beitrag hiezu gestattet, denn es handelt sich letzten Endes um eine äußerst dringliche Frage und ich darf mir erlauben, Ihnen zu beweisen, wie dringlich die Frage der Erstellung eines Verkehrskonzeptes ist. Also eine Frage, die meines Erachtens zum Komplex Wirtschaft paßt und die ich schon seit Jahren immer wieder im Gemeinderat stelle und die ich nie auch nur annähernd befriedigend beantwortet bekommen habe. Ich vermisste zumindest bis zum heutigen Tag ein Generalverkehrskonzept, wenn wie wir vorhin gehört haben, auch derzeit ein Konzept in Beratung stehen soll. Man hat mit dem Neubau von zwei Brücken begonnen, man baut sie richtigerweise – das wurde heute schon gesagt – nach einem einstimmigen Gemeinderatsbeschluß in einer hinsichtlich der Belastbarkeit ausreichenden Brückenklasse. Aber kein Mensch weiß, welche Rolle sie nach Fertigstellung im innerstädtischen Verkehr spielen werden. Kein Mensch weiß, werden diese beiden Brücken, die immerhin mindestens, glaube ich, S 40 Mill. kosten werden, nur Fußgängerbrücken bleiben. Nicht nur die gewerbliche Wirtschaft hat ein Anrecht zu wissen, wie der innerstädtische Verkehr für 1980 konzipiert ist, sondern die gesamte Bevölkerung hat an der Verkehrskonzeption großes Interesse. Den Ernst und die Wichtigkeit einer solchen Forderung kann ich unter anderem mit dem Ergebnis einer von unserer Kammer kürzlich durchgeführten Befragung der Kaufmannschaft im Gebiet des Steyrdorfes über die derzeitige wirtschaftliche Situation beweisen. Das Ergebnis, meine Damen und Herren, ist alarmierend. Bedingt durch die weitestgehende Stilllegung des Individualverkehrs im Bereich Gleinker Gasse – Kirchengasse, hauptsächlich aber durch die Auflassung des Linienverkehrs am Wieserfeldplatz, der ja doch für eine starke Belebung des Steyrdorfes gesorgt hat, mußten viele Geschäftsleute einen zum Teil sehr empfindlichen Geschäftsrückgang verzeichnen.

Nun werden die Gewerbebetriebe im Steyrdorf auch noch zusätzlich durch den Brückenbau und die dadurch bedingte Behinderung des Fußgängerverkehrs, der fehlenden Verkehrsverbindung geschädigt. Manche Geschäftsleute stellen uns heute schon die ernste Frage, zahlt es sich denn überhaupt noch aus, auf die Fertigstellung der Brücken zu warten bzw. werden wir dann mit einer Wiederbelebung unseres Stadtteiles rechnen können oder sollen wir gleich unsere Betriebe liquidieren? Zumindest werden in diesem Bereich keine zukunftsgerichteten Investitionen – das werden Sie mir bestätigen, wenn Sie offen durch dieses Stadtgebiet gehen – mehr getätigt. Dies ist gleichbedeutend mit einem Rückschritt. Wenn Sie jetzt noch die enormen Belastungen der Wirtschaft, die die bankrotte sozialistische Regierung unserer gesamten Wirtschaft und Bevölkerung zumutet bedenken, dann können Sie dieses Stadtviertel gleich heute gänzlich abschreiben. Die Verantwortung tragen allerdings dann Sie als Sozialistische Mehrheitsfraktion allein, denn wir haben rechtzeitig die Situation in diesem Stadtgebiet aufgezeigt.

Denken Sie bitte daran, daß es dabei um die Existenz von vielen Betrieben der gewerblichen Wirtschaft, aber auch um die Existenz vieler Arbeitsplätze und nicht zuletzt darum geht, ob in einem solchen Gebiet, dem die Grundlagen für eine kontinuierliche Weiterentwicklung derzeit entzogen sind, dann später überhaupt noch jemand wohnen will. Derzeit gibt es jedenfalls keinerlei Initiativen, die auf eine Sanierung der Häuser, geschweige denn auf die Errichtung von attraktiven Neubauwohnungen in diesem Gebiet hinzielen. Der letzte Beitrag, meine sehr verehrten Damen und Herren, zu einer Wortmeldung des Herrn Kollegen Dresl in der letzten Gemeinderatsitzung. Es trifft sich gut, daß er nach mir als Redner darankommt, darum habe ich diesen Beitrag jetzt absichtlich zum Schluß gewählt. In der Gemeinderatsitzung vom 15. September hat sich Kollege Dresl bemüht gefühlt, einen für den Bereich der Stadt Steyr meines Erachtens völlig unpassenden Diskussionsbeitrag für das Strukturprogramm Eisenwurzen der Handelskammer Oberösterreich zu bringen. Er kritisierte damals unter anderem, daß in dieser Studie außer Unterlagen und dem Aufzeigen, wie die Betriebsstruktur, die Beschäftigungslage und die Beschäftigungsziffern ausschauen in der Kammer der gewerblichen Wirtschaft, nicht recht viel Initiativen

für die Stadt Steyr gesetzt worden seien. Er hat auch weiß Gott wen damals, wenn Sie sich erinnern können, dafür verantwortlich gemacht, daß Neuzeughammer z. B. in Konkurs geraten ist. Den Namen des verehrten sauberen Herrn Hechtberger, Herr Kollege Dresl, hast Du damals allerdings wohlweislich nicht genannt.

Diese und ähnliche Ergüsse des Herrn Kollegen Dresl habe ich in dieser Gemeinderatssitzung aus glaublich verständlicher Reaktion mit einem Zwischenruf, der allerdings im Protokoll nicht aufscheint, daher wiederhole ich ihn heute: "Entschuldige bitte, auf so einen Blödsinn antworte ich nicht", deshalb zunächst abgetan, da mir entsprechende Unterlagen damals nicht zur Hand waren.

Heute stehen mir diese Unterlagen zur Verfügung und ich darf Dir, Kollege Dresl, folgendes kurz sagen: Erstens behaupte ich, dieses Strukturprogramm hast Du bestenfalls wie ein Bilderbuch durchgeblättert, niemals aber gelesen bzw. Dich mit dem Inhalt auseinandergesetzt. Zweitens diese Studie konnte gar keine Initiative für die Stadt Steyr ...

GEMEINDERAT VINZENZ DRESL:

Das habe ich nie behauptet!

STADTRAT MANFRED WALLNER:

– warum dann bitte die Wortmeldung – beinhalten, denn sie wurde nur für das wirtschaftliche entwicklungsbedürftige Gebiet der Eisenwurzen erstellt und konnte daher auch nur für dieses Gebiet Geltung haben. Drittens, diese Studie und die darnach sofort einsetzenden Aktivitäten der Kammer hat nicht nur in der gesamten gewerblichen Wirtschaft, auch in Kreisen der Arbeitnehmer, sondern speziell auch beim sozialistischen Herrn Handelsminister Dr. Staribacher und in der gesamten Presse ein außerordentlich gutes großes Echo gefunden. Er zitierte, Dr. Staribacher hat die Studie für so zielführend erachtet, daß er eine Veranlassung getroffen hat, daß hohe Ministerialbeamte Sprech- und Beratungstage auf Kosten des Ministeriums abgehalten haben.

Kollege Dresl, Du wirst doch hoffentlich dem Herrn Handelsminister eine Qualifikation zutrauen, ob eine solche Studie und Initiative der Handelskammer gut oder schlecht ist. Er hat sie jedenfalls als gut empfunden, die Initiativen in aner kennenswerter Weise unterstützt und gefördert. Kollege Dresl, halte bitte wenigstens jetzt auch Rücksprache zumindestens mit den sozialistischen Bürgermeister Neufeld, Gaflenz, das brauche ich Dir ja nicht sagen, Direktor Buchsbaum, Gundacker, Haider etc., die werden Dir gerne bestätigen, daß die Kammer die einzige Institution war, die die wirtschaftliche Situation des Gebietes Eisenwurzen erkannt und Initiativen gesetzt hat.

Viertens, nun kann ich als vorläufiges Ergebnis, heute liegen mir die Zahlen vor, ich habe die entsprechenden Veranlassungen getroffen, der von Dir abqualifizierten Studie der Kammer folgendes bekanntgeben. Ich bin gerne bereit, diese Pressenotiz, sie ist an alle Presseorgane ergangen, aber ich habe sie nochmals mehrmals ablichten lassen. Sie liegt Ihnen selbstverständlich gerne vor.

Ich zitiere nur einige Zahlen daraus: Überschrift Eisenwurzen – Finanzberatung brach te S 40 Mill. Annähernd S 40 Mill. an Kredit und Beihilfen konnten in nur einem Jahr für Betriebe im oberösterreichischen Teil der Eisenwurzen aufgebracht werden. Bedenkt man, daß heute für die Schaffung eines Arbeitsplatzes etwa S 400.000,- – S 600.000,- veranlagt werden, so bedeutet dies rund 100 Arbeitsplätze für dieses strukturschwächere Gebiet. Damit konnte einem der wesentlichsten Ziele des Strukturprogrammes Eisenwurzen, an dem die Kammer maßgeblich mitgewirkt hat, nämlich der Sicherung bestehender und der Schaffung neuer Arbeitsplätze, entscheidend nähergerückt werden und nicht unerwähnt möchte ich lassen, daß mehr als 50 % des gesamten Kreditvolumens, nämlich 20,22 Mill. durch das Land Oberösterreich gefördert worden sind.

Das, Kollege Dresl, sind imposante Ergebnisse, glaube ich, die auch die Stadt Steyr und daher erlaube ich mir auch diesen Beitrag hier heute zu bringen, die auch die Stadt Steyr interessieren werden. Denn wenn eine so große Region wie die Eisenwurzen, die ja zum Einzugsgebiet von Steyr gehört, einen wirtschaftlichen Aufschwung nimmt, so hat dies sicherlich auch günstige Auswirkungen auf die Stadt Steyr. Daher keine böse gemeinte Empfehlung, werter Kollege Dresl, am Rande.

Entweder Du liest und interpretierst künftig unsere Regionalprogramme und sonstige Ak-

tivitäten – das ist heute schon von der Freiheitlichen Fraktion, die Studie der Kammer bezüglich der Beschäftigungslage etc., wohlwollend und positiv herausgestellt worden – besser und richtig vor allen Dingen, oder Du befaßt Dich künftig doch ausschließlich z. B. mit dem Wert oder Unwert der "Superstudie" der Arbeiterkammer Oberösterreichs über die Gemeindegemeinschaften, welche sicherlich nicht jenes positive Echo und allgemeine Anerkennung als unsere Studie und unsere Aktivität gefunden hat. Danke.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:

Nach Kenntnisnahme dieses Diskussionsbeitrages bitte ich um eine kurze Pause, damit unsere Techniker das Band wechseln können.

Pause von 19.35 – 19.39 Uhr

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Das Band ist gewechselt, die Sitzung geht weiter und ich bitte Sie, wieder Platz zu nehmen. Ich darf gleichzeitig die nächsten 3 Sprecher bekanntgeben. Als Nächsten bitte ich zum Rednerpult Gemeinderat Dresl, anschließend Gemeinderat Manetsgruber und Gemeinderat Schwarz Herbert.

GEMEINDERAT VINZENZ DRESL:

Sehr geehrtes Präsidium, meine Damen und Herren!

Obwohl es Kollege Wallner anfänglich zu blöd war zu antworten, hat er es doch noch getan, also ein Gesinnungswandel ist eingetreten. Aber vielleicht, ich habe die Aufzeichnungen aus der letzten Sitzung noch bei mir. Ich habe das Protokoll noch nicht gelesen, ich weiß nicht, ist es schon geschickt worden, ich habe es noch nicht erhalten, aber wenn, dann ist das falsch von Dir verstanden worden. Ich habe die Eisenwurzen zitiert, es stimmt das Programm. Ich habe das Programm der gewerblichen Wirtschaft Oberösterreichs zitiert. Ich habe dazu gesagt, waren das die ganzen Initiativen auf dem Gebiet, als nur das Programm vorzuschlagen? Du hast selbst gesagt, die Ziffern der S 40 Mill., die angeblich, ich muß sagen angeblich, mir stehen die Ziffern noch nicht zur Verfügung, in diesem Gebiet investiert wurden zur Vermehrung von 100 Arbeitsplätzen. Die Eisenwurzen umfaßt auch einen Großteil des niederösterreichischen Raumes und reicht nicht bis Steyr. Das ist mir alles bekannt, ich kenne es schon, ich habe nicht nur geblättert wie in einem Bilderbuch, da schaue ich mir etwas anderes an, was unter Umständen interessanter wäre zum Anschauen in einem Bilderbuch, Herr Kollege Wallner, ...

STADTRAT MANFRED WALLNER:

Ha, ha!

GEMEINDERAT VINZENZ DRESL:

Aber eine Frage würde ich mir erlauben. Vielleicht hast Du eine Möglichkeit, die 100 Arbeitsplätze, die Du zitiert hast, mir bekanntzugeben. Ich kenne das oberösterreichische Gebiet sehr gut. Meines Wissens und ich glaube, es wird auch Dir ungefähr so gehen, verlieren wir im Raum Ennstal bis Weyer laufend Arbeitsplätze und wo da 100 dazukommen auf Grund dieser Investitionen der S 40 Mill., würde mich, wie gesagt, interessieren. Zu Deinen weiteren Ausführungen im Bezug auf meine damalige Wortmeldung, die bezog sich in der Hauptsache darauf, was die Kammer für Steyr getan hat. Dabei habe ich eben zitiert, das wird dann vermutlich im Protokoll seine Richtigstellung finden, nachdem, wie ich annehme, Du das ein wenig falsch aufgefaßt hast, momentan nicht aufgefaßt hast. Das kann passieren, daß man dann etwas in das falsche Ohr bekommt. Es soll nicht passieren. Aber damals war die Sitzung noch nicht so lange wie heute, aber heute paßt Du anscheinend sehr konkret auf.

STADTRAT MANFRED WALLNER:

Unverständlicher Zwischenruf.

GEMEINDERAT VINZENZ DRESL:

Aber mit dem habe ich Deinen Beitrag, wo Du zu mir gesagt hast, ich soll die Unterlagen besser anschauen, beantwortet.

Aber vielleicht ein paar Dinge noch, die du vorher gebracht hast. Zur Vergabeordnung. Da hast Du gesagt, es kommt zu den Auswüchsen Nachlaß und dergleichen von Firmen nur deswegen, weil die Gewerbebetriebe Angst haben, Arbeitsplätze zu verlieren. Lieber Kollege Wallner, glaubst Du nicht auch, daß vielleicht eine größere Angst vorhanden ist, ihre Profite etwas zu verlieren? Das vielleicht dazu.

Wenn Du sagst die bankrotte sozialistische Wirtschaft in Österreich ...

STADTRAT MANFRED WALLNER:

Regierung, das ist ein Unterschied!

GEMEINDERAT VINZENZ DRESL:

... oder Regierung, bitte, aber dann darf ich wieder hinweisen, Herr Kollege Wallner, wir leben nicht auf einer "Insel der Glückseligen" und Vergleiche muß man anstellen.

STADTRAT MANFRED WALLNER:

Unverständlicher Zwischenruf.

GEMEINDERAT VINZENZ DRESL:

Ich könnte einige Länder zitieren, die von konservativen Regierungen geführt werden. Schauen wir uns z. B. nur die Arbeitslosenziffern an. Schauen wir uns doch z. B. die Inflationsziffern an. Herr Kollege Wallner, das kleine Österreich mit der bankrotten Wirtschaftsführung, hat es bisher verstanden, im Konzert der großen Übermächtigen sehr gut dazustehen. Natürlich und da komme ich auf einen Punkt, den Kollege Treml angeführt hat, das kostet etwas. Er ist der Meinung, das sollen die Millionäre zahlen. Das ist ein Wunschdenken, ich glaube, so viele Millionäre hätten wir gar nicht. So objektiv muß man einfach sein, so viele Millionäre hätten wir gar nicht, die das alles finanzieren. Da trennen sich ein wenig unsere Wege, aber das macht nichts, in der freien Diskussion ist das alles erlaubt.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Das macht dem Bundeskanzler auch nichts mehr.

GEMEINDERAT VINZENZ DRESL:

In das gleiche Horn geht, glaube ich, der Beitrag des Kollegen Fuchs. Er hat sich unter anderem damit beschäftigt, mehr Arbeitsplätze für Steyr. Das hat unser Herr Bürgermeister schon einigermaßen beantwortet. Aber mich hat es gewundert, daß er gerade für Steyr so vehement für Jugendarbeitsplätze eingetreten ist und es hat den Anschein erweckt, daß die Jugendarbeitsplätze in Steyr nicht gegeben sind. Mir ist kein männlicher Lehrling bzw. Schulentlassener bekannt, der keinen Lehrplatz erhalten hat. Es hat Schwierigkeiten bei der Berufswahl gegeben, aber die wird es immer geben, weil gewisse Modeberufe einfach überlaufen sind und andere weniger. Bei den weiblichen Lehrlingen oder bei den weiblichen Schulabgängern, da hat es gewisse Schwierigkeiten gegeben. Aber nach den letzten Informationen von unserem Arbeitsamt, die ebenfalls informiert waren, daß derzeit keine Lehrplatzsuchenden mehr vorhanden sind.

GEMEINDERAT ERNST FUCHS:

Berufsbildende Mittelschulen!

GEMEINDERAT VINZENZ DRESL:

Da wird es in den nächsten Jahren, das gebe ich ohne weiteres zu, unter Umständen schwieriger werden.

Ich nehme die Zettei her, wie ich es mir notiert habe.

Zum letzten Beitrag von Herrn Vizebürgermeister Fritsch. Er hat wiederum die Musikschulen in seiner Erklärung zu Beginn angezogen und hat gesagt, die Stadt Steyr verschenkt

S 850.000,- aus parteitaktischen Gründen. Wer hindert das Land, Ihre Freunde, Herr Vizebürgermeister Fritsch, uns diese S 850.000,- nicht zu geben? Das Geld müßte ja vorhanden sein, nachdem sie unter den Voraussetzungen der Personalübernahme bereit wären, das Geld zu zahlen.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER KARL FRITSCH:

Uns hindert das einstimmig beschlossene Musikschulgesetz daran, auch von Euch mitgeschlossen!

GEMEINDERAT VINZENZ DRESL:

Herr Vizebürgermeister, man soll, wenn man selbst im Glashaus sitzt, die Parteitaktik unter Umständen außer Betracht lassen. Das wäre besser.

Aber ich werde mir nicht angewöhnen, so wie Ihre Fraktion, Belehrungen auszuteilen. Das steht mir nicht an. Ich möchte einfach meinen Diskussionsbeitrag so verstanden wissen, wie ich ihn bringe.

Zum eigentlichen Budget, wofür meine Wortmeldung erfolgte.

Die verschiedenen Beschlüsse in den letzten Gemeinderatsitzungen, z. B. die Bewilligung des Nachtragsbudgets, die Genehmigung der Haushaltsrechnung 1976 und auch der vorliegende Budgetentwurf ...

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich bitte um etwas mehr Ruhe!

GEMEINDERAT VINZENZ DRESL:

... haben mich veranlaßt, mich etwas näher mit den Einnahmen der Stadt zu befassen. In erster Linie interessiert mich dabei die Lohnsummensteuer. Es ist gerade diese Steuer ein Spiegel der Beschäftigungs- und Einkommenslage unserer Stadt. Es ist daher sehr erfreulich, daß sich diese gemeindeeigene Abgabe immer mehr zu einer Hauptstütze der städtischen Einnahmen entwickelt. Ich weiß, Kollege Treml hat unter Umständen andere Ansichten dazu. Ich werde es an Hand einiger Ziffern begründen können. Einige Ziffern und Gegenüberstellungen beleuchten am besten diese Entwicklung.

1967 betrug die Lohnsummensteuer S 14 Mill. oder 30,26 % der eigenen Steuern. Sie steigerte sich dann in den laufenden 10 Jahren kontinuierlich. 1971 waren es bereits S 23 Mill., der Anteil betrug 38,67 % aus Einnahmen eigener Steuern. Ein großer Sprung erfolgte zwischen 1972 und 1973, nämlich von fast S 26 Mill. auf fast S 30 Mill. Auch der prozentuelle Anteil spiegelt diese Entwicklung wider, nämlich von 37,45 % auf 45,13 %. Eine absolute Rekordhöhe konnten wir im Jahre 1975 mit über 38 Mill. verzeichnen, was gegenüber anderen Gemeindeabgaben einen Anteil von 48,79 % ergibt. 1976 ist zwar die Lohnsteuer ziffernmäßig von 38 auf 41 Mill. gestiegen, es haben sich aber auch die anderen eigenen Einnahmen verbessert, sodaß der Anteil im vergangenen Jahr rund 40 % ausmachte.

Ich hoffe daher auch, daß der kommende Voranschlag auch in dieser Richtung wirksam wird, er soll Neuansiedlungen von Betrieben und vor allem die Erhaltung der Arbeitsplätze und der Vollbeschäftigung sichern. Im Verein mit dem heute beschlossenen Flächenwidmungsplan ergeben sich hier ebenfalls sehr wertvolle Ansätze.

Der Bericht des Bürgermeisters zum Entwicklungskonzept zeigt ebenfalls, daß hier wertvolle Ansätze schon bestehen. Mit dem, was geleistet wurde, mit der Bestandaufnahme über das Vorhandene und mit den Richtlinien, die wir selber für die nächsten Jahre beschließen, können wir einigermaßen zuversichtlich in die Zukunft gehen. Es ist nur schade, daß sich eine Partei, dem Bundestrend anscheinend folgend, von dieser gemeinsamen Verantwortung ausschließt. Trotzdem wird dieses Budget zum Wohle der Stadt und vor allem der Sicherung der Zukunft der Bürger dieser Stadt beschlossen werden.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke. Wir kommen zum nächsten Sprecher, das ist Gemeinderat Manetsgruber. In Vormerkung Gemeinderat Schwarz und anschließend Kollegin Liebl.

GEMEINDERAT JOHANN MANETSGRUBER:

Sehr geehrtes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates! Bei den fraktionellen Budgetberatungen habe ich mich natürlich interessiert, welche Beiträge von den anderen Parteien geleistet wurden. Im besonderen aber habe ich mich mit den Wünschen der ÖVP-Fraktion befaßt, da bekannt wurde, da diese nicht bereit ist, dem gemeinsamen Voranschlagsentwurf zuzustimmen. Im übrigen hat die ÖVP-Fraktion diesen Beschluß in einer Klausurtagung bereits zu einem Zeitpunkt gefaßt, als noch eine Fraktionsobmännerbesprechung ausständig war und die Vorlage des Magistrates hinsichtlich Gebührenerhöhungen ebenfalls noch nicht bekannt war. Die ÖVP hat sich also, obwohl sie mit zwei Stadtsenatsmitgliedern an der Verwaltung der Stadt beteiligt ist, zur sturen Opposition, ähnlich wie auf Bundesebene im Nationalrat, entschlossen. Ich brauche die ÖVP über ihre Stellung im Nationalrat als Oppositionspartei, die nicht an der Regierung beteiligt ist und im Steyrer Rathaus, wo sie laut ihrer Mandatszahl nach den zwingenden Bestimmungen unseres Stadtstatutes für die Verwaltung der Stadt direkt verantwortlich ist, wohl nicht hinweisen. Ich nehme an, sie sind ihr ebenso gut bekannt wie mir. Wundern tut es mich allerdings nur, wie leichtfertig die ÖVP mit dieser Verantwortung umgeht. Man darf doch nicht übersehen, daß ihr Stadtrat Wallner, wenn ich mir den außerordentlichen Haushalt ansehe, wohl in erster Linie ressortmäßig für die Beantragung der vorgesehenen Mittel zuständig ist. Heute unterliegt er dem Fraktionszwang und wird auch diesen außerordentlichen Haushalt in seinen Ansätzen ablehnen. Morgen wird er vielleicht, gedrängt von der heimischen Wirtschaft, selbst die Anträge im Stadtsenat stellen müssen. Für ihren Fraktionsobmann, Bürgermeister-Stellvertreter Karl Fritsch, ist dies leichter. Sein Ressort umfaßt weniger stadteigene Aufgaben, sondern solche des übertragenen Wirkungsbereiches. Er ist mit finanziellen Problemen wesentlich weniger als Mitglied des Stadtsenates befaßt wie alle übrigen.

Ich habe mir nun den Wunschzettel der ÖVP-Gemeinderatsfraktion zum Budget 1978 durchgesehen. Es sind einige sehr konkrete Forderungen, die teilweise auch im Budgetentwurf der Sozialistischen Fraktion enthalten sind, einige Themen, die selbstverständlich einer Verhandlung und Erörterung bedürfen. So zum Beispiel die Errichtung eines Abenteuerspielplatzes im Bereiche der Steyr-Niederung. Das ist doch eine Frage, die entschieden ausdiskutiert werden muß, denn sonst ist es echt ein Abenteuer, irgendwo in der Steyr-Niederung einen Robinsonspielplatz zu errichten, der alljährlich von den Hochwässern überflutet wird. Wir wissen nicht, wo die ÖVP sich diesen Abenteuerspielplatz und damit dieses Gemeindeabenteuer vorstellt.

Eine andere Forderung befaßt sich, ohne daß überhaupt konkrete Ziffern eingesetzt wurden, mit der Schaffung eines Wanderweges von Münichholz bis zur Stadtgrenze in Richtung Kraftwerk Garsten. Dies ist eine Forderung, die teilweise schon erfüllt wird und jeder im Gemeinderat, der sich mit dieser Frage befaßt, weiß, daß dieser Wanderweg mit der Kanaltrasse des Sammlers C, einem Verbandskanal, von dem jedes Jahr einzelne Teilstücke gebaut werden, auch Wirklichkeit werden wird. Es ist aber kaum möglich, bevor der Kanal verlegt wird, hier einen Wanderweg mit großen Investitionen zu bauen, der bei den Kanalbauarbeiten wiederum restlos zerstört werden würde.

Ein anderer Punkt ist mir aufgefallen, Erstellung eines umfassenden Verkehrskonzeptes. Die ÖVP hat dazu S 500.000,- für das kommende Jahr eingesetzt. Der Magistrat arbeitet schon längst daran. Der Amtsentwurf ist bereits fertig, er wurde schon zweimal mit der Polizeidirektion Steyr diskutiert und wird demnächst den politischen Gremien der Stadt zur Begutachtung vorgelegt werden. Experimente wie in anderen Städten, die dann nur zu großen Unstimmigkeiten führen, wollen wir hier wirklich nicht machen. Schauen wir uns zuerst die Arbeit des Magistrates an. Sie wurde so, wie es der Bürgermeister bei der Beschlußfassung über den Neubau in Zwischenbrücken versprochen hat, erstellt und liegt bereits im Beratungsstadium.

Von sehr großem Verantwortungsbewußtsein zeigt der Wunsch "Denkmalpflege - Altstadt-erhaltung inklusive Maßnahmen für Tausendjahrfeier" S 6 - 10 Mill., meine sehr geehrten Kollegen der ÖVP-Fraktion, nicht. So günstig ist die Finanzsituation der Stadt wirklich nicht und so elastisch sind auch die Haushaltsvorschriften nicht, daß man einfach hinschreibt 6 - 10 Mill. Hier hätten Sie sich schon der Mühe unterziehen müssen, diese Summe aufzuteilen, diese Summe sinnvoll festzulegen oder, wenn Sie dazu nicht in der Lage sind,

mit anderen Fraktionen zu verhandeln, damit vielleicht gemeinsam ein Denkmalpflege- und Altstadtprogramm erarbeitet wird, was aber dann wiederum ermöglicht, nicht eine Summe zwischen S 6 - 10 Mill., sondern konkrete Zahlen, so wie es die Vorschrift verlangt, im Budget einzusetzen. So einfach können Sie sich das nicht machen. Es zeigt eher von Ihrem mangelnden Verantwortungsbewußtsein, wenn Sie hier mit den Millionen jonglieren.

Auch eine andere Post gehört beleuchtet. Schaffung von Gewerbehöfen. Ja, meine Herren, was stellen Sie sich darunter vor? Sie kennen selbst die Bestimmungen des Raumordnungsgesetzes. Da unterliegen Gewerbehöfe genauso den Beschränkungen wie Kaufhäuser und Einkaufszentren. Hier müssen Sie uns schon konkret sagen, was Sie sich vorstellen, wo solche Gewerbehöfe errichtet werden sollen und vor allem müssen Sie uns die Interessen bekanntgeben, denn ins Blitzblaue hinein einen Gewerbehof mit öffentlichen Mitteln zu bauen, das können Sie von der Stadtgemeinde Steyr, die wahrlich sonst genug macht, um die Ansiedlung und Neugründung von Betrieben zu ermöglichen, nicht verlangen. Auch bei der Gewerbeförderung dürfte die ÖVP nur sehr allgemeine Vorstellungen haben, denn sie setzt einen Betrag von S 1,5 Mill ein und fügt in Klammer dazu "insbesondere Beitrag für Errichtung einer Ausstellungshalle". Das hat die ÖVP bereits am 13. Oktober 1977 mitgeteilt.

Ich habe mich von Bürgermeister Weiss informieren lassen. Die Vertreter der Ausstellungsgemeinschaft, und zwar der sich in dieser Frage sehr verdient gemachte Dipl. Ing. Strasek und Kollege Stadtrat Wallner, waren erst am 6. Dezember 1977 bei ihm, um ihm die Wünsche des Ausstellungsvereines hinsichtlich der Errichtung einer Halle bekanntzugeben. Vollkommen einvernehmlich wurde die weitere Vorgangsweise geklärt, wie mir Bürgermeister Weiss versicherte und wie mir ehrlicherweise wahrscheinlich auch Stadtrat Wallner bestätigen wird. Vom Magistrat wird nun die Grunderweiterung geprüft werden. Die Ausstellungsgemeinschaft wird einen Finanzierungsplan erstellen. Sie ist bereit, selbst große Mittel zur Errichtung einer Halle aufzubringen. Gemeinsam soll versucht werden, bei Landesrat Trauner eine Unterstützung zu erhalten und auch der Kreditmarkt wird in Anspruch genommen werden. Durchaus konstruktive und zielführende Vorschläge. Die ÖVP-Fraktion hat sich mit allgemeinen Fragen zufrieden gegeben.

Sehr oberflächlich ist auch die Forderung "Errichtung einer Müllrotteanlage - Mittelbereitstellung", ohne eine konkrete Zahl zu sagen. Es ist auch sehr einfach, einfach irgend einen Begriff in den Raum zu stellen, ohne dazu konkret auszusagen. Niemand weiß noch, wie die wasserrechtliche Genehmigung für diese Müllrotteanlage aussieht, niemand weiß noch die rechtliche Konstruktion des Abfallbeseitigungsverbandes, der unter der Patronanz des Amtes der OÖ. Landesregierung gegründet werden wird zwischen den Gemeinden Steyr-Land, allenfalls auch Kirchdorf und einiger Ortschaften Linz-Land mit der Stadtgemeinde Steyr. Niemand weiß, welche Mittel des Landes und vor allem wie die privaten Betreiber die Finanzierung vornehmen werden. Anscheinend aber hat die ÖVP von Steyr zu ihrem bundesweiten Kommunalprogramm kein besonderes Vertrauen. Denn dort wurde die Forderung aufgestellt, die Müll- und Abfallbeseitigung zu reprivatisieren.

Wir Sozialisten sind skeptisch, allerdings haben wir keinen Einwand, wenn die Müllverrottung von einem Privatmann betrieben wird. Aus welchem Grund dann die ÖVP die Bereitstellung von Mitteln verlangt, ist daher unerklärlich. Hat sie scheinbar mehr Vertrauen zum Städtischen Wirtschaftshof, den sie sonst sehr oft kritisiert, als zu einem privaten Unternehmer?

Überraschend ist auch, daß sich die ÖVP, ohne sich konkret mit dem Feuerwehrkommando in Verbindung zu setzen und die zuständige Magistratsabteilung VI zu interviewen, plötzlich der Feuerwehrstrategie annimmt. Sie verlangt kurzerhand Feuerwehrzeugstätten in der Resthofsiedlung und auf der Ennsleite. Sie setzt weder einen Betrag noch sonst etwas ein. Auch hier habe ich mich bei Bürgermeister Weiss erkundigt und konnte feststellen, daß die beste Zusammenarbeit zwischen dem Kommando der Freiwilligen Stadtfeuerwehr und dem Magistrat besteht, daß die Feuerwehrforderungen immer gemeinsam, oft sogar in einem sehr großen Rahmen diskutiert werden und dann eben nach Maßgabe der Mittel und nach den Erfahrungen der Feuerwehr in Jahresetappen Verwirklichung finden.

Wenn das Kommando der Freiwilligen Stadtfeuerwehr der Meinung ist, daß in der Resthofsiedlung und auf der Ennsleite eine Feuerwehrzeugstätte errichtet werden muß, so darf ich

der ÖVP-Fraktion versichern, sind die Vertreter unserer Feuerwehrmänner ohne weiteres selbst in der Lage, eine solche Forderung zu formulieren und beim Magistrat zu betreiben. Die Freiwillige Feuerwehr Steyr macht das jedoch nicht so leichtfertig wie die ÖVP-Fraktion, denn sie ist ja dann auch für den Betrieb dieser Feuerwehrrzeugstätten verantwortlich. Sie muß die Löschfahrzeuge bedienen, sie muß die entsprechenden Mitglieder und Organisationsformen haben. Hier können wir wirklich vertrauensvoll der Steyrer Feuerwehr diese Sorge überlassen. Wir wissen die Feuerwehrbelange bei diesen ehrenamtlich tätigen Mitbürgern in besseren Händen als bei der ÖVP-Fraktion, die damit scheinbar politisches Kapital erwirtschaften will.

Was ist eigentlich noch zur Haltung der ÖVP dann zu sagen? Sie wird sicherlich versuchen, ihre Ablehnung mit schönen Worten zu begründen, sie vielleicht auch etwas besser, als sie es verdient, zu verkaufen.

Wenn man aber unter allem einen Strich macht und die Bilanz zieht, muß man sagen, diese ÖVP hier im Gemeinderat will anscheinend nicht konstruktiv mitarbeiten. Sie stellt parteipraktische Erwägungen über die gemeinsamen Interessen unserer Stadt. Die Zeiten sind ernst und sie verlangen mehr denn je ein gemeinsames Vorgehen. Auch die Sozialpartnerschaft stellt doch eine solche Einrichtung dar, bei der politische und wirtschaftliche Gegensätze im Interesse einer gesamten, gesunden Entwicklung überbrückt werden. Die ÖVP in Steyr schließt sich für unseren kommunalen Bereich mit diesem Beschluß davon aus. Sie wird aber damit auch rechnen müssen, daß wir unsere Haltung auf die von Ihnen aus eigenem vorgenommene Ablehnung des Budgets orientieren. Sie muß gewärtig sein, daß wir ihr Verhalten nicht nach Einzelfällen und Auffassungsdifferenzen beurteilen werden, sondern als ein Nein zur Zusammenarbeit und zum gemeinsamen Handeln für die Stadt Steyr im Jahre 1978.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Applaus

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke für diesen Beitrag. Als nächster Sprecher Herr Gemeinderat Schwarz, anschließend Frau Gemeinderat Liebl und Kollege Wippersberger.

GEMEINDERAT HERBERT SCHWARZ:

Wertes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Das gesamte Budget des ordentlichen und außerordentlichen Haushaltes 1978 weist an Ausgaben rund S 429 Mill. aus. Dem gegenüber waren die gesamten Ausgaben laut Rechnungsabschluß 1976 S 384 Mill. Dies ist eine Steigerung um 11,7 % innerhalb von 2 Jahren.

Der Verbraucherpreisindex, der vom statistischen Zentralamt veröffentlicht wird, zeigt eine Erhöhung von 12,6 % im Zeitraum von 2 Jahren. Diese Zahlen lassen erkennen, wie heute bereits angeklungen ist, daß eine Ausweitung des Budgets nicht geplant ist. Die ÖVP-Fraktion hätte am Investitionssektor eine Erhöhung des Budgets erwartet, umso mehr, als die Spitzenpolitiker aller drei im Parlament vertretenen Parteien die Notwendigkeit von Investitionen erkannt und Maßnahmen für die Investitionsförderung verlangt haben. Der Hauptgrund für unsere Forderung ist die weitere Sicherung von Arbeitsplätzen und die Belebung der Wirtschaft im Jahre 1978. Außerdem sind für die gesamte Wirtschaft eines Landes die betrieblichen Investitionen absolut notwendig, denn nur die betrieblichen Investitionen tragen zum weiteren Wachstum der Wirtschaft und somit zum Wohle der gesamten Bevölkerung bei.

Eine große Verantwortung lastet gerade jetzt in diesem Bereich auf den Ländern, Gemeinden sowie den öffentlich rechtlichen Körperschaften, die finanziell noch in der Lage sind, zu investieren.

Durch das kürzlich im Parlament beschlossene Abgabenänderungsgesetz wird die Investitionstätigkeit im Jahre 1978 in der Industrie und Privatwirtschaft erheblich zurückgehen, da notwendige Anschaffungen für 1977 vorgezogen wurden und sich der Mangel an Investitionskrediten und an liquiden Mitteln durch das geänderte Steuergesetz ungünstig auswirken wird. Der Schlüssel für ein nicht zu rasches Absinken der Konjunktur liegt in der Bauwirtschaft. Um die Arbeitsplätze zu sichern, muß ein gewisser Auftragspolster vor-

handen sein, denn nur dann können die Baufirmen langfristig ihre Investitionen planen. Meines Wissens ist die Auftragslage für 1978 in der Bauwirtschaft schlecht. Aus diesem Grund sollten für 1978 verstärkte Mittel von Seiten der Gemeinde für Investitionen auf dem Bau-sektor eingesetzt werden. Es ist heute schon mehrmals der Kanalsektor aufgegriffen wor-den und dazu möchte ich den Kanalsektor, die gesamte Bautätigkeit, herausgreifen. Hier wären verstärkte Anstrengungen notwendig, um der zunehmenden Wasserverschmutzung von Enns und Steyr durch die großteils ungeklärt einfließenden Abwässer Herr zu werden. Ei-ne systematische Verlegung von Sammelkanälen wäre die Voraussetzung für die volle Aus-nutzung der Kläranlage und wäre somit ein sinnvoller Beitrag zum viel diskutierten Umwelt-schutz. Da die Kläranlage nur bei gewissen Abwassermengen wirtschaftlich betrieben wer-den kann, wäre es zweckmäßig, Investitionen, die den Kanalbau betreffen, vorzuziehen. In den vergangenen Jahren ist stets nur jener Betrag für den Kanalbau von Seiten der Ge-meinde eingesetzt worden, der sich im großen und ganzen aus der Differenz zwischen Ein-nahmen und Ausgaben der Abwasserbeseitigung ergeben hat. 1978 wurden rund S 15,5 Mill. an Einnahmen für Anschluß- und Benützungsgebühren veranschlagt. An Ausgaben für Rei-nigung und Instandhaltung des Kanalsystems sind S 765.000,- vorgesehen. Für den Kanal-bau sind im aoh rund S 15 Mill. budgetiert. Im mittelfristigen Investitionskonzept waren S 30 Mill., jedoch nur von der Gemeinde vorgesehen, nicht vom Wasserwirtschaftsfonds, das ausdrücklich ausgenommen wurde und auch nicht die Investitionen des Reinhaltungs-verbandes. Unter Berücksichtigung der Inflationsrate würden dies für 1978 rund S 40 Mill. sein. Bei den vorhin angeführten Zahlen sind die Investitionen des Reinhaltungsverbandes nicht berücksichtigt, da es sich hier um bestimmte Kanäle handelt, deren Finanzierung durch den Wasserwirtschaftsfonds sowie durch Beiträge von Land und Anliegergemeinden gegeben ist.

Gestatten Sie mir noch ein Wort als Bewohner der Neuschönau. Entschuldigung, mittelfri-stiges Investitionskonzept. Hier steht ausdrücklich ohne Fondsmittel S 30 Mill.

MAGISTRATSDIREKTOR OBERSENATSRAT DR. JOHANN EDER:
67 % zahlen wir selbst, das andere die Landgemeinden.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Das ist von 1974, das mittelfristige. Das hat aber heute insofern keine Gültigkeit mehr, weil die Planung heute eine ganz andere ist.

GEMEINDERAT HERBERT SCHWARZ:

Beim Reinhaltungsverband ist es so, hier sind S 23 Mill. vorgesehen, davon entfallen Dar-lehen Wasserwirtschaftsfonds S 16 Mill., Landesbeitrag S 4,6 Mill., Beiträge der Mit-gliedsgemeinden S 2,3 Mill. Wenn wir davon 67 % haben, dann wären das rund S 1,5 Mill., was die Gemeinde hier aufbringt. Wie wir von Herrn Bürgermeister gehört haben, wird 1978 das Baulos Märzenkeller und voraussichtlich auch das anschließende Stück der Ei-senbundesstraße baulich in Angriff genommen. Durch diesen Straßenbau, der notwendig und begrüßenswert ist, wird der Stadtteil Neuschönau in der gesamten Länge vom Jägerberg, mit dem es ein Siedlungsgebiet darstellt, getrennt. Der bestehende Bahnübergang von der Marienstraße in die Eisenbundesstraße bei der Firma Bittermann liegt ungefähr in der Mit-te des Wohngebietes und soll durch die Errichtung der neuen Straße ersatzlos aufgelassen werden. Ein Umweg von mehr als einem Kilometer kann Fahrzeugbesitzern wohl zugemutet werden, nicht aber Fußgängern, wobei erwähnt werden muß, daß gerade die Neuschönau und der Jägerberg vorwiegend von älteren Leuten bewohnt werden, die kein Fahrzeug be-nützen.

Weiters möchte ich darauf hinweisen, daß der jetzige Bahnübergang beim Isabellenhof bis zu 20 Minuten geschlossen bleibt, da er zwischen Gegenzügen meist nicht geöffnet wird. Es stellt auch für die Fahrzeugbenutzer ein echtes Problem dar.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich bitte Sie, mein Vorbringen dahingehend zu unter-stützen, daß zumindest für die Fußgänger im Bereich des bisherigen Bahnüberganges Ma-rienstraße - Eisenbundesstraße eine Fußgängerüberführung eingeplant wird. Dieser Über-gang ist für die Erhaltung einer Infrastruktur unbedingt notwendig. Im Budget sind keiner-lei Mittel für ein solches Bauvorhaben vorgesehen.

Unser Antrag, im Budget Mittel für eine Über- oder Unterführung und Beträge für den verstärkten Kanalbau bereitzustellen, wurde wie so vieles andere, ebenfalls von der Mehrheitsfraktion abgelehnt und nicht ins Budget aufgenommen.

In meiner Stellungnahme ist nur ein Teil der Gründe, die uns zur Nichtannahme des Voranschlages 1978 bewogen haben, aufgezeigt.

Ich danke für die Aufmerksamkeit.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke für diesen Beitrag. Als Nächste Frau Gemeinderat Liebl.

GEMEINDERAT OTTILIE LIEBL:

Sehr geehrtes Präsidium, geehrte Kollegen des Gemeinderates!

Unsere älteren Mitbürger haben im Leben schon so viel für die Gemeinschaft geleistet, daß sie unabdingbaren Anspruch haben, von der Gesellschaft geachtet, respektiert und wenn notwendig auch unterstützt zu werden. Die heutige Budgetsitzung gibt uns die Möglichkeit, persönlich und fraktionell zu den einzelnen Gruppen der Budgeterstellung zu sprechen. Zur Gruppe 4 "Soziales und Wohnbau" erlaube ich mir, unsere Vorstellungen aber auch Verbesserungsvorschläge zu unterbreiten. Namens meiner Fraktion stelle ich fest, daß die zunehmende menschliche Vereinsamung und Anonymität der sozial schwächsten Gruppe, der älteren und behinderten Bürger dieser Stadt, nicht technokratisch perfekt zu lösen ist, sondern optimal menschengerecht gelöst werden muß. Neben der sozialen Sicherheit braucht jeder Mensch das Bewußtsein, gebraucht zu werden und nützlich sein zu können. Die Beamten, Angestellten des Fürsorgeamtes und des Zentralaltersheimes sind allein nicht in der Lage, mit der Fülle der Aufgaben die 11.680 Pensionisten geben, fertig zu werden. Daher muß die Gemeinde die Eigeninitiative der Einzelpersonen und Gruppen, der Vereine und der Pfarren honorieren. Sie muß sie finanziell unterstützen, denn durch diese Unterstützung wird andererseits die Gemeinde auch finanziell entlastet, da soviel ehrenamtliche Arbeit geleistet wird, die wiederum der Gemeinde zugute kommt. Trotzdem wird es auch diesen Personen nicht gelingen, die von familiärer Verantwortung getragene Dienstleistung vollwertig zu ersetzen. Den älteren Bürgern unserer Stadt stehen gemeindeeigene Seniorenklubs am Tabor, Ennsleite, Münichholz, kirchlicherseits das Pfarrheim Münichholz, Tabor, Ennsleite und der Stadtpfarrkirche und vom Rentner- und Pensionistenbund der Seniorenklub auf der Promenade 4 zur Verfügung. Diese Seniorenklubs wurden in unmittelbarer Nähe der Wohngebiete älterer Menschen geschaffen, um der Vereinsamung entgegen zu wirken. Dort können nach Wunsch kulturelle Veranstaltungen, Vorträge, Filmvorführungen, Singgruppen oder Spiele durchgeführt werden. Das Veranstaltungsprogramm dieser Altenklubs müßte im Amtsblatt aufgenommen werden, sodaß die alten Leute informiert sind und Gebrauch davon machen.

Am 16. 12. 1975 sagte Frau Stadtrat Kaltenbrunner, ich zitiere: Das primäre Ziel aller Betreuungsmaßnahmen muß es sein, vor allem unseren alten Menschen zu befähigen, so lange als möglich selbständig und unabhängig zu leben, daß sie womöglich in ihrer eigenen Wohnung bleiben können. Unsere Einrichtungen und sozialen Dienste, wie Hauskrankenpflege, Familienhilfe und neuerdings nun unsere Aktion "Essen auf Rädern" auf Sicht gesehen, auch an Sonn- und Feiertagen unseren Mitbürgern angeboten werden. Bedauerlich ist, daß diese Versprechungen nach 2 Jahren noch nicht erfüllt sind. Wegen dringenden Bedarfes ersuchte ich damals um zusätzliche Einstellung einer Familienhelferin und einer Hauskrankenpflegerin. Das war in den Wind gesprochen. Bis heute haben wir nur eine Familienhelferin, nur eine Hauskrankenpflegerin, die Alten und Kranken bekommen Samstag und Sonntag auch kein "Essen auf Rädern" zugestellt.

Nicht Worte, sondern Taten, verehrte Frau Stadtrat, brauchen unsere alten Leute. Dank der Initiative einiger Idealisten im oberösterreichischen Seniorenbund ist es gelungen, zwei Diplom-Krankenschwestern, eine Pflegerin und eine Sozialarbeiterin zu engagieren, die sich für den Heimkrankenpflegedienst Promenade 4 zur Verfügung stellten. Ab Februar können wir wieder Anmeldungen für die zu betreuenden Personen entgegennehmen. Anmeldungen telefonisch 61 38 23 oder 31 78, schriftlich unter Heimkrankenpflegedienst Promenade 4.

Herrn Bürgermeister und Herrn Baureferenten ersuche ich, im Interesse der älteren aber

auch der jüngeren Steyrer Bürger, bereits bei der Planung von Wohnbauten darauf zu achten, daß womöglich in jedem Bau auch Kleinwohnungen für die Eltern eingeplant werden. Dadurch wäre nicht nur den älteren Eltern geholfen, wenn sie krank wären und Hilfe benötigen, sondern auch den jungen Eltern eine große psychische und physische Belastung genommen, wenn sie ihre Kinder von Großmüttern oder Großvätern behütet wissen. Wie arm sind die Kinder berufstätiger Mütter, die bei jedem Wetter heraus müssen, wie arm sind die Mütter selbst, wie arm auch die Großmütter, die nicht zuhause bleiben können. Sie brauchen nur mit offenen Augen durch die Stadt gehen, dann sehen Sie das. Ich sehe es im Wehrgraben, wie die Großmütter um 7.30 Uhr am Gehsteig warten, um die Kinder in Empfang zu nehmen. Die Mutter mit den Kindern aus dem Auto hetzt, das Kind übergibt, wieder ins Auto steigt, um wegzurasen, um ja rechtzeitig am Arbeitsplatz zu sein! Wie leicht wäre dem abgeholfen, wenn man bei den Wohnungsvergaben auf alle diese Dinge Rücksicht nehmen würde!

Altersheime und Pflegeheime sind absolut notwendig, trotzdem müssen alle Hilfen geboten werden, um den berechtigten Wunsch der Älteren, so lange als möglich in seiner gewohnten Umgebung zu verbleiben, zu erfüllen. Ein weiterer Verbesserungsvorschlag für Rollstuhlfahrer und Kinderwagenfahrer wäre der abgeschrägte Gehsteig bei Straßenüberquerungen. Von den älteren und gehbehinderten Bürgern wird immer wieder Klage geführt, daß das Einsteigen in die Omnibusse eine Qual ist, die Trittbretter zu hoch angebracht sind. Es müßte auch auf alten Omnibussen technisch möglich sein, einziehbare Trittbretter aufzumontieren.

Am 30. November wurde an alle Steyrer Haushalte das Tagblatt "Sonderreportage Steyr" geschickt. Der Herr Bürgermeister informierte unter anderem, daß das Budget 1978 erstmals die Grenze von einer halben Milliarde überschreiten wird. Daraus abgeleitet zeigt sich der Wille des Gemeinderates, die Entwicklung der Stadt im günstigsten Sinne zu beeinflussen und der Stadt und ihren Bürgern im erhöhten Maß ein besseres Leben zu gewährleisten. Mit diesen Aussagen, Herr Bürgermeister, gehen wir konform. Auf der selben Seite werden vom Spitzenmandatar und Spitzenfunktionär des Landes und der Stadt der Sozialistischen Partei, Landesrat Ing. Reichl, die Oppositionsparteien beschimpft und verleumdet. Er schreibt: Auch im Bezirk Steyr bekommen wir die Auswirkungen der Politik der Oppositionsparteien zu verspüren, die weniger von der Sorge um die Sicherheit der Arbeitsplätze geleitet zu sein scheint, als vom persönlichen Machtstreben und vom Oppositionswillen um jeden Preis. Ein altes Sprichwort sagt: Wie der Schelm ist, so spricht er! Wir verwahren uns gegen solche Diffamierungen und Unterstellungen. Diese Strategie ist unfair. Aber es kommt noch provozierender: 65 Frauen verloren ihren Arbeitsplatz, weil Exportaufträge storniert bzw. auf Grund der Oppositionspolitik nicht mehr abgeschlossen wurden. Diese Anschuldigung ist so ungeheuerlich und infam, daß man sie nicht widerspruchslos zur Kenntnis nehmen darf!

Der Herr Landesrat und alle hier im Saal anwesenden Betriebsräte und Angestellten der Steyr-Daimler-Puch wissen ganz genau – SPÖ-Funktionäre haben dies auch schon bestätigt – daß nicht die Oppositionspolitik die Schuld der Stornierung der Exportaufträge war, sondern die Tatsache, daß Belgien große Arbeitsplatzschwierigkeiten gehabt hat, daß die Fabrik "National" Arbeitskräfte entlassen mußte. Um diese Schwierigkeiten zu überbrücken, stornierten sie den Auftrag und produzierten die Teile selber. Dieselbe Firma hat sich durch diese Maßnahmen wieder erholt und hat neuerlich Aufträge erteilt, sodaß einige Frauen schon wieder eingestellt werden konnten. Solche Aussagen verunsichern die Bürger und sind gerade den berufstätigen Frauen gegenüber unfair, da seit einiger Zeit ein rückläufiger Trend in der Frauenbeschäftigung festgestellt wird. Ende Oktober hatten wir 561 arbeitssuchende Frauen gegenüber 195 Männern. Herr Landesrat Reichl sagte in seinen weiteren Ausführungen: Steyr war schon immer – begründet durch die historische Entwicklung – eine Hochburg der sozialdemokratischen Bewegung. Diese für uns erfreuliche Tatsache bedingt jedoch auch zugleich die Verpflichtung im besonderen Maße, die Interessen unserer Mitglieder, die Interessen unserer Wähler und die Interessen der sozialistischen Partei Österreichs zu vertreten. Dennoch ist die Stadt mit ihren Bewohnern nicht Besitz der Sozialistischen Partei. Wir wissen, daß die SPÖ-Mitglieder die privilegierten Bürger in dieser Stadt sind, so deutlich hätte man dies nicht schreiben müssen. Trotzdem sind in dieser schönen alten Eisenstadt 9.119 Wähler, die nicht mit dem Programm und ih-

ren Spitzenfunktionären, die die Gesellschaft ständig zum Nachteil der Frauen verändern, zufrieden sind.

Als Demokraten müssen wir alle Interessen dieser Bürger vertreten, im besonderen aber die Interessen der sozial schwächsten Gruppe, der Körperbehinderten, der Kriegs- und Zivilinvaliden.

Die heutigen Debatten haben gezeigt, daß ein Umdenken bei einigen Gemeinderäten stattfinden muß, daß Polemik durch Verantwortungsbewußtsein und mehr Demokratieverständnis ersetzt werden muß, dann werden die zwischenmenschlichen Beziehungen in diesem Gemeinderat wieder die werden, die sie lange Jahre hindurch waren.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke für den Beitrag. Wir kommen zum Nächsten. Es spricht nun Stadtrat Wippersberger, anschließend darf ich vormerken Gemeinderat Watzenböck und Gemeinderat Radler.

STADTRAT LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren!

Das Nein der ÖVP-Fraktion zum Budget 1978, sachlich durch nichts wirklich echt begründet, ist eine offene Kampfansage gegen die Mehrheit dieses Hauses, über deren Tragweite sich die ÖVP wohl nicht recht im klaren ist. Die ÖVP hat darüberhinaus auch den Flächenwidmungsplan bei der heutigen Sitzung abgelehnt und spricht sich dabei vor allem gegen die Errichtung eines weiteren Großkaufhauses aus. Das ist, wie schon Herr Gemeinderat Fuchs und auch Vizebürgermeister Schwarz ausführten, eine Kehrtwendung der ÖVP innerhalb weniger Monate um 180 Grad.

Das erinnert mich an eine Begebenheit, meine Damen und Herren, und die Vorgangsweise der ÖVP anlässlich der Budgeterstellung für 1977. Die ÖVP hatte damals in ihren Forderungen – sie wurden uns schriftlich überreicht – zu unserem Budgetentwurf für 1977 unter anderem die ersatzlose Streichung des Veranstaltungssaales Münchenholz verlangt. Diese Forderung wurde uns seinerzeit schriftlich überreicht. Wir haben dieser Forderung der ÖVP nicht nachgegeben und bei der öffentlichen Gemeinderatsitzung über das Budget 1977 wurde diese Budgetpost, die Erfüllung dieses berechtigten Wunsches der Bevölkerung von Münchenholz, einstimmig beschlossen. Die ÖVP hatte allem Anschein nach, wie es sich später herausstellte, nicht mehr den Mut, bei der öffentlichen Gemeinderatsitzung dagegen zu stimmen, dagegen aufzutreten, vermutlich mit dem Hintergedanken, warten wir erst einmal ab, wie sich die ganze Sache entwickelt, vielleicht können wir zu einem späteren Zeitpunkt, wenn es um die Realisierung dieses Projektes geht, dann noch aus irgendwelchen formellen Gründen dagegen stimmen. Und das trat dann auch ein. Als es zur Vergabe des Veranstaltungsraumes Münchenholz kam, ergaben sich formelle Schwierigkeiten, da der dringende Verdacht einer Preisabsprache zwischen den anbietenden Firmen bestand.

Sollten wir dafür die Münchenholzer Bevölkerung büßen lassen und die Sache weiter hinauszögern? Durch die Neuausschreibung des Projektes, wie die ÖVP verlangt hat, wäre nicht nur wertvolle Zeit verloren gegangen, eine solche neue Ausschreibung ist auch überaus problematisch, sind doch durch die Erstangebote die Preise bereits verraten. Unserer Fraktion war es ernst um die rasche Erfüllung des berechtigten Wunsches der Münchenholzer Bevölkerung und so wurde sodann im Verhandlungswege ein, wie wir überzeugt sind, günstiger Preis erreicht und die Arbeitsvergabe vorgenommen. Das war aber nun für die ÖVP-Fraktion der willkommenen Anlaß, doch noch nein sagen zu können, nicht zustimmen zu müssen. So sehe ich, so sieht unsere Fraktion das Verhalten der ÖVP in dieser Angelegenheit. Ich bin neugierig auf die Äußerungen der ÖVP-Mandatäre anlässlich der Eröffnung dieses Saales in Münchenholz. Es wird ihr wohl kaum jemand abnehmen, wenn sie dann bei dieser Gelegenheit behaupten wollen, daß sie ohnedies immer dafür waren.

Eine ähnliche Beobachtung mußte ich beim Ausbau der Dukartstraße machen. Hier handelte es sich doch wirklich um eines der brennendsten Verkehrsprobleme unserer Stadt. Es wurde gelöst! Auch wenn die Bodenmarkierung nicht immer die Zustimmung aller Verkehrsteilnehmer findet, eine Änderung ist jederzeit mit geringsten Mitteln, ein paar Kilo Farbe, möglich. Die Straße selbst, der verkehrsfreie Durchgang vom Bahnhof bis zur Stadtmitte, der neue Fußgängerweg, sind doch Tatsachen, über die sich jeder freuen muß

und auch freut über diese wirklich gelungene Lösung. Anscheinend war das der ÖVP, als sie die Ansätze dazu erkannte, nicht recht. Sie hat versucht, mit Vorschlägen und Einwänden den raschen Baubeginn hinauszuschieben, zu verzögern. Denn jedermann mußte es klar sein, daß ein Verrücken der Straße zur Bahn hin neben dem Verlust wertvollen Stadtgrundes naturgemäß auch durch die Grundeinlösen Jahre in Anspruch nehmen wird. Daß damit aber auch die Finanzen der Stadt wesentlich stärker belastet werden würden, sei nur am Rande vermerkt.

Jetzt, wo alles fertig ist, wo die anderen Gemeinderatsfraktionen ihre Entscheidung, sich für einen raschen Baubeginn zu entschließen, bestätigt sehen, hört man diesbezüglich von der ÖVP nichts mehr.

Diese beiden Vorfälle veranlassen mich, die Frage zu stellen, wie wird das eigentlich 1978 sein? Wird die ÖVP im kommenden Geschäftsjahr dann ihr Nein zum Budget 1978 vergessen oder wird sie überhaupt jede aktive Mitarbeit einstellen? Bringt sie sich nicht selbst damit in allergrößte Verlegenheit? Wird mein Kollege Stadtrat Wallner, Baureferent unserer Stadt, wenn er Anträge im Stadtsenat und Gemeinderat zu stellen hat, die Mitglieder anderer Fraktionen bitten, für ihn diese Antragstellung vorzunehmen, da es doch unangenehm sein muß, positiv zu berichten, während man bei der Vorsehung der Mittel für all diese Vorhaben ein stures Nein gesagt hat? Ist sich die ÖVP im klaren, welche Konsequenzen es bedeutet, ständig unter diesem Vorwurf ihre kommunalpolitische Tätigkeit im kommenden Jahr auszuüben? Denn eines muß feststehen, wir sind alle Parteipolitiker, wir sind aber auch alle Gemeinderäte und es spricht von der politischen Reife, wenn es gelingt, diese beiden Faktoren auf einen Nenner zu bringen. Unser Gelöbnis sieht vor, daß wir der Stadt die Treue zu halten haben und nicht vielleicht der Forderung der ÖVP-Bundesparteileitung, wie es heute den Anschein hat und von einer Partei gemacht wird. Die Linzer ÖVP ist scheinbar auch anderer Auffassung. Auch sie wird nicht mit allen Ansätzen im Linzer Budget zufrieden gewesen sein. Ihr ging es jedoch um kommunalpolitische Zusammenarbeit und nicht um parteitaktische Erwägungen. Sie hat daher dem Linzer Budget zugestimmt.

Zum Schluß muß ich mich eigentlich fragen, warum ich die ÖVP warne? Sie wird die Früchte einer solchen, nicht überzeugenden Oppositionspolitik selber ernten müssen. Mir geht es aber um mehr! Ich gehöre, wie Sie wissen, seit nunmehr mehr als 22 Jahren dem Gemeinderat und seit mehr als 10 Jahren dem Stadtsenat an. Mir geht es um die bewährte Zusammenarbeit. Ich bin, so glaube ich wenigstens, als Vertreter und Verfechter dieser Zusammenarbeit in der Kommunalpolitik in unserer Stadt bekannt. Nicht zuletzt dank dieser Zusammenarbeit konnten in unserer Stadt seit 1945 größte und schwerste Probleme gelöst, konnte ein Aufbauwerk begonnen und Leistungen gesetzt werden, auf die wir alle mit Recht stolz sind. Unsere Stadt ist wirklich schöner und lebenswerter geworden und jeder, der offenen Auges durch diese Stadt geht, muß dies bestätigen.

Und diese gedeihliche, fruchtbringende Arbeit gilt es fortzusetzen, aber plötzlich schließt sich die zweitstärkste Partei dieses Gemeinderates von dieser Zusammenarbeit aus. Das, meine Damen und Herren des Gemeinderates, beunruhigt mich. Nicht, daß ich für Steyr Angst habe, denn die drei anderen Fraktionen des Steyrer Gemeinderates sind stark genug, um diese gemeinsame Zusammenarbeit auch 1978 fortzusetzen. Ich habe nur Angst um das politische Klima. Wenn nicht mehr die Kommunalpolitik, sondern die Parteipolitik das Verhalten in diesem Gemeinderat bestimmt, dann hat eine Entwicklung begonnen, die nicht im Interesse der Stadt und ihrer Bewohner ist. Und davor möchte ich eindringlich warnen. Danke.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke Kollegen Wippersberger für seine Beiträge.

Ich darf nun die nächsten Sprecher erwähnen. Als Nächster spricht Gemeinderat Watzenböck, anschließend Gemeinderat Radler. In weiterer Vormerkung habe ich die Gemeinderäte Frau Derflinger und Frau Stadtrat Kaltenbrunner. Anschließend an beide darf ich Stadtrat Zöchling und Gemeinderat Holub in Vormerkung bringen. Auch Gemeinderat Dresl kommt noch, dann Gemeinderat Mayrhofer.

Ich bitte Sie, zu sprechen.

GEMEINDERAT ALFRED WATZENBÖCK:

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Wenn man bereits ein Dutzend Vorredner vor sich hatte, konnte man das meiste schon streichen, was man vorbringen wollte. Es ist eigentlich schon irgendwie heute behandelt worden, ich kann mich darauf beschränken auf einige allgemeine Überlegungen und Antworten, auf einige Dinge, die hier vorgebracht wurden.

Wenn man die Ehre hat wie ich, nach 10 Jahren wieder in dieses Gremium zurückzukehren, so ist man geneigt, einen Rückblick zu machen. Es hat sich sehr viel geändert in diesen 10 Jahren. Nicht nur hier in personeller Hinsicht ganz deutlich zu sehen, auch die Entwicklung der Stadt ist rückblickend über den Zeitraum von 10 Jahren doch deutlicher zu erkennen als in den vorhergehenden Voranschlägen. Es sind Vorhaben, die damals beschlossen worden sind, inzwischen längst durchgeführt wurden. Vorhaben, die eigentlich damals Wunschträume waren, sind inzwischen bereits im Werden begriffen, zum Teil schon abgeschlossen oder doch in weitgehender Planung. Es sind Vorhaben dabei, von denen wir damals wirklich mehr oder weniger nur Wunschvorstellungen gehabt haben. Der vorliegende Voranschlag, auf den ersten Blick ein trockenes Zahlenwerk, zeigt wiederum, daß die Dinge weitergehen, daß wieder neue Vorhaben der Vollendung entgegengehen oder angefangen werden. Wenn man aber dann feststellen muß, daß im aOH Kürzungen vorgenommen worden sind, eine Stagnation der Bundesertragsanteile festzustellen ist, so fällt mir ein etwas leichtfertiger Zuruf ein, der vor kurzem hier erfolgte, es ist uns noch nie so gut gegangen. Es fragt sich wem? Manchen Gruppen vielleicht. Gesamtwirtschaftlich gesehen muß festgestellt werden, ich spreche da aus der Praxis, ich bin Gewerbetreibender – eigentlich der Einzige hier in dieser Runde – das ist auch bezeichnend für die Unternehmer, also ein Handelstreibender, – gesamtwirtschaftlich gesehen ist es in den letzten 10, 15 Jahren noch nie so schlecht gegangen. Die Betriebe, Sie können sich überall erkundigen, arbeiten nur mehr zum Teil, damit sie die Leute überhaupt beschäftigen können. Ich kenne selbst einige Fälle, Vertreter einer großen Firma haben erst vor einigen Tagen gesagt, sie nehmen Aufträge ...

GEMEINDERAT VINZENZ DRESL:

Aber die Ertragsanteile zeigen ein anderes Bild!

GEMEINDERAT ALFRED WATZENBÖCK:

... herein zu jedem Preis, nur um die Leute halten zu können. Tausende Klein- und Mittelbetriebe kämpfen am Rande der Existenz zur Zeit, ohne Betriebsmittel. Sie kämpfen praktisch mit dem Rücken zur Wand. Kollege Wallner, der in der Kammer praktisch tätig ist, wird Ihnen das bestätigen. Dabei fällt dem Finanzminister ständig eine Abschöpfung nach der anderen ein, besser schon gesagt Abschröpfung, damit er seine Wahlgeschenke irgendwie wieder zurückfinanzieren kann. Ich kenne eine Menge Firmen aus der Praxis heraus, Lieferanten, größere Firmen, die noch vor wenigen Jahren Lieferzeiten gehabt haben, ein halbes Jahr, ein dreiviertel Jahr. Man mußte sehr genau kalkulieren, damit man nicht daneben gestanden ist damals, nicht ohne Material dastand. Eine solche Firma, der ich vor kurzem wieder einmal einen Auftrag geben konnte, sagte mir – es war erst vorige Woche – ob ich das noch im Dezember haben möchte. Diese Firma hatte auch früher ein halbes Jahr Lieferzeit. Er war etwas enttäuscht, der gute Mann, der Vertreter, als ich sagte, es ist im Jänner oder Februar auch noch Zeit. So schaut das wirklich aus.

GEMEINDERAT ALFRED BAUMANN:

Eure Sorgen machen wir uns ein anderes Mal aus, das hat mit dem Budget nichts zu tun!

GEMEINDERAT ALFRED WATZENBÖCK:

Es hat damit zu tun, wie gut es geht. Das wirkt sich auf Steyr auch aus. Die Steyrer Betriebe sind genau so und ich komme auf etwas zurück, was Kollege Dresl angezogen hat. Er ist, scheint, in dieser Jugendarbeitslosigkeit vollkommen falsch informiert. Die Schulabgänger konnten sowohl in Linz als auch in Wels und Steyr, in den Städten, nur zum Bruchteil untergebracht werden, vor allem die Maturanten, Handelsschüler, Handelsakademiker und Gymnasiasten. Dieser kleine Teil, der untergebracht werden konnte, wurde

auch größtenteils nur in sogenannten Warteposten untergebracht. Der Herr Magistratsdirektor kann das bestätigen, jeder Bankdirektor kann Ihnen das bestätigen. Die Post usw. Das heißt auf Stellungen, die ihnen auf Grund ihrer Schulbildung eigentlich nicht zustehen. Sie sind zufrieden, wenn sie überhaupt auf diese Wartestellen kommen. So schaut es wirklich aus. Das betrifft Steyr genau so, nicht nur ganz Österreich.

Ich möchte rückblickend, weil ich gesagt habe, man schaut gerne einmal 10 Jahre zurück, bezüglich Schuldenstand der Stadt Steyr. Sicher, es hat eine Zeit gegeben, da hat die Gemeinde Steyr im Gegenteil Geld bei den Banken liegen gehabt. Ich kann mich an diese Zeit noch sehr gut erinnern. Wir waren damals schon diejenigen, die Freiheitliche Fraktion, die darauf aufmerksam gemacht hat, daß die Gelder herangezogen werden sollten – die länger Dienenden werden das wissen – um nicht dieser Generation alle die Lasten aufzulegen, die vorher lange versäumt worden sind. Daß seit Jahrzehnten nichts geschehen ist, das kann nicht eine Generation plötzlich aufholen. Das wurde dann auch durchgeführt. Die Gelder wurden von den Banken abgezogen, die Banken hatten zwar momentan keine Freude damit. Es hat sich aber herausgestellt, daß es an sich richtig war. Nur muß der Rahmen natürlich entsprechend gehalten werden.

Ich habe gesagt, es ist fast nichts mehr übrig geblieben, vielleicht habe ich doch noch einige kurze Erinnerungen, sagen wir mehr. Und zwar betrifft das die Ulricher Kreuzung, Hubergutberg, Eisenstraße. Es ist bekannt, daß aus dem großen Stadtteil Ennsleite Richtung Ennstal, sowohl im Sommer der Ausflugsverkehr sowie im Winter zu den Schiliften Herndleck, Hohe Dirn usw. ein großer Verkehr ist. Ich möchte nur daran erinnern, daß das möglichst wirklich, es war schon einmal eingesetzt mit S 1 Mill., jetzt ist es mit 1 1/2 drinnen, daß die auch wirklich ausgenützt werden. Der Verkehr hinauf zu den Gasthäusern in Ulrich und auf den Damberg ist auch sehr stark, auch im Winter zu den Schiliften des Schiklub Steyr. Das nur als Erinnerung.

Zur Nahversorgung. Es wäre noch etwas zu überlegen, ob nicht probeweise eine Fußgeherzone an Samstagen in der Stadt eingeführt werden soll im Frühjahr, versuchsweise vielleicht. Dazu wäre zu überlegen, daß auf den Gründen, auf den Bergergründen, eine Hochgarage errichtet wird, möglichst bald, um den Stadtkern weiterhin zu entlasten.

Zur Schnellstraße wurde heute schon gesprochen, die berühmte Schnellstraße nach Linz. Es ist das nur zu unterstreichen. In diesem Zusammenhang fällt mir das Problem der Eisenstraße ein, weil eben zuerst das Problem Eisenwurzten angezogen wurde. Ich bin Mitglied der Kammervollversammlung als Kammerrat und kann bestätigen, daß dieses Problem sehr ernst behandelt wurde. Ich kenne diese Strukturschrift sehr genau und in diesem Zusammenhang auch wieder die Eisenstraße erwähnt wurde, der raschere Ausbau, der auch jahrelang stockt immer wieder. Ich habe das auch in der Kammervollversammlung immer dann vorgebracht, wenn ein Mitglied der Landesregierung, Landesrat Trauner oder Landeshauptmann Dr. Wenzl selbst anwesend war. Es hängt das mit der ganzen Entwicklung im Ennstal zusammen. Ich kann nur Herrn Kollegen Wallner bestätigen, daß die Erfolge, die inzwischen eingetreten sind – die Versammlung der Eisenwurzten war erst im vorigen Herbst – wirklich sehr ansehnlich sind, ein größeres Ausmaß angenommen haben, als wir ursprünglich angenommen haben, als wir ursprünglich erwartet haben.

Das wäre im großen und ganzen eigentlich alles, was noch zu sagen wäre. Was ich eigentlich noch bringen wollte, das Steyrer Ausstellungszentrum. Es wurde vorweggenommen auch. Ich bin selbst in diesem Ausschuß drinnen, Gewerbeausschuß.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Darf ich wieder etwas um Ruhe ersuchen. Ich weiß, es ist schon spät und es dauert schon lange, aber auch dem Redner wollen wir die nötige Aufmerksamkeit widmen.

GEMEINDERAT ALFRED WATZENBÖCK:

Es hat sich gezeigt, daß die Entwicklung der Ausstellung selbst sehr günstig war. Das hat uns bewogen in diesem Verein, eigentlich Ausschuß, ein Ausstellungszentrum zu schaffen. Das würde einen Betrag von etwa S 4 Mill. ausmachen, bis 1980. Es würde sich aber wahrscheinlich sehr günstig auswirken für die Gesamtwirtschaft der Stadt Steyr und auch der Umgebung.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke Kollegen Watzenböck. Wir kommen zum nächsten Sprecher, Herrn Gemeinderat Radler. In Vorbereitung bitte ich zu halten Frau Gemeinderat Derflinger und Frau Stadtrat Kaltenbrunner.

GEMEINDERAT JOSEF RADLER:

Wertes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Gestatten Sie mir, zu den Gruppen 6 Straßen- und Verkehrswesen des oH und des aoH einiges zu sagen.

Zunächst zum innerstädtischen Verkehrsring. Wir freuen uns darüber, daß im abgelaufenen Jahr der Ausbau der Dukartstraße und die Regulierung der Pachergasse über die Bühne gegangen ist und dieses Verkehrsproblem dort beseitigt ist. Es bleibt also im innerstädtischen Verkehrsring vorerst noch einmal als Lücke der Abstieg Teufelsbach. Wir haben im vergangenen Budget einen Betrag von S 100.000,- für die Planung vorgesehen gehabt. Der Betrag ist aber nicht verbraucht worden. Erfreulicherweise sind aber auch im vorliegenden Budget wieder S 500.000,- für dieses Projekt vorgesehen. Es bleibt zu hoffen, daß dieses Projekt auch tatsächlich in diesem Jahr in Angriff genommen wird.

Das nächste Problem im Bereich des innerstädtischen Verkehrsringes ist nach wie vor die Sierninger Straße vor der Kreuzung Seifentruhe. Sie kennen das alle als Autofahrer aus persönlicher Erfahrung, daß sich dort ständig Schwierigkeiten ergeben wegen der fehlenden dritten Spur Richtung Seifentruhe. Vielleicht könnte dem Abhilfe geschaffen werden, wenn man versuchen würde, im kommenden Jahr dort eine Markierung anzubringen. Es wird zwar sehr knapp sein, aber es liegt vielfach auch daran, daß sich die nach Sierning Fahrenden zu wenig nach links einordnen und dadurch auch Schwierigkeiten entstehen. Sollte das nicht möglich sein, müßte man allen Ernstes darangehen, stadtauswärts ein Stück vor der Kreuzung, etwa 100 m, wo eigentlich der Wiesenberg endet, von dort weg bis zur Sierninger Straße eine echte dritte Spur zu schaffen, um dieses Problem dort zu beseitigen.

Eine weitere unbefriedigende Stelle im Bereich des innerstädtischen Verkehrsringes ist die Kreuzung Wolfertstraße und insbesondere im Zusammenhang mit der dort bestehenden Autobushaltestelle vom Ennser Knoten Richtung Wolfert gesehen kurz vor der Kreuzung. Sie wissen das selbst aus Erfahrung, wenn Sie sich nicht extra zusammennehmen beim Befahren dieser Kreuzung, so kommen Sie zu weit nach rechts und berühren die dortige Haltestellenbucht. Desgleichen ist auch unbefriedigend die Einbindung der Wolfertstraße in die Seifentruhenumfahrung. Es wäre wünschenswert, wenn diese Kreuzung so ausgestattet werden könnte, wie sie vorbildlicherweise vom Stadtbauamt Steyr auf der Kreuzung Kaserngasse – Seifentruhe geschehen ist, nämlich durch Anbringung von Inseln und Kanalisierung des Verkehrs in dieser Richtung, damit endlich dort die Fahrzeuglenker wissen, wenn sie die Kreuzung passieren, wo sie vorschriftsmäßig und wie sie dort zu fahren haben. Das wäre zum innerstädtischen Verkehrsring zu sagen gewesen.

Als Nächstes Verampelung von Kreuzungen. Wir haben schon heute von Frau Stadtrat Kaltenbrunner gehört über die Verampelung des Ennser Knotens. Sicherlich wird es seine Zeit dauern, bis sich das richtig eingespielt hat und bis diese Ampelanlage von den Fahrzeuglenkern auch entsprechend angenommen wird. Sicherlich und das kann man glaube ich heute schon sagen, ist die Lösung des Fußgängerproblems ungenügend. Es ist erfreulich, daß im Budget im vorliegenden, für die Fußgängerübergänge ein entsprechender Betrag vorgesehen ist. Wir haben heute aus den Ausführungen des Herrn Bürgermeisters gehört, daß hier für eine Über- oder Unterführung die Planung kurz vor dem Abschluß steht.

Bitte eines ist bedauerlich im Zusammenhang mit der Verampelung oben, daß aus mir unerklärlichen Gründen plötzlich die Kreuzung Rooseveltstraße – Taschelried – Azwangerstraße nicht mitgemacht worden ist. Ursprünglich war das vorgesehen und diese Kreuzung wäre deshalb besonders wichtig gewesen, weil sie von vielen Schulkindern frequentiert wird, insbesondere deshalb, weil sich dort im Kreuzungsbereich zwei Autobushaltestellen befinden. Aus diesem Grund wäre dort eine Verampelung vordringlich gewesen. Wenn wir aber heute gehört haben, daß dort auch eine Fußgängerregelung vorgesehen ist, so tritt

diese Verampelung etwas mehr in den Hintergrund, wenn die Fußgänger diese Kreuzung sicher überqueren können.

Eine dringliche Forderung, soweit ich informiert bin, ist bereits im Laufen, das ist die Verampelung der Kreuzung Sierninger Straße – Seifentruhe, also Wiesenberg – Sierninger Straße – Seifentruhe. Es sind dort bereits Erhebungen usw. geführt worden und wir hoffen, daß der Bund uns auf diese Ampelanlage nicht zu lange warten läßt.

Sicherlich wird in weiterer Folge auch eine Verampelung der Kreuzung Wolfenstraße – Seifentruhenumfahrung notwendig werden. Es ist so, daß man sich eigentlich wundert, daß nicht von Haus aus bei Zusammenführung einer Bundesstraße mit einer relativ stark frequentierten Landesstraße nicht eine solche Verampelung von Haus aus vorgesehen worden ist. Wenn wir heute vom Munde des Herrn Bürgermeister gehört haben, daß im kommenden Jahr 1978 mit der Umfahrung Märzenkeller mit ziemlicher Sicherheit begonnen werden wird, darf ich noch einmal darauf hinweisen, daß man unbedingt bei Baubeginn dieser Umfahrung auch eine Verampelung der Kreuzung Pachergasse, Beginn der Märzenkellerumfahrung bzw. Dr.-Klotz-Straße einplanen soll, damit wir nicht nachher vor der Situation stehen, daß diese Straße hoffentlich recht bald fertig sein wird und diese Kreuzung, die auf jeden Fall verampelt werden müßte, nach meinem Dafürhalten, wieder ins Hintertreffen kommt. Bitte das zu den Verampelungen von Kreuzungen.

Nun ein paar Worte zur Sicherheit für die Fußgänger. Wir haben heute schon über die Fußgängerübergänge bzw. -unterführungen verschiedenes gehört. Es ist erfreulich, daß für die wichtigsten Fußgängerübergänge und -unterführungen entsprechende Budgetmittel vorgesehen sind. Vordringlich erscheint glaube ich die Fußgängerlösung Märzenkeller, weil hier eine sehr starke Frequenz, insbesondere auch von Kindern auftritt zu Schulbeginn und Schulentlasszeiten.

Der zweite wichtigste Übergang scheint mir derzeit zu sein der bei der Blümelhuberstraße – Schlüsselhofgasse, weil das auch eine sehr gefährliche Stelle ist. Es wird dort relativ rasch gefahren und Sie wissen aus Zeitungsberichten, daß es dort schon wiederholt auf diesem Schutzweg Unfälle gegeben hat.

Fußgängerübergang Knoten Ennser Straße ist bereits erwähnt worden, Azwangerstraße auch. Wir freuen uns darüber, daß in der Pachergasse eine Lösung gefunden werden konnte, wenn sie auch oft teilweise von einzelnen Teilnehmern auf Kritik stößt, aber sie wird sich in weiterer Folge doch gut bewähren und es ist ein Beitrag für die Sicherheit der Fußgänger gewesen.

Positiv ist in diesem Zusammenhang auch, Herr Stadtrat Wippersberger hat es bereits getan, die Fußgängerunterführung Dukartstraße zu erwähnen, weil hier die Schüler, die massenhaft am Bahnhof aussteigen, gesichert zu ihren Schulen kommen können.

Weitere Maßnahmen für die Sicherheit der Fußgänger. Es wäre auch in der nächsten Zeit, glaube ich zu untersuchen, ob es nicht zweckmäßig oder sogar dringend notwendig wäre, auf der Kreuzung Punzerstraße – Gablerstraße – Klarstraße zumindest ein Gelbblinklicht anzubringen, weil das eine Kreuzung ist, wo wiederholt Fußgänger zu Schaden kommen. Sie wissen, daß es so ist, daß Schutzwege besonders dort gefährlich sind, wo sie sich in mehr oder weniger starken Fahrbahnkuppen befinden. Wir haben das früher gehört bei der Kreuzung Blümelhuberstraße bei der Posthofkreuzung. Wenn leichte Kuppen vorhanden sind, blenden sich die Pkw-Lenker bei Dunkelheit im Gegenverkehr. Das ist auf der Blümelhuberkreuzung bzw. auf der Posthofkreuzung Blümelhuberberg der Fall gewesen und im leichten Maß ist auch das im Münichholz der Fall. Die Leute kommen über den Plenkelberg herauf und es wird der Entgegenkommende geblendet und dadurch kommt es dort zu Unfällen. Vielleicht könnte man dort echt durch Anbringung von Ampeln oder zumindest einer Ampel in der Mitte dem Abhilfe schaffen.

Ein nächstes Problem wäre die Anlegung von Gehsteigen. Sie wissen, wir haben einmal, ich kann es nicht genau sagen, vor rund 15 Jahren war der letzte Stand der Dinge im Straßenbau in Wohngebieten der, daß man gesagt hat, man braucht keine Gehsteige. Die Leute können dort auf der Straße gehen und die Autofahrer wären genötigt, langsamer zu fahren. Wir haben gerade am Tabor einige solche Stellen, wo es ständig gefährliche Situationen und Schwierigkeiten für Fußgänger gibt. Eine solche Stelle ist insbesondere der Taborweg kurz vor der Kreuzung Posthofstraße. Wenn sich dort Fahrzeuge begegnen und auch noch Fußgänger sind, wissen die Fußgänger echt nicht, wo sie hin sollen, weil links und rechts

lebende Zäune sind und sie sind dort dem Verkehr schutzlos, möchte ich fast sagen, ausgeliefert. Eine ähnliche Situation ergibt sich in der Bogenhausstraße, und zwar in der Kurve beim Wohnbau der Wiener Städtischen. Dort ist die Situation auch so, da wird verparkt und zusätzlich gehen die Fußgänger noch auf der Straße. Kollege Reisner wird das bestätigen können, wie die Situation dort ist.

GEMEINDERAT FRIEDRICH REISNER:
Wurde schon lange gemeldet!

GEMEINDERAT JOSEF RADLER:

Dann sind noch die Lohnsiedelstraße und die Wegerer Straße ohne Gehsteige. Man sollte zumindestens auf einer Seite versuchen, einmal einen Gehsteig anzulegen, damit die Fußgänger dort gehen können. Verkehrssicherheit kostet natürlich im allgemeinen viel Geld und man sollte daher insbesondere der Verkehrssicherheit dort, wo sie nichts kostet, ein besonderes Augenmerk zuwenden. Hier meine ich konkret die Aufstellung der Mülleimerbehälter. Die betonierten Mülleimerbehälter, die angekauft worden sind, sind von der Firma zwar sehr gewissenhaft, aber leider oft ohne Rücksicht auf die Verkehrssicherheit aufgestellt worden. Ich komme wieder auf das Gebiet Tabor und konkret auf die Bogenhausstraße, wo bei der Ausfahrt von einem Parkplatz ein solcher Behälter ausgesprochen sichtbehindernd aufgestellt worden ist. Ich erwähne noch die Posthofstraße, wo diese Behälter bei den Zugängen zu den Häusern nicht in der Fahrtrichtung des Pkw-Verkehrs jenseits der Zugänge aufgestellt worden sind, sondern diesseits. Aus diesem Grund sieht der Autolenker von den Häusern herauslaufende Kinder nicht und erst dann, wenn sie unmittelbar schon die Straße betreten. Aus diesem Grund würde ich ersuchen, daß hier bei der weiteren Aufstellung dieser Behälter auch der Verkehrssicherheit und insbesondere der Kinder und Fußgänger, ein Augenmerk zugewendet wird, weil dadurch keinerlei Mehrkosten verursacht werden. Eines müßte man vielleicht im Zusammenhang mit Fußgängern und hier meine ich Fahrzeuglenker mit Behindertenausweis nach § 29 b der Straßenverkehrsordnung. Man müßte vielleicht einmal überlegen, ob man nicht dem Beispiel Linz folgend solche Parkplätze, ich meine nicht eine große Anzahl, aber zumindest einige, am Stadtplatz und auf der Promenade ...

STADTRAT KONRAD KINZELHOFFER:
Ist bereits geschehen!

GEMEINDERAT JOSEF RADLER:

Dann umso erfreulicher, wenn das ist. Ein paar Worte zur Asphaltierung von Straßen. Erfreulicherweise ist im vergangenen Jahr durch rechtzeitige Austragserteilungen und rechtzeitige Ausführung durch die Baufirmen eine wesentliche Verbesserung gegenüber 1976 eingetreten. Wir wissen, daß im Jahre 1976 erst relativ spät, bei Einbruch des Winters, die Asphaltierungen durchgeführt wurden, während sie heuer schon im Sommer gemacht wurden, was sehr zu begrüßen ist. Es wird sich auch in der Haltbarkeit dieser Asphaltierungsarbeiten entsprechend auswirken. Besonders lobend hervorzuheben in diesem Zusammenhang ist die Asphaltierung des Leitnerberges, der Eisenstraße, des Hessenplatzes, der Kegelprielstraße in der gesamten Länge, des Daimlerweges und eines Teiles der Haiderhofnerstraße. Wir haben im Stadtgebiet nur noch sehr wenige Gemeindestraßen, die nicht asphaltiert sind. Es gibt nur ganz wenige Liegenschaften, die sich an Gemeindestraßen befinden und nicht auf asphaltierten Wegen erreicht werden können. Es sind dies einmal zunächst, die noch asphaltiert werden müssen, die Haiderhofner Straße in der gesamten Länge, das Reststück der Mühlstraße, die Wegscheiderstraße und die Friedhofstraße vom Friedhof Gleink bis zur Ortschaft Dorbach. Dieses Straßenstück befindet sich außerdem in einem sehr schlechten Zustand und es sollte dort auch einmal eine Asphaltierung bzw. Sanierung der Straße vorgenommen werden.

Die Zehetner Straße und die Goldhahnstraße seien nur am Rande erwähnt. Ich habe auch noch zwei Straßen aufgeschrieben, die zwar nicht zu einer Asphaltierung heranstehen, aber man müßte diese Straßen in einen befahrbaren Zustand setzen. Konkret ist das die Taschl-

mayrstraße. Ich möchte nur ersuchen, wenn Sie sich das anschauen, nicht mit einem Pkw hinzufahren, weil es könnte sein, daß Sie nicht mehr herauskommen. Wo die Haiderhofner-Straße auf die Winklinger Straße stößt, liegt sie geradeaus auf der Hangkrone entlang zu dem Wald hin.

ZWISCHENRUF STADTRAT LEOPOLD WIPPERSBERGER:
Wie heißt die Straße?

GEMEINDERAT JOSEF RADLER:
Taschlmayrstraße.

Ein paar Worte zur Straßenbeleuchtung. Genau wie voriges Jahr kann ich auch heute sagen, daß verschiedene Ausbesserungen durchgeführt worden sind. Ich möchte nur als Beispiele anführen die Dukartstraße und die Sierninger Straße. Es bleiben aber noch Straßen- und Teilstücke ohne Beleuchtung. Besonders zu vermissen ist diese Beleuchtung in der Eisenstraße im letzten Teilstück, und zwar von der Neuschöner Hauptstraße bis zur Stadtgrenze. Die Wolfenstraße von der Fa. Ratzinger bis hinauf zur Staffelmayrstraße und die Feldstraße von der Kreuzung Steiner Straße bis zur Kreuzung Hochstraße. Dort sind mehrere Wohnbauten. Außerdem ist dort kein Gehsteig, es sind relativ viele Häuser dort ohne Beleuchtung. Eine Verbesserung wäre wünschenswert für die Straßenbeleuchtungen am Bergerweg, in der Holubstraße und unten in der sogenannten Landarbeitersiedlung, der Gartenbauerstraße und Tremlstraße.

Abschließend einige Worte zur Straßenmarkierung. Wir wissen aus den Erfahrungen und aus den Beschlüssen im Gemeinderat und insbesondere im städtischen Verkehrsausschuß, daß die Aufgaben bezüglich Straßenmarkierungen von Jahr zu Jahr zunehmen und immer mehr werden und hier muß man ohne Übertreibung sagen, daß vom Wirtschaftshof mit relativ wenig Personal, mit relativ bescheidenen Mitteln das Unmögliche verlangt wird. Man müßte darangehen, man könnte mit dem vorhandenen Personal auskommen, nur müßte man die technischen Mittel wesentlich verbessern. Man könnte sich durchaus vorstellen, daß die Herren des Städtischen Wirtschaftshofes, die mit der Straßenmarkierung befaßt sind, auch einmal so, wie es die Firmen im Bereich der Bundesstraßenverwaltung machen, dort mit fahrbaren Streichmaschinen fahren und diese Markierung der Straßen in relativ kürzerer Zeit bewerkstelligen. Ich darf noch einmal in Erinnerung rufen, daß im Jahre 1977 ganz wichtige Straßen, und zwar der Schönauer Knoten, die Haratzmüller Straße, Haager Straße, der Ennser Knoten und die Blümelhuberstraße erst im Juli markiert wurden. Das ist natürlich ein fast unhaltbarer Zustand.

MAGISTRATSDIREKTOR OBERSENATSRAT DR. JOHANN EDER:
Das ist eine Bundesstraße!

GEMEINDERAT JOSEF RADLER:

Ich weiß. Das ist vergeben worden an eine Fremdfirma und diese Fremdfirma hat es sich zur Aufgabe gemacht, Steyr so lange als möglich warten zu lassen. Man müßte dieser Firma echt das Messer ansetzen – entschuldigen Sie den Ausdruck – und sagen, Steyr ist eine ganz vordringliche Sache. Ich weiß, daß die Straßenmarkierung mit der Witterung zusammenhängt. Ich darf Ihnen aber in einem Atemzug sagen, ich war am 21. 1. 1976, das war ein relativ warmer Winter, in Salzburg und dort hat man mit der Bodenmarkierung begonnen. Am 21. 1. 1976. Daher eine Bitte und ein Vorschlag, man sollte trachten, daß zur ersten Verkehrsspitze eines Jahres, nämlich zu Ostern, die wichtigsten Straßen und Kreuzungen markiert sein sollten. Es ist natürlich dann in weiterer Folge wahrscheinlich eine zweite Markierung erforderlich, aber da kann man halt nichts machen.

Ich erwähne in diesem Zusammenhang auch die Kreuzung Rooseveltstraße – Kaserngasse. Hier ist es im heurigen Jahr durch eine echt relativ spät erfolgte Markierung zu mehreren Unfällen gekommen. Ich will nicht sagen, daß die Unfälle durch die Markierung ausgeschlossen worden wären. Ich erwähne z. B., daß Rooseveltstraße beim Konsum vorne man heuer überhaupt nicht zur Markierung gekommen ist. Dort ist eine Sperrfläche gewesen, weil dort ein Linksabbiegeverbot bzw. eine vorgeschriebene Fahrtrichtung nach rechts besteht. Zahllose Fahrzeuglenker haben dort, allerdings nicht zum Nachteil der Gemeinde, in

die Tasche greifen müssen, um einen entsprechenden Obolus zu entrichten. Das wäre im großen und ganzen alles gewesen, was ich Ihnen zum Punkt 6) zu sagen gehabt hätte.

Ich möchte mit der Hoffnung schließen, daß viele, wenn nicht alle meine Vorschläge im Jahre 1978 realisiert werden können. Sollte dies geschehen oder zumindest zum Großteil geschehen, würde ich mich darüber freuen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke Kollegen Radler für seinen Beitrag. Darf ich, bevor ich das nächste Wort an Frau Gemeinderat Derflinger weiterreiche, einen Vorschlag unterbreiten. Gemäß Geschäftsordnung § 21 ließe sich durch einen Antragsteller die Redezeit der Debattenredner auf 5 Minuten verkürzen. Ich möchte diese geschäftsordnungsmäßige Möglichkeit nicht anwenden oder vorschlagen. Ich würde empfehlen, daß von sich selbst aus die weiteren Debattenredner diese Möglichkeit in Anspruch nehmen. Ich würde sagen, daß wir dann die Rednerliste abschließen, wenn nicht gravierende Momente zur Weiterführung der Diskussion bestehen. Wir würden sonst die Mitternachtsstunde überschreiten und dann werden die Juristen wahrscheinlich in Kraft treten müssen, nachdem der Bürgermeister den Tag der Sitzung festlegt, ob dieser Tag für morgen auch noch gilt. Spaß beiseite.

Ich bitte nun Frau Derflinger zum Rednerpult.

GEMEINDERAT MARIA DERFLINGER:

Werte Damen und Herren!

Nachdem Frau Gemeinderat Liebl für sich in Anspruch genommen hat, zum Ausdruck zu bringen, daß es scheinbar nur ihr und der ÖVP-Fraktion ein Anliegen wäre, sich unserer Senioren und der Hilfsbedürftigen unserer Stadt anzunehmen, kann ich das wirklich nicht ganz unwidersprochen lassen. Ich glaube nämlich, es kann uns wirklich nicht unterstellt werden, daß wir gerade für die älteren Menschen in unserer Stadt nichts, bzw. zu wenig zu tun. Viele Sozialleistungen, wie Essen auf Rädern, Heimhilfe, Hauskrankenpflege, Seniorenklubs, unsere Pensionistenheime, der Altenpaß usw. wurden doch gerade in den letzten Jahren und sicherlich durch die Initiative von uns allen zum Wohle unserer Bevölkerung geschaffen, die auch von den Bewohnern unserer Stadt anerkannt und honoriert werden. Diese Leistungen sind aber auch beispielgebend für viele andere Gemeinden geworden.

Ich möchte aber auch heuer auf die vielen familienpolitischen Maßnahmen unserer Bundesregierung und an das OÖ. Sozialhilfegesetz hinweisen. All dies sind durchaus sehr wirksame Fakten, die nicht nur das Leben unserer älteren Mitbürger verschönern und erleichtern, sondern auch sehr wesentlich den Familien allgemein zugute kommen. Natürlich haben auch wir sozialistischen Vertreterinnen im Gemeinderat nach wie vor Zielsetzungen, für die wir zu gegebener Zeit immer wieder eintreten. Wir sind uns aber auch der Gesamtverantwortung, die wir als Gemeinderäte zu tragen haben, bewußt. Wissen wir doch auch sehr wohl, daß die finanziellen Voraussetzungen für diese Zielsetzungen mit allen übrigen Finanzierungen in Einklang stehen müssen. Einerseits hassadieren und andererseits von Verschwendung reden, das lassen wir Ihrer Fraktion vorbehalten, die sich, so scheint es, in dieser Rolle sehr wohl zu fühlen scheint und die darin auch bereits einige Erfahrung hat. Danke.

Applaus

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Als Nächste Frau Stadtrat Kaltenbrunner.

STADTRAT ANNA KALTENBRUNNER:

Zu Essen auf Rädern, Frau Gemeinderat Liebl, möchte ich ergänzen, daß unsere Menschen in den Pensionistenheimen sehr wohl das Essen auf Rädern Samstag und Sonntag auch bekommen. Leider ist es uns trotz aller Umsicht nicht möglich, für Samstag und Sonntag einen geeigneten Wirt zu bekommen. Sollte Ihnen das möglich sein, dann bitte sagen Sie uns das,

dann werden wir schauen, daß wir Essen auf Rädern auch Samstag und Sonntag bekommen. Zu Ihren Vorhaltungen darf ich sagen, daß sich unser soziales Service wirklich von Jahr zu Jahr, dank der Einsicht der sozialistischen Mandatäre hier im Gemeinderat, erweitert hat. Mit den Sozialhelferinnen muß ich Ihnen sagen, wurde bisher das Auslangen sehr wohl gefunden.

Verehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Alle Jahre um dieselbe Zeit versammeln wir uns hier, um den kommenden Haushaltsvoranschlag zu beraten und zu beschließen. Die Haushaltsdebatte hier im Gemeinderat gibt uns jedes Jahr die Gelegenheit, alle jene Wünsche vorzubringen, die wir Frauen an den Haushalt haben. Wünsche, von denen wir glauben, daß sie ein echtes Anliegen der Bevölkerung dieser Stadt sind.

Als Referentin des Altersheimes bin ich ja Tag für Tag mit den Sorgen und Problemen unserer betagten Mitmenschen konfrontiert. Und ich weiß auch, daß Sie sich, verehrte Damen und Herren des Gemeinderates, doch alle bemühen, unseren Mitmenschen, welche die Hilfe der Öffentlichkeit benötigen, positiv gegenüberzustehen. Sie wissen, daß wir in der Krankenabteilung des Zentralaltersheimes bereits 160 Krankenbetten haben. Mit diesem Angebot ist der Bedarf jedoch nur zur Hälfte gedeckt. 150 Bewerber stehen auf der Warteliste. Steyr braucht dringend eine Anstalt für Langzeit- und Chronischkranke. Unsere räumliche Kapazität im Altersheim ist aber erschöpft. Man hofft nun auf die Einrichtung einer solchen Abteilung im Landeskrankenhaus, wo nach Fertigstellung der neuen Chirurgischen Station im Altbau Raum für Langzeit- und Chronischkranke frei werden würde. In unserem Zentralaltersheim werden derzeit 400 Personen betreut. Von 120 Bediensteten sind allein 40 Schwestern, davon sind 24 für die Versorgung der 160 Pflegefälle eingesetzt. Die zunehmende Nachfrage um Pflegebetten erklärt sich daraus, daß durch die Errichtung der Pensionistenheime, der Sozialhelferinnen und der Zustellung des Essens auf Rädern, die alten Menschen weitgehend versorgt sind, und erst dann in das Altersheim kommen, wenn sie krank und permanent pflegebedürftig sind.

Verehrte Damen und Herren!

In unseren 5 Pensionistenheimen wohnen bereits 300 Menschen. Von Jahr zu Jahr werden sie älter, das Durchschnittsalter liegt bei 80 Jahren. Und wer dort, so wie ich, die Verzweiflung der Menschen kennt, die körperlich nicht mehr in der Lage sind, ihren Aufgaben nachzukommen und dem Alltag hilflos gegenüberstehen, muß wohl zugeben, daß diese Not am größten sich darstellt. Und wir werden uns sehr bald Gedanken machen müssen, wie wir in den Pensionistenheimen dem kranken Menschen, der ohne familiäre Betreuung ist, helfen können. Aus diesem Grund geht meine Bitte an das Land Oberösterreich, auch für Steyr eine "Mobile Krankenschwester" einzustellen. Ich weiß, daß im Bezirk Linz bereits 3 Schwestern tätig sind. Sehr oft müssen wir auf die Stunde kranke alte Menschen von unseren Pensionistenheimen in unsere Krankenabteilung im Altersheim aufnehmen, weil sich niemand findet, der die manchmal komplizierte Therapie oder Diät zu überwachen oder kleine medizinische Eingriffe durchzuführen imstande ist. Bei der ambulanten Tätigkeit würde eine mobile Krankenschwester auch Einblick in die Familiensituation und in die sozialen Hintergründe ihrer Kranken gewinnen und in sozialen Problemen und Härtefällen durch die Verbindung mit unseren Fürsorgestellten helfend eingreifen können. Es liegt leider in der Einstellung der heutigen Gesellschaft, alle Gedanken an Krankheit und Siechtum zu verdrängen und die Sorge um den hilfsbedürftigen Menschen den Gemeinden zu übertragen, die damit wieder eine ursprünglich der Familie zukommende Funktion übernehmen muß. Ich glaube oft sagen zu können, daß es viel zu wenig bedacht wird, in welch vielfältigen Formen unsere Gemeinde beziehungsweise deren Bedienstete dem einzelnen Menschen im täglichen Leben Hilfestellung leistet. Man findet es als selbstverständlich, auf den Schalter zu drücken, um das Licht einzuschalten, Gas zum Kochen zu haben, das Wasser in bester Qualität, daß unsere Autobusse in möglichst kurzen Intervallen verkehren, Straßen und Straßenbeleuchtung vorhanden sind, daß in unseren Kindergärten die Kinder und in unseren Altersheimen die alten Menschen umsorgt werden, daß einem in den Gemeindeämtern bei der Erlangung der notwendigen Dokumente an die Hand gegangen wird und daß mehr Wohnraum geschaffen wird. Diese Dienstleistungen werden oft als so selbstverständlich angesehen und werden den Menschen kaum mehr bewußt. Unserer Gemeinde sind in der heutigen Zeit viele neue Aufgaben erwachsen, die sicher in vielen Fällen oft

schwere Belastungen bedeuten. Die Daseinsvorsorge, die in der modernen Zivilisation Gemeinschaftsaufgabe geworden ist, fällt zum größten Teil wieder der Gemeinde zu. Sie sehen, verehrte Damen und Herren des Gemeinderates, obwohl unsere Sozialen Dienste schon so beispielgebend ausgebaut sind, stellen sich immer wieder neue Sorgen ein. Ich bin aber überzeugt, daß wir auch dieses Problem in unseren Pensionistenheimen mit Hilfe des Landes Oberösterreich lösen werden können.

In diesem Sinne danke ich für Ihre Aufmerksamkeit und erlaube mir, Ihnen allen geruh-same Weihnachten zu wünschen.

Applaus

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke Frau Stadtrat Kaltenbrunner für ihre Wünsche und Beiträge. Ich bitte nun Stadtrat Zöchling.

STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

Werter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates!

Das Budget 1978 ist ein Budget, das eindeutig die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt Steyr bejaht. Die Notwendigkeit von Investitionen kommt bei allen Ansätzen, vor allem aber bei denen des außerordentlichen Haushaltes sehr deutlich zum Ausdruck. Vereint mit der GWG der Stadt Steyr, mit dem Abwasserverband, mit dem noch zu gründenden Müllbeseitigungs- und Trinkwasserverband werden sich Investitionssummen ergeben, wie wir sie in den letzten Jahren noch nie verzeichnet haben. Das muß uns alle mit Stolz erfüllen.

Wir haben aber auch den Sektor der Wohlfahrtspflege nicht vergessen, und das soll besonders hervorgehoben werden. Trotz des Zwanges zur wirtschaftlichen Investition, um die Vollbeschäftigung und die Arbeitsplätze zu sichern, haben wir auch noch Mittel bereitgestellt, um unser Sozialprogramm weiter auszubauen.

Bei unseren älteren Mitbürgern ist die Herausgabe des Seniorenpasses mit einem vergrößerten Angebot auch für 1978 gesichert. Wir werden einen neuen Pensionistenklub in der Sierninger Straße eröffnen und uns darüber Gedanken machen, ob wir auch anderswo noch diese Einrichtungen neu bilden können. Die Urlaubsaktion für unsere älteren Mitbürger hat im heurigen Jahr mit großem Erfolg begonnen und wird nächstes Jahr fortgesetzt werden. Der Seniorenbeirat, eine Einrichtung, die unseren älteren Mitbürgern Gelegenheit gibt, ihre Wünsche zu formulieren und vorzutragen, hat sich bereits wieder neue Aufgaben gesetzt. Das Leben in Steyr soll nicht nur für die im Arbeitsprozeß Tätigen und für die Jugend schöner werden, auch die Älteren sollen einen zufriedenen Lebensabend genießen können.

Für unsere sozial Schwächsten haben wir eine Verbesserung der Unterstützungsaktionen bereits heuer beschlossen und die Mittel auch für 1978 vorgesehen. Beim Kindergartenwesen wurde eine Neuordnung der Tarife nach familienpolitischen Maßnahmen vorgenommen, welche zweifellos auch budgetmäßig ihren Niederschlag gefunden haben. Wir hoffen auch zuversichtlich, daß die Frage eines Kindergartens für den inneren Stadtbereich bald gelöst werden kann. Hier wäre es aber notwendig, daß auch das Land neue Aktivitäten setzt. Gemeinsam könnten wir dann dieses Ziel im Jahre 1978 erreichen. Wir werden auch weiterhin in der Wohlfahrtspflege Verbesserungen und neue Wege suchen. Die vorgesehenen Mittel im Budget geben uns die Möglichkeit dazu.

Es ist sehr bedauerlich, daß die ÖVP-Fraktion jenen Mitteln ihre Zustimmung verweigert, die für unsere älteren Menschen in Steyr, für die Jüngsten unserer Stadt, aber vor allen Dingen für unsere Ärmsten in dieser Stadt zugeordnet sind.

Unser Ziel muß es sein, jedes Kind in Steyr soll einen Kindergartenplatz mit einem angemessenen Tarif bekommen.

Ich kann es nicht glauben, daß die ÖVP durch ihre wahrscheinliche Ablehnung des Vorschlages einem Wählerauftrag nachkommt, sondern ich glaube früher, es wird der Auftrag ihrer Parteizentrale von Wien bzw. Linz gewesen sein.

Applaus

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke Kollegen Zöchling. Der nächste Sprecher ist Gemeinderat Holub, anschließend Gemeinderat Dresl und dann Gemeinderat Mayrhofer.

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Meine Damen und Herren!

Ich weiß, es ist spät und der Appell, sich kurz zu fassen, ist bestimmt nicht ungehört geblieben. An sich ist mein Aufgabenbereich, zu Ihnen über Kulturbelange zu sprechen. Ich hätte ein paar, wie ich glaube, recht schöne Gedanken Ihnen zu sagen über Kulturtreiben in unserer Stadt und möchte das vor allen Dingen beginnen damit, daß ich den Beamten Dank sage für die Art und Weise, wie das Kulturamt der Stadt sich bemüht, Veranstaltungen abzuführen. Mit Recht kann Steyr stolz sein auf eine ganze Reihe von Veranstaltungen am kulturellen Sektor. Wenn Kultur nur das bedeuten würde, daß Veranstaltungen durchgeführt werden, dann wäre aller Grund, die Stellungnahme bei Dank verbleiben zu lassen. Nachdem aber Kultur, wie ich mir hier schon mehrmals erlaubt habe zu bemerken, nicht nur Kunstveranstaltungen beinhaltet, sondern vielmehr bedeutet, nämlich alles, was sich in einer Gemeinschaft abspielt, sie ist nämlich, das habe ich auch schon mehrmals gesagt, die Summe aller Lebensäußerungen. Es geht auch das Kapitel Kultur im Budget wesentlich weiter. Es ist Kultur, Kultus usw. zusammengefaßt. In dieses Kapitel Kultur fällt auch der Schulbau, meine Damen und Herren.

Wir haben uns an sich schon etwas dabei gedacht, wenn Sie es uns auch nicht unterstellen, daß wir denken, wenn wir die Schule im Resthof gefordert haben. Infrastruktur bedeutet das Zurverfügungstellen von allen möglichen Einrichtungen, von Kindergärten, von Schulen. Genau das passiert eben im Resthof nicht. Sie können uns, Herr Bürgermeister, sicherlich sagen, die sinkenden Schülerzahlen in den anderen Schulen. Wir von der ÖVP finden es als inhuman, Schüler zu verfrachten. Wir würden viel eher anregen, machen wir uns doch Gedanken, was man mit den nun entvölkerten Schulen anstellen könnte, in welcher Art und Weise die einer vernünftigen Verwendung zugeführt werden und ersparen wir doch unseren Kindern das Hin- und Hergeschobenwerden. Es ist eine sehr große Gefahr bei dem Eingehen auf die veränderten Schülerzahlen insofern, weil ja angekündigt ist oder ins Haus steht die Auflösung der bestehenden Schulsprengel. Das ist meiner Meinung nach für die Eltern von Schulkindern überhaupt im Grundschulalter etwas sehr Bedenkliches, wenn die Kinder nicht nur den Übergang zur Schulzeit finden müssen, sondern auch noch herausgerissen werden aus den Gemeinschaften, die sich aus den Wohngegenden her entwickeln und damit mit den Problemen der Schule viel schwieriger fertig werden können. Das sage ich nicht so leichthin und das sage ich sicher nicht in demagogischer Absicht, sondern das sage ich als Vater eines Kindes und ich kann es auch ein kleines bisschen beurteilen, weil ich Obmann eines Elternvereines auch zufällig bin.

ZWISCHENRUF BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:

Mein Sohn fährt auch, er fährt leidenschaftlich gerne, muß ich sagen und die Lehrerin mit ihm!

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Dann haben Sie ein Mordsglück. Die Eltern in unserem Elternverein haben jedenfalls keine sehr große Freude damit, wenn diese Gedanken allzu stark um sich greifen.

Außerdem ist eine gewisse Transportgefährdung auch dabei.

Sie schauen auf die Uhr, ich bitte um Entschuldigung, aber verzeihen Sie mir, es liegt mir ganz einfach daran, daß man sich um das Wohl der Kinder ganz besonders kümmert. Wenn man die Mittel, die für diesen Schulbau notwendig sind, tatsächlich nicht hat, dann wissen Sie, was jetzt kommt, der Einwand von mir, dann hätten wir eben die Musikschulförderung voll in Anspruch nehmen müssen. Um diese S 900.000,- läßt sich eine ganze Menge an Projekten entwickeln. Aber ...

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Die Schule kostet S 50 Millionen!

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Aber man könnte es so auch geben, wenn es ohnehin vorhanden ist!

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Erstens hat die Landesstelle, die fördert, bestimmte Förderungsabsichten damit ...

GEMEINDERAT ERNST FUCHS:

Alles unter die Landespatronanz zu bringen!

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Ich habe ausdrücklich gesagt, Förderungsabsichten!

Verschiedene Zwischenrufe

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Wir können jetzt ohne weiteres, ich bin darauf vorbereitet, wir können ohne weiteres die Diskussion von neulich durchaus wieder abführen, nur halte ich jetzt nichts davon um diese Tageszeit. Wir kennen unsere gegenseitigen Argumente. Sie sind offenbar nicht bereit einzusehen, daß hier keine Personalpolitik, in Ihrem Sinne offenbar Personalpolitik, betrieben wird, sondern daß es ganz einfach zwei verschiedene Gesichtspunkte von Förderungsmöglichkeiten gibt. Es sind überhaupt sehr eigenartige Einstellungen heute zum Ausdruck gekommen. Wenn wir so wie es heute im Beitrag geheißen hat bei der Dukartstraße, eine eigene Meinung gehabt haben, so war das durchaus sinnvoll, glaube ich. Wenn wir nämlich nicht gesagt hätten, bitte baut das nicht, so überlegt doch das, dann glaube ich kaum, wäre die Steyrer Firma, die jetzt den endgültigen Entwurf gemacht hat, von sich aus zu Ihnen gekommen und hätte gesagt, gut, wir planen das um, wir bringen Euch andere Vorschläge. Die Konzeption, die uns hier vorgestellt wurde ...

Verschiedene Zwischenrufe

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

... im Rahmen einer Informationssitzung des Gemeinderates und ich denke, Sie erinnern sich alle daran. Die haben alle ganz anders ausgeschaut als diese Lösung jetzt. Wenn nicht Einsprüche gekommen wären, so unterstelle ich, wäre das nicht geworden. Um Gottes Willen, man wird doch noch das Recht haben zu sagen, daß man mit etwas nicht einverstanden ist, ohne deshalb gleich in den Ruf der mangelnden Kooperationsbereitschaft zu kommen. Kooperieren, so denke ich, ist nämlich etwas Zweiseitiges. Kooperieren funktioniert nicht so, daß einer anschafft und einer gehorcht, sondern kooperieren funktioniert so, daß auch Mehrheiten sich die Meinung von Minderheiten sagen lassen. Ohne Minderheiten dann deshalb aller möglichen und unmöglichen Einstellungen zu bezichtigen.

Der Abenteuerspielplatz, der Gegenstand unserer Vorschläge war, die von Ihnen verworfen wurden, im Bereich der Steyr-Niederungen deshalb so großzügig im Ausdruck, weil man Gelegenheit geben wollte, das gemeinsam zu besprechen. Wenn Sie der Ansicht sind, daß man gemeinsam etwas bespricht mit den Worten, nein, das tun wir nicht, dann ist das Ihre Ansicht. Ich teile sie nur nicht, das erlauben Sie mir bitte.

Ich finde das Fehlen eines Verkehrskonzeptes z. B. durchaus schwerwiegend in der Stadt. Es war erfreulich zu hören, daß man jetzt darangeht, das vorzubereiten. Dem Vernehmen nach ist das bereits in der Verhandlungsphase.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Herr Gemeinderat ein Zwischenruf. Es war immer von mir behauptet, daß während des Brückenbaues diese Planung einer Verkehrslösung eingesetzt wird. Das ist geschehen.

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Nur haben wir leider Gottes dabei in Richtung Sanierung der betroffenen Stadtteile mittlerweile ein Jahr verloren, das man ohne weiteres ...

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Eine Sanierung in Ihrem Sinne ist erst möglich, wenn die neuen Brücken befahrbar sind. Das ist in Planung, mehr kann ich nicht sagen dazu.

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Nur sollte man sich über das Weiterverbleiben der Stadtteile, die absolut sanierungs- und revitalisierungsbedürftig sind, grundsätzlich Gedanken machen. Einer dieser Gedanken ist ein Verkehrskonzept. Ich gebe Ihnen sicherlich recht, es ist nicht das Vordringlichste. Darum haben wir auch Mittel gefordert, ein umfassendes Stadtsanierungskonzept zu errichten. Wir haben aber dabei sehr vage Beträge eingesetzt, die da kritisiert wurden. Nachdem es keine Kostenvoranschläge gibt, was so etwas kosten kann, meine Damen und Herren, kann man lediglich sagen, versuchen wir, so etwas ins Leben zu rufen. Das ist doch nichts Verwerfliches. Wenn Sie denken, was in Steyrdorf konkret alles passiert und was passiert mit dem Wehrgraben? Das Einzige, daß sich das Bundesministerium momentan noch damit auseinandersetzt. Wir sind der Ansicht, es wäre auch Aufgabe der Stadt, sich um die betroffenen Stadtteile zu kümmern. Sie haben gesagt, nein, das tun wir nicht. Das ist das Neinsagen!

Sie haben gesagt nein, wir nehmen da nichts im Budget auf. Dann wundern Sie sich, wenn wir nein sagen dazu.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Daß wir uns nicht kümmern, Herr Gemeinderat, das möchte ich schon in Abrede stellen. Ist Ihr Beitrag am Ende? Danke.

Wir kommen zum nächsten Debattenredner, das ist Gemeinderat Dresl. In Vormerkung Gemeinderat Mayrhofer.

GEMEINDERAT VINZENZ DRESL:

Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Mein Beitrag richtet sich sehr nach den Empfehlungen unseres Bürgermeisters. Ich möchte in der Reihenfolge beginnen.

Der Herr Kollege Watzenböck hat geglaubt oder ist der Meinung, ich sei falsch informiert über die Aussagen bezüglich der Lehrlinge, die ich hier gemacht habe. Herr Gemeinderat, ich muß Ihnen versichern, Kammerrat sind Sie auch Ihrer Organisation, meine Weisheit beziehe ich einerseits aus den Kammernachrichten aus dem Oktober, wo ein aufschlußreicher Artikel steht, den ich Ihnen empfehlen würde zu lesen, dann sind Sie darüber informiert, was die Kammer da geschrieben hat. Und zwar hat die festgestellt, daß sie für Oberösterreich bekanntgeben darf, daß sich alle zuständigen Gremien, so sinngemäß, bemüht haben, daß alle Lehrlinge, die heuer schulentlassen wurden, bis zum Oktober untergebracht wurden. Vielleicht liegt es an der langen Sitzung, die wir haben. Ich habe auf einen Zwischenruf von Herrn Kollegen Fuchs geantwortet, wo er sagte, aber die höheren Schulen, dort haben wir Schwierigkeiten. Das habe ich auch zugegeben. Also vielleicht dieselbe Bitte an Sie wie an Herrn Stadtrat Wallner vorhin, ein bisserl mehr Aufmerksamkeit, wenn man die Beiträge liefert ...

GEMEINDERAT ALFRED WATZENBÖCK:

Sie haben gesagt, wir werden demnächst Schwierigkeiten haben mit diesen Abgängern. Wir haben sie heuer schon. Es kommt nächstes Jahr haben Sie gesagt.

GEMEINDERAT VINZENZ DRESL:

Habe ich aber zugegeben.

GEMEINDERAT ALFRED WATZENBÖCK:

Heuer schon!

GEMEINDERAT VINZENZ DRESL:

Den Punkt habe ich ja zugegeben!

GEMEINDERAT ALFRED WATZENBÖCK:

Daß es nächstes Jahr wird, haben Sie gesagt!

GEMEINDERAT VINZENZ DRESL:

Da müssen wir dann das Protokoll lesen, lieber Herr Kollege.

Aber mein Beitrag richtet sich ursprünglich zu den Ausführungen der Frau Gemeinderat Liebl. Sie bezeichnet die Stellungnahme des Landesrates Reichl in der zitierten Zeitung als infam.

Liebe Frau Gemeinderat, da muß ich Sie doch aufmerksam machen, daß Sie an einem Notstand leiden, und zwar an einem Informationsnotstand. Es stimmt, da haben Sie recht, aber nur zum Teil, daß der FM-Auftrag für Militärwaffen in den Steyr-Werken ausgelaufen ist. Aber das war ja allgemein bekannt. Aus Gründen, die in Belgien gelegen sind, die dort eine ziemlich hohe Arbeitslosenrate gehabt haben, die die Arbeiten im eigenen Land produzieren wollten. Das ist ein legitimes Recht jeden Landes. Das kann man ja sagen. Die Aufträge sind zum Teil jetzt wieder nach Steyr gekommen, dank der Qualitätsarbeit der Beschäftigten der Steyr-Werke. Die sind nicht in der Lage, so meine Informationen, die Arbeit mit der Präzision auszuführen, die jedenfalls verlangt wird. Da reden Sie von infamer Propaganda. Darf ich Sie erinnern, liebe Frau Gemeinderat Liebl, was war vor nicht gar zu langer Zeit in den Blättern der ÖVP bezüglich der Weichselbaumer Affäre zu lesen? Da sind Arbeitsplätze heute noch nicht besetzt auf Grund dieser Äußerungen ...

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER KARL FRITSCH:

Weil der inhaftiert ist!

GEMEINDERAT VINZENZ DRESL:

Meine lieben Herren der ÖVP, was glauben Sie denn, Tunesien und die ganzen Oststaaten oder nahen Oststaaten, muß ich sagen, Entschuldigen Sie, Herr Gemeinderat Treml, naher Osten, das gehört dazu. Was glauben Sie, ...

Verschiedene Zwischenrufe

GEMEINDERAT VINZENZ DRESL:

... wenn dort im Parlament und in jeder Zeitung steht, wieviele Panzer Österreich liefert, wieviele Pinzgauer Österreich liefert und vor allem die Präzisionswaffen, die in Steyr erzeugt werden. Stückweise wurden sie angeführt, die in diese Länder geliefert wurden. Das hat Auswirkungen. Diese Aufträge wurden storniert. Jetzt haben sie wieder ein bißchen einen Informationsstoß erhalten und ich hoffe, daß es das nächste Mal besser geht.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER KARL FRITSCH:

Gelächter

Wie Paulchen Panther, wir kommen wieder ohne Frage!

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Als nächster Debattenredner Gemeinderat Mayrhofer. Anschließend Gemeinderat Köhler, Bürgermeister Fritsch und Bürgermeister Schwarz.

GEMEINDERAT ERICH MAYRHOFER:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich bitte Sie, wieder etwas zur Ruhe zurückzukehren. Der nächste Sprecher ist am Wort.

GEMEINDERAT ERICH MAYRHOFER:

Als Wirtschaftstreibender und Funktionär einer Vertretung der Selbständigen richte ich natürlicherweise mein Augenmerk im besonderen Maße auf die Probleme, die meine Be-

rufskollegen betreffen. Dazu gehört natürlich auch die Förderungsrichtlinie für die Kleingewerbetreibenden. Wenn Stadtrat Wallner sagt, daß wir es als Fehler ansehen sollen oder diesen Fehler einsehen sollen, daß diese Förderungsrichtlinien geschaffen wurden, dann kann ich nur eines sagen, am 1. 3., wenn Sie sich erinnern, am 1. 3. 1977 wurden diese Förderungsrichtlinien für die Kleingewerbetreibenden der Stadt Steyr erstmals geschaffen und ich sehe da wirklich keinen Fehler, daß so etwas zustande gekommen ist.

STADTRAT MANFRED WALLNER:

Wie sie geschaffen wurden, habe ich gesagt!

GEMEINDERAT ERICH MAYRHOFER:

Wenn diese Förderungsrichtlinien von Landesrat Trauner begutachtet worden sind und als durchaus praktikabel bezeichnet worden sind, dann sagt das auch etwas für sich. Am 1. 3., wie ich schon gesagt habe, habe ich bei der Beschlußfassung dieser Förderungsrichtlinien auch dahingehend versprochen, daß, wenn es notwendig ist und wenn es die Praxis erweist, wir sehr wohl Änderungen vornehmen werden. Ich habe mich auch und das kann ich Ihnen versichern, eingehend darüber laufend informiert und wie schon Herr Bürgermeister angezogen hat und auch mein Zwischenruf hat das ergeben, sind wir bereits dabei, diese Förderungen neu zu überarbeiten bzw. neu zu beraten. Wenn Sie sagen, man hätte den Selbständigen ein Weihnachtsgeschenk machen können, wenn wir heute eine Änderung gebracht hätten, dann muß ich etwas aus der Praxis sprechen. Der Monat Dezember ist eigentlich das Hauptgeschäft, also der Weihnachtsmonat, der Selbständigen, da werden sie sehr wohl sehr wenig Zeit haben, sich um Förderungen, Umbauten etc. zu kümmern. Das wäre vielleicht möglich, daß Kammerangestellte, nachdem der Verkehr der Selbständigen nachläßt, etwas mehr Zeit für solche Sachen finden.

Gelächter

STADTRAT MANFRED WALLNER:

Ab 1. Jänner hätte ich schon ansuchen können auf Grund der neuen Richtlinien. Sind schon geändert.

GEMEINDERAT ERICH MAYRHOFER:

Ich möchte aber auch ...

Im Jänner werden die ja kommen. Da haben Sie dann Zeit, das zu machen, nicht rückwirkend.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER KARL FRITSCH:

Dann kommen sie erst Ende Jänner!

GEMEINDERAT ERICH MAYRHOFER:

Ich möchte aber hier, wie schon einmal zitiert, keinen Vaterschaftsprozess anstrengen. Aber nicht nur der Wirtschaftsbund allein, sondern der Freie Wirtschaftsverband, das muß ich ganz offen sagen, hat am 2. 3., einen Tag nachdem diese Förderungen hier in diesem Haus beschlossen wurden, hat der Wirtschaftsverband auch sämtliche Gewerbetreibenden und Selbständigen in Steyr angeschrieben und davon unterrichtet und auszugsweise diese Richtlinien gebracht. Nicht nur der Wirtschaftsbund, also auch wir. Das darf ich dazu sagen.

Gewerbehöfe sind ebenfalls heute schon sehr häufig angezogen worden. Ich möchte aber noch etwas dazu sagen. Wenn Bürgermeister-Stellvertreter Fritsch als Pressesprecher der ÖVP auf die ...

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER KARL FRITSCH:

Bin ich ja gar nicht!

GEMEINDERAT ERICH MAYRHOFER:

... - ich fasse es so auf, nachdem Sie persönlich in der Zeitung zitiert waren - in der

Zeitung kundtun, daß Gewerbehöfe in Steyr nach dem Muster wie in Linz etabliert werden sollen und Sie dafür eintreten, dann muß ich sagen, dann gibt es eigentlich Differenzen zwischen der Aussage von Ihrem Kollegen Wallner, der hat da anders vorher gesprochen, wie wir gehört haben und da muß ich ganz ehrlich sagen, ich würde, wenn ich z. B. über schulische Fragen, Sachfragen, sprechen müßte, mich in der Hinsicht etwas besser informieren.

Zu den Gewerbehöfen aber an sich noch. Stadtrat Wallner hat gesagt und das Modell vorgelegt, daß es die Gemeinde machen sollte, vorweg Grund zur Verfügung zu stellen, Möglichkeiten schaffen könnte, daß jemand Neugründungen anstrebt oder macht. Ein gewisses Risiko oder Risikofreudigkeit muß jeder Selbständige bringen. Das steht außer Zweifel. Wenn man es so leicht macht, wie hier angeklungen ist, so habe ich es zumindest verstanden, daß man auf Jahre hinaus sämtliche Sachen stundet und wenn es schief gehen sollte, kann dieser einzelne Gewerbetreibende immer wieder sagen, so ich sperre zu, ich habe bis jetzt noch nichts investiert, ich brauche nichts.

Verschiedene Zwischenrufe

GEMEINDERAT ERICH MAYRHOFER:

Darüberhinaus wissen wir doch ganz genau, daß die Stadt Steyr Gewerbegründe zu sehr günstigen Preisen zur Verfügung stellt. Ich weiß nicht, wenn wir dieses Thema so weiter fortsetzen und ich habe bisher noch nie etwas davon gehört, ob die Kammer z. B. die Einverleibungsgebühren bei Neugründungen auf Jahre stundet. Davon habe ich bis jetzt noch nichts gehört. Das muß ich auch ganz ehrlich sagen.

STADTRAT MANFRED WALLNER:

Stehen Dir die Unterlagen zur Verfügung, wieviel Ermäßigungen gewährt werden?

GEMEINDERAT ERICH MAYRHOFER:

Ermäßigungen, Stundung bzw. Nachlaß ist wieder eine andere Sache.

STADTRAT MANFRED WALLNER:

Unverständlicher Zwischenruf.

GEMEINDERAT ERICH MAYRHOFER:

Das möchte ich zu diesen Sachen angeführt haben. Ich weiß aber auch und das sage ich auch ganz offen, daß die Wirtschaftsförderung sicherlich noch ausgebaut werden kann und auch ausgebaut werden muß. Ich bringe aber auch sonst in meiner Fraktion sehr oft und sehr häufig Anregungen, die der gesamten gewerblichen Wirtschaft zugute kommen. Fassen Sie das bitte nicht als Beweihräucherung meiner Person auf. Man kann aber die Wirtschaftsförderung einer Stadt nicht nach einigen Budgetposten beurteilen, denn sehr viel geschieht im Interesse der Geschäftswelt auf anderen Gebieten, die eben ansatzmäßig entweder dem Bau-, oder Liegenschafts- oder sonstigem Referat zugeteilt sind. Denken Sie doch z. B., wie ich schon zuerst angeführt habe, an den Verkauf von Gewerbebegründstücken, die zu äußerst günstigen Preisen abgegeben werden. Man könnte sehr vieles aufzählen, was der Geschäftswelt dient. Da Sie aber alle sehr gut darüber Bescheid wissen und informiert sind, darf ich mir das heute in Anbetracht der fortgeschrittenen Stimmung ersparen. Erlassen Sie mir das bitte.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER KARL FRITSCH:

Stimmung?

GEMEINDERAT ERICH MAYRHOFER:

Ja Zeit.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Die Stimmung ist ja auch nicht so schlecht.

GEMEINDERAT ERICH MAYRHOFER:

Aber auch der Flächenwidmungsplan, den wir heute beschlossen haben, setzt ebenfalls Akzente für die künftige wirtschaftliche Entwicklung unserer Stadt. Es gibt also eine Reihe von Maßnahmen, die direkt oder indirekt meiner Berufsgruppe zugute kommen. Sicher kann dieses Problem nicht allein die Stadt bewältigen, sie versichert sich daher der Hilfe des Bundes und des Landes. Sie hat – und das muß ich als sozialistischer Politiker einmal ganz klar aussprechen und auch zugeben – im Wirtschaftsreferenten des Landes Oberösterreich, Landesrat Trauner, einen sehr verständnisvollen Partner gefunden. Bürgermeister Weiss bestätigt dies auch bei allen offiziellen und inoffiziellen Anlässen, sodaß dies durchaus kein Geheimnis ist. Nun aber wurde in der Sozialistischen Fraktion über die letzten Verhandlungen mit Landesrat Trauner etwas berichtet, was dem Gemeinderat und ich wiederhole mich trotz der späten Stunde, nicht vorenthalten werden soll –

Das mit Herrn Landesrat Trauner ausgehandelte Wirtschaftsförderungsprogramm für die Stadt Steyr läuft mit Ende des Jahres 1977, wie Sie wissen, meine Damen und Herren, aus. Es wurde daher vereinbart, daß bei der Eröffnung der Steyrer Gewerbeausstellung im Herbst dieses Jahres über die künftigen Maßnahmen zielführende Verhandlungen mit Landesrat Trauner zu führen sind. Er war damit einverstanden und als Besprechungsort wurde die Firma Impex in der Ennser Straße gewählt, die bei dieser Gelegenheit gleichzeitig besichtigt wurde. Durch ein Versehen des Amtes und auch das muß man einmal ganz offen zugeben, Fehler können nämlich überall passieren, wurde es verabsäumt, die beiden Bürgermeister-Stellvertreter, nämlich die Herren Schwarz und Fritsch, zu dieser Besprechung rechtzeitig einzuladen. An dieser Besprechung nahmen neben Landesrat Trauner und dem Bürgermeister noch leitende Beamte des Magistrates teil. Als bemerkt wurde, daß eine Einladung an die beiden Bürgermeister-Stellvertreter nicht rechtzeitig erfolgt ist, wurden diese unmittelbar vor der Besprechung im Anschluß an das Mittagessen im Taborrestaurant mündlich gebeten, an den Verhandlungen teilzunehmen und damit das Übersehen zu entschuldigen. Bürgermeister-Stellvertreter Schwarz hat dies selbstverständlich getan, schon im Hinblick auf die Bedeutung für die wirtschaftliche Förderung der Stadt Steyr in den nächsten Jahren. Unverständlicherweise hat sich jedoch Bürgermeister-Stellvertreter Fritsch geweigert, der so kurzfristig angesetzten Einladung Folge zu leisten.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER KARL FRITSCH:

Das sind Ihre eigenen

GEMEINDERAT ERICH MAYRHOFER:

Er hat an den Verhandlungen nicht teilgenommen. Ich darf aber den Gemeinderat beruhigen, auch ohne Bürgermeister-Stellvertreter Fritsch konnten diese Verhandlungen mit Landesrat Trauner überaus erfolgreich abgeschlossen werden. Er sicherte der Stadt für die nächsten zwei Jahre, nämlich für 1978 und 1979 wieder sehr umfangreiche wirtschaftsfördernde Investitionen zu.

Für mich aber als Gewerbetreibender erhebt sich die Frage, was ist wichtiger, persönliche Verärgerung durch zugegebenermaßen übersehene und verspätet vorgebrachte Einladung zu dieser Aussprache oder gute Miene zum bösen Spiel zu machen und im Interesse der Steyrer Wirtschaftstreibenden trotzdem an solchen wichtigen Besprechungen teilzunehmen? Selbstverständlich würde ich da meine Verärgerungen amtsintern kundtun. Als Bürgermeister-Stellvertreter und als Fraktionsobmann der ÖVP, die sich sehr gerne zum Sprecher für wirtschaftliche Belange macht, wie wir heute bereits sehr oft gehört haben, würde ich mich einem solchen Vorwurf nicht aussetzen. Hier muß eben das Persönliche vor den gemeinsamen Interessen zurückstehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates!

Waren es vielleicht ähnliche persönliche Motive einzelner Mandatäre der ÖVP, daß sie dem gesamten Budget 1978 nicht zustimmen? Wenn man so leichtfertig auf eine Mitwirkung bei einer so wichtigen wirtschaftlichen Besprechung verzichtet, so läßt einem dies zu diesem Schluß kommen. Sollte dies aber der Fall sein, geht die ÖVP-Fraktion hier einen falschen Weg. Wir, die Wirtschaftstreibenden von Steyr, brauchen aktive Vertreter unserer Interessen und nicht Gemeindemandatäre, die nach persönlichen und parteipolitischen Betätigungen suchen.

Ich danke daher dem Gemeinderat, daß er unabhängig von dem Nein der ÖVP diesem Budgetentwurf, der auch für die Wirtschaft sehr interessante Vorhaben aufweist, die Zustimmung gibt.

Applaus

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Nächster Sprecher Gemeinderat Köhler.

GEMEINDERAT WALTER KÖHLER:
Werte Damen und Herren!
Rasch noch einmal zur Schule. Jahr für Jahr die Kritik des Kollegen Fritsch am Präliminar für die Lehr- und Lernmittel unserer Schulen veranlaßt mich, dazu kurz Stellung zu nehmen. Es hätte sonst den Anschein, als wäre seine lautstark vorgebrachte Kritik berechtigt.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER KARL FRITSCH:
Du wirst es salbungsvoll auf jeden Fall widerlegen!

GEMEINDERAT WALTER KÖHLER:
Unbestritten ist die gute Grundausstattung der Steyrer Pflichtschulen, die vielfach weit über dem Landesdurchschnitt steht. Die Schulen würden und werden außerdem laufend mit Lehr- und Lernmittel ausgestattet, die vom pädagogischen Standpunkt erforderlich sind. Es gibt in dieser Hinsicht keine wie immer gearteten Kürzungen. Der durch die Koedukation entstandene Mehrbedarf konnte auch weitgehendst gedeckt werden. Aus dieser Voranschlagspost wird auch das Material für den Knabenhandarbeitsunterricht bezahlt. Bezahlt wird außerdem das Kochmaterial, Bücher, Kassetten für die Klassenbüchereien, Küchengeräte, Haushaltsgeräte, Bücher für die Lehrer- und Schülerbüchereien, Vervielfältigungsmaterial usw. Finanziert wird entgegenkommenderweise auch Material für die Hand der Lehrer, wie Kugelschreiber, Radiergummi, Schreibblöcke usw. Bekannt ist auch, daß das gute Verhältnis zwischen den Schulen und dem Schulamtsleiter Herrn Schmoll besteht. Die Wünsche der Lehrer werden weitgehendst großzügig erfüllt. Wie unsere Gemeinde zur Schule steht, zeigt wohl am besten die Ganztagschule auf der Ennsleite. Hier wird mit diesem Schulmodell, das der Gemeinde über eine halbe Million kosten wird, den Schülern und ihren Eltern ein echter Dienst erwiesen. Wir Sozialisten arbeiten eben und machen, um mich schulisch auszudrücken, weniger Redeübungen als die anderen.
Noch einmal kurz zu den zitierten Overhead-Projektoren. Da wäre festzustellen, daß bereits einige von der Gemeinde gekauft wurden und daß der Ankauf weiterer Apparate bevorsteht. Jedenfalls hat jeder Schulkomplex in Steyr einen derartigen Overhead-Projektor und auch die Schule, in der Kollege Fritsch Direktor ist, hat meines Wissens einen derartigen Apparat zur Verfügung. Daß übrigens nicht alle Lehrer mit einem solchen Apparat arbeiten wollen und können, sei schließlich auch vermerkt.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER KARL FRITSCH:
Du hast eine schöne Meinung von Deinen Kollegen!

GEMEINDERAT WALTER KÖHLER:
Die Qualität eines Unterrichts ist schließlich nicht von diesem Projektor allein abhängig. Danke.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Danke für diesen Beitrag. Als nächster Sprecher Bürgermeister-Stellvertreter Fritsch.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER KARL FRITSCH:
Meine Damen und Herren des Gemeinderates!
In Anbetracht der vielen bisherigen Erklärungen würde eine Replik erstens einmal unbedingt notwendig sein und sicherlich auch mehr als die vor gesehene Redezeit – ich hoffe, daß ich sie einhalten kann – beinhalten.

Es ist aber nur eines dabei zu überlegen, die Vielfalt der Argumente, die heute gebracht wurde, gebietet logischerweise eine Vielfalt von Gegenargumenten. Man könnte über jedes einzelne Problem, ich möchte übertrieben sagen, fast stundenlang reden. Allerdings würde das unter Umständen abgekürzt werden, wenn verschiedene Einsichten verzeihenbar wären. Ich beschränke mich in der Zusammenfassung der gesamten Debatte oder Demagogiebeiträge auf einige wesentliche Punkte.

Ich darf vielleicht beginnen nicht beim Kollegen Köhler. Sein Beitrag ist sicherlich nicht von einem Overhead-Projektor geleitet worden, sondern sein Beitrag ist auf eine Parteilinienauftragslinie zurückzuführen. Ich hoffe, daß Du das entsprechende Licht entsprechend weiterleuchten lassen wirst. Ich beschäftige mich mit der persönlichen Feststellung des Kollegen Mayrhofer und dem sei eines, meine sehr geehrten Damen und Herren, vorausgeschickt. Wir in unserer Fraktion haben uns bemüht, haben uns besprochen und abgesprochen, in den heutigen Debatten, die sicherlich vom Inhalt her etwas differenzierend sind, nur zur Sache zu reden, aber keine persönlichen Probleme, persönlichen Angriffe oder sonst etwas in den Raum zu stellen. Das, meine Damen und Herren, darf ich feststellen, haben wir, das heißt die Sprecher der Fraktion der ÖVP, auch eingehalten.

Ihnen, meine Damen und Herren, Entschuldigung in dem Fall nur meine Herren, der Fraktion der Sozialistischen Partei, ist es anheimgestellt gewesen, persönliche Argumente in den Raum zu stellen. Hier beginne ich gleich bei der Erklärung des Herrn Kollegen Mayrhofer. Es ist sein gutes Recht, ab und zu auch einen Denkprozeß einzuschalten. Vielleicht ist bei dieser Denkweise, Herr Kollege Mayrhofer, einmal keine Unterstellung dabei. Aber konkret auf die Angelegenheit angesprochen, daß ich kein Interesse für die Wirtschaftsprobleme der Stadt Steyr hätte, da muß ich diesen Vorwurf, der von Ihnen hier erhoben wurde, ...

GEMEINDERAT ERICH MAYRHOFER:
Dem Anschein nach ja!

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER KARL FRITSCH:
Herr Kollege, unter Umständen schauen Sie in Ihrem Konzept nach, das Ihnen vorbereitet wurde, dann lesen Sie wieder nach, was Sie gesagt haben. Aber eines, Herr Kollege, würde ich ...

STADTRAT RUDOLF FÜRST:
Das ist Widersinn, das ist eine Infamie, Kollege Fritsch!

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER KARL FRITSCH:
Das Wort ist schon einmal heute gesagt worden. Ich möchte festhalten und hier bitte ich nicht böse zu sein, wenn ich auch den Namen sage. Es war nach der offiziellen Eröffnung der Ausstellung Steyrs, als man am Tabor beisammen saß und einer der hier Anwesenden, im Raum sich befindlichen Beamten, zu mir sagte, kommst Du mit zu Impex? Ich fragte, was gibt es da, da hat es geheißen, mit dem Trauner ist etwas. Meine sehr geehrten Damen und Herren, das war die einzige Einladung, ja mit dem Trauner ist etwas. Das war die einzige Erklärung über den Grund des Zusammenseins. Aber in solchen Angelegenheiten, meine Herren, wollen Sie mir unter Umständen gewisse persönliche Entscheidungsfreiheit beibehalten, aber nicht gleichzeitig ...

GEMEINDERAT ERICH MAYRHOFER:
Mir ist das anders berichtet worden!

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER KARL FRITSCH:
... damit in Verbindung zu bringen Ihren Gedankengang, keine wirtschaftlichen Interessen vertreten bzw. haben zu wollen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Zwischenruf. Es war ein persönlicher Auftrag von mir an die Magistratsdirektion, Dich davon in Kenntnis zu setzen. Das ist auch dort geschehen.

Kollege Wallner hat sich entschuldigen müssen, wurde mir gesagt, weil er bei der Ausstellung anwesend sein muß.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER KARL FRITSCH:

Jetzt müßte ich fragen, ob das eine ad hoc-Einladung war, aber dann müßten wir uns nicht weiß Gott welche Formgebühren bzw. Formarten sondern über die gesamte Art unter Umständen unterhalten.

GEMEINDERAT ALFRED BAUMANN:

Mit dem Trauner hat er keine Freude!

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER KARL FRITSCH:

Jetzt, meine Damen und Herren, darf ich vielleicht doch auf etwas zurückkommen. Ich habe gesagt, es gäbe weiß Gott wieviele Erklärungen abzugeben und Repliken zu machen.

Ich habe versucht, vieles davon zu streichen. Persönliche Angriffe, auch wie sie am Anfang bereits Herr Bürgermeister Weiss zu starten begonnen hat, halte ich nicht für zweckmäßig und auch nicht für zielführend.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Da freue ich mich aber!

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER KARL FRITSCH:

Aber ein persönlicher Angriff, insofern auch nicht an mich allein, sondern an meine Fraktion, durch die Darlegungen des Herrn Kollegen Manetsgruber, veranlassen mich, doch dazu einiges festzustellen. Es sind durch die Erklärungen von Herrn Bürgermeister Weiss, aber noch viel viel mehr durch Kollegen Manetsgruber und durch weitere Sprecher ist zum Ausdruck gekommen, daß Ihr, die böse ÖVP, jetzt, wenn Ihr dem und weil Ihr dem Budget nicht zustimmt, im Jahre 1978 Dementsprechendes zu erwarten habt.

Ich glaube, Kollege Manetsgruber, und hier ist wiederum mit einem Sprichwort zu operieren, daß das in erster Linie Ihr und vielleicht aber auch die Meinung Ihrer Fraktion war, das heißt, willst Du nicht mein Bruder sein, dann schlag ich Dir den Schädel ein. So hat das aus diesen Ihren Erklärungen ...

GEMEINDERAT JOHANN MANETSGRUBER:

Die Sozialisten haben das noch nie gemacht!

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER KARL FRITSCH:

... herausgeklungen, Herr Kollege Manetsgruber. Ich werde jetzt vielleicht darauf plädieren. Er hat sich bemüht, mit den Budgetvorschlägen der ÖVP sich zu beschäftigen. Aber ich bin fast davon überzeugt, daß er das erst nachher getan hat, nachdem er erfahren hat, die ÖVP lehnt das Budget ab. Wenn Sie darauf eingegangen sind, daß wir nicht alle Vorschläge beziffert haben, dann mögen Sie bitte auch die entsprechende Präambel lesen. Erstens ist uns der Kostenrahmen, entschuldigen Sie den Versprecher, Kostenrahmen nicht bekannt gewesen, auch Ihnen wahrscheinlich noch nicht im vollen Umfang und zweitens haben wir damit noch entsprechenden Spielraum für Verhandlungsmöglichkeiten schaffen wollen, um nicht entsprechend genau dotiert die Ziffern einzusetzen, daß es unter Umständen dann heißt, Ihr, die ÖVP, habt gefordert von mir aus 100.000 und wir haben Euch nur 50.000 zugestanden. Also seid Ihr wieder mit Eurer Forderung nicht durchgedrungen.

Im Sinne einer echten Kooperationsbereitschaft, im Sinne einer echten Zusammenarbeit, wie es immer dokumentiert worden ist, wäre es unter Umständen leicht gewesen, sich auf der Basis der Kompromisse und da ist letztlich immer ein Zusammenarbeiten zu finden, wenn man dazu die Bereitschaft gehabt hätte.

Ich komme aber auf noch etwas zurück, was ich auch noch feststellen möchte. Es sei mir vielleicht – Herr Kollege Weiss macht des öfteren auch so scherzhafte Bemerkungen – auch mir eine gestattet. Er hat sich in seinen Äußerungen und auch in der Aussendung im Tagblatt geäußert, daß das erste Mal das Budget der Stadt Steyr die halbe Milliardengrenze

überschritten hatt. Bitte nur nachzulesen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Überschreiten wird, ist dort drinnen gestanden!

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER KARL FRITSCH:
Überschreiten wird, bitte nur nachzulesen im Protokoll der Budgetsitzung am 16. 12. 1976 auf Seite 414, wo sich der Finanzreferent Stadtrat Fürst damit beschäftigt hat und bereits dort die Feststellung getroffen hat, daß dazumals bereits das Budget S 514 Mill., also auch die halbe Milliarde erreichte bzw. überschritten hat.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Sehr wichtiger Hinweis!

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER KARL FRITSCH:
In dem Fall sind auch mir solche scherzhaften Beiträge, glaube ich, doch gestattet. Jetzt aber noch zu ein paar Ausführungen von Kollegen Wippersberger. Auch hier ging er von der Voraussetzung aus, die er meinte darlegen zu müssen, die ÖVP ist sich der Tragweite der Ablehnung eines Budgets nicht bewußt bzw. hat sie nicht erfaßt. Kollege Wippersberger, glaube mir und das gilt gleichzeitig für alle anderen anwesenden Mitglieder der Sozialistischen GR-Fraktion, daß wir wohl reiflich und lange überlegt haben, wie die Stellungnahme zum Budget erfolgen wird. Daß wir uns der Tragweite einer Ablehnung wohl bewußt waren, dessen dürfen Sie sicher sein. Nur wenn Sie uns jetzt wieder beginnen zu unterstellen, die ÖVP ist gegen Maßnahmen auf dem Gebiet des Sozialwesens, auf dem Gebiete des Kindergartenwesens, die ÖVP ist gegen Maßnahmen auf dem Gebiete des Wohnwesens usw., dann würde ich bitten, doch darauf hinzuhören, daß bereits in meinen Eingangserklärungen ich feststellte, daß wir viele Ansatzposten bejahen und begrüßen und auch bei der entsprechenden Beschlußfassung unsere Zustimmung diesen Ansatzposten geben. Es ist also nicht feststellbar. Es sei denn, man hat demagogische Absichten, daß die ÖVP gegen alles und jedes ist, was nun heute für die Stadt entschieden werden wird.

Noch etwas und ich glaube, ich bin es schuldig, Ihnen noch eine Aufklärung zu geben. Auf die angezogene Kehrtwendung meiner Fraktion im Bezug auf zu errichtendes Großkaufhaus, gleichzeitig einbezogen die Meinung in der Gemeinderatsitzung am 14. 6., möge hier eindeutig klipp und klar festgestellt werden, die Zustimmung meiner Fraktion dazumals begründete sich auf bestehende Fakten, begründete sich auf bestehenden Gesetzen, die allerdings und wie uns erst nachher bekannt wurde, nicht vollinhaltlich stichhaltig waren und das möge als Erhärtung auch herangezogen werden, daß trotz der Ausnahmegenehmigung des Gemeinderates, dazumals beschlossen in der Angelegenheit Großkaufhaus Weindl, kein Baubescheid und keine Baubewilligung erfolgte. Das heißt also mit anderen Worten, daß auch von Seiten der entsprechend maßgeblichen und entscheidungsfähigen Herren dieses Hauses diese Rechtsunsicherheit, die uns dazumals nicht bekannt war, gesehen und logischerweise auch in einer gewissen Konsequenz verfolgt wurde.

GEMEINDERAT ERNST FUCHS:
Sie müssen auf uns hören!

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER KARL FRITSCH:
Aber wenn heute, Herr Kollege Fuchs, wir werden uns des öfteren Ihre Stimme anhören, wenn allerdings heute festgehalten wird, daß man eine Kehrtwendung um 180 ° gemacht hat, dann ist das leicht rechtlich erklärbar, meine sehr geehrten Damen und Herren. Der Flächenwidmungsplan hat sich nach den Bestimmungen der österr. Raumordnungsgesetznovelle eindeutig auszurichten. Zu diesem Zeitpunkt heute zur Beschlußfassung ist die Raumordnungsgesetznovelle schon längst in Kraft gewesen. Zum Zeitpunkt des Antrageinbringens des Herrn Weindl am 26. 5. war sie noch nicht gültig. Hier streiten sich die Juristen, ob jetzt die Antragseinbringung einerseits oder ob andererseits die Beschlußfassung heranzuziehen sei für die Gültigkeit oder Nichtgültigkeit eines Beschlusses.

GEMEINDERAT ERICH MAYRHOFER:
Für die Öffentlichkeit haben wir es schon!

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER KARL FRITSCH:

Also, meine sehr geehrten Damen und Herren, hier von einer Kehrtwendung zu reden, dürfte in meinen Augen verkehrt sein. Sondern von einer entsprechenden Rechtsmeinung beraten und Rechtsauffassung unterliegen und sich denen unterordnen, ist diese Beschlußfassung heute von uns entschieden. Wenn nun – hier darf ich wiederum zurückkehren, denn es gäbe noch sehr viel zu sagen – Herr Kollege Wippersberger eine Frage aufgeworfen hat, wie wird es 1978 sein, werden sie die aktive Mitarbeit einstellen, dann ist es, glaube ich, von ihm eine rhetorische Frage. Es ist des öfteren schon vorgekommen, meine Damen und Herren, daß man über verschiedene Probleme geteilter aber sogar konträrer Meinung war. Aber es ist noch nie vorgekommen, daß man die aktive Mitarbeit eingestellt hätte. Es sei denn, man wird dazu direkt aufgefordert. Was ich aber nicht annehme, daß Sie es tun. Herr Kollege Wippersberger, der aner kennenswerterweise schon so lange Mitglied des Gemeinderates ist, wird er sich auch zurückerinnern können auf das Jahr 1969, wo sich auch die ÖVP nicht in der Lage sah, dem Voranschlag die Zustimmung zu geben. Haben Sie hier in diesem Zeitpunkt ein Nichtmitarbeitenwollen verzeichnet? Haben Sie in dieser Zeit verzeichnet, daß wir nicht aktiv an der Zusammen- und Mitarbeit interessiert waren? Ich glaube nicht. Damit ist automatisch durch die Situation aus der damaligen Zeit in die Jetztzeit projiziert auch unsere Haltung erklärbar.

Ich habe am Ende meiner Ausführungen zu Beginn der Budgetdebatte gesagt, daß für uns immer noch das Gemeinsame im Vordergrund steht. Dort, wo uns sachliche Differenzen trennen, haben wir immer noch die sachlichen Differenzen aufgezeigt und logischerweise auch durch die entsprechende Haltung bei den Beschlußfassungen gekennzeichnet.

Ich habe aber gleichzeitig gesagt, daß wir nach wie vor jene Zusammenarbeit suchen, die Sie uns immer wieder anbieten mit Worten, aber ich hoffe auch mit Taten in der kommenden Zeit. Eine negative Haltung zum Budget 1978 der Stadt Steyr und das sei allen anderen, die jetzt die Vermutung und die Unterstellung in den Raum gestellt haben als Bundesauftrag dienen zu sollen, klar gesagt, daß sich meine Partei sicherlich nicht nach Direktiven zu richten braucht, die von einer Zentrale ausgehen, sondern daß die Ablehnungsgründe einzig und alleine hier im Hause, das heißt hier in der Gemeindestube letztlich begründet liegen.

Ich hoffe nur eines, daß das Jahr 1979, das heißt die Budgeterstellung zum Jahre 1979, uns wieder in unseren Überlegungen und Darlegungen und in unseren Vorstellungen und Vorschlägen so weit wird zusammenführen, um ein Budget gemeinsam beschließen zu können. Diese Hoffnung gebe ich nicht nur namens meiner Fraktion ab, sondern diese Hoffnung gebe ich auch ab in der Einstellung unser aller, doch unserer Stadt zu dienen und selbstverständlich aber auch auf die Zukunft orientiert, soweit alle unsere Kräfte einzusetzen, um unsere Stadt etwas schöner zu machen und lebenswerter. Ich möchte dieses vielleicht unter Umständen wieder Aufnehmenwollen nicht nur als ein Schlußwort betrachten, sondern ich möchte mit diesen Erklärungen auf das Jahr 1979 gerichtet die Kooperationsbereitschaft bekunden und aber auch wieder unter Umständen zu einer gewissen Befriedigung hier in diesem Raum auch für die weitere Zukunft beigetragen haben.

BÜRGERMEISTER FRÄNZ WEISS:

Als letzter Sprecher Herr Bürgermeister-Stellvertreter Schwarz.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren! Liebe Leidensgenossen, darf ich heute wohl sagen. Es wird, wenn die Sitzung noch so lange dauert, nicht gelingen, die Änderung irgend einer Fraktion, die grundsätzliche Meinung zum Budget zu verändern. Aber ich möchte doch zum Ablauf der Debatte eine kurze Stellungnahme abgeben. Es ist heute aus manchen Diskussionsbeiträgen der ÖVP herausgeklungen, als ob sie sich besonders angegriffen fühlten, besonders in dieser heutigen Sitzung. Dazu muß man doch sagen, naturgemäß ergibt sich das, wenn ein Budget einvernehmlich beschlossen wird, wird die Diskussion anders verlaufen, als wenn eben divergierende Auffassungen größeren Ausmaßes vorhanden sind. Das ist doch naturgemäß und das liegt doch im Sinne jeder Demokratie und

meine Damen und Herren, wir sind doch alle keine Mimosen. So empfindlich darf man einfach nicht sein, Wir sind auch nicht so empfindlich. Beim Austeilen ist man auch nicht so. Da erinnert man sich vielleicht gar nicht mehr daran. Es war auch nicht gerade vornehm in der vorletzten Sitzung, Herr Kollege Fritsch, wie Du der Kollegin Kaltenbrunner einiges gesagt hast und das ist hier in diesem Raum von den meisten, auch von Kollegen Deiner Fraktion, sehr negativ vermerkt worden, im Zusammenhang mit einem Diskussionsbeitrag, den sie vorgebracht hat und in einer ähnlichen Form hast Du Dich heute geäußert bei einem Vortrag des Kollegen Mayrhofer.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER KARL FRITSCH:
Manetsgruber!

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:
Entschuldigung, Manetsgruber.

Da darf man nicht so empfindlich sein, wenn man selber austeilt. Da muß man auch bereit sein einzustecken und nicht wie eine Mimose sofort den Beleidigten spielen. Das möchte ich ganz eindeutig hier sagen. Wir haben verschiedene Auffassungen politischer Richtung, das ist ganz natürlich und zu dem setzen wir uns ja zusammen, daß wir diese Meinungen hier darbringen. Ich habe mich aber nicht nur zu diesem Punkt gemeldet, um etwas zu sagen, sondern es haben einige Diskussionsbeiträge mich veranlaßt, mich noch einmal zum Wort zu melden.

Die Wortmeldung des Kollegen Treml im Zusammenhang mit dem Wohnungswesen. Ich darf hier eine kurze Korrektur vornehmen. Vielleicht liegt das auch daran, daß Bezug der Wohnungen und Vergabe der Wohnungen mit dem Jahresende nicht immer ganz genau übereinstimmen, weil wir heuer schon Wohnungen vergeben haben, die zum Bezug erst im Februar oder März heranstehen, aber im Sinne einer rechtzeitigen Vergabe eben so durchgeführt wurde. Insgesamt haben wir im heurigen Jahr im Wohnungsausschuß 381 Wohnungen vergeben. Im Jahre 1976 waren es 311. Ich glaube, daß dieser Vergleich zeigt, daß auf dem Gebiet des Wohnbaues und Wohnungswesens doch eine wesentliche Verbesserung gegenüber dem abgelaufenen Jahr eingetreten ist. Wir haben 227 Neubauwohnungen im Vergleich 150 1976 heuer vergeben.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Entschuldigung, daß ich unterbreche. Ich habe gesprochen von 1976, ich habe die Zahlen überprüft, das stimmt 100 %ig.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:

Das ist richtig, Du hast von 1976 gesprochen. Ich wollte den Vergleich mit 1977 jetzt bringen, weil mir die Zahlen, nachdem wir die letzte Wohnungssitzung schon gehabt haben, vorliegen. Bei den Altbauwohnungen waren es 1976 161 und 1977 154. Es ist eigentlich seit längerer Zeit das erste Mal, daß mehr Neubauwohnungen als sogenannte Altbau- oder Altbauwohnungen vergeben wurden und man kann allgemein bei den Wohnungssuchenden die Tendenz feststellen, daß Neubauwohnungen wieder gefragter sind als vor mehreren Jahren. Dies geht zweifellos auf die Subjektförderung zurück, die sozial schwachen Wohnungswerbern eine besondere Förderung zukommen lassen. Die GWG der Stadt Steyr hat somit in der Verwaltung rund 3800 Wohnungen mit Jahresende 1977 bzw. Beginn 1978. Die Zahl 3800 Wohnungen ist doch sehr schön und eine große Zahl und es ist damit zu rechnen – ich möchte mich nicht verbreitern, weil ich in der letzten Sitzung eingehend bereits berichtet habe – daß im nächsten Jahr ein sehr starkes und großes Wohnbauprogramm für Steyr zu erwarten ist.

Ich möchte den Mitgliedern des Wohnungsausschusses von dieser Stelle aus danken und auch darauf hinweisen, daß in den Sitzungen des Wohnungsausschusses nahezu alle Fälle einstimmig beschlossen wurden, lediglich in einem Fall gab es Stimmenthaltungen. Das beweist auch hier das gute Klima in diesem Ausschuß und die Bereitschaft zur Zusammenarbeit. Die Zahl der Wohnungssuchenden hat sich nicht unwesentlich verändert, etwas nach unten. 1800 Wohnungswerber rund haben wir derzeit in Vormerkung. Darunter noch immer ein Drittel Pensionisten, die Pensionistenwohnungen anstreben. Sehr gut eingeführt hat sich die Beratungs-

stelle in unserer Abteilung VI. Hier werden die Wohnungswerber entsprechend beraten zur Erlangung der verschiedenen Förderungsmittel.

Ich darf dazu sagen, daß rund 90 % der Werber für Eigenmittellersatzdarlehen positiv erledigt werden konnten und von den beantragten Wohnbeihilfen rund 95 %. Interessant glaube ich ist auch, daß von den Resthofbewohnern ca. 70 - 75 % Anspruch auf Wohnbeihilfe haben. Das heißt, daß sie in den Genuß einer Subjektförderung kommen. Hier muß ich sagen, daß jede zusätzliche Ausgabe für solche Wohnungen seitens der Stadt der Verzicht auf eine Subvention ist. Das heißt, daß die Stadt hier zusätzliche Leistungen erbringen würde, die ohnehin, wenn diese Leistungen nicht erbracht werden, wenn die Mietzinse geändert werden, die ...

GEMEINDERAT OTTO TREML:
Grundkosteneingliederung.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:

Die Grundkosten, hier darf ich auch sagen, daß wir sehr erhebliche Mittel ausgeben für Grundankäufe. Ich darf nur erinnern an den großen Ankauf der Grundfläche zum weiteren Ausbau des Resthofes. Ich möchte mich aber auch hier nicht sehr weit verbreitern, weil die Zeit wirklich schon fortgeschritten ist.

63 Mieter haben auf Grund der geänderten Gesetzeslage um Wohnbeihilfe angesucht. Hier sind Erledigungen aber noch nicht erfolgt.

Ich darf noch auf einen Punkt hinweisen am Wohnbausektor. Wir haben im vergangenen Jahr in der Wokralstraße 1 das Haus mit einem sehr erheblichen Aufwand saniert. S 630.000,- ohne die Mieter, das wäre möglich gewesen, zu belasten, weil dort in diesem Haus sehr viele ältere und sozial bedürftige Menschen wohnen. Wir haben vor, diese Aktionen auch im nächsten Jahr weiter fortzusetzen. Als nächstes Haus wird voraussichtlich das Haus in Hausleithen 3, dort wohnen wirklich Mieter, die bedürftig sind, entsprechend saniert.

Ich darf auch sagen, daß wir in 40 Objekten der GWG im abgelaufenen Jahr Verbesserungen durchgeführt haben und für diesen Zweck aus dem Instandhaltungszins nicht weniger als 3,8 Mill. ausgegeben haben, was nicht zuletzt auch eine Förderung der heimischen Wirtschaft darstellt, weil sehr viele kleinere Gewerbebetriebe, wie Maler usw., Arbeitsaufträge in größerem Umfang erhalten haben.

Ich möchte auf einen Punkt noch kurz eingehen, und zwar auf das Problem der Musikschule. Hier wurde auch bereits mehrmals diskutiert. Ich glaube, daß die Haltung der ÖVP im besonderen im Widerspruch steht dazu, daß sie auf der anderen Seite immer sehr stark demonstriert ihr Eintreten für die Gemeindeautonomie. Wenn man dafür ist, daß eine Gemeinde ihren eigenen Wirkungsbereich erhält und dafür ist, daß in einer Gemeinde die Gemeindevertretung Entscheidungen trifft, dann müßte sie auch unserem Vorschlag seinerzeit beigetreten sein, das trifft hier nicht zu. Es ist lediglich die Argumentation bezüglich der Musikschule eine politische Motivation, daß eben die Musikschulen in die Verwaltung des Landes übergehen.

Ich darf noch sagen, daß die Stadt Steyr als erste Stadt Oberösterreichs beim Land bereits im September angesucht hat um Abschluß des Förderungsübereinkommens. Dieses Ansuchen ist, obwohl Steyr die erste Stadt war - bei anderen Städten ist das bereits erledigt - daß diese Erledigung bisher nicht durchgeführt wurde und wir vom Land bisher in dieser Richtung keine Erledigung erhalten haben.

Ein Wort noch zu einem Punkt, den Kollege Wallner hier angeschnitten hat, das ist die Vergabeordnung. Die Vergabeordnung, meine Damen und Herren, ist ein Problem, das nicht leicht zu lösen sein wird und ich ersuche die Fraktion der ÖVP, dieses Problem zu überdenken. Sie glauben gar nicht, wieviele Unternehmer zu uns kommen um Intervention, damit sie Aufträge erhalten, Steyrer Unternehmer. Sie kommen mit dem Argument zu uns, daß sie in einer anderen Gemeinde auch keine Chance haben, dort unterzukommen, weil dort die einheimische Wirtschaft bevorzugt wird. Wir sollten da so großzügig sein, unsere Wirtschaftstreibenden zu berücksichtigen. Ich bitte Sie, das echt und ernsthaft zu überdenken. Ich glaube, daß es notwendig ist, das sind nicht nur Baufirmen, sondern das sind viele andere Firmen. Wenn wir eine Vergabeordnung hier beschließen, dann haben viele Steyrer

Firmen nicht mehr die Möglichkeit, hier in Steyr Arbeit zu finden. Nicht nur die Firmen, sondern das gilt auch für die Arbeitsplätze. Ich glaube, daß uns die Steyrer Wirtschaft in erster Linie naheliegen muß und wir im Sinne dieser Wirtschaft und der Arbeitskräfte, die in Steyr beschäftigt sind, die Entscheidungen zu treffen haben. Das ist nur eine Aussage, die politisch ganz schön aussieht, aber in Wirklichkeit bringt sie uns als Steyrer und das meine ich wirklich mit meiner vollsten Überzeugung, gar nichts. Ich kenne die Probleme der Firmen, wenn sie woanders anbieten. Das stimmt tatsächlich. Das können Sie bei Ihren Firmen – und Sie haben auch zur Wirtschaft sicher bessere Verbindungen als wir – bestätigt finden.

Ich verstehe Ihre Argumentation nicht, daß man in dieser Richtung so aktiv sein wird, daß man eine Vergabeordnung beschließen will, die uns als Steyrer letztlich nur schaden kann.

Ich bitte Sie, dieses Problem ernsthaft nochmals zu überdenken.

Schließlich zuletzt darf ich einen Punkt anschneiden, der außer vom Berichterstatter von niemandem angeschnitten wurde, das ist der Dienstpostenplan, den wir heute auch mitbeschließen.

Ich finde es als gutes Zeichen, daß in der Diskussion hier kaum Stellungnahmen abgegeben wurden. Ich glaube, daß das ein Zeichen dafür ist, daß man allgemein mit der Personalpolitik und vor allem mit dem Personal zufrieden ist, daß wir wissen, daß so viele zusätzliche Aufgaben an die Gemeinde heranstellen und daß wir mit einem Personalstand, einem sehr bescheidenen Personalstand für diese Aufgabenstellungen das Auslangen finden. Das heißt, daß jeder einzelne der Beamten wirklich ausgelastet ist und seine vollste Leistung erbringt. Nur so ist es möglich, daß eine Aufstockung des Personalstandes nicht notwendig ist und dadurch, durch diese Leistung ist es auch möglich, daß Mittel frei werden und Mittel frei bleiben für andere Zwecke, die der Allgemeinheit zugute kommen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke. Das war der letzte Diskussionsteilnehmer, Kollege Schwarz. Ich habe noch die Aufgabe und das ist auch ein zustehendes Recht an den Referenten, ihm das Schlußwort zu erteilen zu den Beiträgen, die geleistet wurden.

STADTRAT RUDOLF FÜRST:

Hochgeschätzte Mitglieder des Gemeinderates!

Haben Sie keine Angst, daß ich zu allen hier vorgebrachten Diskussionsbeiträgen Stellung nehmen werde, denn das würde ich glaube am heutigen Tag nicht mehr ausreichen.

Ich werde versuchen, mich sehr kurz zu halten und darf Ihnen abschließend folgendes sagen.

Aus den Erklärungen der Fraktionssprecher ist zu entnehmen gewesen, daß der Voranschlag für das Jahr 1978 von einer verantwortungsbewußten Mehrheit der im Gemeinderat vertretenen Parteien mit Zustimmung als tauglicher Plan zur Bewältigung der im kommenden Jahr gesteckten Ziele akzeptiert wird. Die ÖVP lehnt diesen Vorschlag ab. Die Tatsache, daß das ehrliche Bemühen seitens der SPÖ-Fraktion zum Wohle der gesamten Bevölkerung bei Respektierung aller politischen Gegensätze zu einem weitestgehenden Konsens zu kommen, nicht verstanden und nicht wahrgenommen wurde, das ist für die heutigen tonangebenden Kräfte in der Volkspartei in dieser Fraktion kennzeichnend. Wir Sozialisten sind der Anschauung und allem Anschein auch die Vertreter der Freiheitlichen Partei und der Kommunistischen Partei, daß der Bevölkerung Steyrs mit einer gemeinsam erarbeiteten und gemeinsam verantworteten Zielsetzung gedient ist und eine solche auch besser von dieser verstanden wird. Bei den Beschlußfassungen von Einzelvorhaben sind Gelegenheiten genug gegeben, differenzierte Anschauungen zu den einzelnen Vorhaben, die verständlicherweise dort und da vorhanden sind, mit Gegenstimmen zu akzeptieren. Gerade hier hätte die ÖVP als eine im Senat vertretene Partei besser als die FPÖ und KPÖ dazu die Gelegenheit gehabt. Mit dem Nein zum Voranschlag zeigt damit die ÖVP den Steyrern, was sie von ihrem Slogan aus der Postwurfsendung, die von ihr derzeit ausgesandt wird, wo sie sich verantwortungsbewußt und bürgernah bezeichnet, zu halten hat. So verantwortungsbewußt, wie sie sich bei der Erstellung zu diesem Budget verhalten hat. Ich

kann es mir nicht ersparen, trotz der vorgerückten Stunde kurz den Weg der Budgeterstellung zu demonstrieren. Am 29. 9. habe ich in meiner Eigenschaft als Finanzreferent den zuständigen Sprechern der Parteien die Aufforderung zugesandt, die Vorstellungen und Wünsche, die sie haben für das Budget, uns bekanntzugeben. Es ist dies sehr schnell, überraschend schnell erfolgt bis auf den Umstand, daß mich Kollege Fritsch ersucht hat, nachdem in seiner Kanzlei dieses Schreiben 8 Tage gelegen ist, ohne bearbeitet zu werden, daß er keine Gelegenheit gehabt hätte, mit seiner Fraktion bis jetzt zu sprechen und hat mich um eine Fristverlängerung ersucht, die selbstverständlich in diesem gutgemeinten Sinn selbstverständlich zugestanden wurde. Nun ist Zeit vergangen und ich darf Sie daran erinnern, vom 29. September bis zum 17. November, wo das Budget im Stadtsenat festgestellt worden ist, ist eine lange Zeit. In dieser langen Zeit habe ich einmal – ich habe leider das Datum nicht vorgemerkt, in Zukunft werde ich vorsichtiger sein – Kollegen Fritsch gefragt, was er zu den korrigierten Entwürfen zu sagen hat. Er hat keine besonderen Äußerungen gemacht.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER KARL FRITSCH:

Kollege, entschuldige den Zwischenruf. Ich habe ihn nicht einmal in der Hand gehabt, den Entwurf haben wir erst bei der Fraktionsobmännerbesprechung erhalten.

STADTRAT RUDOLF FÜRST:

... und ich habe gesagt nichts Besonderes. Es ist dann die Zeit vergangen bis zum 2. 10., wo die Fraktionsobmännerbesprechung war.

Übrigens, daß Kollege Fritsch keinen Entwurf gehabt hat, stimmt nicht. Er hat mir nämlich gesagt und das hat er auch hier erwähnt, ich darf vielleicht seine Worte zitieren: Ihrer Einladung vom 29. 9. 1977 entsprechend erlaubt sich die ÖVP, ihre Wünsche und Vorstellungen zum Budget bekanntzugeben usw., eine Aufschlüsselung nach dem oH bzw. aoH wie nach den einzelnen Voranschlagsposten erfolgte nicht, da der Kontenrahmen des Voranschlages bis jetzt nicht bekannt ist. Das hat er auch hier gesagt. Es ist dann die Zeit vergangen bis zum 2. 12. zur besagten Obmännerbesprechung.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER KARL FRITSCH:

Das was wesentlich früher, Kollege Fürst!

STADTRAT RUDOLF FÜRST:

Das zeigt von einer verantwortungsbewußten und auf die Erstellung des Budgets zielgerichteten Vorgangsweise. Es sind Gelegenheiten gewesen in Senatssitzungen, in allen möglichen Kontakten, die zwischen den Parteien sind, einen Wunsch, eine Forderung bekanntzugeben. Eine Frage, geht das, ist das möglich, das wäre die normale Kontinuanz, die man unter Zusammenarbeit verstehen würde.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER KARL FRITSCH:

So gesehen, ist es die SPÖ-Fraktion, die eine Anzahl von Anträgen verbreitet und keine Reaktion erhalten hat!

STADTRAT RUDOLF FÜRST:

Es war nicht der Fall. Auch in der Obmännerbesprechung ist nichts dabei herausgekommen und sonst hat es nur geheißen, kein Kommentar dazu. Nun sehen Sie, so ist diese strapazierte Zusammenarbeit von Seiten der ÖVP geschehen.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER KARL FRITSCH:

Stimmt hinten und vorne nicht!

STADTRAT RUDOLF FÜRST:

Meine Damen und Herren, Kollege Fritsch, ich könnte Dir eine Reihe von Ausführungen, die Du zu Deinen Vorschlägen gemacht hast, hier drastisch vor Augen führen, daß Du nicht einmal im Bilde bist, welche Vorschläge im Budget enthalten sind. Du hast es selbst irgendwie gesagt, es ist nichts Vergleichbares und wenn Du nicht den Entwurf dazu gehabt hättest,

wüßtest Du überhaupt nicht, was drinnen steht. Ich habe der Wahrheit die Ehre gegeben, ich habe mich bemüßt gefühlt, das hier auch klarzustellen: Ich glaube, die Wahrheit hat nicht nur die ÖVP gepachtet. Ich möchte mich darüber weiter nicht mehr auslassen. Ich kann nur sagen, meine Damen der ÖVP, Sie geben die gemeinsame Linie der vergangenen Jahre, fast Jahrzehnte, auf und suchen die Konfrontation. Die Sozialistische Fraktion nimmt aber dies, das können Sie mir auch glauben, bestimmt gelassen hin. Wir werden aus diesem Ihrem Verhalten bestimmt keinen Schaden erleiden. Ob Sie das auch für Ihre Fraktion in Zukunft ablesen können, lasse ich dahingestellt.

Nun zum Voranschlag 1978 selbst.

Sehr geehrte Damen und Herren! Der Voranschlag 1978 gibt uns und der Steyrer Bevölkerung die Gewißheit, daß der Haushalt geordnet ist und auf einer gesunden Grundlage basiert. Er sagt aus, daß von einigen Umständen vorgesehenen Schwerpunkten abgesehen, die Mittel der Bedeutung ihrer Bereiche nach möglichst angemessen und gerecht zugemessen wurden. Das Budget 1978 ist als ein Teil unserer längerfristigen kommunalen Planung zu sehen und birgt von seinen finanziellen Anlagen her die Voraussetzung für deren Verwirklichung im Jahre 1978.

Der Voranschlag bietet aber auch die Gewähr bzw. er sagt den Willen der Verantwortlichen aus, daß auch im Jahre 1978 die Wirtschaft jene Impulse von der Stadt bekommt, die sie zu geben imstande ist. Diese trägt auch die Verantwortung für dieses Budget. Das Budget setzt auch Mittel in Bewegung, die eine Arbeitsplatz- und eine Existenzsicherung bei Handel und Gewerbe bewirken. Neben der direkten Auftragsvergabe auch noch durch eine leistungsgerechte Bezahlung ihrer rund 700 Mitarbeiter, die sich im Konsum der Stadt bestimmt niederschlagen. Die den Gemeindebürgern gewidmeten kommunalen Serviceleistungen, vom Kleinkind bis zum Greis, dem Sportler wie den Kulturbeflissenen, als auch dem sozial Schwachen gegenüber sind mit den für dieses Gebiet möglichen Mitteln ausreichend versorgt worden, was auch aus den Diskussionsbeiträgen hörbar positiv vermerkt wurde.

Sehr verehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Wenn Ihnen das Schicksal, das Wohl der Bürger dieser Stadt und die Entwicklung dieser im Jahre 1978 am Herzen liegt, wohl wissend, daß nicht alles in der oft gewünschten Zeitspanne und schon gar nicht auf einmal alles realisiert werden kann. Wer nicht parteipolitisches Taktieren der Verantwortung vorzieht, der wird diesem Vorschlag die Zustimmung, um die ich Sie als Finanzreferent höflichst ersuche, geben.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke dem Referenten für das Schlußwort. Ich darf damit zur Abstimmung über den heute wohl entscheidenden Punkt unserer gesamten Jahrestätigkeit kommen. Ich darf Sie noch einmal daran erinnern, daß wir in einem abstimmen über den Voranschlag im oH, im aOH. Es wird der Dienstpostenplan hier mitbeschlossen, ebenso die Dr.-Wilhelm-Groß-Stiftung und gleichfalls auch der Wirtschaftsplan der Stadtwerke und der Gemeinn. Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr. Insgesamt handelt es sich dabei um Vorschläge, um Wirtschaftspläne im Gesamtausmaß von mehr als S 556 Mill. In Anbetracht der Bedeutung dieses Beschlusses darf ich Sie bitten, wenn Sie dem vom Referenten gestellten Antrag die Zustimmung geben, ein Zeichen mit der Hand anzuzeigen? Danke. Gegenprobe? Stimmenthaltungen? Der Voranschlag mit allen seinen Teilen wurde gegen die Stimmen der ÖVP mit allen übrigen Fraktionen beschlossen. Ich danke Ihnen (9 Gegenstimmen ÖVP-Fraktion).

Ich bitte nunmehr Frau Stadtrat Kaltenbrunner zum Wort.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ANNA KALTENBRUNNER:

Verehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich darf Ihnen heute nur einen Antrag aus dem Stadtsenat zur Beschlußfassung unterbreiten. Er lautet:

8) ÖAG-3571/77

Rückerwerb der Grundparzelle 365/2, KG. Steyr,
von der Gemeinn. Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Dem Rückerwerb der Grundparzelle 365/2, EZ 2302, KG Steyr, im Ausmaß von 3597 m² von der Gemeinn. Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr, GesmbH, Steyr, Rathaus, bei Aufhebung des am 7. 4. 1970 abgeschlossenen Kaufvertrages wird zugestimmt. Die Kosten dieses Rückerwerbes trägt die Stadt Steyr, die auch der Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr, GesmbH, die auflaufende Grunderwerbsteuer zu vergüten hat. Infolge Dringlichkeit wird gemäß § 44 (5) des Statutes für die Stadt Steyr der Magistrat zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke für diesen Vortrag. Gibt es zu diesem Antrag eine Wortmeldung? Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Das ist nicht der Fall, somit ist der Antrag einstimmig beschlossen. Ich danke. Wir kommen zum nächsten Berichterstatter Stadtrat Wallner.

BERICHTERSTATTER STADTRAT MANFRED WALLNER:

Sehr verehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Sie sind heute sehr gnädig zu mir. Ich habe Ihnen nur 2 Anträge und die noch dazu in sehr kurzer Form gehalten, zur Beschlußfassung vorzulegen.

Der erste Antrag betrifft:

9) Bau5-5499/77

Behebung eines Baugebrechens an der Wehrgrabenschule.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Entsprechend dem Amtsbericht der MA III vom 21. 11. 1977 wird der Auftrag zur Behebung des an der Wehrgrabenschule aufgetretenen Baugebrechens der Firma Hamberger zum Anbotpreis von S 4.850.732,- übertragen.

Die Bereitstellung der erforderlichen Mittel wird im nächsten Haushaltsjahr erfolgen.

Um Genehmigung wird ersucht.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke für den Vortrag. Er wurde zu abrupt abgebrochen. Ich reagiere bereits. Sind Sie mit dem Antrag einverstanden, dann bitte ich Sie, ein Zeichen mit der Hand zu geben?

Danke. Gegenprobe? Enthaltungen? Ich stelle die Einstimmigkeit des Beschlusses fest.

Ich bitte um den nächsten Antrag.

STADTRAT MANFRED WALLNER:

Der zweite Antrag betrifft:

10) Bau5-5697/77

Behebung eines Baugebrechens an der Promenadeschule.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes der MA III vom 21. 11. 1977 wird der Auftrag zur Behebung des an der Promenadeschule (Zubau 1952) aufgetretenen Baugebrechens der Firma Negrelli zum Anbotpreis von S 743.414,- übertragen.

Die Bereitstellung der erforderlichen Mittel wird im nächsten Haushaltsjahr erfolgen.

Ich bitte um Genehmigung.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke für diese Antragstellung. Gibt es eine Gegenstimme oder Enthaltung? Beides nicht, somit ist der Antrag einstimmig beschlossen. Ich danke dem Referenten und bitte als Nächsten Stadtrat Zöchling zum Pult.

BERICHTERSTATTER STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

Sehr geehrter Gemeinderat!

Ich darf Ihnen ebenfalls einen Antrag vorlegen. Er lautet:

11) Bau6-3084/76

Kanalisation Nebensammler C 1, 2. Bauabschnitt;

Erd- und Baumeisterarbeiten.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Entsprechend dem Amtsbericht der MA III – Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung – vom 11. 11. 1977 wird der Übertragung des Auftrages zur Ausführung der Erd- und Baumeisterarbeiten für die Kanalisation Nebensammler C 1, 2. Bauabschnitt, an die Firma Beer u. Janischofsky zum Preise von S 4,372.008,- zugestimmt.

Der erforderliche Betrag ist aus V 85 zu nehmen.

Gemäß § 44 (5) des Statutes für die Stadt Steyr wird der Magistrat wegen Dringlichkeit zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte um die Zustimmung.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Gibt es zum Antrag eine Einwendung? Eine Gegenstimme oder Enthaltung? Beides nicht, somit danke ich dem Referenten und Ihnen für die Beschlußfassung, die einstimmig erfolgt. Wir kommen damit zum nächsten Berichterstatter, Stadtrat Konrad Kinzelhofer. Ich würde hier folgenden Vorschlag unterbreiten. Nach Rücksprache mit den Fraktionsvorsitzenden sind wir übereingekommen, Ihnen vorzuschlagen, alle drei nächstfolgenden Punkte, die beiden des Kollegen Kinzelhofer und jenen des Kollegen Wippersberger in einem Vortrag zu lassen. Die Diskussion nacheinander vortragen zu lassen und sie in einem abzuwickeln. Die Abstimmung wollen wir dann Punkt für Punkt durchziehen. Das verkürzt das Verfahren, ohne daß einem Redner die Möglichkeit genommen wird, dazu zu sprechen. Sind Sie damit einverstanden? Ich sehe, daß es keine Einwände gibt und ich bitte Sie, zu berichten.

BERICHTERSTATTER STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:

Werte Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich habe Ihnen vorerst einen Antrag vorzulegen für die Sanierung oder Regulierung des Wasserabgabepreises mit 1. 1. 1978. Der Amtsbericht weist darauf hin, daß durch die Ausdehnung der Wasserversorgung in die Randgebiete der Stadt und die steigenden Aufwendungen für die Instandhaltung – wir haben zur Zeit 129,5 km – sowie die Mehrkosten der Energie und für das Personal haben dazu geführt, daß mit dem Wasserpreis mit 2,50, der mit 1. 7. 1974 festgelegt wurde, kein Ausreichen mehr zu finden ist. Sie wissen auch, daß wir im Jahre 1977 S 3 Mill. investiert haben in unsere Wasserleitung bzw. in unsere Wasserversorgung. Ich denke nur an die Waldrandsiedlung, an den Hochbehälter. Wir werden im Jahre 1978 wiederum S 3,2 Mill. investieren müssen. Wir haben aber auch heute beim Jahresbericht zum Entwicklungskonzept gehört, daß weitere Investitionen noch notwendig sein werden. Wir wissen alle, daß auch die Vorarbeiten und die Gespräche auf Beamtenebene erfolgt sind betreffs eines weiteren Wasserschutzgebietes Simsenberg, was bestimmt auch Millionen abverlangt. Wir haben im Jahre 1978 die weitere Aufschließung und Durchführung in der Waldrandsiedlung vor. Wir haben den Austausch der Wasserpumpen im Brunnenschutzgebiet Dietach und die weitere zusätzliche Transportleitung für den Hochbehälter Münchenholz sowie weitere Sanierung der Verteilungsleitung im Stadtgebiet. Die Mittel werden dazu selbstverständlich nicht ausreichen, da sie ja jetzt bereits nicht mehr kostendeckend sind bzw. wir jetzt bereits einen Verlust haben. Wir werden selbstverständlich, Werte Damen und Herren, die Möglichkeiten des Wasserwirtschaftsfonds in Anspruch nehmen und werden versuchen, dort Gelder zu bekommen. Aber wie bekannt ist bereits durch den Wasserwirtschaftsfonds aus den Richtlinien, daß ein Mindestpreis von S 5,- eingehoben werden muß, um die Ansprüche geltend machen zu können, ansonsten die prozentuelle Zuweisung auf Grund des Wasserpreises erfolgt. Sie sehen daraus, daß wir seit 1974 den Wasserpreis gehalten haben und versucht haben, soweit wie möglich sparsamst zu wirtschaften und trotzdem unser Versorgungsnetz weiter auszubauen. Darf ich Ihnen

vielleicht, bevor ich Ihnen den Antrag stelle, ein paar Vergleichszahlen sagen von anderen Wasserpreisen in anderen Städten: Amstetten S 4,86, Bad Hall S 4,-, Traunkirchen S 6,-, Enns S 6,50, Wels S 5,-, Linz S 5,-, Garsten, die das Wasser von uns beziehen, S 4,10, Dornbirn S 5,-, Graz S 5,50 und Mödling S 7,-.

Sie sehen, daß sich in diesen Städten der Preis in dieser Richtung hält, da die Kosten auf allen diesen Gebieten so laufen.

Ich darf daher an Sie den Antrag des Finanz- und Rechtsausschusses stellen:

12) GemXIII-6416/77

Neufestsetzung der Wasserbezugsgebühr und Abnahmegebühr für Druckwarmwasser-Bereitungsanlagen.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 25. 11. 1977 wird

a) der Wasserabgabepreis ab 1. 1. 1978 mit S 4,-/m³ (inklusive 8 % USt.) neu festgesetzt, wobei der Reinhaltungszuschlag von zuzüglich S -,50/m³ unverändert bleibt;

b) die Abnahmeprüfgebühr für Druck-Warmwasserbereitungsanlagen mit S 90,- ab 1. 1. 1978 neu festgesetzt.

Das ist der Antrag betreffs der Wasserversorgung. Ich ersuche, darüber diskutieren und abstimmen zu lassen.

Der zweite Antrag betrifft den Verkehrsbetrieb. Vorher darf ich Frau Gemeinderat Liebl auf ihre Kritik betreffs der Autobusse mit den Treppen berichten, Sie sind wahrscheinlich schon lange nicht mehr Autobus gefahren, denn die letzten zwei Autobusse, die Mercedes, haben bereits diese tieferen Treppen. Alle anderen Autobusse wurden durch die Firma Kerbl im Auftrag der Stadtwerke so geändert, um die Treppen für die Benutzer der Fahrbetriebe zu haben. Also diese Frage ist bereits seit langem erledigt. Die neuen Autobusse haben sowieso diese versenkbaren Treppen. Ich glaube, Sie können das selbst überprüfen.

Zu dem Antrag der Verkehrsbetriebe. Auch hier ist seit 1974 die Regelung nicht erfolgt, obwohl zwei Bewilligungen durch die paritätische Kommission erfolgten, die auf Antrag der Wirtschaftskammer erfolgt sind. Wir haben zwei Erhöhungen nicht berücksichtigt, die erste am 1. 7. 1975 und die zweite mit 1. 9. 1977. Wir haben auf der anderen Seite festzustellen, daß wir beim Verkehrsbetrieb einen Abgang von S 1,4 Mill. haben im Jahre 1976 und im Jahre 1977 im Budget einen Betrag von S 1,5 Mill. aufgenommen haben. Wir haben in der Zwischenzeit seit 1964, sicher haben wir auch Zuteilungen bekommen, aber wir haben 6 Autobusse angekauft und haben 5 Linien zu betreuen und wir werden im Jahre 1977 die 500.000 km Fahrstrecke, die wir gefahren sind, auf alle Fälle überschreiten. Wir haben aber auch versucht, Sparmaßnahmen einzuschalten, z. B. wir sind grundsätzlich auf allen Linien und Autobussen schaffnerlos. Es gibt keinen Schaffner mehr, das werden Sie ja bereits festgestellt haben. Die paritätische Kommission, wie erwähnt, hat am 1. 7. 1975 eine Erhöhung beantragt und auch beschlossen bzw. am 1. 9. 1977. Das heißt, daß die Bahn jetzt mit S 7,- Fahrpreis ab 1. 9. 1977 bereits fährt. Wir haben immer parallel zu diesen Bahn- und Posttarifen gearbeitet. Wir haben nicht gleichgezogen, sondern wir haben nachgezogen. Wir werden auch diesmal nicht gleichziehen, denn wenn wir diesen Beschluß fassen, wird der Fahrpreis für Normalfahrer S 6,- betragen, bisher S 5,-. Bahn und Post verlangen S 7,- für dieselbe Strecke, die wir haben.

Ich darf daher an Sie den Antrag stellen - ich glaube, ich darf mir die Verlesung der einzelnen Preise ersparen, Sie kennen sie auf Grund des Amtsberichtes.

13) ÖAG-2117/76

Stadtwerke

Neufestsetzung der Fahrpreise der städtischen Verkehrsbetriebe.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit Wirkung vom 1. März 1978 werden die Fahrpreise für den Kraftfahrlinienverkehr wie folgt neu festgesetzt:

I. Einzelfahrscheine für alle Teilstrecken:

- | | |
|--|--------|
| a) Erwachsene | S 6,-- |
| b) Kinder von 6 – 15 Jahren | S 3,-- |
| c) Schüler ab dem 15. Lebensjahr mit einem gültigen
Schülerausweis (gültig von Betriebsbeginn bis
20.00 Uhr) | S 3,-- |

II. Mehrfahrscheine für alle Teilstrecken:

- | | |
|--|---------|
| a) 10-Fahrtenscheine für Erwachsene | S 55,-- |
| b) 10-Fahrtenscheine für Kinder/Schüler | S 25,-- |
| c) 10-Fahrtenscheine für Pensionisten und deren
Ehegatten (gegen Vorweis des Renten- bzw. Pensions-
bescheides werden von den Stadtwerken Berechni-
gungsausweise ausgestellt. Mit diesem Ausweis kann
beim Fahrpersonal der 10-Fahrtenschein erworben
werden. Dieser 10-Fahrtenschein ist unbeschränkt
gültig). | S 45,-- |

III. Werktags-Zeitkarten für alle Teilstrecken:

- | | |
|---|----------|
| a) Mehrfahrscheine für Berufstätige mit beschränkter
Fahrtenanzahl | S 75,-- |
| b) Monatskarten für Schüler und Lehrlinge mit Lichtbild
und Wertmarke mit unbeschränkter Fahrtenanzahl
Die Karte ist gültig von Montag bis Freitag von Be-
triebsbeginn bis 20.00 Uhr;
an Samstagen von Betriebsbeginn bis 17.00 Uhr;
an Sonn- und Feiertagen hat diese Karte keine
Gültigkeit. | S 90,-- |
| c) Monatskarten für Berufstätige mit Lichtbild und
Wertmarke mit unbeschränkter Fahrtenanzahl
Zusatz zu a) und c):
Die Karte ist gültig Montag bis Freitag von Betriebs-
beginn bis Betriebsende;
an Samstagen von Betriebsbeginn bis 17.00 Uhr;
an Sonn- und Feiertagen hat diese Karte keine
Gültigkeit. | S 125,-- |

IV. Gepäck und Tiere:

- | | |
|---|--------|
| a) Handgepäck | S 6,-- |
| b) Tiere, die normalerweise zur Beförderung auf
öffentlichen Verkehrsmitteln zugelassen sind | S 3,-- |

V. Uniformierte Polizeiorgane, Kriminalbeamte:

mit Dienstausweis, Kriegsbeschädigte der Stufe III gegen
Vorweis des entsprechenden Ausweises, ausgewiesene
Mitglieder des Zivilinvalidenverbandes, sowie des Zivil-
blindenverbandes mit einer Erwerbsminderung von min-
destens 70 %, sowie die aktiven Bediensteten der Stadt-
werke gegen Vorweis des Dienstausweises fahren frei.

VI. In den obigen Preisen ist die gesetzliche Umsatz-
steuer inbegriffen.

Ich ersuche um die Diskussion bzw. Abstimmung.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke dem Referenten für die Vorbringung beider Anträge. Wie schon gesagt, ich bit-
te nun Stadtrat Wippersberger als nächsten Berichterstatter und Antragsteller und dann
wird die Diskussion abgewickelt.

BERICHTERSTATTER STADTRAT LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Meine Damen und Herren!

Ich habe die unangenehme Aufgabe, als letzter Berichterstatter und noch dazu zu so später Stunde, über eine sehr wichtige Sache zu referieren. Ich darf Ihnen aber versichern, daß ich mich sehr kurz fassen werde.

Meine Damen und Herren!

Gebühren oder Tarife zu erhöhen, auch wenn diese Erhöhungen noch so notwendig und berechtigt sind, sind immer unpopuläre Maßnahmen. Kein verantwortungsbewußter Volksvertreter kann und darf sich aber auf Dauer dieser Verantwortung entziehen. Dies trifft auch bei den Gebühren für die Müllabfuhr zu. Die letzte Gebührenregelung liegt, wenn wir die neuen Gebühren mit Wirksamkeit 1. Juli beschließen, bereits 4 Jahre und 3 Monate zurück. In dieser Zeit sind die Abgänge, vor allem auf Grund der Lohn- und Gehaltserhöhungen sowie den allgemeinen Kostensteigerungen ab dem Jahre 1974 von Jahr zu Jahr angestiegen. Bereits 1975 hatten wir bei der Müllabfuhr einen Abgang von rund S 261.000,-. 1976 waren es dann bereits S 472.000,- und für das heurige Jahr müssen wir mit einem Abgang von nahezu S 800.000,- rechnen. Die Einführung der Haushaltsbeihilfe ab November 1977, die Gehaltserhöhung 1978 und andere laufende Kostensteigerungen lassen uns befürchten, daß der Abgang im Jahre 1978 auf rund S 1 Million ansteigen wird bzw. würde. Aus diesem Grund ergibt sich die dringende Notwendigkeit und es ist wahrlich nicht zu bald, eine Tarifregelung im nächsten Jahr vorzunehmen, um das voraussichtliche Defizit von S 1 Million für das nächste Jahr, wenigstens teilweise etwa zur Hälfte, abzufangen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich bitte noch etwas um Ruhe. Bei Konzentration wird es nicht mehr allzu lange dauern, jedenfalls nicht mehr so lange, wie es schon gedauert hat.

STADTRAT LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Die neuen Gebühren, die ich Ihnen vorschlage und die, wie schon erwähnt, mit 1. Juli 1978 in Kraft treten sollen, liegen um 28 % über den derzeit seit 1. April 1974 gültigen Tarifen und belasten den einzelnen privaten Haushalt ab Mitte des nächsten Jahres im Durchschnitt pro Monat mit 5 1/2 Schilling. Ich sage das, damit Sie sich auch ein Bild über die Höhe der Belastung der einzelnen Haushalte machen können.

Fest steht, Tatsache ist auch, daß die Gemeinde in den Jahren 1975, 1976 und 1977 bis Mitte 1978 rund 2 Mill. an Zuschüssen für die Müllabfuhr geleistet hat bzw. haben wird. Bevor ich Ihnen aber nunmehr den Wortlaut des Antrages zur Verlesung bringe, erlauben Sie mir noch ein paar Bemerkungen dazu zu machen.

Ich bin in meiner Funktion als Referent für den Städtischen Wirtschaftshof ordentliches Mitglied des Städtebundes, und zwar des Fachausschusses für Städtereinigung, und nehme regelmäßig an den Sitzungen und Beratungen dieses Gremiums teil. Dieser Ausschuß beschäftigt sich regelmäßig und im besonderen mit den Problemen der Müllabfuhr und der Müllbeseitigung. Ich darf in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, daß nicht nur unsere derzeit gültigen Müllabfuhrgebühren die niedrigsten aller österreichischen Städte sind, sondern auch auf die Tatsache verweisen, daß wir selbst mit den neuen Gebühren, die mit 1. Juli nächsten Jahres in Kraft treten sollen, an untersten Ende der Gebührenskala rangieren werden. Ich sage das nur, weil ich meine, daß Sie das auch wissen sollten.

14) GemVIII-5753/77

Neufestsetzung der Müllabfuhrgebühren.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

- a) Die mit Gemeinderatsbeschluß vom 31. 1. 1974, GemVIII-244/74, letztmalig festgesetzten Müllabfuhrgebühren werden mit Wirkung vom 1. 7. 1978 neu festgesetzt.
Der § 3 Abs. 1 der Müllabfuhrgebührenordnung 1977, GemVIII-3783/76, hat demnach wie folgt zu lauten:

§ 3

Höhe und Berechnung der Gebühr

- | | |
|--|----------|
| 1) Die Gebühr beträgt vierteljährlich pro Müllbehälter | |
| a) bei wöchentlich zweimaliger Entleerung | S 208,-- |
| b) bei wöchentlich einmaliger Entleerung | S 104,-- |
| c) bei einmaliger Entleerung jede zweite Woche | S 58,-- |

b) Die für die Müllabfuhr im Bereiche der Gemeinde St. Ulrich festgesetzte Gebühr wird ebenfalls mit Wirkung vom 1. 7. 1978 für eine 14tägige Abfuhr mit S 83,-- (inklusive 8 % USt.) pro Müllbehälter und Vierteljahr festgesetzt.

Ich darf noch darauf verweisen, daß der Absatz b) möglicherweise an Bedeutung verliert, wenn die Mitteilung stimmt, daß ab nächstem Jahr, und zwar mit Beginn des Jahres, die Gemeinde St. Ulrich ihre eigene Müllabfuhr durchführt.
Ich danke.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke dem Referenten und kann nunmehr zur Diskussion überleiten. Ich habe schon die Erklärung beider Referenten, daß sie auf das Schlußwort verzichten. Ich darf als ersten Diskussionsredner Kollegen Fürst zum Rednerpult bitten. In der Reihenfolge, wie sie sich gemeldet haben, ist nächster Redner Kollege Gemeinderat Tremel, dann Gemeinderat Fuchs und die Gemeinderäte Holub und Seidl.

STADTRAT RUDOLF FÜRST:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates!

Eine der unangenehmsten Aufgaben eines gewählten Vertreters ist es, Neufestsetzungen von Gebühren, die in der Regel Erhöhungen sein werden, zu beschließen. Ich habe dies als Vertreter in verschiedenen Sparten des kommunalen Bereiches, aber auch als Finanzreferent schon durch lange Jahre verantwortlich mitbestimmen müssen. Nur in wenigen Fällen kam es zu Gebührenregelungen, die Erleichterungen gebracht haben, so unsere familienfördernden Maßnahmen bei den Kindergartengebühren im heurigen Herbst. Die Frage der Gebührenfestsetzung setzt auf allen Ebenen unserer staatlichen Verwaltung große Probleme. Der Bund muß sich sehr eingehend damit befassen, aber auch er ist gezwungen, seine Finanzen in Ordnung zu halten. Die Länder können es sich schon einfacher machen, da sie fast keine Steuer- und Gebührenhoheit haben und eigentlich nur immer von den Ertragsanteilen, von der Landesumlage und von den finanziellen Beteiligungen an den Steuereinnahmen ihre Budgetmittel schöpfen. Aber auch das Land muß dort, wo es verantwortlich ist, der wirtschaftlichen Entwicklung Rechnung tragen, so bei den Gebührenfestsetzungen für die Landeskrankenhäuser, die sich ja auch über die Sozialversicherung sehr stark auswirken. Übrig bleiben dann noch die Gemeinden, die unmittelbar mit dem Staatsbürger in Verbindung stehen und die natürlich zu den gleichen Maßnahmen irgend einer Form gezwungen werden. Auch die Gemeinden und wir Gemeindemandatäre sind verpflichtet, unsere finanzielle Basis in Ordnung zu halten. Dazu gibt es verschiedene Wege. Einer wird immer wieder von Gemeinderat Tremel aufgezeigt. Er ist, mehr Mittel von Bund und Land für die Gemeindeaufgaben zu erhalten. Ich darf Sie versichern, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß wir hier wirklich sehr aktiv sind. Im Städtebund liefern wir wertvolle Beiträge zu diesem Problem. Wir beteiligen uns an der Ausarbeitung von Unterlagen, um die kommenden Finanzausgleichsverhandlungen erfolgreich für die Gemeinden führen zu können. Wir wehren uns auch dagegen, wenn den Gemeinden durch irgendwelche Bundes- und Landesgesetze immer neue Belastungen aufgezwungen werden. Wir haben seinerzeit ein eindeutiges Ja zum Sozialhilfegesetz abgegeben, haben aber verlangt, daß das Land seine Beiträge hierfür – es handelt sich ja um ein Landesgesetz – wesentlich erhöht. Das ist nicht geschehen, und das an sich für die Bevölkerung so wichtige Sozialhilfegesetz trifft vor allem wiederum die Gemeinden. Wir haben ja gesagt zur neuen Schulgesetzgebung mit allen pädagogischen und erzieherischen Auswirkungen. Wir begrüßen eine moderne österreichische Schule, aber wer trägt die Lasten hierfür? Doch auch wiederum zu einem großen Teil die Stadtgemeinde Steyr. Denken Sie nur an das neue Hasch-, Hak- und Bak-Gebäude – entschuldigen Sie die Abkürzungen – in der Leopold-Werndl-Straße. An un-

sere Schulversuche, an die Ganztagschule, an die Zurverfügungstellung der alten Handelsakademie für den längst fälligen Umbau des Bundesrealgymnasiums. Auch hier wieder ist die Belastung der Gemeinde sehr, sehr groß. Wir versuchen, durch Subventionen und Finanzzuweisungen diese Last zu mildern.

Ich darf Sie versichern, daß der Magistrat Steyr, als es darum ging, die Krankenanstalten durch einen Zuschlag zur gemeindeeigenen Getränkesteuer allenfalls zu sanieren, in entschiedenster Form in Wort und Schrift bei allen Bereichen unseren staatlichen übergeordneten Lebens, nämlich auf Landes- und Bundesebene, vorstellig geworden ist. Es wäre vermessen zu glauben, daß der Widerstand der Stadt Steyr ausschlaggebend war, eine andere Form zu wählen. Aber eines steht fest, so wie andere Städte hat auch Steyr einen entschiedenen Beitrag geleistet, daß man sich andere Möglichkeiten für dieses dringende Problem – das gebe ich ohne weiteres zu – gesucht hat. Wir machen es Bund und Land nicht so leicht, wie Sie glauben, wenn es darum geht, uns neue finanzielle Lasten zuzumuten oder uns vielleicht die notwendigen Zuweisungen vorzuenthalten. Wir sind auch auf diesem Gebiet überaus erfolgreich. Wir haben Geldquellen auf Bundesebene erschlossen, wie sie früher überhaupt nicht für möglich gehalten wurden. Wir sind in bestem Kontakt mit der Landesregierung und den einzelnen Referenten. Ich gebe Ihnen als Finanzreferent der Stadt die Erklärung ab, daß unsere Verhandler in diesen Dingen, seien es nun der Bürgermeister oder leitende Magistratsbedienstete, äußerst geschickt und erfolgreich vorzugehen. Und unsere Rechnungsabschlüsse geben ja ein Spiegelbild von den Erfolgen. Zugegebenermaßen, wir wollen noch mehr haben und man kann noch mehr erreichen und es soll daher der Gemeinderat vertrauensvoll auch diese Fragen weiterhin den zu den Verhandlungen nach dem Gemeindestatut und den Magistratsvorschriften vorgesehenen Funktionären und Beamten überlassen. Eines jedoch muß, so wie in der Vergangenheit, gewahrt bleiben, das wurde heute bereits festgestellt. Das ist keine parteipolitische Frage, sondern eine Frage der gesamten Stadt. Ohne finanzielle Basis erscheint jede Gemeindearbeit unmöglich. Und alles, was der Verstärkung dieser finanziellen Basis dient, ist nicht parteipolitischer Erfolg, sondern ein Erfolg der gesamten Gemeindevertretung.

Die Steuerleistung, alle Zuwendungen und Ertragsanteile, aber leider auch die Darlehen, die wir aufnehmen müssen, dienen letztlich doch nur dazu, neben den laufenden Ausgaben uns neue Investitionen, neue Möglichkeiten für die Bevölkerung zu schaffen. Das kommunale Leben in der Stadt darf nicht stillstehen. Wir dürfen uns nicht damit zufriedengeben, das Erreichte zu halten. Wir müssen immer wieder neue Mittel bereitstellen, um den Anforderungen der Gegenwart und den Erwartungen für die Zukunft zu entsprechen. Wir haben nun einmal große, zielführende Investitionen beschlossen. Denken Sie an den Bau von Zwischenbrücken, denken Sie daran, daß wir Grundreserven geschaffen haben, um Betriebsansiedlungen zu ermöglichen. Denken Sie daran, daß wir mit zwei Drittel an einem Abwasserbeseitigungsverband beteiligt sind, der Kanäle mit Kläranlagen bis zu S 500 Mill. in den nächsten Jahren schaffen will. Denken Sie daran, daß wir eine Wasserversorgung sichern wollen, die im Endausbau auch rund 70.000 Menschen versorgen kann. Überlegen Sie sich doch, bitte, daß wir unsere Nahverkehrsmittel weiter ausbauen wollen. Denn je mehr wir den Individualverkehr vom Stadttinneren fernhalten wollen, desto stärker müssen wir unsere Außenbezirke durch städtische Autobuslinien mit dem Stadttinneren verbinden.

Wir nehmen es ernst mit dem Umweltschutz und es kommt daher der Beseitigung des Wohlstandsmülls eine so große Bedeutung zu, daß wir sie nicht nur für die Stadt Steyr allein sondern sogar für die umliegenden Gemeinden bewältigen wollen. Gewaltige Investitionen überall und im besonderen dort, wo wir Ihnen heute eine Gebührenerhöhung vorschlagen müssen. Diese Gebührenerhöhungen sichern einerseits große Investitionen, die natürlich zum Teil auch aus den Budgetmitteln mitfinanziert werden müssen. Sie sichern darüberhinaus aber auch eine vertretbare finanzielle Basis. Es wurde heute schon einmal ausgesprochen, daß nicht das Einzeldefizit allein in den Raum zu stellen ist. Die Summe aller Zuschüsse, die die öffentliche Hand leistet, ist entscheidend. Es soll niemand etwas vorgehalten werden, aber wenn wir die Beträge ansehen, die wir dem Altersheim, dem Kindergarten-, dem Schulwesen zuwenden, um sie ausfinanzieren zu können, wenn wir die gewaltigen Beiträge für andere infrastrukturelle Maßnahmen uns ins Gedächtnis rufen, dann,

werte Damen und Herren unseres Gemeinderates, wird es Ihnen leichter fallen, eine Entscheidung zu treffen. Diese höheren Gebühren aber, die von unseren Steyrern und Steyrerinnen bezahlt und aufgebracht werden müssen, sichern diesen eine gesunde Weiterentwicklung, eine vernünftige Beibehaltung ihres Lebensstandards. Zu einer lebenswerten Stadt gehört eben einmal einwandfreies Trinkwasser, einwandfreie Müllbeseitigung, funktionierende Nahverkehrslinien. Wir wollen diese nie in Frage stellen, sondern auch für die Zukunft die finanzielle Basis sichern.

Ich bin mir sicher, daß mein Appell bei der derzeitigen Situation der ÖVP-Fraktion wenig Erfolg hat. Sie betreibt überall, wo sie nicht verantwortlich ist, eine unverantwortliche Oppositionspolitik. Sie ist schon zur Partei der Neinsager geworden. Es hat schon einer meiner Vorredner darauf hingewiesen, wie gefährlich eine solche Entwicklung ist. Ich wende mich mehr an jene Gemeinderatsfraktionen, die bereits dem Budget ihre Zustimmung gegeben haben und damit ihr großes Verantwortungsbewußtsein gegenüber den Anliegen der Stadt trotz divergierender politischer Auffassungen bestätigen. Prüfen Sie bitte nochmals die Angemessenheit und die Notwendigkeit dieser Gebühren. Sehen Sie bitte die Defizite und Zuschüsse nicht einzeln, sondern im Gesamtbudget aller Zuwendungen aus öffentlichen Mitteln, die wir jährlich im Interesse der Infrastruktur leisten müssen und überlegen Sie sich, daß es sich doch um durchaus vertretbare Regulierungen handelt. Sie werden auch in Zukunft nicht ausbleiben können, wenn wir sie heute zurückstellen würden. Sie würden dann umso schmerzhafter sein und das ungedeckte Loch in unserem Budget würden wir weiter mitschleppen. Wer sich zu einer geordneten Budgetpolitik bekennt, wird auch Gebührenerhöhungen im unbedingt notwendigen Ausmaß seine Zustimmung nicht versagen. Es gibt ein Beispiel aus jüngster Zeit, daß unsere Bevölkerung das sehr wohl versteht. Auch die Bundesregierung ist gezwungen, Maßnahmen zu setzen, um einerseits Budgetdefizite zu verringern, andererseits wiederum Reserven zu haben, um bei neuerlichen erschwerten Wirtschaftssituationen die Vollbeschäftigung aufrecht erhalten zu können. Wenige Tage vor den Burgenlandwahlen wurden diese Maßnahmen bekanntgegeben. Allerdings wurden sie auch entsprechend begründet. Burgenland und seine Wähler haben mehr Verständnis für die Notwendigkeit der Sicherung der Zukunft der Republik aufgebracht als die Oppositionsparteien. Ihnen aber ist der Erfolg versagt geblieben.

Die Sozialistische Partei hat ihn errungen. Aber auch bei den Betriebsratswahlen der letzten Wochen konnten wir den gleichen Eindruck gewinnen. Die Bevölkerung Österreichs und unserer Stadt ist politisch mündig geworden. Sie fällt auf billige Schlagworte nicht mehr herein. Sie hat Vertrauen zur Politik des Bundes, aber auch zugegebenermaßen der Länder und natürlich auch der Gemeinden. Sie wird uns auch am Wahltag nach unseren Leistungen und an unserer Ehrlichkeit beurteilen und nicht nach den Worten, die aus parteitaktischen Grundsätzen hier im Gemeinderat fallen. Wir bauen auf die Ehrlichkeit unserer Politik, und die Bevölkerung vertraut uns daher und wird uns auch in Zukunft ihr Vertrauen schenken. Prüfen Sie daher nochmals Ihre Stellungnahme zu den Gebührenerhöhungen und entscheiden Sie so, daß auch weiterhin die finanzielle Grundlage für den weiteren Ausbau unserer Stadt gesichert ist.

Applaus

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke Kollegen Fürst für seinen Beitrag. Als nächster Sprecher Kollege Tremml. In Vorbereitung Kollege Fuchs.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Sehr verehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Ich würde mich gerne von meiner Kollegin abdrehen lassen, wenn sie bereit ist, einen Initiativantrag zu stellen, daß man auf diese Gebührenerhöhungen verzichtet. Das wäre die einfachste Form. Meine sehr geehrten Vorredner – es waren drei Stadträte – haben es für notwendig befunden, gleich dreimal diese Begründung bzw. Erklärung der Tarifregulierung, wie sie gesagt haben, kundzutun. Finanzstadtrat Fürst hat sehr ausführlich diese Gebührenerhöhungen in Zusammenhang gebracht mit großen Fragen.

Erlauben Sie auch mir, daß ich vorausschicken möchte einige grundsätzliche Stellungnahmen bzw. Grundsatzserklärungen zu diesen beantragten Gebühren- und Tarifierhöhungen bei Wasser, den städtischen Autobussen und der Müllabfuhr. Diese 3 Preiserhöhungen müssen sicher, wie es schon angezogen wurde, im Zusammenhang mit der allgemeinen neuen Belastungswelle der SP-Regierung gesehen werden und stehen zum Teil auch schon in Richtung des großen Wahljahres 1979. Denn in einem Jahr, in dem Nationalrats-, Landtags-, Gemeinderats- und Arbeiterkammerwahlen zusammenfallen, will man keine Preise erhöhen, sondern da werden die Wähler mit Versprechungen überschüttet. Heute werden die Belastungen und Preiserhöhungen als notwendiges Übel erklärt, um die Arbeitsplätze zu sichern. Das ist ein Schlagwort. Das geht bei der Budgetdebatte genauso wie es jetzt bei dieser Gebührenerhöhung durchgeklungen ist, zumindest beim Vorredner. Nun, meine Damen und Herren des Gemeinderates, glauben Sie wirklich, daß auf die Dauer damit die Arbeitsplätze gesichert werden können? Ich sage ein deutliches Nein! Je teurer alles wird, je mehr werktätige Menschen erhöhte Steuern zahlen müssen, sinkt die Kaufkraft und um so mehr müssen sie ihre notwendigen Ausgaben einschränken. Ob es Kollege Dresl wahrhaben will oder nicht, die Arbeiter, Angestellten und Pensionisten sollen im kommenden Jahr Opfer bringen. Das Belastungspaket der Regierung, wie ich schon angeführt habe, allein macht über 14 Milliarden aus. Dazu kommen die kommunalen Preiserhöhungen. Dem gegenüber erhalten die Großunternehmer weiterhin Dutzende Milliarden an Steuergeschenken. Zur Beruhigung der Wirtschaftsveteranen möchte ich vielleicht sagen und in Erinnerung rufen, auch den sozialistischen Kollegen, daß für das Jahr 1978 eine neue Investitionsförderung in Kraft treten wird. Mit mindestens S 10 Milliarden will die Bundesregierung nächstes Jahr die Wirtschaft zusätzlich zu den im Budget vorgesehenen S 47 Milliarden fördern. Dies hat Finanzminister Androsch am Montag, 12. 12., erklärt. Im Wirtschaftsprogramm der SPÖ wurde eine Budget- und Steuerpolitik der sozialen Umverteilung zugunsten der niederen Einkommen versprochen. Aber genau das Gegenteil wurde getan, wie Sie sehen. 1969, im letzten Jahr vor der SP-Regierung, haben die Arbeiter und Angestellten sowie die Pensionisten S 11,3 Milliarden an Lohnsteuer bezahlt. Im Budget 1978 sind bereits über S 50 Milliarden an Lohnsteuer vorgesehen. 1969 haben die Werktätigen unseres Landes S 25,3 Milliarden an Umsatzsteuer bezahlt und als die Mehrwertsteuer eingeführt wurde, hat der sozialistische Finanzminister auf einem Großplakat erklärt - das war überall in Steyr plakatiert - daß die Mehrwertsteuer keine "Mehrsteuer" sei. Aber im Budget 1978 sind bereits S 77 Milliarden an Mehrwertsteueraufkommen geplant. Bei allen 3 kommunalen Gebühren- und Tarifierhöhungen, die heute gegen die Stimme der Kommunistischen Partei beschlossen werden, nascht der Finanzminister kräftig mit. Allein beim Wasser kassiert er pro m³ 30 Groschen. Und es sind viele Millionen, die er der Steyrer Bevölkerung seit der Einführung der Mehrwertsteuer über die Wohnungsmieten aus ihren Taschen zog. Und in der gleichen Zeit, wie ich schon angeführt habe, haben die Großunternehmer Steuerbegünstigungen bekommen wie nie zuvor. Der Anteil der Gewinnsteuer am Gesamtsteueraufkommen, wie Sie selbst wissen, geht immer mehr zurück. So schaut gegenüber der Propagandalosung "SPÖ hält Wort" die Wirklichkeit aus.

Mit der weitgehenden Überwälzung der Finanzierung von kommunalen Einrichtungen, die eigentlich aus Bundesmitteln zumindest zu einem entscheidenden Teil bezahlt werden müßten, wird seit vielen Jahren der Schwarze Peter den Gemeinden zugeschoben. Und es ist ganz gleich, ob ÖVP- oder SPÖ-Gemeinderatsmehrheiten, beide gehen nach unserer Auffassung den leichteren Weg, anstelle einen Kampf gegen die Obrigkeit zu führen, holen sie sich über die unsozialen komm. Gebühren- und Tarifpolitik die fehlenden Mittel vom kleinen Mann von der Bevölkerung. Die Kommunistische Partei redet und stimmt nicht nur gegen die Politik der kostendeckenden Gebühren und Tarife, sondern zeigt in voller Verantwortung, was zu tun sei, damit die Stadt mehr finanzielle Mittel vom Bund und Land für die Infrastruktureinrichtungen bekommt.

In den letzten Jahren hat sich immer mehr das traurige Selbstverständnis herauskristallisiert, daß das Gros der Ausgaben von jenen Projekten buchstäblich aufgefressen wird, die eigentlich im Sinne der Allgemeinheit und somit auch im Interesse des Landes und des Bundes liegen. Wie beispielsweise eine ordentliche Trinkwasserversorgung und eine gut funk-

tionierende Müll- und Abwasserbeseitigung und verstärkten Ausbau des Nahverkehrs. Gerade in diesen Tagen wird wieder viel von der Gemeindeautonomie gesprochen, von der demokratischen Selbstverwaltung der Gemeinden. Dabei wird aber auf eines vergessen, daß es ohne gesicherte finanzielle Grundlage keine echte Gemeindeautonomie geben kann. Seit Jahren macht das Land Oberösterreich die Gewährung von Darlehen aus dem Wasserwirtschaftsfonds und Bedarfszuweisungen für den Bau von Wasserversorgungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen von der Ausschöpfung der höchsten Gebühren- und Tarifsätze in den einzelnen Gemeinden abhängig. Nur solche Gemeinden, die ihre Bevölkerung mit geschmalzten Tarifen belasten, haben Aussicht, auch in Zukunft Landes- oder Bundesmittel zu erhalten. Die Kommunistische Partei hat bereits vor acht Jahren erstmals auf dieses Druckmittel der ÖÖ. Landesregierung aufmerksam gemacht und festgestellt, daß für diese Erpressermethoden sowohl die ÖVP- als auch die SPÖ-Vertreter in der Landesregierung verantwortlich sind. Dazu gehören auch der Gemeindereferent Landeshauptmann-Stellvertreter Hartl wie auch der Bezirksobmann der SPÖ Steyr, Landesrat Reichl. In den vergangenen Jahren wurden viele oberösterreichische Gemeinden, so auch unsere Stadt, durch diese Maßnahmen der Landesregierung gezwungen, den Wassertarif mit mindestens S 3,- und die Kanalgebühr mit mindestens S 6,- pro Kubikmeter Wasser festzusetzen. Ab dem Jahre 1978 hat die ÖÖ. Landesregierung einen neuen Anschlag vor. Die Wassergebühr soll auf mindestens S 5,- und die Kanalgebühr auf mindestens S 9,- angehoben werden. Dies ergibt einen Wasserzins von S 14,- pro Kubikmeter, der außerdem mit einer 8 %igen Mehrwertsteuer belastet wird.

Wenn Sie, meine Damen und Herren des Gemeinderates, dieses halboffizielle Druckmittel der Landespolitiker stillschweigend zur Kenntnis nehmen, dann ist der Zeitpunkt nicht mehr allzufern, daß alle Gemeindebürger den überwiegenden Teil der Baukosten von Kläranlagen, Kanalisation und Trinkwasserversorgung aus ihren eigenen Taschen bezahlen.

Ab 1. Jänner 1978 erhöht auch die Stadt Steyr in der ersten Etappe den Wasserpreis um 50 %, von derzeit S 3,- auf S 4,50 pro m³, weil die verantwortlichen Vertreter der Mehrheitspartei, einschließlich der ÖVP, nicht den Mut haben, die Ursachen der Finanznot der Stadt beim Namen zu nennen oder gegen diesen Zustand auch nur ein bißchen anzukämpfen.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Wer das Prinzip der Obrigkeit "Friß Vogel oder stirb" auf Gemeindeebene stillschweigend anerkennt und mit Handheben Gebühren- und Tarifierhöhungen im Ausmaß bis 50 % sanktioniert, hat die Aufgaben einer zeitgemäßen Gemeindepolitik verkannt.

Ab 1. 3. 1978 wird das Fahren mit den städtischen Autobussen wieder teurer. Die Fahrpreiserhöhung wird von der SP-Fraktion damit begründet, daß ihr Generalverkehrsminister mit 1. 7. 1975 und neuerlich mit 1. 9. 1977 eine Erhöhung der Tarife im Kraftfahrlinienverkehr genehmigte. Damit wird nun schon die dritte Fahrpreiserhöhung in den letzten Jahren von der Mehrheit des Gemeinderates durchgeführt. Die erste am 1. März 1972, Einzelfahrpreis für Erwachsene von S 3,- auf S 4,-; die zweite am 1. März 1975, von S 4,- auf S 5,- und nun die dritte am 1. März 1978 von S 5,- auf S 6,-. Dies bedeutet, daß in relativ kurzer Zeit der Fahrpreis verdoppelt wurde. Bis zum Februar 1972 betrug der Fahrpreis noch S 3,- für Erwachsene. Da kann man schon, ohne dabei zu übertreiben, sagen, mit der SPÖ fährt man teuer! Aber objektiverweise muß ich dazu erklären, die Kollegen der ÖVP haben sie im Gemeinderat bisher immer sehr kräftig unterstützt.

Nun, ist die neuerliche Erhöhung unbedingt erforderlich? Sind die städtischen Verkehrsbetriebe in ihrer Existenz gefährdet? Keine Spur! Laut Jahresbilanz 1976 hatten die Verkehrsbetriebe ein Defizit von S 1.490.000,-. Dieser Verlust in der Höhe von S 1,5 Mill. wurde von der Stadt übernommen. Dazu muß ich allerdings der Richtigkeit wegen sagen, die Stadt wiederum erhielt vom Bund für die Förderung des Nahverkehrs einen Betrag von S 700.000,-, und der gleiche Betrag von S 700.000,- wird auch im kommenden Jahr als Zweckzuschuß zur Förderung von Nahverkehrsmaßnahmen, laut Voranschlag 1978, eingehen. Daher bleibt das Defizit bei den Verkehrsbetrieben in tragbaren Grenzen und könnte als kommunale Leistung in der Größenordnung von S 800.000,- verkraftet werden.

Aufreizend bei der beantragten Fahrpreiserhöhung ist a) die Steigerung des Einzelfahrscheines für Kinder und Schüler um 50 %, von derzeit S 2,- auf S 3,- (bis Februar 1975 betrug

der Fahrpreis S 1,-), b) daß die Vertreter der Mehrheitsfraktion im Finanz- und Rechtsausschuß erklärten, die Fahrpreiserhöhung tritt eh erst am 1. März in Kraft, da kann man schon mit dem Moped fahren, um nicht sagen zu müssen, wem es zu teuer ist, der soll zu Fuß gehen; c) daß man seit Februar 1972 die Monatskarte für die Werktätigen, für die Arbeiter und Angestellten, die alle Werte in der Produktion schaffen, innerhalb von nur 5 Jahren von S 65,- auf S 125,-, also mehr als verdoppelte.

Wenn Sie, meine Damen und Herren des Gemeinderates, die beantragte Fahrpreiserhöhung beschließen, wird die Tendenz des Umsteigens auf das eigene Fahrzeug und auf das Zufußgehen verstärkt und die Prognose für die Bilanz der städtischen Verkehrsbetriebe ist trotz Tarifierhöhung und gerade wegen dieser keineswegs günstiger.

Als Vertreter der Steyrer Kommunisten und im Interesse der betroffenen Autobusbenützer lehne ich die vorgeschlagene Fahrpreiserhöhung der städtischen Verkehrsbetriebe entschieden ab.

Die Preiserhöhung für die Müllabfuhr beträgt ab 1. Juli 1978 rund 28 %. Pro Müllbehälter steigt die Gebühr, in einem Jahr, bei wöchentlich zweimaliger Entleerung, um S 184,- auf S 832,-, bei wöchentlich einmaliger Entleerung um S 92,- auf S 416,- und bei einmaliger Entleerung jede zweite Woche um S 52,- auf S 232,-. Zum Beispiel, daß man es etwas besser versteht. In einem Haus mit 4 Müllbehältern, bei wöchentlich zweimaliger Entleerung, werden die Bewohner in einem Jahr um S 736,- mehr für die Müllabfuhr bezahlen. Allein diese 28 %ige Erhöhung bringt der Stadt im kommenden Jahr S 1 Mill. mehr. Ich sage dazu, die Müllabfuhrgebührenerhöhung bringt zu den allgemeinen Preiserhöhungen eine weitere Belastung der Steyrer Bevölkerung um S 1 Mill., die die Kommunisten ablehnen. Dazu kommt, daß laut Voranschlag 1977 der Abgang nur mit S 788.000,- präliminiert ist. Die Mehrwertsteuer von 8 %, die der Finanzminister von den Müllabfuhrgebühren kassiert, betrug in diesem Jahr allein S 270.000,-, sodaß der Verlust nur rund eine 1/2 Million betragen würde, wenn kommunale Tarife nicht der Mehrwertsteuer unterliegen würden. Nur die Kommunistische Partei verlangt seit Jahren die Abschaffung der Besteuerung von kommunalen Leistungen.

Nun zum Abschluß einige Worte zur Haltung der ÖVP. Die ÖVP-Fraktion stimmt heute, meiner Meinung nach aus demagogischen, parteipolitischen Gründen, gegen die Preiserhöhungen bei Wasser, Müllabfuhr und Autobus. Aber sind es nicht gerade die Vertreter der ÖVP in der Paritätischen Kommission, die immer wieder Anträge auf Preiserhöhungen stellen, denen leider die SPÖ-Vertreter fast immer zustimmen? Ist es nicht so, daß in den von der ÖVP beherrschten Ländern und Gemeinden die Tarife und Gebühren nicht weniger erhöht werden als in denen, wo die SPÖ die Mehrheit hat? Die ÖVP verlangt sogar weitere Steuerbegünstigungen für die Großunternehmen und wehrt sich auch gegen eine höhere Besteuerung des Kapitals. Und dies ist so, weil in der ÖVP nicht der kleine Gemeindemandatar, sondern nach wie vor die Großunternehmen in dieser Partei den Ton angeben.

Daher sind sie auch gezwungen, diese Haltung im Gemeinderat einzunehmen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke Kollegen Treml. Wir kommen zum nächsten Diskussionsredner Gemeinderat Fuchs. Anschließend Gemeinderat Holub und als Letzter Gemeinderat Seidl.

GEMEINDERAT ERNST FUCHS:

Werte Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich darf Sie eingangs versichern, meine Rede wird nicht so langatmig sein wie die des sehr geschätzten Herrn Vorredners. Ich bin geneigt zuzugeben ...

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Du bist auch nicht so vehement dagegen!

GEMEINDERAT ERNST FUCHS:

... daß es für eine Fraktion oder für Fraktionen sicher leichter ist, gegen derartige Tarif- und Gebührenerhöhungen zu sprechen als für Erhöhungen zu plädieren. Fast bin ich geneigt, Anerkennung den Sozialisten zu zollen für den Mut, den sie vorbringen, gleich bei

einer Sitzung drei Tarif- und Gebührenerhöhungsanträge vorzubringen und dafür zu stimmen. Es wäre für uns leicht und sicher nicht unpopulär, gleich alle drei Erhöhungsanträge abzulehnen. Einem Antrag stimmen wir jedoch aus wirtschaftlichen Notwendigkeits- und Vernunftsgründen zu, um nicht etwa der Demagogie bezichtigt zu werden. Der künftige Wasserbezugspreis von derzeit S 3,- auf nun S 4,50 samt Reinhaltungszuschlag ist, trotz dieser 50 %igen Erhöhung, wie wir gehört haben, der geringste Wasserbezugspreis pro m³ von den drei Städten mit eigenem Statut und auch vergleichsweise wurden einige andere Gemeinden, wie Amstetten usw., angezogen. Wir haben nun gehört, daß der derzeitige Wasserbezugspreis nicht mehr ausreicht, um die Ausdehnung der lebensnotwendigen Wasserversorgung der Stadt zu gewährleisten. Neue Gebiete für die Wassergewinnung müssen erschlossen werden. Zudem stehen Energie- und Personalkostensteigerungen sowie weitere notwendige Investitionserfordernisse für verschiedene Neuerungen ins Haus, vor allem zur Erneuerung, das haben wir bei der Fraktionsobmännerbesprechung gehört, der 70 bis 80 Jahre alten Verteilungsleitungen für die innere Stadt. Diese rechtfertigen einerseits diese Erhöhung, die angeblich eine monatliche durchschnittliche Belastung für einen Haushalt mit 4 Personen von S 18,- zur Folge haben wird. Das haben wir auch gehört.

All das wäre ein Motiv, das die Bevölkerung verstehen wird können, obwohl manche Versäumnisse vorliegen, weil die Menschen dieser Stadt sicherlich das notwendige Umweltbewußtsein besitzen und die Lebensnotwendigkeit der Wasserversorgung einsehen werden. Nicht einzusehen ist jedoch, daß von Seiten des Bundesministeriums für Bauten und Technik ein ständiger Druck auf die Gemeinden ausgeübt wird, betreffend die Förderungsrichtlinien zur Erlangung von Darlehen aus den Mitteln des Wasserwirtschaftsfonds. Diese Bedingung sieht so aus, daß eine Mindestgebühr von S 5,- pro m³ Wasser eingehoben werden muß, um Förderungsdarlehen zu erhalten. Wer weiß, ob es nicht in nächster Zeit diesem Ministerium einfällt, diese Bedingungen auf S 6, 7, 8 oder 10,- anzuheben? Damit würde die Gemeindeautonomie mehr als eingeschränkt von Seiten dieses von Sozialisten geführten Ministeriums für Bauten. Das ist es, was uns ärgert und andererseits glattweg den Wasserbezugspreis diktiert, ohne daß man aus dem Dilemma herauskommt. Immerhin benötigt die Stadt für ihre gewaltigen Vorhaben Millionen und Abermillionen. Um alle diese vorhin angezogenen Aufgaben der Wassererschließung und Abwasserbeseitigung zu bewältigen. Daher stimmen wir diesem Teil des Antrages zu.

Nun gleich zu den Verkehrstarifen. Die Anhebung lehnen wir ab, weil der Vorjahresverlust laut Rechnungsabschluß 1976 nur 14,4 % ausmacht, das sind, wie schon vorhin erwähnt, S 1,491.000,- und die geplanten Anhebungen um 12,5 % für die Schülermonatskarte, bis zu 56 % für den 10-Fahrtenschein für Schüler beträgt, was eine Insgesamt- Durchschnittsanhebung von ca. 30 % ausmacht. Diese der Bevölkerung nach unserem Erachten unzumutbaren Belastungen stehen in keiner Relation zum 14,4 %-Defizit, noch dazu bei den kurzen Fahrtstrecken in Steyr.

Die gleichen Motive deponieren wir für unsere ablehnende Haltung bei den geplanten Erhöhungen für Müllabfuhrgebühren, die ab 1. 1. 1978 um 28,5 % steigen sollen. Das für 1977, pardon 1. 7. - auch ich darf mir einen Versprecher leisten - präliminierte Defizit beträgt jedoch nur 21 Prozent. Gemeindebetriebe, die echte Dienstleistungsbetriebe für die Gesamtbevölkerung von Steyr sind oder sein sollen, können und sollen nicht wie Privatunternehmen kalkulieren. Diese Dienstleistungsbetriebe, wie die Müllabfuhr und die städtischen Verkehrsbetriebe, sind dazu da, um einen Dienst der Bevölkerung gegenüber, bezahlt aus allgemeinen Steuermitteln, zu setzen. Das sind demnach keine Gewinnbetriebe von Haus aus, sondern allgemeine Leistungs- und Nutzungsbetriebe für die gesamte Bevölkerung.

Wenn man aber darangeht, aus einem Verkehrsbetriebsdefizit von nur 14,4 % eine Verkehrstarifierhöhung von durchschnittlich 30 % vorzunehmen, wenn man darangeht, aus einem Müllabfuhrdefizit von 21 % eine Gebührenerhöhung von 28,5 % vorzunehmen, dann taucht allmählich die Frage auf, ob diese städtischen aus allgemeinen Steuermitteln mitfinanzierten Dienstleistungsbetriebe nicht etwa ersetzt werden könnten durch privat geführte Unternehmen. Das ist eine Frage.

Ich erinnere nur an den Rechnungsabschluß für die 7 Stadtwerkebetriebe, wo zu Buche steht, daß vier von sieben Stadtwerkebetrieben insgesamt 10,6 % mehr Einnahmen als Ausgaben zu verzeichnen hatten. Insgesamt erwirtschafteten nämlich die Bestattung, das Krematorium, das Wasserwerk und das Gaswerk mehr als 3 Millionen freie Rücklage und Gewinn.

ne im Jahre 1976. Natürlich sind die Verluste der anderen Betriebe der Verkehrsbetriebe, des Stadtbades und der Kunsteisbahn mit insgesamt S 4 Millionen Defizit diesen Gewinnbetrieben gegenüberzustellen.

Nochmals: Städtische Dienstleistungsbetriebe sind als solche zu führen, sind deshalb geschaffen worden, damit die Bevölkerung zu günstigeren Tarifen gelangt. Städtische Betriebe haben weder Gewinne anzustreben, ja haben nicht einmal für durch Tarifierhöhungen ausgeglichene Gebahrungen zu sorgen. Wenn dies aber geschieht, dann taucht die Reprivatisierungsfrage auf, nicht nur in anderen Städten, wie im sozialistisch dominierten Bregenz zum Beispiel, sondern auch bei uns.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke. Als nächster Redner Gemeinderat Holub.

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Es ist sehr schwierig, meine Damen und Herren, nach zwei solchen Stellungnahmen, die mit dermaßen gut fundierten Zahlen ausgestattet waren, neue Argumente zu bringen. Es ist sehr schwierig, einer Mehrheit, die sowieso unterstellt, daß man das nur aus böser Absicht tut, klarzumachen, warum man gegen diese Gebührenerhöhungen stimmt. Ich glaube, da gehen wir überein mit dieser Meinung. Daß wir das nicht aus böser Absicht her tun, das können Sie annehmen. Ich glaube, Sie überschätzen unsere Gewichtigkeit der Demagogie. Ich glaube, das überschätzen Sie sehr und Sie unterschätzen ganz gewaltig unser Verantwortungsbewußtsein und Sie unterschätzen ganz gewaltig unser Mitdenken mit verschiedenen Anliegen. Wir unterstreichen ausdrücklich die Feststellung, daß die Städtischen Unternehmungen anders geführt sind als privatwirtschaftliche Unternehmungen. Der Grundsatz der Städtischen Unternehmungen ist zweifellos nicht die Gewinnabsicht, so denke ich, ist die Auffassung richtig. Darum glaube ich, wäre es notwendig, bevor man die Wassergebühren festsetzt, auch über die Verwendung von allfällig vorhandenen Rücklagen zu sprechen. Diese heranzuziehen und dann erst über Tarifierhöhungen weiter zu überlegen. Tarifierhöhungen von 50 %, wenn man den Reinhaltungsbeitrag mit einrechnet, sind ganz einfach zu hoch. Ganz egal, ob das in Schillingen jetzt dem einzelnen Bürger weh tut oder nicht. Darum glaube ich auch nicht, daß man das demagogisch verwenden kann, sondern man sollte tatsächlich nachdenken darüber. Ich kann nicht mit der Müllabfuhr Demagogie betreiben, wenn Sie das als taktische Auseinandersetzung mit diesem Problem von mir aus hören wollen, wenn die noch so und das haben Sie in Ihren Stellungnahmen gesagt, in Schilling nicht so gravierend belasten. Aber man kann grundsätzlich darüber nachdenken, ob man das tun soll oder nicht. Wir sind eben der Ansicht, das soll man nicht tun. Wir sind der Ansicht und das wurde jetzt schon mehrfach angezogen, es ist umstritten. Aber Teilbereiche der städtischen Versorgung könnten private Unternehmungen machen. Man müßte darüber diskutieren. Es ist viel zu spät am heutigen Tag, um da noch eine Debatte vom Zaun zu brechen, die meiner Meinung nach in der heutigen Stimmung ohnehin nicht sehr viel bringen kann. Es ist schade, aber es wäre ein durchaus ergiebiges und interessantes Thema, sich einmal auseinanderzusetzen mit diesen Möglichkeiten. Es gibt eine ganze Reihe Gemeinden, das ist angekommen, die sich damit nicht ganz erfolglos befaßt haben. Aber wie gesagt, ich will Ihre Zeit schonen, aber ich denke, es wäre ein sehr interessantes Thema, um darüber auch im Sinne unserer Stadt zu sprechen.

Es ist ohnehin schon klar, wir werden diese Tarifierhöhungen ablehnen. Es ist mir völlig klar, daß Sie das so auslegen werden, wie Sie es in Ihren Eingangsstellungnahmen angeführt haben. Dem vorgelegten Zahlenmaterial meiner beiden Vorredner kann ich bei bestem Willen keine anderen Zahlen hinzufügen. Die beiden haben die Zahlen gebracht. Ich sage, meiner Ansicht nach ist das richtig und wir von der ÖVP stimmen diesen beiden Anträgen, Müllabfuhrgebühr und Wasserbezugsgebühr auf Grund der grundsätzlichen Verschiedenheiten nicht zu.

Zum Autobusverkehr wird mein Kollege und Freund Ernst Seidl sprechen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke. Als letzter Redner für die heutige Tagesordnung ist Kollege Seidl vorgemerkt. Ich bitte ihn zum Wort.

GEMEINDERAT ERNST SEIDL:

Geschätztes Präsidium, meine sehr verehrten Damen und Herren des Gemeinderates! Ich könnte es jetzt noch steigern und könnte sagen, nach vier guten Rednern nachzureden, ist noch schwieriger. Aber es ist vielleicht gar nicht schlecht, wenn ich der Letzte bin, denn ich werde mit meinen Ausführungen sicherlich die Wogen der Gemüter nicht mehr hochpeitschen, wenngleich ich auch keine sehr positive Stellungnahme abgeben kann. Nun, dem Bericht der Stadtwerke können wir entnehmen, daß die Tarife bis zu 56 % erhöht werden. Abgesehen daß die oft Mehreinnahmen im Budget, wie wir heute gehört haben, keine Deckung finden, sind wir trotzdem und vor allem aus anderen Gründen gegen die Erhöhung der Tarife, weil wir aus rein problematischen Gründen vielleicht etwas Schwierigkeiten haben, uns der Gedankenweise anzuschließen. Daß wir erst heute unsere Bedenken hier äußern in diesem Kreis, ist nicht, wie im Finanz- und Rechtsausschuß angeklungen hat, aus reiner Effekthascherei, sondern wir haben uns gedacht, wenn wir es einmal sagen hier vor dem beschließenden Publikum und dem beschließenden Gremium der Gemeinde, ist das wohl sicher genügend. Die rein sachliche Notwendigkeit der Erhöhung haben die Vorredner schon erwähnt. Ich darf mich daher auf eine ganz andere Variante beschränken, und zwar auf die, daß jede Erhöhung des Fahrpreises für öffentliche Verkehrsmittel zwangsweise den Individualverkehr fördert. Der private Fahrzeugbesitzer wird lieber sein Fahrzeug, von dem er ohnehin sehr schwer zu trennen ist, benutzen und wird sich und die anderen Straßenbenutzer durch den erhöhten Verkehr gefährden. Unsere Autobusse werden vielleicht halb voll die Linien befahren und unser aller Traum, den Verkehr möglichst aus dem Stadtzentrum hinauszudrängen, ist wieder ein Stück in die Ferne gerückt. Die Schaffung von Parkplätzen, die erhöhte Auslage für Belagverbesserungsarbeiten, wird unser Budget auf einer anderen Seite und wie wir vielleicht meinen, noch schwer belasten. Daß die Erhöhung, wie wir gehört haben, erst mit 1. 3. in Kraft tritt, behebt das Problem nicht, schiebt es nur einmal hinaus. Ein sehr schwerwiegender Grund ist auch der, daß wir bei Prüfung festgestellt haben, daß gerade die Gebühren für Schüler- und Kinderfahrten am meisten erhöht werden. Ich habe mein Konzept möglichst zusammengedrängt, um Sie nicht länger in Anspruch zu nehmen. Aber ich bitte zu verstehen, daß wir aus diesen Gründen der Erhöhung die Zustimmung nicht erteilen können.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke auch dem letzten Sprecher der heutigen Tagesordnung. Ich stelle fest, damit ist die Rednerliste zu den genannten 3 Anträgen abgeschlossen. Die Antragsteller und Bericht-erstatte verziehen auf ein Schlußwort. Wir kommen daher, wie vorher angekündigt, zur Abstimmung in der genannten Reihenfolge. Zunächst gelangt zur Abstimmung die Neufestsetzung der Wassergebühren mit 1. 1. 1978. Ich bitte, wer diesem Antrag die Zustimmung gibt, ein Zeichen mit der Hand zu geben? Danke. Gegenprobe? Enthaltungen? Ich stelle fest, mit Mehrheit angenommen. (Gegenstimmen: 9 ÖVP, 1 KPÖ).

Wir kommen zum nächsten Antrag und dessen Beschlußfassung. Neufestsetzung der Fahrpreise der Städtischen Verkehrsbetriebe ab 1. 3. Auch hier die Frage, wer ist für den Antrag, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Gegenprobe? Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen. (Gegenstimmen: 9 ÖVP, 2 FPÖ, 1 KPÖ).

Wir kommen zum 3. Antrag und dessen Beschlußfassung, und zwar Neufestsetzung der Müllabfuhrgebühren mit 1. 7. 1978. Auch hiezu die Frage, wer ist für diesen Antrag? Danke. Gegenprobe? Stimmenthaltungen? Mit Mehrheit beschlossen. (Gegenstimmen: 9 ÖVP, 2 FPÖ, 1 KPÖ).

Damit, meine Damen und Herren, sind wir in der längsten Sitzung, die jemals – soweit ich mich erinnern kann – hier anlässlich der Budgetdebatte und der Beschlußfassung zum Voranschlag stattgefunden hat, am Ende angelangt.

Gerade die letzten 3 Tagesordnungspunkte waren sicherlich die, die nicht zur Freude der Gemeinderäte erledigt werden mußten, aber sie mußten erledigt werden. Denn letzten Endes ist die Verantwortung einer Körperschaft, wie des Gemeinderates der Stadt Steyr, nicht allein in der Schaffung von Mehrleistungen zu erblicken, sondern sie gilt ebenso bei der Sicherung der Finanzkraft und dazu gehören natürlich auch gelegentliche Tarifregulierungen. Ich glaube aber, daß die Leistung für den Bürger auch auf diesem Weg eine Bedeckung finden muß und das wurde heute unter Beweis gestellt.

Abschließend zur heutigen langen Sitzung mit den vielen Diskussionsbeiträgen darf ich zunächst einmal den Dank an die Berichterstatter vermitteln. Ich danke aber auch den Diskussionsrednern, denn letztlich haben sie mit ihren Beiträgen, mehr oder weniger heftig vorgebracht, auch den Beweis gelegt, daß Demokratie ein lebendiges Instrumentarium ist und in dieser Demokratie gibt es nun einmal die Diskussion in allen Richtungen. Wenn ich mein Bedauern hier am Ende der heutigen Sitzung ausspreche dann deswegen, weil es gerade in den wichtigsten Punkten der heutigen Tagesordnung, nämlich dem Flächenwidmungsplan zunächst und dem Voranschlag für das Jahr 1978 zu keiner einvernehmlichen Regelung und Beschlußfassung gekommen ist. Ich hoffe und wünsche nur eines, daß diese Uneinmütigkeit bei der heutigen Sitzung in diesen beiden Fragen uns nicht das ganze Jahr 1978 belastet, denn das würde auch die Arbeit gegenseitig nur erschweren und dem Steyrer, der von uns den Fortschritt erwartet, nichts bringen können. Der Jahresausklang ist für den Gemeinderat immer sozusagen die Beendigung der Tätigkeit mit der Budgetsitzung. Leider ist die Diskussion überschattet und diese Sitzung überschattet von einer Weihnachtsempfang- und Füllfederpsychose und es war eigentlich, gerade heute wäre der gegebenste Grund, ein gemeinsames Essen abzuhalten. Sie hätten es sich alle, wie sie hier sind, auf Grund des langen Verweilens redlich verdient. Ich glaube aber, daß dennoch gesagt werden kann, wenn die Diskussionen hin- und zurückgelaufen sind, verschiedene Meinungen pro und contra geäußert wurden, dennoch ein gemäß den Umständen erträglicher Ausklang für die ganze Tätigkeit gefunden werden kann.

Letztlich ist doch das Wichtigste nicht, ob wir Präsente uns selbst widmen oder zum Essen gehen. Das Entscheidende ist, glaube ich, daß die Schritte gesetzt werden konnten in der heutigen Sitzung für ein ganzes Jahr 1978 und daß damit die Arbeit für Steyr und für die Steyrer als wichtigste Handlung unsererseits auch gemacht werden kann. Sonst tritt bei dieser Sitzung am Ende immer mit freundlicher Miene die Spannung in Erscheinung, die Entspannung in Erscheinung. Jeder löst sich, er weiß, das ist die letzte entscheidende Maßnahme des Gemeinderates im Jahr. Heute haben wir leider eine andere Situation und ich hoffe nur, daß es gerade die kommenden Weihnachtsfeiertage sein können und die Pause bis zum nächsten Gemeinderat, bis zu den nächsten Gremialsitzungen, zu Überlegungen und zum Nachdenken, vielleicht auch zum Einlenken gefunden werden kann. Denn es wird wieder Gespräche geben müssen, ob so oder so und wie sie verlaufen werden, hängt von dieser Überlegungsphase ab. Es werden nämlich auch neue Probleme kommen, davon bin überzeugt – wie jedes Jahr – die wir nicht vorhersehen konnten, die wir nicht budgetieren konnten, die wir nicht in ihrer ganzen Tragweite heute schon erkennen können, sondern dann treten Dinge auf, ich denke nur an Grundkäufe im größeren Ausmaß, die spontan zu entscheiden sind, weil sie wichtig und eng mit der Entwicklung der Stadt im Zusammenhang stehen. Ich glaube auch, daß gerade zu diesen Dingen unsere gemeinsame und ganze Kraft erforderlich sein wird. Ich kann auch die Feststellung hier abschließend bei unserer heutigen Sitzung machen, daß die Steyrer die Gemeindeleistung im Gesamten anerkennen. Es ist dies ein Ausweis für den Gemeinderat als Körperschaft, für den Magistrat als Amt, als Behörde und für die Bediensteten als Bearbeiter.

Ich habe oftmals Briefe erhalten von alten Menschen und auch von jungen Menschen mit Dankschreiben, die sich für die Fürsorge bedanken, die sie seitens der Stadtgemeinde Steyr erhalten. Ich habe in Informationsgesprächen bei Jungbürgerempfangen mit jungen Menschen hier in diesem Raum gesprochen, deren Interessen angehört und auch dort festgestellt, daß sie sehr mit wachen Augen durch die Stadt gehen und die Veränderungen positiv vermerken. Das gleiche gilt bei Betriebsbesuchen im Gespräch mit Arbeitern und Angestellten. Das gilt auch für Gespräche mit Verkehrs- und Straßenbenützern oder bei sonstigen Gelegenheiten.

Ich kann damit doch feststellen, daß wir auf dem richtigen Weg sind. Denn der Begriff Lebensqualität oder bessere Zukunft oder politische Weitsicht darf gerade in unserem Kreis, wo wir hautnah am Bürger stehen, kein leeres Schlagwort sein und es auch nie werden darf. Wir leben in einem Kreislauf in der Stadt mit unserer Größenordnung, wo sich Wirtschaft und Beschäftigung eng verbinden. Wo Kaufkraft und Konsum einen engen Kontakt haben und wo die Versorgung und das Geschäftsleben den Kreis zur Wirtschaft wieder schließt. Gerade in diesem Zusammenhang ist die Gemeinde als Auftraggeber ein äußerst wichtiger Faktor. Unsere Ansätze im Voranschlag werden dies im kommenden Jahr unter Beweis stellen müssen und werden. In der Erkenntnis, daß wir die Bewältigung der herankommenden Aufgaben nicht nur auf demokratischer Basis und trotz divergierender Auffassungen im gemeinsamen Willen, wenn auch in harter Diskussion, erledigen müssen, das sollte uns für heute Richtschnur für die nächste Zeit sein. Denn trotz der Spannungen, die aufgetreten sind, hat es keinerlei Ausfälle politischer Art gegeben. Das begrüße ich in Anbetracht der langen Sitzungsdauer, in Anbetracht der wirklich spannungsgeladenen Punkte, die wir hier zu behandeln hatten, als besonders wertvoll und das betrachte ich als eine Auszeichnung für sämtliche Gemeinderatsmitglieder.

Ich glaube auch, daß es doch die Wiedergewinnung eines guten Klimas anzustreben gilt und ich sehe auch die Möglichkeit dazu, denn die Zeit und die Probleme zwingen uns dazu, ob wir wollen oder nicht.

Ich darf daher am Ende unserer heutigen Sitzung meine persönlichen Glückwünsche an Sie aussprechen. An den Gemeinderat, daß sie zuhause von der heutigen Sitzung die notwendige Erholung finden im Kreis der Familienangehörigen. Gerade am Heiligen Abend wird es die sicherlich von jedem erwartete Entspannung geben können. Meine Glückwünsche und der Dank gelten den Bediensteten des Magistrates, auch ganz besonders vertreten durch die hier anwesende Beamtenschaft, an der Spitze der Magistratsdirektor. Ich möchte auch nicht versäumen, der Personalvertretung hier die Gesamtwünsche des Gemeinderates zu entbieten mit der Versicherung, daß wir die notwendigen Erledigungen im Dienste des Personals auch künftighin treffen werden, wenn es hier auch immer wieder Diskussionen in Gegenseitigkeit geben wird.

Ein frohes Weihnachtsfest, eine erholsame Freizeit zwischen den Feiertagen mögen dazu führen, daß Sie gesund und gestärkt in das kommende Arbeitsjahr 1978 zurückkehren. Ich möchte Ihnen auch persönlich dafür danken, daß Sie mir als Bürgermeister, meine Verantwortung als Stadtoberhaupt, die ich immer als ernste Aufgabe empfunden habe, doch im wesentlichen sehr erleichtert haben. Ich bitte Sie auch im kommenden Jahr um Ihre Unterstützung. Ich danke Ihnen.

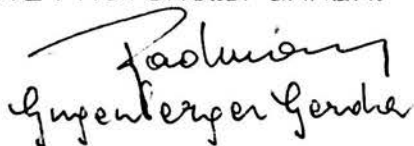
Die Sitzung ist geschlossen.

Ende der Sitzung: 23.57 Uhr

DER VORSITZENDE:



DIE PROTOKOLLFÜHRER:



Gugentzger Gerda

DIE PROTOKOLLPRÜFER:

